

D 2.342

AS (1970) 1/2



rode 70  
le Synode 15  
ziehung

der fahrende skolast  
zeitschrift der  
südtiroler hochschüler  
april 1970 - 15. jahrgang  
nummer 1 und 2

# skolast

Am 29. Dezember wurde das Jahresprogramm der SH für 1970 mit 15 gegen 13 Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt. Die Referenten traten zurück. Eine zeitweilige Lähmung der SH war unvermeidlich. Da beauftragte uns der Vorsitzende Paul ZANON mit der Vorbereitung einer SKOLAST-Nummer. Die Gründe waren folgende: Ein Presseferent braucht erfahrungsgemäß fast drei Monate, um die erste Nummer herauszubringen. Es war vorauszuweisen, daß die nächste Ausschusssitzung und die Ernennung der Referenten Ende Februar stattfinden, der SKOLAST also frühestens im Mai erscheinen würde. Wir hielten es mit ZANON aber für eine Verpflichtung gegenüber der Hochschülerschaft und den Abonnenten, daß der SKOLAST nicht verzögert werde und rechnen sein Erscheinen zur normalen Geschäftsführung, die laut Feststellung des Ausschusses weitergeführt werden sollte. Zudem glaubten wir, für die Beilegung des Streites innerhalb der SH etwas tun zu können und nahmen mit beiden Gruppen Verbindung auf.

Mit diesem Hoff stellen wir größere Ansprüche an den Leser, als uns lieb ist. Wir bringen wenig Bildmaterial, weil es finanziell nicht tragbar gewesen wäre, die ohnedies umfangreiche Nummer durch Bilder zu erweitern; wir muten dem Leser so trockene Themen zu wie Pakettexte und Schuidokumentation; wir greifen vor allem politische und soziale Themen auf, weil wir unsere Hochschülerzeitung als Engagement, Kritik und Mitarbeit für Südtirol verstehen und überzeugt sind, daß die Hochschülerschaft in gewissen Sinn die Aufgabe einer außerparlamentarischen Opposition zu erfüllen habe. Die Politik unserer einzigen Partei ist Volkstumspolitik. Fragen der wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Entwicklung werden zielstrebig unterdrückt; die Entwicklung selbst wird dem einen Ziel, Behauptung des Volkstums, geopfert. Was die Volkstumspolitik allein vielleicht nicht zu erreichen imstande gewesen wäre, hat die Kirche vollendet: Zusammenschluß aller Kräfte, Unmöglichkeit jeglicher Differenzierung des Denkens, völlige Uniformität. Es ist heute so, daß nicht nur die Parteijugend, sondern auch die Arbeiterorganisation KVW und alle katholischen Verbände Ableger der Partei sind; die Gewerkschaft ist an Harmlosigkeit nicht zu überbieten, die Presse ist monopolisiert.

Wir sind aber der Meinung, daß Demokratie nur unter einer Voraussetzung möglich ist: Die Regierungsgruppe muß eine Opposition nicht nur zulassen, sondern sie fördern. Denn eine rationale Politik kann nur betrieben werden, wenn man die verschiedensten Alternativen ins Auge faßt, sie gegeneinander abwägt, eventuell durchexperimentiert. Selbstverständlich wird die Opposition besser eine Alternativlösung vertreten können als es die Regierungsgruppe könnte. Deshalb müßte die Regierungsgruppe einer Opposition dankbar sein.

Wir bilden uns nicht ein, daß wir eine wirksame Oppositionsrolle übernehmen können. Aber wir hoffen, Opposition an einzelnen Stellen anzurufen. Damit möchten wir uns keineswegs generell gegen eine Regierung stellen.

Pepi ZELGER und Hans NOTDURFTER

ANSCHRIFTEN DER MITARBEITER DIESER NUMMER

- Matthias ABRAM, 39100 Bozen, Fagenstraße 19
- Michael ALBUS, D-78 Froiburg, Horrengasse 1
- ALPINSCHULE, 39100 Bozen, Pfarrplatz 4
- Adolf AUCKENTHALER, 39040 Pflersch, Nr. 88
- DEMETZ, Reikyawik
- Helmuth FALKENSTEINER, 39040 Ehrenburg/Kiens, Villa Innerbichler
- Paul FLORA, 6020 Innsbruck, Hungerburg 8
- Florin FLORINETH, 6020 Innsbruck, Maria-Theresien-Straße
- Dr. Chysostomus GINER, 39042 Brixen, Abt. des Chorherrenstiftes Neustift
- Max HALLER, 39049 Sterzing, Telfes Nr. 31
- Dr. Siegfried JOCHBERGER, 39028 Schlanders-Kortsch, Nr. 195
- Hellmuth LADURNER, 39012 Meran, Romstraße 160
- Peter LANGER, 39100 Bozen, St. Heinrichstraße 31
- Dr. Hans LUNGER, 39055 Leifers, Höfstraße 16
- Josef MAIR, 1170 Wien, Nuwaldeggerstraße 18
- Gerold MERANER, 39057 Eppan, Boznerstraße 8
- Gerhard MUMELTER, 39100 Bozen, Waltherplatz 3
- Hans NOTDURFTER, 6020 Innsbruck, Innrain 64
- Günther POSCH, D-68 Mannheim 51, Lauffenerstraße 48
- Krista POSCH, 39100 Bozen, St. Heinrichstraße 29
- Theodor RIFESSER, 39042 Brixen, Priesterseminar
- Otto SAURER, 39100 Bozen, Dr. Streitergasse 4
- Elisabeth SCHERER, 39100 Bozen, Leonardo-da-Vinci-Straße 14
- Kuno SCHRAFFL, 39100 Bozen, Kornplatz 10
- Heinz STUFLESSER, 1040 Wien, Mittersteig 7/II/7
- Christian WALLNER, 5020 Salzburg, Konrad Laibstraße 10
- Hubert ZANOL, 39049 Sterzing, Altstadt 10
- Paul ZANON, 39012 Meran, Sibyllastraße 11
- Maria ZELGER, 39049 Sterzing, Neustadt 10
- Pepi ZELGER, 6020 Innsbruck, Höttingergasse 26/3

POLITIK

- Paul ZANON, Kartoffel oder Spaghetti oder canederli 3
- Pepi ZELGER, Utopie 7
- Hellmuth LADURNER, Parlamentarische Geschichtsstunde 8

DAS SKOLAST-Gespräch

- mit:
  - Giorgio PASQUALI (G. MERANER, H. NOTDURFTER, P. ZELGER) 10
  - Silvius MAGNAGO (G. MERANER, P. ZELGER) 11

DOKUMENTATION

- Brief an die SVP (Josef FONTANA) 13
- Unsere Abgeordneten (Florin FLORINETH) 14
- Die erste SVP-Landesjugendversammlung (S. JOCHBERGER) 14
- Metamorphosis (Hellmuth LADURNER) 15

DIE SKOLAST-Untersuchung

- Maria ZELGER, Die Sozialbewegung KVW 16

KULTUR

- Christian WALLNER (Gedichte) 22
- Die Kephalphoren im literarischen Schaffen Südtirols 23
- Landesversammlungslitanei 24

Die Eule blinzelt

[ - VIII ]

LADINISCHE SEITE

- Heinz STUFLESSER, De avions, julons, fliegri, aeroplans 26
- Theodor RIFESSER, 'N obre var 27
- Vinzenz Maria DEMETZ da Feur, Zacan y nouèi 28

BUCH UND KUNSTBESPRECHUNGEN

- Hans FINK, Verzaubertes (Hans NOTDURFTER) 29
- Claus GATTERER, Schöne (Josef MAIR) 30
- Ausstellung - Aglaja MA (MUMELTER, E. SCHERER) 31

LANDES-SCHULKOMMISSION

OPPLENTENFRAGE

- Berichte der Unterkommission 32
- Landes-Schulkommission (B) 37
- Überlegungen zum Suppliment (MUMELTER, E. SCHERER) 39

ZUR DISKUSSION GES

- Kulturbeirat 1X
- Empfehlungsentwürfe der Kulturräte 1X
- Entwurf für einen Kulturbeirat 1X

KIRCHE

- Chysostomus GINER, Sy 1X
- Michael ALBUS, Deutsch 1X
- Matthias ABRAM, Auferstehung 1X

SH-NACHRICHTEN

- Zur SH-Krise (Otto SAURER) 45
- Lehrergruppe für eine bessere Schule u. Oberschülerbewegung 45
- Interview mit Peter LANGER (Pepi ZELGER) 47
- Promotionen 49
- Das Gesetz zur Liberalisierung des Hochschulstudiums (Peter LANGER) 50
- Zur Studientagung (Kuno SCHRAFFL) 51
- Mitteilung der Alpinschule Südtirol 51
- Briefwechsel: AUCKENTHALER - ZANON 52
- Bericht über das pädagogische Experiment Summerhill (Max HALLER) 54
- SH - Anschriften 56
- Jugendring in Südtirol (Hans LUNGER) 57
- Wettbewerb 1970, ausgeschrieben vom Südtiroler Kulturinstitut 58

Karikaturen

- Paul FLORA 8, 9, 15, 18, 19, 24, 25, 54, 55
- Hubert ZANOL 3
- Krista POSCH Titelbild, 7, 23

SKOLAST-Beilage in der Mitte des Heftes: Paketdokumentation

## kartoffel oder spaghetti oder canederli

Paul ZANON, Meran/Wien

Keine falsche Sorge: Sie sind hier nicht unversehens in eine neue SKOLAST-Rubrik „für die Frau“ geraten. Nur stellvertretend soll der Titel so klingen. Der Artikel selbst wird höchst unkulinarisch sein. Trotzdem wird er möglicherweise manch einem schwer im Magen liegen bleiben. Denn: er wird davor warnen müssen, Südtirol vorbehaltlos zum Experimentierfeld für einen radikalen Austauschprozeß zwischen deutscher und italienischer Kultur zu machen, wie sich das vor allem einige Vertreter der jüngeren Generation aus beiden Volksgruppen vorzustellen scheinen; er wird weiters jungen Südtirolern unzweideutig empfehlen müssen, sie möchten sich auch in Zukunft akademische Bildung grundsätzlich an Hochschulen des deutschen Sprachraums aneignen; er wird schließlich zum Problem der Errichtung einer „Universität Bozen“ Stellung beziehen und einer solchen nur begrenzt und unter ganz bestimmten Bedingungen zustimmen können.

### Kulturaustausch

Kommen wir also zur Sache: Kultur ist für ein Volk mehr als ein bloßes Zubehör oder ein beliebig ersetzbares Ornament. Jedes Kulturvolk hat sich durch Jahrhunderte eine ureigene Kultur entwickelt und es ist seine Bestimmung, eben diese seine Kultur adäquat weiter fortzuentwickeln, wenn es nicht Gefahr laufen will, seine Identität zu verlieren. Genauso wie ein Einzelindividuum durch seine Persönlichkeit definiert ist, ist es ein Volk durch seine Kultur. Die Kultur eines Volkes drückt sich in vielerlei Formen aus: beispielsweise in der Sprache, in Verständnis der eigenen Geschichte, in der Mentalität, im Witz, im Kunstschaffen, in alltäglichen Lebensgewohnheiten (Essen, Wohnen, Unterhaltung, Reisen), in Vorurteilen. Kultur ist ein organisches Ganzes. Alle Mitglieder eines Volksverbandes tragen die Kultur ihres Volkes mit, alle sind für die Vitalität und die Dynamik des kulturellen Lebens in ihrem Volk mehr oder weniger mitverantwortlich.

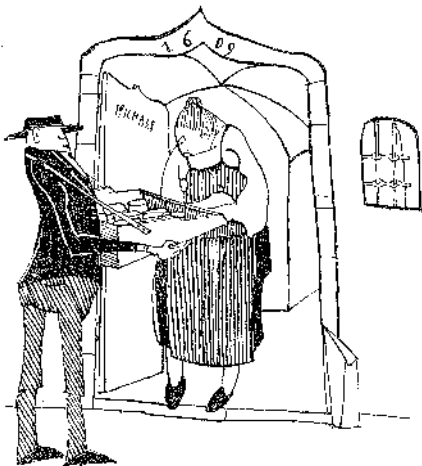
Hier tauchen freilich einige Schwierigkeiten auf. Einerseits muß festgehalten werden, daß der Begriff „Kultur eines Volkes“ eine Abstraktion ist. Je nach der Landschaft, in der sie wohnen, oder nach historischen Schicksalen, die sie erlitten haben und die sich bis in die Gegenwart herein auswirken, oder auch nach den Einflüssen aus fremden Kulturräumen, die sie erreichen, haben die einzelnen Teile eines Volkes verschiedenste Variationen ihrer nationalen Kultur entwickelt und sind so in der Lage, die Potenz dieser Kultur durch interne Dialektik wesentlich zu steigern.

Andererseits kann eine nationale Kultur auch nicht in völliger Isolierung wachsen. Der Kontakt und der Wettbewerb mit fremden, in der Regel benachbarten Kulturen kann geradezu als eines der Lebensprinzipien jeder Kultur angesehen werden. Es hat zu allen Zeiten eine kulturelle Osmose gege-

ben, und es ist anzunehmen, daß eine solche heute wertvoller denn je ist. Natürlicherweise waren es dabei seit jeher die an den Grenzen des eigenen Kulturraumes siedelnden Volksteile, die gewisse Elemente aus der Kultur ihrer Nachbarvölker rezipierten und über einen längeren Verarbeitungsprozeß der gesamten eigenen Kultur nutzbar machten.

Die Fragen, die sich in diesem Zusammenhang ergeben und deren Beantwortung vor allem für die heutige konkrete Situation in Südtirol wesentlich sind, sind folgende: wie stark können einzelne Volksteile mit ihrer im oben dargelegten Sinn lokal eingefärbten Kultur von der gesamtnationalen kulturellen Grundnorm abweichen, und wie intensiv darf ein Prozeß der Aufnahme und Verarbeitung fremder Kulturmomente ablaufen, ohne daß für jenen Volksteil eine ernsthaftige Gefahr entsteht, von der Kultur des eigenen Volkes abgespalten und entweder assimiliert zu werden oder sich in eine hybride, provinzielle und unfruchtbare Mischkultur verwickelt zu sehen.

Darauf kann wohl so geantwortet werden. Erstens: ein Abweichen von der kulturellen Grundnorm der eigenen Nation und eine gewisse Annäherung an einen frem-



Kultureller Austausch

den Kulturraum sind für einen Volksteil nur soweit sinnvoll und im oben geäußerten Sinn unbedenklich, als durch diese besonderen Bestrebungen nicht die Bindung an die Kultur des eigenen Volkes unterbunden oder auch nur merklich gestört wird. Teilnahme an fremdem Kulturleben sollte also nicht viel mehr als ein Hobby für Zaungäste sein. Das Interesse an den Vorgängen, die sich intern im eigenen Kulturraum abspielen, und der Wille zur Mitbestimmung dieser Vorgänge müssen auf jeden Fall Vorrang haben vor den Erfordernissen des Kontaktes zur kulturellen Außenwelt.

Zweitens muß daran festgehalten werden, daß ein geordneter Prozeß des Lernens

von der Kultur der Nachbarn, wenn er über historisch meßbare Zeiträume zündend wirken soll, und abgesehen davon, daß er wohl auch wechselseitig ablaufen sollte, niemals zu einem Abbau der kulturellen Spannung und Polarität oder gar zu einer totalen Verwischung der kulturellen Grenze und also zu einer amorphen Mischkultur führen darf. Entwicklungen, wie sie beispielsweise im Elsaß vor sich gegangen sind und wohl innerhalb weniger Generationen abgeschlossen sein werden, dürfen nicht als nachahmenswert angesehen werden.

Drittens: da — wie gesagt — der Lernprozeß im echten Kulturaustausch zwischen zwei benachbarten Kulturräumen, gegenseitig sein sollte und unbedingt ein eher hohes Maß an kritischem Bewußtsein sowohl der eigenen als der benachbarten Kulturwelt gegenüber auf beiden Seiten dafür Voraussetzung ist, ist ein intensiver Kulturaustausch auf breiter Basis nur dort denkbar, wo kulturell möglichst unversehrte und potente Volksteile aneinanderstoßen.

Alle diese Voraussetzungen für einen Kulturaustausch, der tatsächlich ein solcher sein sollte, sind in Südtirol vorderhand nicht gegeben. Das kulturelle Eigenleben unserer Volksgruppe ist gegenwärtig weder quantitativ noch qualitativ genügend stabil, um Kraftproben, wie sie ein Kulturaustausch mit sich bringen würde, heil bestehen zu können.

Durch unsere Angliederung an den italienischen Staatsverband hat das kulturelle Selbstbewußtsein innerhalb unserer Volksgruppe stark gelitten. Die kulturelle Bedrohung lähmt uns. Die unglückselige psychologische Situation, in der wir uns befinden, gestaltet uns kaum, im kulturellen Leben unserer Nation aktiv gegenwärtig zu sein. Unsere Aufmerksamkeit gehört längst nicht mehr im erforderlichen Maße den Vorgängen und Bestrebungen, die das kulturelle Leben desjenigen Volkes beleben, zu dem wir uns nach wie vor zählen. Die tagtäglich übermächtige Imminenz der fremden Kultur hat in unserem Bewußtsein ein gefährliches Übergewicht erlangt und verletzt gewissermaßen unsere eigene kulturelle Intimsphäre. Wir spüren weiters das mangelnde Gefühl unserer lateinischen Kultur Nachbarn für den Wert der Dialektik im Kulturaustausch, die wir weiter oben als notwendig hingestellt haben. Distanz erscheint ihnen suspekt. Fremdes stört sie eher als daß es sie anregen könnte.

Schließlich muß man zur Erkenntnis kommen, daß das kulturelle Niveau innerhalb unserer Volksgruppe — wahrscheinlich nicht zuletzt wegen der fatalen Isolierung von unserem eigenen Kulturraum — weder in der Spitze noch auf breiter Basis genügend entwickelt ist, als daß bereits zum jetzigen Zeitpunkt die notwendigen Kräfte für kulturelle Austauschprozesse freigemacht werden könnten.

Dies alles kann freilich nur soviel bedeuten, daß diejenigen, die immer ungeduliger und lauter fordern, unsere Volks-

gruppe solle sich bewußt und verstärkt und auf breiter Basis den Einflüssen italienischer Kultur öffnen, die reale Lage verkennen oder verkennen wollen. Wir würden — müßten wir ihren Ratschlägen folgen — in kürzester Zeit assimiliert werden oder bestenfalls (?) in unserem Land als bald eine zwergwüchsige Kulturmacchia entstehen sehen. Also müssen gegenteilige Lösungen ausgegeben werden. Das tägliche zwangsläufige Zusammenleben von uns Südtirolern mit den im Lande ansässigen Italienern (besonders in den Städten) ist angesichts der aufgezeigten ungünstigen Voraussetzungen bereits für sich eine Gefahr für unser kulturelles Eigenleben. Bremsen tut also not. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt muß mehr Zurückhaltung propagiert werden! Damit soll aber nicht gesagt sein, daß nicht baldigst die notwendigen Voraussetzungen geschaffen und ein sinnvoller und echter kultureller Dialog in Südtirol vorbereitet werden sollen, gegen den keine grundsätzlichen Einwände bestehen können. Nur wird das eben seine Zeit und mehr Geduld als bisher brauchen. Das bedeutet einmal, daß die im Land lebenden Italiener — und nicht nur einige wenige von ihnen — erst einmal bereit sein müssen, unser kulturelles Eigenleben als wertvoll und erhaltenswert zu empfinden. Sie werden sich mit unserem Anderssein und unserer Partnerrolle abfinden und selbst versuchen müssen, in Südtirol überhaupt eine eigene lokale Kulturform zu entwickeln, ohne die sie für uns kaum Gesprächspartner sein können.

Nicht weniger bedeutet das, daß unsere geistige Elite sich dazu bequemen müssen wird, stärker als bisher kulturelle Akzente zu setzen und vor allem den Prozeß der Begegnung mit unseren Kulturachbarn zielstrebig und bewußt zu regeln und so eine gewisse pädagogische Aufgabe zu übernehmen. Auf den Intellektuellen und nicht wie vielfach bisher auf den einkaufenden Hausfrauen oder den fußballspielenden Schuljungen wird in Zukunft die Verantwortung und die Hauptlast des kulturellen Dialogs liegen müssen.

Ganz besonders aber bedeutet das, daß wir Südtiroler uns in Zukunft verstärkt in den innerdeutschen Kulturkreislauf einzuschalten haben werden und mit größerer Selbstverständlichkeit und Selbstsicherheit dem deutschen Kulturraum zuwenden müssen. Wir werden dazu vor allem unsere Sprache wieder sauberer sprechen lernen müssen. Wir werden unvergleichlich mehr als bisher die deutsche Literatur von heute können, deutsche Zeitungen lesen, deutsche Landschaften sehen, alltägliche deutsche Lebensgewohnheiten mitleben und vor allem wieder mit deutschen Menschen reden lernen müssen. Und zwar möglichst viele von uns! Gerade für solche Zwecke und für entsprechende Initiativen werden in Zukunft bedeutend mehr Mittel flüssig gemacht und organisatorische Hilfen angeboten werden müssen.

In kulturellen und sprachlichen Grenzgebieten, und schon gar hier in Südtirol, wo wir als eine kleine Volksgruppe einem großen Nationalstaat einverleibt leben, kann die eigene Kultur nur mit der nötigen Hartnäckigkeit und mit einem gewissen Dogmatismus behauptet werden. Kulturell gesehen wird es in Zukunft in Südtirol — und wenn möglich, mehr als bisher — klare Grenzen geben müssen. Unsere Ausrichtung nach dem deutschen Sprach- und Kulturraum wird absoluten Vorrang vor — gelegentlichen und losen — Kontakten mit der italienischen Kultur haben müssen.

Nur dann und nur, wenn alle oben geforderten Voraussetzungen erfüllt sein werden, wird ein Kulturaustausch in Südtirol möglich sein und diesen Namen zu recht führen können. Erst dann wird Südtirol die Brückenfunktion, von der so viel

gesprochen wird und von der manche Wunder zu erwarten scheinen, erfüllen können.

## Studium an deutschen Universitäten

Aus dem soeben Gesagten ergibt sich, wieso einem jungen Südtiroler unbedingt empfohlen werden muß, sich akademische Bildung an einer Hochschule und an einem Hochschulort des deutschen Sprachraumes anzueignen. Wenn das Südtiroler Volk seine Bindung an den deutschen Kulturraum nicht bloß aufrechterhalten sondern, wie es geradezu lebensnotwendig erscheint, bedeutend intensivieren soll, ist es unumgänglich, daß unser akademischer Nachwuchs, der in Zukunft hier in besonderer Weise kulturell aktiv werden soll, deutsches Kulturleben und deutsche Art dort kennenlernt, wo sie sich unbedroht und unbeschwert abspielen und ausleben können. Ein mehrjähriger Aufenthalt in einer Hochschulstadt des deutschen Sprachraumes und das Studium an einer deutschen Universität reichen durchwegs aus, jedem Südtiroler, unabhängig von seinem Unternehmungsgeist und von seiner Kontaktfähigkeit, jenes Maß an kultureller Selbstsicherheit und an kulturellem Selbstbewußtsein zu vermitteln, das ihn später dazu befähigt, auch in unserem Land selbst kulturereichernd zu wirken und für Impulse aus dem deutschen Kulturraum empfänglich zu bleiben und diese hier wirksam werden zu lassen.

An dieser Stelle muß ausdrücklich bedauert werden, daß immer wieder junge Südtiroler — und zwar ein alles andere als unbedeutender Prozentsatz — ihr Studium an italienischen Hochschulen antreten. Denn immer wieder muß man erleben, daß der Preis, den sie dafür zu bezahlen haben, zu hoch ist: ihre Sprache degeneriert mehr oder weniger rasch und nachhaltig und nicht selten — und natürlicherweise — nehmen sie von der Umgebung, in der sie leben müssen, mehr oder weniger ausgeprägt italienische Mentalität an. Es ist nämlich keineswegs so, daß jeder Südtiroler, der ein Hochschulstudium in Italien beginnt, jenes geistige Niveau und genügend Reife besitzt, um seine eigene, ursprüngliche kulturelle Prägung gegenüber massiver fremdkultureller Einwirkung behaupten zu können, geschweige denn, gar sein eigenes kulturrolles Leben von der fremden Kultur befruchten zu lassen und die fremde Kultur selber zu befruchten, wie so oft ein wenig großtuerisch behauptet wird. Dieser stille und empfindliche Substanzverlust, den unser Volk so fortwährend erleidet, ist besonders bitter, da es schwierig erscheint, für die Tatsache, daß so viele unserer jungen Leute in Italien studieren wollen, andere Gründe zu finden als geistige Bequemlichkeit und Unbeweglichkeit. Es hat sich mehr und mehr herumgesprochen, daß an manchen italienischen Universitäten, besonders an denen, die überdurchschnittlich überlaufen sind oder häufig bestreikt werden, akademische Grade bei etwas Geduld recht schmerzlos und ohne besondere Anstrengungen zu holen sind. Finanzielle Beweggründe sind durchwegs ein Vorwand: denn es dürfte mehr als bekannt sein, daß die Aussichten auf Stipendien für Südtiroler sowohl in Österreich als in Deutschland, im ganzen gesehen, bedeutend besser sind als in Italien selbst. Viele unserer jungen Leute gehen einfach den Weg des geringsten Widerstandes: sie drücken sich vor einigen, nicht weiter bedeutsamen bürokratischen Schwierigkeiten. Es lockt sie nicht im geringsten, Österreich oder Deutschland besser kennenzulernen und fast möchte man sagen, sie fürchten sich

vor der fremden Währung und vor den ungewohnten Zigaretten.

Dies muß, besonders da es recht lächerlich erscheint und weil, wie bereits mehrfach erwähnt, das Schlagwort vom kulturellen Austausch, der zu pflegen wäre, noch lächerlicher klingt, langsam wieder anders werden. Richtig aufleben und frei atmen werden Südtiroler Studenten auch in Zukunft, zumindest kulturell gesehen, erst im deutschen Sprachraum können. Jedenfalls muß hier nochmals betont werden, daß — abgesehen von finanziellen und anderen praktischen Vorteilen, die ein Studium in Österreich oder (bedingt, wegen der ausstehenden Titelanerkennung) in Deutschland mit sich bringt, und die in diesem Rahmen nicht näher erläutert werden brauchen — jeder Südtiroler aus grundsätzlichen Erwägungen heraus im deutschen Sprach- und Kulturraum studieren sollte.

Freilich wird auch in Zukunft den Juristen eine Ausnahme von einer solchen Regel gestattet werden müssen. Aber gerade diese notwendige Ausnahme bestätigt die Gültigkeit der Regel. Unsere Juristen müssen sich, sollen sie morgen unsere Rechte dem Staat gegenüber und die Rechte der Bürger untereinander im Rahmen der italienischen Rechtsordnung mit Erfolg vertreten können, schon während des Studiums nicht nur mit den italienischen Gesetzen, sondern auch mit der italienischen Mentalität und Lebensauffassung, die erstere zugrunde liegt, vertraut machen, und eben dazu sollen sie sich an einer italienischen Hochschule ausbilden lassen. In diesem Fall müssen eben, im Interesse unserer Volksgruppe, gewisse Verluste trotz allem hingenommen werden. Aber eben darum gilt für Hochschüler aller übrigen Studienrichtungen, daß sie, da sie ein Studium in Italien kulturell schädigen müßte und da in ihrer Lage ein besseres Kennenlernen italienischen Denkens um einen solchen Preis weder notwendig erscheint noch zu rechtfertigen wäre, eben im deutschen Sprachraum studieren sollen.

Für Juristen gibt es dann ja noch die unbedingt empfehlenswerte und recht günstige Gelegenheit, zwei Semester lang in Österreich zu studieren und dort die rechtshistorischen Studienfächer zu absolvieren und erst dann an eine italienische Hochschule überzuwechseln.

Nur für ganz seltene anders gelagerte Fälle wird man Südtirolern ein Studium an einer italienischen Universität anraten können. So etwa, wenn sie sich für eine Studienrichtung entschieden haben, die nur an italienischen Universitäten geführt wird (Lehraufsicht beispielsweise), oder wenn bei einem Studium im Ausland die Voraussetzungen für eine spätere Anerkennung des erworbenen Studientitels fehlen würden. Doch selbst diese Ausnahmen können die Regel bestätigen helfen.

## Universität Bozen

Schließlich soll, wie eingangs angekündigt, zum Problem der Errichtung einer Hohen Schule in Bozen kurz Stellung bezogen werden. Dazu muß eines gleich klar gesagt werden: in dieser Frage wird man mit den Denkkategorien, die derzeit der italienischen Hochschulpolitik zugrundeliegen, nicht zurande kommen können. Man wird — wenn man nicht auf unsern entschiedenen Widerstand stoßen will — in der Errichtung einer Universität in Bozen nicht ein Instrument zur Behebung der allgemeinen Hochschulmisere in Italien sehen und hier in Südtirol nichts sonst als eine akademische Serienproduktionsstätte nach einem für ganz Italien passenden Muster in Betrieb nehmen dürfen. Zwar soll hier ausdrücklich anerkannt werden, daß Italien eine Reihe neuer Hochschulen dringend benötigt und errichten

müssen wird, doch mögen Universitäten zur Deckung des bloßen quantitativen Bedarfs an akademischem Nachwuchs in jeder anderen italienischen Stadt errichtet werden. In Bozen wird man mit unserem Einverständnis nur eine Hochschule aufbauen können, die unsere eigenen kulturellen Erfordernisse nicht bloß formell sondern substantiell und voll zumindest mitberücksichtigt.

Entsprechend den eingangs ausgeführten Grundsätzen bedeutet das konkret: eine Hochschule in Bozen wird unbedingt entweder, wenn sie in erster Linie einem normalen akademischen Lehrbetrieb dienen soll, was uns wichtiger erscheint, die elementaren und alltäglichen Bedürfnisse unserer deutschen Volksgruppe zu berücksichtigen und zu befriedigen haben, oder aber ein ernstzunehmendes echtes Zentrum geistigen Wettbewerbes zwischen deutscher und italienischer Kultur sein müssen, in diesem Fall jedoch auf eine naturgemäß dünne Elite von Forschern, Lehrern und Lernenden beschränkt bleiben müssen.

Diese beiden Alternativen, da sie die einzigen sind die wir gutheißen können, sollen noch kurz erläutert werden.

Eine Hochschule in Bozen, die nicht bloß repräsentativ zweisprachig wirken, sondern für die alltäglichen kulturellen Bedürfnisse unserer Volksgruppe da sein und also vorwiegend praktische Bedeutung haben soll, wird eine qualitativ nicht unterdurchschnittliche deutsche Hochschule werden müssen. Das bedeutet nichts mehr und nichts weniger, als daß der Unterricht von Dozenten deutscher Muttersprache auf Deutsch und nach Studienplänen zu erteilen sein wird, die im wesentlichen auf eine akademische Bildung im Geist deutscher akademischer Tradition abzielen. Zwar wird es für alle Hörer selbstverständlich Pflicht sein müssen, ihre Kenntnisse der italienischen Sprache und Kultur auf der Hochschule selbst zu vertiefen und zu vervollkommen, doch wird man unbedingt genügend vorsorgen müssen, daß ein solches Italienisch-Pflichtprogramm nicht zu kultureller Standortlosigkeit und billiger Kultursynthese führen kann. Eben weil es, wie weiter oben gesagt worden ist, nicht denkbar ist, daß auf breiter Basis — und sei es auch auf durchschnittlich akademischem Niveau — echter Kulturaustausch zustandekommen kann, ohne daß die Gefahr einer Assimilierung oder einer kulturellen Verflachung im allgemeinen entsteht, muß die Idee einer allgemeinen, nicht rein elitären Universität Bozen mit verschiedensprachigen Hörern und einheitlich mehrsprachigen Lehrveranstaltungen und — was noch gefährlicher erscheint — mit einheitlichem Bildungsziel für alle diese Hörer unbedingt abgelehnt werden. Eine Eintopfhochschule würde uns nicht wohlbekommen. Für uns Südtiroler wird in Bozen nur eine deutsche Hochschule errichtet werden dürfen.

Daraus ergibt sich, daß wir von vornherein utopische Vorstellungen aufgeben müssen. Es wird — und sicherlich nicht zum Schaden von uns selbst — auch nach der Errichtung einer solchen Hochschule in Südtirol so sein, daß ein nicht unbedeutender Prozentsatz unserer Studenten die Hochschulstudien außer Landes absolvieren müssen wird. Denn für eine Hohe Schule in Bozen, so wie sie uns annehmbar erscheint, und wie sie gerade kurz beschrieben wurde, werden sich nur ganz wenige Fakultäten, wenn nicht gar nur eine einzige, einrichten lassen. Da nicht damit zu rechnen ist, daß in größerer Anzahl italienischsprachige junge Leute an unserer grundsätzlich rein deutschen Hochschule studieren werden und da andererseits, solange ein allgemeines europäisches Abkommen über gegenseitige Studentenerkennung ausbleiben wird, auch keine Hö-

rer aus dem übrigen deutschen Sprachraum erwartet werden dürfen, wird unsere deutsche Hochschule nur mit dem Zustrom hiesiger Hörer rechnen können. Aus finanziellen Gründen und auch, um den Lehrbetrieb jedenfalls auf einem Mindestniveau halten zu können, wird eine Fakultät erst errichtet werden können, wenn mindestens einige Hundert Interessenten dafür zu erwarten sind. Auch wird der hiesige Bedarf in Betracht zu ziehen sein: so wird man zum Beispiel darauf verzichten müssen, eine Fakultät zu errichten, die weitaus mehr Leute ausbilden wird, als in Zukunft gebraucht werden können. Eine solche künstliche Verzerrung des Zustromes zu den einzelnen Studienfächern würde innerhalb weniger Jahre zu einem peinlichen Überangebot an Akademikern auf einem bestimmten Sektor führen und uns mit Sicherheit mehr schaden als nützen. Aus all dem läßt sich folgern, daß sich in Bozen mit Sicherheit nur eine pädagogische Fakultät zur Heranbildung eines Großteiles unserer zukünftigen Mittelschullehrer errichten lassen wird. Der zu erwartende Zustrom wird für einen ernsthaften Lehrbetrieb mehr als ausreichend sein. Der Bedarf am heranzubildenden Lehrernachwuchs erscheint auf Jahrzehnte hinaus ebenfalls gegeben. Auch wird die Anziehung, die eine solche Fakultät etwa ausüben könnte, für unsere Schule, die gegenwärtig an einem völlig abnormalen Mangel an ausgebildeten Lehrkräften leidet, nur von Vorteil sein können.

Ob neben einer solchen pädagogischen Fakultät noch weitere errichtet werden können und sollen, wird sich erst in Zukunft erweisen. Jedenfalls können juristische Studienlehrgänge von vornherein ausgeschlossen bleiben, denn sie würden mit der für die Hochschule geforderten deutschen Unterrichtssprache nicht vereinbar werden können. Vielleicht wird später einmal, vor allem wenn in gewissem Maße das Interesse von Studierenden aus Deutschland oder Österreich dafür zu gewinnen wäre, etwa eine medizinische Fakultät oder auch eine auf irgend ein naturwissenschaftliches, technisches Gebiet spezialisierte Fakultät zur pädagogischen hinzukommen können.

Sollte man andererseits unbedingt vorhaben, auch für italienische Hochschüler hier im Land Studienmöglichkeiten zu schaffen, so könnten wir damit einverstanden sein, diese unsere Hochschule mit ihrer einzigen Fakultät oder mit mehreren Fakultäten als weitgehend unabhängige deutsche Sektion mit einer gleichberechtigten und ebenfalls weitgehend unabhängigen, rein italienischen Sektion, die auch eine oder mehrere Fakultäten führen könnte, in einer einzigen Universität Bozen zusammengefaßt zu sehen. Freilich müßten wir in einem solchen Fall gegen eine übertriebene und künstliche Aufbausung der italienischen Sektion sein, die auf keinen Fall einen zu großen Zufluß von Studenten aus anderen Provinzen mit sich bringen und so zu einem Instrument der Unterwanderung werden dürfte. Auch die italienische Sektion sollte nicht mehr als etwa zwei, drei Fakultäten umfassen. Denken könnte man da am ehesten an eine italienische pädagogische Fakultät und vielleicht an eine juristische Fakultät, welche sich auf verwaltungsrechtliche und autonomierechtliche Studien spezialisieren sollte. Eine solche juristische Fakultät wäre nicht zuletzt für uns Südtiroler selbst interessant, und der Zustrom von Südtirolern könnte dazu beitragen, daß die nötige Mindesthöherzahl erreicht wird, ohne daß übermäßiger Zuzug von auswärts dazu notwendig würde.

Noch eine Forderung wäre in diesem Zusammenhang freilich zu stellen, wenn unsere Zustimmung zur Errichtung einer solchen italienischen Hochschulsektion Gel-

tung bekommen sollte: es müßte gewährleistet werden, daß — ähnlich wie die Hörer der deutschen Sektion verpflichtet wären, ihre Kenntnisse der italienischen Sprache und Kultur zu vervollkommen — auch alle Studierenden der italienischen Sektion nicht bloß pro forma sondern tatsächlich und ernsthaft Deutsch lernen müssen; eine Aufnahmeprüfung aus Deutsch könnte vielleicht zur Bedingung für die Zulassung gemacht werden. Was natürlich auch in diesem Fall wieder nichts mit dem ominösen Kulturaustausch zu tun hätte! Im besonderen Fall könnte für die Südtiroler Juristen, die an der juristischen Fakultät der italienischen Sektion studieren, statt des allgemeinen Deutschprogrammes ein Sonderkurs zur Erlernung der deutschen juristischen Fachsprache gehalten werden, was sicherlich im besonderen Interesse von uns Südtirolern liegen würde. Die obligatorischen Deutschprogramme an der italienischen Sektion hätten jedenfalls nicht zuletzt auch die Funktion, übermäßigen Zuzug aus anderen italienischen Provinzen einzudämmen und den hiesigen Italienern ein Ansporn zu sein, bereits an den Oberschulen fleißiger Deutsch zu lernen, was vor allem von den zukünftigen Italienischlehrern an unseren deutschen Schulen mit Recht verlangt werden müßte.

Somit scheint mehr als klar gesagt zu sein, wie eine Hochschule in Bozen, die — wie gesagt — in erster Linie einem normalen akademischen Lehrbetrieb dienen soll, aus unserer Sicht heraus funktionieren müssen wird.

Aber noch ein zweites Modell einer Universität Bozen könnte unsere Zustimmung finden. Denken könnte man etwa an ein — nennen wir es europäisches — Institut zur Erforschung von allgemeinen Parallelen und Berührungspunkten in der deutschen und in der italienischen Kultur oder an ein Institut mit ähnlichem Aufgabensbereich. Es müßte freilich mit Wissenschaftlern ersten Ranges besetzt und mit den entsprechenden Mitteln ausgestattet werden, da es nur so ein wirklich ernstzunehmendes wissenschaftliches Programm durchführen könnte. Ein solches Institut würde auch kaum in größerem Rahmen einen normalen akademischen Lehrbetrieb bewältigen können, sondern in erster Linie so etwas wie spezialisierte geisteswissenschaftliche Grundlagenforschung zu betreiben haben. Zum „Lernen“ würden an das Institut wohl bereits ausgebildete Akademiker kommen, die an einer Spezialisierung in den hier betriebenen Studien interessiert sind. Mit Sicherheit würde sich am Institut eine natürliche und selbstverständliche Mehrsprachigkeit einstellen. Jedenfalls müßte eine solche Gründung, würde sie wie vorgeschlagen Wirklichkeit, starke Resonanz im gesamten deutschen und italienischen Kulturraum finden und zu einer qualitativ hochgradigen Wirksamkeit führen können.

Zu diesem Modell muß jedoch gesagt werden, daß es uns Südtiroler nicht viel mehr interessieren würde als den gesamten übrigen deutschen Sprachraum. Die Auswirkungen einer solchen Institution auf unser Land müßten nämlich notwendigerweise auf einen kleinen Personenkreis beschränkt bleiben und würden im übrigen recht indirekt sein und nur auf weite Sicht spürbar werden können. Auch muß bezweifelt werden, ob Bozen wirklich der denkbar beste Standort für die Errichtung eines solchen Institutes wäre. Außerst unsicher erscheint zudem, ob der italienische Staat die nicht zu unterschätzenden finanziellen Mittel für eine solche mehr allgemein kulturell wirksame als hochschulpolitisch gültige Initiative überhaupt auch nur zum Teil zur Verfügung stellen würde.

Jedenfalls muß hier auf der Feststellung bestanden werden, daß kultureller Aus-

tausch zwischen deutschem und italienischem Geistesleben nur dann sinnvoll erscheint, wenn er sich auf so hohem Niveau, wie vorgeschlagen, und mit möglichst intensiven Mitteln vollziehen kann. Wenn, wie niemandem zu verdenken ist, die Bereitschaft zu so kostspieligem und zu so abstraktem Engagement nicht vorhanden ist, möge man aber auch so ehrlich sein, uns Südtirolern nicht weiterhin großspurig von den Segnungen einer kulturellen Osmose Märchen zu erzählen.

Eine Universität Bozen, die ihrer Grundidee nach anders konzipiert wäre als eines der beiden soeben kurz vorgestellten Modelle, würde uns Südtiroler kulturell vergewaltigen und müßte unseren Widerstand herausfordern. Das würde auch für Vorschläge gelten, die derzeit kursieren und die sich an bereits im Ausland bestehenden Hochschultypen orientieren möchten, und welche für eine Hochschule in Bozen vorsehen würden, daß jedes Fachstudium grundsätzlich in beiden Landessprachen absolviert werden müßte und zwar so, daß gewisse Vorlesungen, Seminare und Prüfungen nur auf Italienisch und andere nur auf Deutsch gehalten oder abgenommen werden.

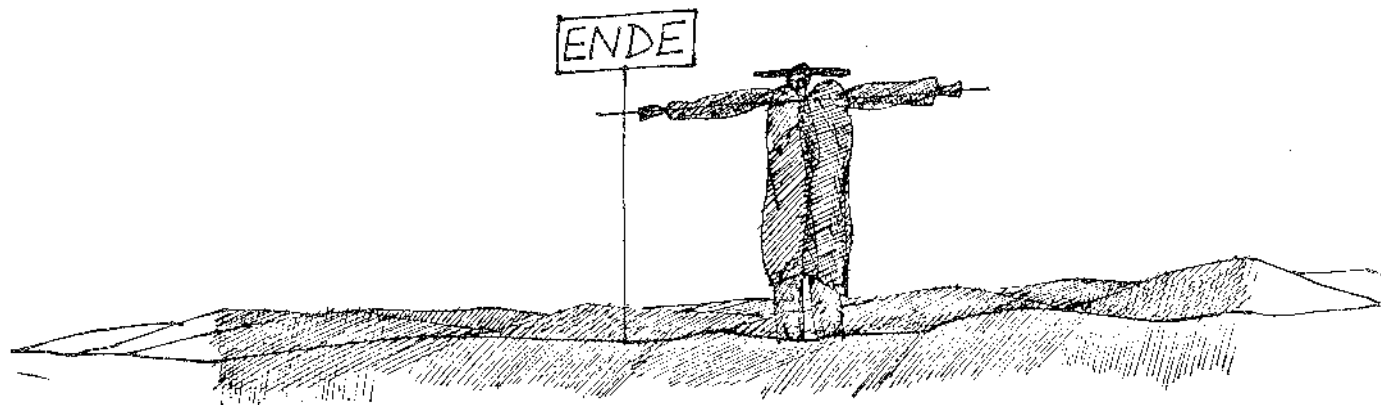
Dazu ist zu sagen, daß eine solche Hochschule in Bozen, da sie allen Hörern (zumindest wenn das Programm tatsächlich durchgeführt würde) echte Zweisprachigkeit abverlangen würde, zwar genügend wirksame Garantien gegen eine unerwünschte Zuwanderung bieten könnte, im übrigen jedoch deutsche Kultur nicht oder kaum, und nicht einmal unter uns Südtirolern selbst, verbreiten würde. Es würde

zwar wohl zwischendurch deutsch gesprochen, aber die deutsche Sprache, das deutsche Geistesleben und deutsche Denkart kämen mit Sicherheit zu kurz. Die Hochschule würde soviel wie nichts dazu beitragen können, daß sich unsere Volksgemeinschaft kulturell in dem Sinn erholen kann, wie wir es uns besonders von einer Hochschule auf unserem Boden wünschen und vorstellen würden. Es würde sich, in kurzen Worten, um eine doppelsprachig aufgemachte Hochschule mit wohl vorwiegend italienischer Ausstrahlung handeln. Noch unerwünschter sind uns freilich gewisse Versuche, mit denen sich die Universität Verona in den letzten Monaten nach Bozen einzuschleichen versucht hat. Die Abhaltung eigener Universitätslehrgänge durch Assistenten (und wer weiß, wann Professoren und der Rest nachfolgen werden), die Verona angeblich auf Wunsch von berufstätigen Hochschülern beider Sprachgruppen unseres Landes zu Vorlesungen nach Bozen entsendet, ist uns besonders unangenehm, da diese Initiative natürlich das besondere Interesse einer nicht zu unterschätzenden Anzahl von Südtiroler Supplenten findet, die sich so billig und insbesondere, ohne jemals ernsthaft Deutsch lernen zu müssen, das ja bei den Kursen ausdrücklich als Fremdsprache gelehrt wird, auf den Lehrberuf in unseren deutschen Mittelschulen vorbereiten können, wenn man dieses Wort hier überhaupt sinngemäß gebrauchen darf. Hier will man uns an unserer empfindlichsten Stelle treffen. Eine italienische Hochschule in Bozen, die offensichtlich darauf aus ist, unsere deutschen Mit-

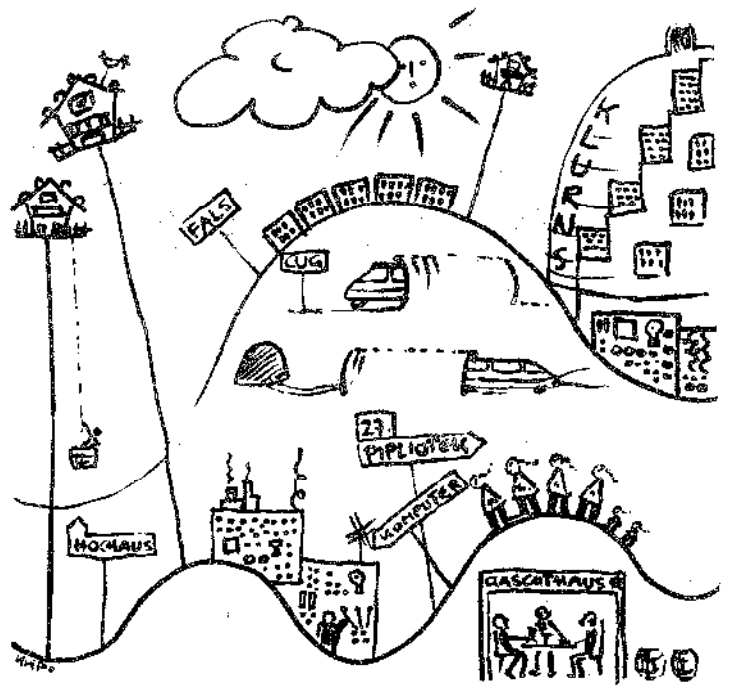
telschullehrer von morgen auszubilden und die dabei mit unserer Sprache so grob fahrlässig umzugehen pflegt, wie wir es gegenwärtig erleben, wird das allerbeste sein, das uns schmackhaft gemacht werden kann. Gerade unsere kulturelle Gefährdung wird uns eine stillschweigende Duldung solcher Machenschaften verbieten.

So müssen wir denn abschließend nochmals auf unsere früheren Schlußfolgerungen zurückkommen: solange uns daran gelegen sein wird, deutsche Kultur im Südtiroler Volk nicht absterben zu lassen, und solange es in Bozen nicht eine Hochschule geben wird, die sich bewußt und voll deutscher Kultur verpflichtet weiß, werden sich Südtiroler — Juristen und ganz wenige andere berechtigterweise ausgenommen — akademische Bildung an den Hochschulen des deutschen Sprachraumes aneignen müssen. Insbesondere unsere zukünftigen Lehrer!

Eine für später zu erwartende Hochschule in Bozen wird von uns, je nach dem, ob sie unseren Vorstellungen entsprechen oder aber im Grunde ein Instrument zu schmerzloser Assimilierung sein wird, entweder gerne benützt werden dürfen oder bewußt ignoriert werden müssen. Der Kontakt zum übrigen deutschen Sprachraum und der Besuch deutscher Hochschulen wird jedoch, grundsätzlich und auch, weil selbst eine unseren Vorstellungen entsprechende Hochschule in Bozen nur das Studium weniger Fächer ermöglichen wird, niemals aufgegeben oder ersetzt werden können.



# utopie



Pepi ZELGER, Innsbruck

Innerhalb von wenigen Jahren ist Südtirol ein Zentrum der Computerproduktion geworden. Südtirols Talschaften haben sich endlich gegen die wenigen reaktionären Unternehmer, Geschäfts- und Wirtschaftsloute durchgesetzt und eine vollkommene Zusammenarbeit in der Herstellung von elektronischen Geräten erreicht. Es werden heute aber nicht nur Computer und elektronische Steuerungsgeräte hergestellt, sondern auch Spezialberechnungen und Planungen für ausländische Auftraggeber durchgeführt.

## Zuwanderung

Heute ist es nicht mehr verständlich, daß früher so viele Mathematiker, Physiker, Logiker usw. ins Ausland abwandern mußten. Jetzt ist es umgekehrt. Fast 10% der Elektroniker in Südtirol sind Japaner; es praktizieren Studiengruppen aus der Sowjetunion in Südtirol, und aus dem Nordwesten der USA sind so viele Wissenschaftler zugewandert, daß die NASA aus Mangel an qualifizierten Arbeitskräften ihre Forschungsvorhaben aufgeben mußte. Man munkelt, daß EURATOM bald nach Südtirol übersiedeln will. Arme Bauern und untere Mittelbauern aus den chinesischen Provinzen Kwangtung, Kwangsi und Yunnan arbeiten als Fremdarbeiter im Lande und gelten als die fleißigsten der Welt. In Deutschland und Österreich haben sich spontane Gruppen ihrer bluteigenen Abstammung entsonnen und sind nach Südtirol eingewandert. Die wenigen Italiener, die immer noch nicht Deutsch gelernt haben und fachlich ungebildet geblieben sind, können sich nur noch in einigen vor dem Konkurs stehenden Schwermetallindustrien halten. Alle übrigen haben die Südtiroler Lebensart gegen ihre eigene angenommen. Es muß ausdrücklich betont werden, daß sich die Italiener und alle anderen Ausländer freiwillig der Südtiroler Kultur zugewendet haben, und daß überhaupt kein Zwang oder Terror gegen irgend jemanden ausgeübt wurde.

## Wohnungsproblem

Die größte Schwierigkeit bildete bis vor einigen Jahren das Wohnungsproblem. Der sehr mächtig gewordene Heimatschutzverein ließ nur die altherwürdigen aber doch kleinen Tirolerhäuschen mit Watschelohren zu. Erst nachdem die als Kultur-

gründe inzwischen ganz aufgegebenen Berggebiete für die Bebauung nicht mehr ausreichten, fand ein Valser Architekt endlich die Lösung: Auf kilometerhohen Plastikstangen werden heute eine Unmenge stielreicher hölzerner Tirolerhäuschen angebracht. Darin können die bergverbundenen Südtiroler weiterhin frische Luft und die Natur genießen.

## Verkehrspröblem

Auch das Verkehrspröblem konnte großzügig gelöst werden: Für unschöne traditionelle Eisen-, Auto- und Seilbahnen war nur mehr wenig Platz. Hubschrauberverkehr hatte man von allem Anfang an wegen der starken Lärmentwicklung abgelehnt. Da entschloß man sich, die Bergdörfer durch ein dichtes Netz von U-Bahnen zu erschließen. Heute ist jeder Punkt in Südtirol — selbst in früher unzugänglichen und heute noch schwach besiedelten Gletschergebieten — von jedem anderen aus in maximal 63 Minuten 17 Sekunden erreichbar.

## Bibliotheken

Noch größere Bedeutung als die Lösung des Wohn- und Verkehrspröblems erlangte die Erfindung eines jungen Mathematikers aus Meran. Dieser Mathematiker hat ein Datenspeicherungssystem erfunden, das 10<sup>6</sup> mal weniger Raum einnimmt als die bisherigen. Nachdem er nicht bereit war, dieses Patent ins Ausland zu verkaufen, sondern die Auswertung einzig einer großen Firma in Sterzing vorbehielt, wendeten sich die Direktoren der größten Bibliotheken der Welt an diese Firma und baten sie, ihre Bibliotheken auf dieses Miniordnungs- und Speichersystem umzubauen. Der Auftrag wurde nur gegen das Zugeständnis übernommen, daß man Kopien der Bibliotheken für Südtirol anfertigen dürfe. Seither sind die Bestände von 37 Bibliotheken im atomstärkeren Bunker im Saun aufbewahrt, und 80 kleinere Universitätsbibliotheken sind in ganz Südtirol verstreut. Schon viele Fremde haben sich sehr darüber gewundert, daß sie in einer kleinen Almhütte die vollständige Leningrader Universitätsbibliothek voranden. Diese einmalige Gelegenheit nutzen heute zahllose ausländische Gelehrte. Von Dissertanten sprechen wir nicht, weil es bekannt ist, daß sie

sich vorzüglich auf den mit Spezialbibliotheken versehenen Skialmen aufhalten und dort angenehmer und schneller ihre Doktorarbeit abschließen, als sie es sich je erträumt hatten.

## Kneipen

Gegenüber den Sechzigerjahren hat sich das gesellschaftliche Bild unseres Landes verändert. In Kneipen, die früher von Mittelschulsupplenten besucht waren, trifft man nur noch Programmierer, untere und mittlere Ingenieure und Techniker. Alto Bauerngasthäuser sind voll von Obermathematikern und Chefplanern. Man unterhält sich auf deutsch, englisch, norwegisch, französisch, russisch, um nur die wichtigsten Sprachen zu nennen, die fast jeder Spitzenmathematiker beherrscht. In früheren Kaffeeklatschräumen hinwiederum verkehren nur Logiker, Semantiker, Syntaktiker und reden in einer künstlichen, symbolischen Sprache, weil diese eine klare und präzise Formulierung der Argumente gestattet. Es trifft heute auf je 50 Einwohner ein Kaffee- oder Gasthaus. Dies zeigt deutlich, daß man Gedankenaustausch und Geselligkeit mehr pflegt als je zuvor.

## Rationale Politik

Überhaupt konnte man in Südtirol erstmals die irrige Ansicht widerlegen, daß die Menschen in modernen Industriestaaten hektisch, unzufrieden und eigensüchtig werden müßten. Vielmehr sind die Südtiroler heute zuvorkommend wie Afghanen und gastfreundlich wie Mexikaner. Außerdem treffen sie öffentliche Entscheidungen durchaus rational (so daß Polemiken ausgeschlossen bleiben; denn haben Mathematiker und Logiker schon einmal aufeinander geschossen, um zu beweisen, daß der eigene Beweis richtig wäre?) und jedermann tritt von seiner Führungsstelle zurück, wenn ein Jüngerer seine Argumente zu widerlegen imstande ist (wodurch erstmals der Traum verwirklicht wurde, daß Fachleute die Spitzenstellungen einnehmen). Ja, wir sind sehr glücklich darüber, daß wir Südtiroler der Welt heute ein Vorbild sind! Das Beispiel Südtirols wird auch tatsächlich auf der ganzen Welt studiert und man hofft, darin den Ansatz zur friedlichen rationalen Weltregierung gefunden zu haben.



# PARLAMENTARISCHE GESCHICHTSTUNDE

Heilmuth LADURNER, Wien

Blätter eines vorspäteten Herbstes liegen auf den vereisten Gehsteigen. Vergangene Vergangenheit, die von keiner Zukunft weiß. Kein Frühling wird auf diesem Boden mehr blühen. Rote Druckertinte, zortretenes Papier, verschmutzt, vom Wind hin- und hergefegt. Schade: man könnte es gut als Schmierpapier gebrauchen, denn es ist weiß und die Rückseite ist unbedruckt.

1919, 1945: Zwischenstationen einer Vergangenheit; Und 1969 Endstation? „Das heilige Ehrenwort!“... „Opfer von Blut und Gut“... „natürliches und göttliches Recht“... — und darüber die Abdrücke der Schuhe, die diese Sprache nicht mehr verstehen. Achselzucken, ein von der Neugierde erzwungenes Bücken, da und dort der Gedanke: schon wieder diese revoltierenden Studenten, flüchtiges Lesen im Weitergehen, 1919 — Großvaters Zeiten, 1945 — Hungerödeme, zerbombte Städte, russische Besatzung... was soll das alles? Und 1969? Was heißt Südtirol? Was ist Südtirol? Wo liegt Südtirol? In weiten, spitz abbrechenden Bögen fällt das Blatt von Windböen getragen auf den Gehsteig zurück.

Österreichischer Herbst.

\* \* \*

Alle Karten waren vergeben. Anstehen oder Vormerken nützte nichts. Schon Wochen vorher waren die Zuschauerreihen von den Schulen planmäßig vorbestellt. Lebendigen Unterricht nennt man das, staatsbürgerliche Schulung. Das Hohe Haus läuft dadurch niemals Gefahr, in der „Höhe“ einer gähnenden Leere anheimzufallen. So kommen sie aus allen Bundesländern herbeigefahren: miniberockt, maxi-look, Hosen, eng und weit, Bartansätze, in Zweierreihen vor dem Eingang wartend. Auch der Versuch am anderen Eingang des Parlaments, beim SPÖ-Parlamentsklub, scheiterte. KREISKY bemühte sich persönlich, vergebens. Glücklicherweise hatte die Grippewelle bereits ihre Vorboten nach Wien geschickt: eine Schulklasse erschien in reduzierter Stärke und so konnten die noch dagebliebenen „Interessierten“ in diese „Löcher“ nachstoßen. Ein etwas älterer Herr meinte: „Nun gibt es endlich einmal eine interessante Debatte und da kommt man nicht hinein!“ Schade, er wurde sicherlich enttäuscht.

So kamen die „Interessierten“ in das Hohe Haus.

Österreichische Schlamperie.

\* \* \*

Pünktlich zur vorgesehenen Stunde wurde die Sitzung eröffnet. Die Abgeordneten waren fast vollzählig (zwei fehlten) anwesend, die Regierungsbank mit einer Ausnahme gefüllt, Presse und Ehrengäste warteten voll Spannung, auf den Zuschauerreihen marschierte im Gänsemarsch, begleitet vom ermahnenden Zischen der Lehrkraft, die noch rechtzeitig angekommene Schulklasse herein, der Präsident erklärte die Sitzung als eröffnet, erteilte das Wort: die Rede begann. Zuerst ein historischer Aufriß über das Südtirolproblem, sodann die Geschichte

der Verhandlungen, anschließend die vereinbarten Erklärungen der Bundesregierung, abschließend, nach der Darlegung von Detailfragen das Paket und den Operationskalender betreffend, ein allgemeiner, kurzer Ausblick in die Zukunft.

Eine emotionslose, klare Beschreibung der Situation, ein Schlußstrich, ein Akt politischer Notwendigkeit, ein Weghängen jenes verschürkelten, mit Leid- und Opfermotiven verbrämten Südtirolbildes, dem allerdings nichts entgegengestellt wurde als ein paar nackte Paragraphen und die Hoffnung, daß man auf diesem neu einzuschlagenden Wege nicht straucheln werde.

Damit hat Österreich den letzten Rest seiner Vergangenheit abgestoßen.

Österreichische Politik der Realität.

\* \* \*

Die Debatte: viel Geschichte, sehr viel Geschichte: Geschichte des Landes Südtirol, Geschichte der Verhandlungen, Geschichte (und Geschichten) über den Verrat Italiens, Geschichte Österreichs, Geschichte der Geschichte der Verhandlungen, Geschichte... Und fast jeder Abgeordnete zum Nationalrat mußte einen historischen Abriß über irgendetwas seinen Ausführungen vorausschicken: rhetorische Übungen.

FRIEDLER, Sprecher des Außenpolitischen Ausschusses, ÖVP, gab eine Geschichte der Verhandlungen, etwas breiter als sie KLAUS bereits geboten hatte, zum besten. Mehr wußte er über Südtirol nicht zu sagen.

SCRINZI, FPÖ, sprach lange: er glaubte, er könne die „KLAUSsche Kapitulationsurkunde“ durch eine Unmenge willkürlich aufgegriffener Einzelheiten zerreißen. Im Grund „kapitulierten“ vor seinem Redeschwall nur die Abgeordneten, die den Gängen des Hauses zuströmten, und so mancher Zuhörer, der vom Lande Südtirol in das Land der Träume hinübersank.

KREISKY, SPÖ, sprach kurz und legte noch einmal den sozialistischen Standpunkt dar: da das Selbstbestimmungsrecht nicht zu verwirklichen sei, müsse man das Selbstverwaltungsrecht anstreben: d.h. Bildung einer Region Südtirol. Damit hätten die drei Parteien ihren Standpunkt für eine Abstimmung genügend ausführlich dargelegt; aber der Drang nach dem Rederpult war so groß, daß noch der nachfolgende Tag gehalten mußte.

Österreichische Redseligkeit.

\* \* \*

Die Gestik war gekonnt, die Brillanz des Intellekts blieb nicht verborgen. GRATZ, Zukunftspolitiker der SPÖ, Starredner nach KREISKY, mit Manuskript und Büchern bewaffnet, legte einen deutlichen Beweis seines rhetorischen Könnens ab. Er sagte inhaltlich wenig, sprach aber sehr lang. Um zwei Punkte drehten sich seine Ausführungen: in gekonnter Art eines Routiniers trat er den Umstand breit, daß der Außenpolitische Ausschuß des Nationalrates nicht mit der Südtirolfrage vor der Debatte befaßt worden sei. Sein zweiter Punkt bestand in der Darle-

Text eines der Flugblätter (herausgegeben vom Bergiselbund, Eschenbachgasse Nr. 11 1010 Wien).

1919

Am 6. September 1919 im österreichischen Parlament: „... Das heilige Ehrenwort... es wird nie ein österreichisches Parlament, nie eine österreichische Regierung geben, welche Opfer von Blut und Gut zu hoch sein werden, um die Unrechtsgrenze am Brenner zu beseitigen!“

1945

„Der erste, freigewählte Nationalrat des neuerstandenen Österreich richtet an die Bundesregierung die dringende Bitte, alles zu unternehmen, um Südtirol in unsere österreichische Gemeinschaft und unsere Verwaltung zurückzuführen.“

Und 1969?

Welches österreichische Parlament, welche österreichische Regierung, will und darf es auf sich nehmen, den Kampf um das natürliche und göttliche Recht der Südtiroler einzustellen und auf Südtirol zu verzichten?



gung einiger Mängel des Pakets und des Operationskalenders.

Seinem scharfen Geist ist die „mangelnde politische Reife“ des Südtiroler Volkes nicht entgangen. Denn „es ist eine Überforderung für die Südtiroler darüber zu entscheiden, ob das Paket wirksam verankert sei“. Das Überlassen dieser Entscheidung den Südtirolern stelle nur ein „Zuschieben des schwarzen Peter“ dar. GRATZ möchte uns etwas unter die Arme greifen, „denn die Verankerung ist nicht eine Angelegenheit der Südtiroler, sondern des österreichischen Nationalrates“. Dieser sei dazu „moralisch verpflichtet“. Nur eine Gegenfrage: war der österreichische Nationalrat reif genug dazu? Gezeigt hatte er es nicht. Österreichische Schutzmacht.

\* \* \*

Zwei Reden, die hervorstachen: die eine: auf die Zukunft ausgerichtet, verriet staatsmännisches Gespür, das der österreichischen Tradition würdig ist, die zweite verwies auf eine Vergangenheit, die nur mehr bei den Achtzigjährigen und in den Geschichtsbüchern zu finden ist.

— KREISKY gedachte vor Beginn seiner Rede in Trauer jener unschuldigen Italiener, die in jenen Tagen dem terroristischen Anschlag in den Bankinstituten von Mailand und Rom zum Opfer gefallen waren. Ich glaube, diese Aussage in diesem Rahmen zeigt das Format und das Fingerspitzengefühl eines Politikers, der weiß, daß die Probleme nicht im Herunterleiern historischer Fakten sondern in der Bewältigung der nun neu zu gestaltenden gemeinsamen Zukunft liegen. Und darüber wurde fast überhaupt nicht gesprochen.

Dann sprach KRANEBITTER:

— Sieht man von den etwas patriarchalisch-klerikalen Gesten sowie von der dem Predigtton nahekommenen Stimmlage ab, geht man auf den Grund seiner Ausführungen, so schält sich hier ein Stück Österreich heraus, jenes Österreich, das nach dem Ende des ersten Weltkriegs gewaltsam über das Taufbecken gehoben wurde, das aber für ihn nach dieser Taufe nicht rocht leben und auch nicht sterben konnte. Er war mehr als ein „Tupfen Farbe“ (Presse, 17. 12. 69, S. 1) im Parlament, er verkörperte zumindest das, was man sonst in der ganzen Debatte vermißt hatte: innerste Überzeugung; aus Überzeugung ja zu sagen, weil es die Partei so bestimmt, aus Überzeugung nein zu sagen, weil sein ganzes Sinnen und Streben nein sagt. Sein Ja entstammte seiner Verpflichtung der Demokratie gegenüber und seiner Erkenntnis, daß „alle Verantwortungsbeußten des Landes Ja sagen müssen“. Sein Nein wurzelte „in der ganzen erschütternden Größe und Tragik des Südtirol-Problems“.

Seinen Abgesang österreichischer Vergangenheit steigerte er am Schluß in eine Apotheose: Er sehe schon den „Tag in weiter Ferne aufstehen, an dem das Fest der Wiedervereinigung Tirols“ gefeiert werde. Es werde „ein Aufschrei der Freude“ durch die Länder hallen und Südtiroler und Nordtiroler werden „sich in die Arme fallen.“

Vielleicht war es im Grunde nur sein eigener Aufschrei über die Erkenntnis, daß Südtirol endgültig für Österreich in territorialer Hinsicht verloren gegangen ist; ein Versuch, auf den Trümmern der bisherigen Hoffnungen ein neues Phanta-

siegebäude aufzurichten, ein Haus der Hoffnung für seine späten Tage.

Mit KRANEBITTER tritt der letzte Vertreter einer österreichischen Vergangenheit von der politischen Bühne ab.

Eine Frau neben mir weinte, als KRANEBITTER sprach. Sie murmelte immer wieder: „Mein Gott, mein Gott...“.

Neben ihr saß ein Vertreter des Bergisel-Bundes. Sein Kommentar: „Zuerst fällt er um, und jetzt will er seinen Umfaller auch noch beschönigen und verdecken.“ Die Frau nickte dazu.

Links neben mir saß eine Schülerin, vielleicht fünfzehn; sie schrieb einen Liebesbrief: „Lieber Peter!...“

Nach einer Stunde verließen die ersten Schulklassen bereits die Ränge; mit einem Seufzer der Erleichterung erhob man sich und marschierte im Gänsemarsch hinaus. Für einen reibungslosen Wechsel war gesorgt: die freigewordenen Plätze wurden von Präsenzdienern eingenommen. Staatspolitische Schulung nennt man das.

Einer warf Flugblätter von der Galerie, er wurde sofort abgeführt. Auf meine Frage, was nun mit diesem Mann geschehen werde, konnte ich keine erschöpfende Auskunft erhalten: vielleicht eine Geldbuße, sicherlich eine Verwarnung und ein Hausverbot.

Man schaute in die Runde, lehnte sich über die Brüstung, spähte nach hübschen Mädchen aus, schob, wenn die Rede nun schon eine Stunde dauerte, ein kurzes Nickerchen ein, kurz, es war etwas anstrengend, aber doch nicht zu sehr, interessant, aber doch nicht sehr interessant, lehrreich — nein, das allerdings nicht.

Österreichisches Österreich.



# Das Skolast - Gespräch

Zur politischen Lage in Südtirol haben wir diesmal mit zwei Befürwortern des Paketes gesprochen. Ing. Giorgio PASQUALI, DC Mitglied, jetzt Regionalratsabgeordneter, war länger als ein Jahrzehnt Bürgermeister von Bozen und gilt als Wirtschaftsfachmann. Wir zentrierten daher die Fragen auf die „Bilanzgarantie“. Für den SKOLAST waren anwesend (am 19.1.1970) Gerold MERANER, Hans NOTDURF, Pepi ZELGER.

## Pasquali

SKOLAST: Wir sind der Ansicht, daß das „Paket“ das friedliche Zusammenleben zwischen den verschiedenen Volksgruppen unserer Provinz nicht fördert. Was sagen Sie dazu?

PASQUALI: Ich glaube, daß eure Ansicht falsch ist, weil ihr von falschen Voraussetzungen ausgeht. Wir dürfen das „Paket“ nicht so sehr nach seinen Einzelheiten beurteilen, sondern wir müssen es global betrachten und in ihm das sehen, was es tatsächlich ist, nicht mehr und nicht weniger.

SKOLAST: Was ist also Ihrer Ansicht nach das „Paket“ und welchen Wert erkennen Sie ihm zu?

PASQUALI: Wir müssen das „Paket“ als juridisches Instrument zur Förderung besseren Zusammenlebens zwischen den verschiedenen Volksgruppen in Südtirol verstehen. Sein eigentlicher Wert besteht, glaube ich, darin, daß es die Voraussetzung für einen gerechten und glaubwürdigen Schutz der örtlichen sprachlichen Minderheiten darstellt.

Niemand kann leugnen, daß seit 1918 in Südtirol neue, wichtige Fakten gesetzt wurden, wie z. B. die Ansiedlung von 100.000 Italienern. Dies beeinflußt maßgeblich die Struktur in der Gesellschaft Südtirols und das Zusammenleben der hiesigen Bevölkerung. Eine ganze Reihe von Problemen ganz besonderer Art ist dadurch entstanden, und es ist sehr schwierig, eine gute und gerechte Lösung dafür zu finden. Unbedingte Voraussetzung für eine solche muß die gegenseitige Erkenntnis sein, daß sie nicht einseitig der einen Volksgruppe zum Nutzen und der anderen zum Schaden gereichen darf und daß niemand die anderen einfach wegschieben kann. Dies alles vorausgeschickt, erkenne ich dem „Paket“ den Wert eines juridisches Instrumentes zu, das für uns alles und nichts bedeuten kann.

SKOLAST: Sie glauben also, daß der Wert des „Paketes“ primär vom guten Willen derer abhängt, für die es geschaffen wurde?

PASQUALI: Der gute Wille ist eine fundamentale und unbedingt notwendige Voraussetzung. Das „Paket“ selbst ist wie ein leeres Gefäß, das erst gefüllt werden muß. Wir müssen es durch unser Werk an Inhalt und Substanz bereichern.

Als Vertreter für die SVP wählten wir den Hauptverfechter des Paketes, Landeshauptmann Dr. Silvius MAGNAGO, da er nun nach der Annahme für die weitere Entwicklung Südtirols hauptverantwortlich erscheint. Gerold MERANER und Pepi ZELGER sprachen mit MAGNAGO am 21.1.1970. Nachdem wir 35 Minuten lang mit dem Landeshauptmann gesprochen hatten, verstieg sich MAGNAGO in recht scharfe Ausdrücke, und als er plötzlich auf das Tonbandgerät

SKOLAST: Sie haben vorher die örtlichen sprachlichen Minderheiten erwähnt. Im Punkt 1 des „Paketes“ spricht man von einer „tutela delle minoranze linguistiche locali“ (Schutz der örtlichen sprachlichen Minderheiten). Was ist damit eigentlich gemeint?

PASQUALI: Wenn im „Paket“ vom Schutz der örtlichen sprachlichen Minderheiten die Rede ist, so können damit selbstverständlich nur die deutsche und ladinische Sprachgruppe gemeint sein.

SKOLAST: Im „Paket“ von 1967 wurde diese Formulierung mit dem Art. 6 der italienischen Verfassung in Verbindung gebracht. Dieser Artikel garantiert den Schutz der sprachlichen Minderheiten im ganzen Staat. Wissen Sie, warum diese Präzisierung im neuen Text fallen gelassen wurde?

PASQUALI: Nein; doch ich glaube, daß dies unbedeutend ist, weil auch der neue Text völlig klar und eindeutig ist.

SKOLAST: In bestimmten Kreisen wird jedoch behauptet, daß mit dieser Formulierung nicht die Deutschen, sondern nur die Ladinier und die Italiener der Provinz Bozen gemeint seien.

PASQUALI: Das ist ein Problem, mit dem ich mich nicht beschäftigt habe, weil es mir nicht sehr bedeutend vorkommt im Hinblick auf das Ziel, das durch das „Paket“ erreicht werden soll.

SKOLAST: Würden Sie als Politiker eine solche Interpretation als korrekt oder zumindest als annehmbar betrachten?

PASQUALI: Ich habe sie noch nie gehört; doch scheint es mir, daß damit der eigentliche Sinn, die Substanz des ganzen „Paketes“ verdrängt und verfälscht würde.

SKOLAST: Worin besteht eigentlich die Substanz des „Paketes“? Welche Neuerungen im „Paket“ würden Sie als die drei besten und welche als die drei schlechtesten bezeichnen?

PASQUALI: Ich habe das „Paket“ nie auf seine Einzelheiten überprüft. Sie interessieren mich kaum. Gute Politiker dürfen sich nicht an Einzelheiten klammern. Sie müssen das „Paket“ global betrachten und beurteilen. Vergessen wir auch nicht, daß wir es mit einem Verhandlungsergebnis, also mit einem Kompromiß zu tun haben, der für beide Teile Vor- und Nachteile enthält.

SKOLAST: Wie würden Sie antworten, wenn Sie jemand fragte, ob für Sie die „Bilanzgarantie“ oder die Abänderung des

blickte, forderte er: „Das war aber ein Privatgespräch, das mir nicht aufscheint! Sonst hören wir jetzt auf!“ Darauf nahm MAGNAGO das Blatt mit den Fragen in die Hand und begann von vorn. Es war uns nicht möglich, beliebig viele Zwischenfragen zu stellen, da wir sonst gar nicht weitergekommen wären — das Interview dauerte so schon zwei Stunden!

Beide Interviews geben wir mit Einverständnis der Befragten stark gekürzt wieder.

Art. 10 des bestehenden Regionalstatutes bedeutender ist?

PASQUALI: Darauf könnte ich nicht antworten, denn für mich hat das „Paket“ nur als Ganzes einen Wert. Ich könnte höchstens sagen, daß der Provinz mit dem „Paket“ ein juridisches Instrument gegeben wurde, das es ihr ermöglicht, die großen Probleme autonom zu lösen und ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung nach eigenem Gutdünken zu lenken und zu fördern.

SKOLAST: Ohne von der Region bedingt und abhängig zu sein?

PASQUALI: Davon bin ich völlig überzeugt, und das ist gut so, denn die Abhängigkeit von Trient war auch für uns Italiener der Provinz Bozen keine Kleinigkeit.

SKOLAST: Im großen und ganzen sehen Sie das „Paket“ also sehr positiv?

PASQUALI: Ja, aber nur als Basis, als Ausgangspunkt. Ich sehe in ihm ausschließlich ein juridisches Instrument, das alle Wege öffnet, aber — das möchte ich ganz besonders betonen — keine Probleme löst.

SKOLAST: Glauben Sie, daß die im „Paket“ vorgesehene „Bilanzgarantie“ unbedingt notwendig ist?

PASQUALI: Ja, denn sie stellt ein weiteres politisches Instrument dar, mit dessen Hilfe vielleicht einige Probleme gelöst werden können, die bis jetzt unlösbar schienen.

SKOLAST: In Ihrer Rede vor dem Regionalrat haben Sie die Ansicht vertreten, daß die „Bilanzgarantie“ — zugunsten der Italiener der Provinz Bozen — als Gegengewicht zum ethnischen Proporz — zugunsten der deutschen und ladinischen Sprachgruppe — verstanden werden müsse.

PASQUALI: Das habe ich gesagt, aber ich glaube, daß ich von vielen mißverstanden worden bin. Proporz und „Bilanzgarantie“ sind zwar beide Garantien, doch verschiedener Natur und mit einem unterschiedlichen Zweck. Der Proporz ist eine Garantie ethnischer Natur, mit dem Zweck, den örtlichen sprachlichen Minderheiten den Zutritt zu den öffentlichen Stellen in einem bestimmten Ausmaß zu garantieren. Prinzipiell verurteile ich es, wenn man zu solchen Mitteln greifen muß, um dies zu erreichen. Ich hoffe und glaube aber, daß sich dieses Problem in Zukunft — vielleicht in 20 Jahren — von selbst lösen wird, weil inzwischen der Proporz nach einer starken gegenseitigen

Verflechtung wirtschaftlich-sozialer Natur von der Zeit überholt und somit überflüssig geworden ist. Die Bilanzgarantie ist eine Garantie politischer Natur. Sie hat den Zweck, das politische Gespräch zwischen den verschiedenen Gruppen unserer Bevölkerung zu erleichtern, bzw. überhaupt erst zu ermöglichen. Wir müssen bedenken, daß unser Verhandlungspartner — die SVP — sowohl die politische, als auch die ethnische Mehrheit in Südtirol verkörpert. Dies ist eine äußerst schwerwiegende Tatsache, denn in dem Augenblick, wo ein Verhandlungspartner sowohl die politische als auch die ethnische Vormachtstellung besitzt, hat der andere (die Italiener) nur noch die Wahl, das zu nehmen, was ihm der Mächtigere (die SVP) freiwillig anbietet, oder auf alles zu verzichten. Niemals kommt es aber zu einem Kompromiß als Ergebnis eines politischen Zwiesgespräches.

Die „Bilanzgarantie“ soll hier eine Erleichterung schaffen. Es wäre falsch, anzunehmen, daß wir Italiener mit Hilfe dieses sogenannten „Vetorechtes“ der SVP unseren Willen aufzwingen könnten. Das wäre nur möglich, wenn durch diese Klausel die ganze Verwaltung blockiert werden könnte. Dies ist aber nicht der Fall. Eine derartige Forderung wäre überheblich und ungerecht. Ich möchte eine solche „Konzession“ nicht annehmen.

SKOLAST: Wenn wir Sie richtig verstanden haben, soll und wird die „Bilanzgarantie“ den italienischen Politikern ausschließlich dazu dienen, die Kollegen der anderen Sprachgruppe (SVP) zu einem loyalen politischen Gespräch zu zwingen.

PASQUALI: Sehr richtig! Nur dazu und zu nichts anderem!

SKOLAST: Haben die Vertreter der deutschen und ladinischen Sprachgruppe im Regionalrat in Trient dieselbe Möglichkeit, von diesem „Vetorecht“ Gebrauch zu machen?

PASQUALI: Zweifellos.

SKOLAST: Wenn im Bozner Landtag ein bestimmtes Kapitel der Bilanz angefochten wird, kommt es zunächst vor eine paritätische Kommission. Wenn diese keine Entscheidung fällt, wird es dem ebenfalls paritätischen Verwaltungsgerichtshof in Bozen vorgelegt. Kann dieser zu einer Entscheidung gezwungen werden? Was geschieht, wenn er nicht gezwungen werden kann, für den Fall, daß er zu keiner Entscheidung kommt?

PASQUALI: Auch dieses Problem existiert für mich kaum. Mit solchen Fragen beschäftigt ich mich nicht, weil sie für mich fast bedeutungslos sind. Auf jeden Fall wird man innerhalb dieser Organe eine Lösung finden. Sie könnten z. B. die angefochtenen Kapitel mit einer Empfehlung an den Landesausschuß zurückverweisen. Dies wäre dann ein neuer Ansatz für ein politisches Gespräch.

SKOLAST: Die Organe können also auf keinen Fall zu einer Entscheidung gezwungen werden?

PASQUALI: Eben nicht, und das ist sehr positiv, denn so kommt es notgedrungen zu politischen Verhandlungen.

SKOLAST: Im Punkt 59 des „Paketes“ ist die Errichtung eines Organes auf regionaler Ebene vorgesehen, das anstelle des Innenministeriums entscheiden wird, wenn die Regionalbilanz nicht von beiden Sprachgruppen genehmigt wird. Ist auch diese Kommission paritätisch zusammengesetzt — wie die entsprechende in der Provinz — und was geschieht bei Stimmgleichheit?

PASQUALI: Auch diese Kommission wird selbstverständlich paritätisch sein. Im übrigen gilt dasselbe, was ich bereits für die entsprechenden Organe innerhalb der Provinz gesagt habe.

SKOLAST: Was würde geschehen, wenn Österreich aus irgendeinem Grund die Streitbeilegungserklärung nicht abgibt?

PASQUALI: Das führte zu einem Chaos.

SKOLAST: Schließen Sie diese Möglichkeit völlig aus? Wenn nicht, was würde dann Ihrer Ansicht nach geschehen, wenn es tatsächlich dazu käme?

PASQUALI: Von vornherein ausschließen kann ich diese Hypothese leider nicht, denn sie wird selbst in den offiziellen Dokumenten als durchaus möglich in Betracht gezogen. Auf jeden Fall wäre das eine äußerst kritische Situation und man müßte wieder von vorne anfangen.

SKOLAST: Zumindest ein Teil der Bestimmungen des „Paketes“ wäre aber inzwischen schon in Kraft getreten und somit politische Realität geworden. Glauben Sie, daß es dann noch möglich wäre, das ganze Paket einfach rückgängig zu machen?

PASQUALI: Das weiß ich nicht. Ich kann nur sagen, was ich persönlich in diesem Falle täte. Ich würde mich bemühen, alle Wege und Mittel ausfindig zu machen, um das Problem doch noch zu lösen. Andere hingegen könnten auf eine gegenteilige Art reagieren. Auf jeden Fall wäre das eine sehr bedenkliche Sache.

SKOLAST: Welche Folgen könnte eine harte Reaktion von Seiten Italiens auf internationaler und vor allem auf provinzieller Ebene haben?

## Magnago

SKOLAST: Wie konnte man zu drei verschiedenen Pakettextrahen kommen und welcher ist der authentische?

MAGNAGO: Es gibt nicht drei verschiedene Pakettextrahen, sondern es gibt nur einen italienischen Text und eine deutsche Übersetzung davon, die aber dem italienischen Text inhaltlich völlig entspricht.

SKOLAST: Dann ist also nach Ihrer Meinung die Übersetzung des österreichischen Außenministeriums identisch mit der Übersetzung der SVP?

MAGNAGO: Ja sicher dem Inhalt nach. Es hat nie ein österreichisches und ein anderes Paket gegeben. Der österreichische Text ist — genau wie der SVP-Text — die Übersetzung des italienischen Paketes.

SKOLAST: Ist also das SVP-Paket als authentisch anzusehen und wenn nicht, warum wurde in Meran nicht über das authentische Paket abgestimmt?

MAGNAGO: Das SVP-Paket ist eine Übersetzung des italienischen Paketes, hat aber genau den gleichen Wert wie dieses und somit wurde in Meran über ein authentisches Paket abgestimmt. Wegen der eventuellen großen Sprachschwierigkeiten konnte ich in Meran nicht über den italienischen Text abstimmen lassen.

SKOLAST: Oft wird behauptet, das SVP-Paket unterscheide sich formell und inhaltlich wesentlich vom österreichischen. Warum wurde dieses — ebenfalls deutsche Paket der Versammlung in Meran nicht vorgelegt?

MAGNAGO: Die beiden Texte sind gleichwertig.

SKOLAST: Unterscheiden sich also das österreichische Paket und das SVP-Paket überhaupt nicht?

MAGNAGO: Die Texte unterscheiden sich inhaltlich nicht. Die Pakete hingegen unterscheiden sich dadurch, daß im SVP-Paket außer dem Text verschiedene Fußnoten aufgenommen wurden, die im italienischen Paket nicht aufscheinen.

SKOLAST: Welchen Wert haben diese Fußnoten?

MAGNAGO: Diese Fußnoten — es sind ca. 12 oder 14 — sind Auslegungsformeln zu verschiedenen Punkten des Paketes, die wir darin aufgenommen haben, damit

PASQUALI: In diesem Falle wären wir wieder auf dem absoluten Nullpunkt angelangt. Eine zwanzigjährige politische Tätigkeit wäre umsonst gewesen. Alles würde in Frage gestellt, und die Folgen, die sich daraus ergeben würden, sind nicht abzusehen: Radikalisierung der menschlichen und politischen Beziehungen, Terrorismus, usw. Ich möchte mich aber nicht länger mit diesem Gedanken beschäftigen.

SKALAST: Sind Sie überzeugt, daß das „Paket“ seinen Zweck erfüllen wird und daß es zu einem guten Abschluß kommt?

PASQUALI: Ich habe wiederholt gesagt, daß ich im „Paket“ nur ein juridisches Instrument sehe. Es öffnet alle Wege: die besten und die schlechtesten. Das „Paket“ selbst ist nicht die Lösung und es löst auch nicht ein einziges unserer Probleme.

Es ist aber eine notwendige Voraussetzung für die Erreichung dieses Zieles. Nicht vom Inhalt, sondern von der Art, wie wir Menschen dieses Instrument zur Lösung unserer Probleme anwenden, wird es primär abhängen, ob das „Paket“ gut oder schlecht war und ob es den Zweck erfüllen kann, zu dem es geschaffen wurde.

es später bei der Ausarbeitung der Gesetzesbestimmungen keine Überraschungen gibt. Sie werden im Verfassungsgesetz, in den ordentlichen Gesetzen und in den Durchführungsbestimmungen ihren Niederschlag finden.

SKOLAST: Würden diese Fußnoten von der italienischen Regierung akzeptiert?

MAGNAGO: Diese Fußnoten sind von der italienischen Regierung autorisiert worden; das habe ich auch auf der Landesversammlung in Meran gesagt.

SKOLAST: Die „südtirol-interpress“ hat vor einigen Tagen den diesbezüglichen Briefwechsel zwischen Ihnen und dem Ministerpräsidenten RUMOR veröffentlicht. Daraus geht hervor, daß sich on.le RUMOR ausdrücklich und unmißverständlich dagegen verwehrt und die SVP auffordert, über den authentischen Text ohne jeglichen Zusatz abzustimmen.

MAGNAGO: Dazu ist zunächst einmal zu sagen, daß dieser Briefwechsel nur dann richtig verstanden und beurteilt werden kann, wenn man auch die entsprechenden Beilagen kennt. Die Herren vom Mondseer Kreis haben diese aber nicht veröffentlicht, obwohl sie sicher in deren Besitz gelangt sind. Die Fußnoten sind von der italienischen Regierung autorisiert worden. On.le RUMOR verlangt nur, daß keine Zusätze und Abänderungen (aggiunte e modifiche) zum Text gemacht würden und das haben wir auch nicht getan, denn die Fußnoten sind nur als Interpretationen einiger Stellen des Textes zu verstehen, während sie diesen völlig unverändert lassen.

SKOLAST: Vielfach wird behauptet, durch das Paket sei der Italisierungspolitik nichts in den Weg gelegt worden. Was sagen Sie dazu?

MAGNAGO: Das stimmt in keiner Weise, denn das Paket sieht z. B. in zahlreichen Staatsstellen den ethnischen Proporz vor und ich sehe in der verfassungsmäßigen Verankerung des ethnischen Propozes zwar kein absolutes, aber doch ein indirektes Mittel gegen die Zuwanderung. Die Südtiroler werden — wenn sie davon Gebrauch machen — in Zukunft 4500 bis 5000 Stellen besetzen. Das heißt, daß zur Besetzung dieser Stellen nicht mehr Leute aus dem Süden heraufversetzt werden können.

SKOLAST: Die Befürworter dieser These führen u. a. folgende Gründe an:

- die Industrialisierung wird eine weitere Zuwanderung mit sich bringen;
- das Meldeamt bleibt staatlich;
- die Gelder für den Volkswohnbau sollen nicht nach dem Proporz, sondern nach der Bedürftigkeit verteilt werden;
- wir erhalten keine offizielle Möglichkeit, das österreichische, deutsche oder schweizerische Fernsehen zu empfangen.

MAGNAGO: Im Paket ist eine Bestimmung enthalten, laut welcher Staatsindustrien in Südtirol nur im Einvernehmen (und nicht nur nach Anhören) mit dem Landesausschuß errichtet werden können.

SKOLAST: Wird also der Landesausschuß eine Industrialisierung nicht zulassen, um die Zuwanderung zu unterbinden?

MAGNAGO: Es ist selbstverständlich, daß der Landesausschuß sein Einvernehmen für eine Staatsindustrie geben wird, wenn er zur Überzeugung kommt, daß dadurch neue Arbeitsplätze für die hiesige Bevölkerung — gleich ob Italiener oder Deutsche — geschaffen werden können. Er wird das Einverständnis nicht geben, wenn die Industrie die Zuwanderung fördert und dadurch neue politische Spannungen und soziale Probleme erzeugt.

SKOLAST: Was sagen Sie zum Meldeamt?

MAGNAGO: Das Meldeamt bleibt zwar noch staatlich, doch im Gegensatz zu früher, wird es in Zukunft unserer Kontrolle unterworfen sein. Der Landeshauptmann kann Inspektionen verlangen, Vertreter des Landes haben das Recht, bei den Inspektionen des Regierungskommissärs dabei zu sein, und eine Kopie des Protokolls der Inspektionen ist dem Landeshauptmann auszuhändigen. Außerdem darf der Regierungskommissär bezüglich Meldeamt keine Entscheidungen ohne das Einvernehmen mit dem Landeshauptmann treffen.

SKOLAST: Hat der Landeshauptmann auch Entscheidungsbefugnisse, und was geschieht, wenn das Einvernehmen zwischen ihm und dem Regierungskommissär nicht zustande kommt?

MAGNAGO: Die Entscheidungsbefugnisse verbleiben dem Regierungskommissär. Wenn das Einvernehmen mit dem Landeshauptmann nicht zustande kommt, entscheidet der Innenminister, denn irgend jemand muß ja entscheiden. Ich möchte zu diesem Punkt noch etwas hinzufügen: wir haben auch die Arbeitsämter nicht bekommen, aber die Kontrolle darüber. Bei gesetzeswidrigen Handlungen kann die Kontrollkommission die betreffenden Akte sogar annullieren und somit ist auch dies ein indirektes Mittel, um die Zuwanderung zu verhindern.

SKOLAST: Wie steht es mit dem Volkswohnbau? Wir glauben, daß objektiv gesehen — was den Volkswohnbau betrifft — die Italiener immer bedürftiger sind als wir Südtiroler, weil wir seit Jahrhunderten hier ansässig sind, während sie von anderswo zugewandert sind.

MAGNAGO: Eure Argumentation könnte vielleicht richtig sein, wenn man nur die Bedürftigkeit berücksichtigen würde. Im Paket heißt es aber, daß bei sozialen und kulturellen Belangen nicht nur der ethnische Proporz, sondern auch die Bedürftigkeit berücksichtigt werden muß. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, daß rund 80% der italienischen Volksgruppe in den Städten lebt, während 80% der Deutschen auf dem Lande angesiedelt sind. Wenn wir die Wohnungsverhältnisse auf dem Lande mit jenen in der Stadt vergleichen, müssen wir feststellen, daß die Bedürftigkeit auf dem Lande — und somit die Bedürftigkeit der deutschen Bevölkerung — auch auf diesem Gebiet bedeutend größer ist.

SKOLAST: Der Empfang des Fernsehens aus dem deutschen Sprachraum scheint

uns sehr wichtig. In den USA wurden durch das Fernsehen innerhalb von 20 Jahren die meisten nationalen Gemeinden aufgelöst, so daß man dort nicht mehr die ursprüngliche Sprache spricht.

MAGNAGO: Das ist eine der Schattenseiten des Pakets, das ja schließlich einen Kompromiß darstellt. Ich bin mit dem Erreichten absolut nicht zufrieden, doch bin ich überzeugt, daß wir das Fernsehen früher oder später doch noch bekommen. Wir werden diese Forderung nie aufgeben. Sicher ist, daß wir durch das Nein-sagen auch keine Direktübertragung bekommen hätten. Durch das Ja-sagen haben wir Vieles bekommen, Vieles nicht. Durch das Nein-sagen hätten wir vorderhand nichts erhalten.

SKOLAST: Glauben Sie nicht, daß das Ja-sagen zugleich den Verzicht auf alle Forderungen bedeutet, die jetzt nicht im Paket enthalten sind?

MAGNAGO: Dies möchte ich absolut bestreiten. In der Politik gibt es nämlich nichts Ewiges. Außerdem heißt es in der von der Landesversammlung genehmigten Entschliebung: „... die Landesversammlung spricht außerdem die Erwartung aus, daß nach der Durchführung des Paketes... es möglich werde, daß Italien auch den bisher unerfüllten Forderungen der Südtiroler Vertreter als weitere Akte der Durchführung des Pariser Vertrages, in einem europäischen Geiste gebührend Rechnung trägt.“ Die SVP leistet durch die Annahme des Paketes keinerlei Verzicht auf jene Forderungen, die im Paket nicht erfüllt wurden.

SKOLAST: Innerhalb welcher Zeit wird der Proporz erreicht sein?

MAGNAGO: Bis der gesamte Proporz erreicht ist, werden 20—30 Jahre vergehen, denn wir müssen ja warten bis die Stellen frei werden. Andererseits wird es zur Teil auch von uns abhängen, ob wir die Stellen besetzen oder nicht.

SKOLAST: Wieviele Stellen werden durch die Durchführung des Propozes jährlich für die Südtiroler frei werden?

MAGNAGO: Das kann ich nicht sagen, denn die Zahl der Stellen, die jährlich frei werden, hängt von vielen Faktoren — Pensionierung, Demission, Versetzung, Tod usw. ab. Wieviel Stellen besetzt werden, hängt außerdem von der Bereitschaft der Südtiroler ab.

SKOLAST: Glauben Sie nicht, daß die 10 Prozent Klausel für die Unversetzbarkeit die Verwirklichung des Propozes stark negativ beeinflussen wird?

MAGNAGO: Die Staatsbeamten haben im allgemeinen überhaupt keinen Anspruch auf Unversetzbarkeit. Wir haben für uns Südtiroler eine Ausnahme erreicht.

SKOLAST: Gilt diese Klausel für die Italiener der Provinz Bozen nicht?

MAGNAGO: Für die Italiener der Provinz Bozen gilt zwar der Proporz, aber nicht die Unversetzbarkeit.

SKOLAST: Geht dies eindeutig aus dem Text des Paketes hervor?

MAGNAGO: Ja.

SKOLAST: Die Paketbefürworter haben immer wieder gesagt, daß gerade auf dem Gebiet der Wirtschaft bedeutende Kompetenzen an das Land übertragen worden sind. Sind auch die entsprechenden Mittel gesichert worden?

MAGNAGO: Ich kann nur bestätigen, daß dieser Teil des Paketes zu den positivsten zählt, denn wir haben viele wichtige Kompetenzen auf diesem Sektor erhalten. Was die entsprechenden Mittel betrifft, kann ich auch sagen, daß hier eine zufriedenstellende Lösung gefunden worden ist. Ich bin überzeugt, daß die zusätzlichen Mittel ausreichen werden, um die neuen Kompetenzen zu verwirklichen.

SKOLAST: Hat das Land durch die Abänderung des Art. 9 und 10 des bestehenden Regionalstatutes wirtschaftliche Vorteile?

MAGNAGO: Es heißt im Paket, daß die

Kompetenzen, die in diesen Artikeln zugunsten der Region festgelegt wurden, ab nun — soweit anwendbar — auf die Provinz übergehen sollen. Die diesbezüglichen Verhandlungen innerhalb der Neuenkommission mit dem ENEL haben ergeben, daß von nun an jährlich 1,8 Milliarden in Geld oder Stromlieferungen an die beiden Provinzen (Trient und Bozen) und 400 bis 600 Millionen, den Anrainergemeinden auszusahlen sind, während bis jetzt das Land nichts bekommen hat.

SKOLAST: Es scheint uns, daß diese Entscheidung nur ein minimaler Teil von dem ist, was uns laut Paket zustünde.

MAGNAGO: Damit bin ich nicht ganz einverstanden. Tatsache ist aber auch, daß die Region bis jetzt von den 6%, die ihr ja schon nach dem bestehenden Regionalstatut zugestanden wären, nichts bekommen hat.

SKOLAST: Wieviel würden diese 6% der minimalen Durchschnittsenergieerzeugung ausmachen?

MAGNAGO: Das weiß ich nicht, denn ich habe die Einzeldaten nicht errechnet. Ich könnte es auch in 3—4 Tagen sagen.

SKOLAST: Welche Vorteile bringt die „Bilanzgarantie“ im Regionalrat?

MAGNAGO: Die Bilanzgarantie bringt den Südtirolern im Regionalrat dieselben Vorteile wie den Italienern im Landtag. Allerdings muß ich hinzufügen — denn sonst wäre ich unehrlich — daß die Regionalbilanz nur noch 6 Milliarden beträgt und deshalb nicht mehr die Bedeutung hat, wie die ca. 30 Milliardenbilanz des Landes. Prinzipiell aber haben wir im Regionalrat dieselben Möglichkeiten wie die Italiener im Landtag.

SKOLAST: Glauben Sie, daß bei einer tendenziösen Handhabung dieses „Vetorechtes“ eine Blockierung oder zumindest eine gewaltige Verzögerung der Verwaltung des Landes möglich wäre?

MAGNAGO: Eine Blockierung wäre auf keinen Fall möglich, wohl aber eine Verzögerung. Diese kann höchstens 55 Tage betragen, wenn man alle Termine vom Augenblick der Anfechtung eines Kapitels vor dem Landtag bis zur Entscheidung durch den Verwaltungsgerichtshof zusammenzählt.

SKOLAST: Wer wird der Präsident dieses Richterkollegiums sein? Sind Sie sicher, daß dieser Verwaltungsgerichtshof eine Entscheidung treffen muß?

MAGNAGO: Der Präsident wird abwechselnd ein Deutscher und ein Italiener sein. Der paritätische Verwaltungsgerichtshof muß auf jeden Fall eine Entscheidung treffen, obwohl das einer allgemeinen Norm des italienischen Rechtssystems widerspricht. Diese Ausnahme ist verfassungsrechtlich garantiert.

SKOLAST: Herr Landeshauptmann, sind Sie der Ansicht, daß im Falle der Antechtung gewisser Kapitel der Landesbilanz nur diese angefochtenen Kapitel oder die ganze Bilanz vor die paritätische Viererkommission und eventuell vor den Verwaltungsgerichtshof kommen muß?

MAGNAGO: Nach meinem Ermessen ist es ganz klar, daß nur die einzelnen angefochtenen Kapitel vor diese Gremien gebracht werden können und nicht die ganze Bilanz. Ich möchte dazu noch bemerken, daß diesem Punkte vielleicht eine zu große Bedeutung beigemessen wird; denn es können ja nicht alle Kapitel angefochten werden. Eine Anfechtung ist nur möglich, wenn eine Sprachgruppe glaubt, daß sie übervorteilt worden ist.

SKOLAST: Glauben Sie, daß die Autonomie für die deutsche Schule in Südtirol durch das Paket gewährleistet ist?

MAGNAGO: Von einer Schulautonomie im wahren Sinn des Wortes kann laut Paket meiner Meinung nach überhaupt nicht die Rede sein. Es sind aber einige Vorteile erreicht worden: so wird z. B. der deutsche Schulleiter forthin vom Land ernannt und er ist weisungsge-

bunden. Dasselbe gilt auch für das Verwaltungspersonal.

SKOLAST: Warum ist im Paket die Anerkennung der im Ausland erworbenen Studien- und Berufstitel nicht geregelt oder zumindest gebührend berücksichtigt worden?

MAGNAGO: Bei den Verhandlungen über das Paket konnten weder die Studientitel noch die Berufstitel berücksichtigt werden, weil die diesbezüglichen Bestimmungen im Pariser Vertrag enthalten sind und die Italiener behaupten, daß sie diesen in allen Punkten erfüllt haben.

SKOLAST: Manche behaupten, im Pariser Vertrag sei nur die Anerkennung der Studientitel geregelt; andere sind der Ansicht, daß auch die Berufstitel inbegriffen wären.

MAGNAGO: Wenn ich mich nicht täusche, heißt es im Pariser Abkommen „Akademische Titel“. Italien wäre aber nicht verpflichtet gewesen, diesbezüglich weitere Verhandlungen aufzunehmen, weil das Ganze schon im Pariser Vertrag geregelt worden ist. Aber auch jetzt bleibt uns noch der Weg zum IGH offen.

SKOLAST: Nach der Streitbeilegungserklärung soll zwischen Österreich und Italien ein Freundschaftspakt geschlossen werden. Es ist ein internationaler Brauch, daß bei solchen Anlässen ein Kulturabkommen zwischen den befreundeten Staaten geschlossen wird. Glauben Sie, daß Italien im Rahmen dieses Abkommens weitere Studien- und Berufstitel anerkennen wird?

MAGNAGO: Die Möglichkeit dazu besteht sicher und die Gelegenheit scheint mir günstig, doch kann ich nicht voraussagen, wie weit Italien dazu bereit sein wird.

SKOLAST: Glauben Sie, daß die Bemühungen um die Anerkennung der Studien- und Berufstitel für die Südtiroler Politiker in Zukunft einen Schwerpunkt darstellen sollen und werden?

MAGNAGO: Davon bin ich vollkommen überzeugt.

SKOLAST: Wie deuten Sie den Ausdruck „örtliche sprachliche Minderheit“?

MAGNAGO: Es besteht überhaupt kein Zweifel darüber, daß man darunter die deutsche und ladinische Volksgruppe in Südtirol versteht. Das wurde auch von der italienischen Regierung und von der Neuerkommission bestätigt. Diese Auslegung wird in den Durchführungsbestimmungen ihren Niederschlag finden.

SKOLAST: Was wird geschehen, wenn es nicht zur Streitbeilegungserklärung Österreichs kommt?

MAGNAGO: Außenpolitisch gesehen würden wir wieder zum Stand von 1960 zurückkehren. Der Streit, der damals vor den Vereinten Nationen begonnen wurde, hätte nicht aufgehört zu bestehen. Jeder Partner wäre frei, jene Wege und Mittel zu wählen, die ihm am besten zu seinem Ziel führen und ihm zu seinem Recht verhelfen.

Anders sieht die Sache aus, wenn wir den innenpolitischen Aspekt betrachten; denn durch die stufenweise Durchführung der Bestimmungen des Paketes wurden Fakten gesetzt, die nicht ohne weiteres wieder rückgängig gemacht werden können. Der Operationskalender stellt sowohl für Italien als auch für Österreich ein Risiko dar: Das Risiko der Italiener besteht darin, daß sie Bestimmungen durchführen müssen, ehe Österreich überhaupt die Endfertigungsklausel geben kann und die dadurch gesetzten Fakten können nicht mehr ohne weiteres aus der Welt geschafft werden, auch dann nicht, wenn Österreich die Streitbeilegungserklärung verweigert. Die Österreicher hingegen können durch eine solche Weigerung Italien nicht zwingen, die im Paket enthaltenen Bestimmungen durchzuführen und darin besteht eben das Risiko Österreichs.

## An die Landesleitung der Südtiroler Volkspartei zu Händen des Herrn Landessekretärs Josef ATZ

Bereits einige Jahre vor meiner Gefangenschaft war ich Mitglied der Südtiroler Volkspartei. Nach meiner Heimkehr bekannte ich mich neuerdings zum Edelweiß. Jetzt aber trete ich endgültig aus der Südtiroler Volkspartei aus. Die Gründe, die mich zu diesem Entschluß bewegen haben, will ich der Reihe nach anführen.

**1. Die Magnagokratie.** Im Parteistatut heißt es: „Die Südtiroler Volkspartei bestimmt in demokratischer Form die Ausrichtung der Politik der Südtiroler“. Genau das Gegenteil dieses Satzes entspricht den Tatsachen. Seit Beginn der Geheimdiplomatie war jede Möglichkeit, in der Südtiroler-Politik mitzureden, ausgeschlossen. Dies ging so weit, daß DIETL, der damals erster Obmann-Stellvertreter war, zu wichtigen Entscheidungen nicht beigezogen wurde. Der Landesausschuß und die Landesversammlung wurden stets vor vollendete Tatsachen gestellt. Aber selbst mit den vollendeten Tatsachen ist Dr. MAGNAGO nicht immer herausgerückt. So mußte der Landesausschuß dem Parteiohmann den italienischen Text des Paketes, der vom deutschen erheblich abweicht, durch Verlassen des Saales abringen. Angeblich wollte Dr. MAGNAGO mit diesem Text nicht herausrücken, weil das Paket den italienischen Parteien noch nicht überreicht worden war. Weiters: Dr. MAGNAGO war schon mehrere Tage im Besitze des Paketes, ohne daß die Obmann-Stellvertreter, geschweige denn die ganze Partei, davon etwas wußten. Der Grund hierfür liegt wieder in der Rücksichtnahme auf die Italiener, denen es aber nichts ausmachte, den österreichischen Außenminister bei der UNO in dieser Sache aus dem Konzept zu bringen.

Auf der Landesversammlung von Meran sagte Dr. MAGNAGO, daß er einen Brief von RUMOR in den Händen habe, der sich auf das Paket beziehe, den er aber nicht vorweisen dürfe. Die Südtiroler mußten daher über das Paket abstimmen, ohne den letzten Standpunkt des italienischen Ministerpräsidenten dazu zu kennen. Die Magnagokratie, der Führungsstil des Parteiohmannes läßt sich also folgendermaßen zusammenfassen: größte Rücksichtnahme, äußerste Korrektheit und ausgesuchteste Zuverlässigkeit den Italienern gegenüber, beispiellose Taktlosigkeit und diktatorische Selbstherrlichkeit den Südtirolern gegenüber.

**2. Die Annahme des Paketes.** Die Südtiroler Volkspartei hat sich 1957 auf der Kundgebung von Sigmundskron eine echte Landesautonomie zum Ziel gesetzt. Diese Autonomie ist in den Grundzügen im

TINZI-Projekt festgesetzt worden. Wir haben daher eine klare Vorstellung von den unabdingbaren Forderungen, die die SVP damals erhoben hat. Das Paket, das die Landesversammlung vom 22. November 1969 in Meran angenommen hat, hält mit einer echten Selbstverwaltung keinen Vergleich aus. Ich gebe zu, daß uns durch das Paket eine Reihe von Zugeständnissen versprochen wird, aber nur wenige werden uns zum Vorteil gereichen. Manche Punkte verpflichten den Staat zu gar nichts, andere erweisen sich als zweischneidiges Schwert, einige bringen uns sogar Verschlechterungen. Daß wir durch den Operationskalender eine Stufe tiefer sinken, ist für jeden Menschen, der nicht mit Dumm- oder Blindheit geschlagen ist oder schlechte Absichten hat, eine Selbstverständlichkeit.

Ich mache der SVP nicht den Vorwurf, daß es ihr nicht gelungen ist, eine Landesautonomie zu erlangen, ich mache ihr den Vorwurf, daß sie leichtfertig und verantwortungslos von der Forderung nach der Landesautonomie abgegangen ist. Die Annahme des Paketes bedeutet für mich die Kapitulation, das Abfinden mit dem Kolonialzustand, die Preisgabe des verbrieften Rechts.

### 3. Der Kuhhandel als Devise der zukünftigen SVP Politik

Auf der Landesversammlung von Meran hat Dr. MAGNAGO gesagt: „Natürlich führt die Haushaltsgarantie im Paket zu einem Kuhhandel. Aber was macht das?! Wir werden halt mit den Italienern um den Betrag von einigen Millionen einen Kuhhandel treiben“. An sich wäre der Handel um einige Millionen nicht tragisch, beunruhigend aber ist die Geisteshaltung, die aus diesen Worten spricht. Nicht hartes Kämpfen und ehrliches Ringen um das eigene Recht, sondern würdeloses Feilschen und ständiges Nachgeben werden die zukünftige SVP-Politik bestimmen. Der erste Schritt zu dieser neuartigen Politik wird die Rückkehr in die Region sein. Dort wird der Kuhhandel die schönsten Blüten treiben, die einzigen Nutzniesser dabei werden die Bozner Geldkreise sein, während die Lösung der sozialen und kulturellen Probleme mehr denn je in den Hintergrund gedrängt werden wird.

Dr. MAGNAGO hat des öfteren betont, daß die Annahme von Paket und Operationskalender ein Gebot der Vernunft sei. Für mich ist diese Politik Wahnsinn mit Methode. Und weil ich nicht gewillt bin, diesen Wahnsinn länger mitzumachen, trete ich aus der Südtiroler Volkspartei aus.

gezeichnet von JOSEF FONTANA

# Unsere Abgeordneten

**GESPRÄCH des Bezirksobmannes der SVP-Vinschgau am 9.1.1970 mit Florin FLORINETH**

**SKOLAST:**

Bei der Stellungnahme des Abg. DIETL Hans zur Regierungserklärung Ministerpräsident RUMORS verließen die Abg. Dr. MITTERDORFER und Dr. RIZ den Saal. Was sagen Sie dazu?

**KASERER:**

Die Stellungnahme des Abg. DIETL im Parlament war zum Teil unglücklich. Er brachte Argumente, die mit dem klaren Auftrag der Partei, für die Resolution der Landesversammlung vom 22.11.1969 einzutreten, nicht in Einklang zu bringen sind. Der Auftrag der Parlamentarier konnte natürlich nicht nur darin bestehen, in einer bestimmten Weise abzustimmen, sondern die Entscheidung des höchsten Parteiorgans im Parlament zu vertreten. Die Parlamentarier in Rom sollten, bevor sie bei so wichtigen Angelegenheiten eine Stellungnahme abgeben, ihre Meinungen gegenseitig austauschen, um zu vermeiden, daß die einen mit den Äußerungen der anderen nicht einverstanden sind. Über gewisse Äußerungen des Abg. DIETL konnte dieses Einverständnis nicht erzielt werden, soviel ich erfahren habe.

Trotzdem war es richtig, auch die Mängel im Paket aufzuzeigen, schon deswegen, damit die Abgeordneten und Senatoren des Römischen Parlaments nicht den Eindruck haben, daß damit alle unsere Forderungen berücksichtigt worden sind. Solche Hinweise waren in allen Stellungnahmen der Südtiroler Parlamentarier enthalten.

**SKOLAST:**

Man wirft der ÖVP oft vor, daß sie wegen eines EWG-Arrangements in Sachen Paket voreilig gehandelt hatte. Sehen auch Sie darin einige nachteilige Folgen für Südtirol?

**KASERER:**

Österreich hat ein durchaus legitimes Interesse, zu einem Arrangement mit der EWG zu kommen. Jeder weiß, daß nicht nur Italien ein Hindernis auf diesem Wege war; man denke an Frankreich und Rußland. Man kann also der jetzigen österreichischen Regierung nicht vorwerfen, daß sie nur aus diesem Grunde zu einem Abschluß der Verhandlungen mit Italien gekommen ist. Wenn dieser zu einer Verbesserung des Klimas zwischen den beiden Staaten führt und eine eventuelle Assoziation mit der EWG erleichtert und dadurch zu einer wirtschaftlichen Stärkung Österreichs beiträgt, so kann das für uns Südtiroler nur vorteilhaft sein.

Zusammenfassend kann wohl behauptet werden, daß die Zustimmung der SVP zu diesem Verhandlungsergebnis keinen leichten Vertrauensvorschuß zu Italien bedeutet. Aber wer ist sozial fortschrittlicher? Jene, die konkrete Verbesserungen erarbeiten oder die nur Vorwürfe und Beschuldigungen erheben, ohne einen positiven Beitrag zu leisten?

Am 20. Juli 1968 genehmigte der Parteausschuß der SVP die Geschäftsordnung der Parteijugend und schuf hiermit in Durchführung und Anwendung des § 52 des im Jahre 1947 beschlossenen Partiestatutes (§ 52 besagt, daß die Südtiroler Jugend politisch betreut, aufgeklärt und geschult werde, um diese zu verantwortungsbewußten Mitgliedern der Gemeinschaft zu erziehen und für die Übernahme öffentlicher Aufgaben vorzubereiten) eine Einrichtung, welche in fast allen politischen Parteien besteht: die Parteijugend als Bewegung der jungen Generation der Parteimitglieder mit eigenen Aufgaben und Zielsetzungen.

Gemäß dieser Satzung obliegt es der SVP-Jugend, die junge Generation im Rahmen der Partei, ohne Rücksicht auf Berufszugehörigkeit in politischer Hinsicht zu vertreten. Die Ziele und Aufgaben sowie die politische Ausrichtung der SVP-Jugend sind wie folgt beschrieben worden: „Die SVP-Jugend ist bestrebt, die Südtiroler Jugend zu erfassen und mit dem Gedanken gut der Partei vertraut zu machen. Sie setzt sich zum Ziele, Willensträgerin der Südtiroler Jugend zu sein und mitbestimmend am Geschehen der Heimat teilzuhaben. Die SVP-Jugend macht es sich zur Aufgabe, für die Sicherung und Förderung des volklichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens der Südtiroler Volksgruppe einzutreten und verpflichtet sich im besonderen, die Probleme der deutsch- und ladinischsprachigen Jugend Südtirols aufzugreifen und im Rahmen ihrer Möglichkeiten einer Lösung zuzuführen.“

Die SVP-Jugend bekennt sich zu den politischen Grundsätzen, die in Statut und Programm der Südtiroler Volkspartei festgehalten sind. In diesem Sinne befürwortet sie zur Errichtung der gemeinsamen hohen Ziele das Zusammenwirken der verschiedenen Richtungen und Kräfte, die nicht im Widerspruch zu den Grundsätzen christlichen und europäischen Denkens stehen.“

Die Parteijugend ist hauptsächlich gegründet worden, um durch eine fruchtbringende Zusammenarbeit und durch ein partnerschaftlich — demokratisches Zusammenwirken zwischen der alten und jungen Generation den politischen Nachwuchs aus der Parteijugend zu fördern. Von der Geschäftsordnung der SVP-Jugend sofort Gebrauch machend, hat die SVP-Jugend anlässlich der Kandidatenaufstellung zu den Landtagswahlen 1968 erstmalig eigene offizielle Jugendkandidaten ernannt und in den Wahlkampf geschickt. Obgleich der SVP-Jugend dabei geringerer Erfolg beschieden war, so darf trotzdem diesem erstmaligen Versuch der SVP-Jugend, die ja noch auf sehr jungen Beinen steht, die Anerkennung nicht versagt werden.

Seit der Gründung der SVP-Jugend werden im ganzen Lande Wahlen durchgeführt, in denen die Ortsjugendausschüsse gewählt werden, damit dann nach erfolgter Wahl dieser Ortsjugendausschüsse

die erste Landesjugendversammlung abgehalten werden kann.

Die Ortsjugendwahlen konnten in vielen Orten wegen mangelnder örtlicher Initiative bisher noch nicht durchgeführt werden. Laut einer Mitteilung des Landesjugendsekretariates vom 11.8.1969 sind erst 39% der im Lande zu bestellenden Ortsjugendausschüsse gewählt, während 173 Ortsjugendausschüsse noch zu wählen sind. Wegen dieses Umstandes hat der Bezirksjugendausschuß Vinschgau in einer Entschließung vom 5. Oktober 1969 an die Landesjugendleitung folgende Empfehlung vorgebracht: „Wenn aber eine halbwegs demokratische Vertretung der

## Zur ersten SVP-Landesjugendversammlung am 19.4.1970

**Dr. Siegrfried JOCHBERGER ist Stellvertreter des Bezirksjugendreferenten für den Vinschgau und Mitglied der SVP-Jugend-Landesleitung.**

Jugend Südtirols und ein demokratischer Wahlausgang in der ersten Landesjugendversammlung sichergestellt worden sollen, so muß mit dieser wichtigen Versammlung, in der unter anderem der Landesjugendreferent und dessen Stellvertreter gewählt sowie das Grundsatz- und Arbeitsprogramm genehmigt werden, noch abgewartet werden. Es hat ja mit der Einberufung der ersten Landesjugendversammlung keine Eile, außer für bestimmte Wahlkampfgeladene Personen“.

Die Landesjugendversammlung soll nun trotzdem am 19. April 1970 im Haus der Kultur „Walther von der Vogelweide“ in Bozen einberufen werden, um, wie es zu ihren Aufgaben gehört, folgendes zu behandeln: Wahl des Landesjugendreferenten und seiner Stellvertreter, Entgegennahme des Tätigkeitsberichtes, Beschlußfassung über Anträge und Resolutionen, Vorschläge zur Abänderung der Geschäftsordnung der SVP-Jugend (siehe Dolomiten vom 31.12.1969: „Neuer Elan in der SVP-Jugend“).

Es ist nur zu hoffen, daß bis zum 19. April dieses Jahres die meisten Ortsjugendausschüsse in allen Bezirken unseres Landes gewählt worden und ein Arbeitsprogramm der SVP-Jugend mit entsprechender Anziehungskraft durch die Landesjugendleitung erstellt wird. Die Landesjugendleitung hat nämlich mit Beschluß vom 31.12.1968 eine Kommission bestellt, welche den Entwurf eines Arbeitsprogrammes erstellen soll. Die Kommission solle zumindest Vertreter der folgenden Organisationen vor Erstellung des Entwurfes anhören:

1. Alpenvöreinsjugend;
2. Baderjugend;
3. Katholische Jugend;
4. Katholischer Südtiroler Lehrerbund;
5. Katholische Werk-tätige Jugend;
6. Mittelschulverbände;
7. Sportverein;
8. Südtiroler Hochschüler-schaft.

Es wird daher an dieser Stelle ein eindringlicher Appell an die SH gerichtet, nicht nur an der Erstellung des Arbeitsprogrammes der SVP-Jugend mitzuarbeiten, sondern auch tatkräftig an der Vorbereitung und Gestaltung der ersten Landesjugendversammlung sich zu beteiligen. Die studentische Jugend Südtirols darf auf keinen Fall in der bevorstehenden Landesjugendversammlung fehlen, da ohne die studentische Jugend die SVP-Jugend nicht auf lange Zeit existieren könnte.



# Metamorphosis

Ausschnitt aus der Rede des Abgeordneten RIZ bei der Landesversammlung in Meran am 22.1.1969

Wie wir all diese Opfer gebracht haben, wollen wir das wirklich wegen der Bilanzgarantie ... ich muß euch sagen, ich finde das unverständlich, weil für mich die ganze Frage von der Bilanzgarantie überhaupt nur eine aufgebauschte Sache ist. Und ich sage auch, warum sie aufgebauscht ist ...

Es ist nicht so ein arger Blödsinn, und die Leute, die es damals vorgeschlagen haben den Italienern, sind nicht totale Narrn gewesen oder totale Utopisten und totale Ignoranten, die nichts davon verstanden haben. Warum nicht? Weil die Bilanzgarantie uns von einem schlechten System wegbringt, und zwar das, daß (nur) die Regierung im Parlament bzw. beim Verfassungsgericht ... anfechten kann ... Ich gebe zu, nicht mit aufschiebender Wirkung. Jetzt frage ich euch etwas: Die ganze Bilanzgarantie, auf was bezieht sich denn die? Die bezieht sich sicher nicht als Anfechtungsmöglichkeit auf Einnahmen und bezieht sich sicher nicht auf die Pflichtausgaben. Und ihr wißt, daß wir heute im Land schon 50% Pflichtausgaben haben, ohne Kompetenzen. Dr. DALSASS behauptet, es sind 40 Prozent, nach meinen Berechnungen sind es 50% ...

Und dem gegenüber wendet man ein, daß ein Urteil des Verfassungsgerichtshofes die Kompetenz feststellen soll (und jetzt wird die ganze Sache ein bißchen akademisch ...); also das Urteil des Verfassungsgerichtshofes sagt, daß man nicht mit Gesetzen auf viele Jahre hinaus die Punkte der Bilanz ... festlegen kann -- sofern nicht die sichere Einnahmedeckung da ist. Und wir Südtiroler werden wohl imstande sein, festzustellen, daß die Einnahmen aus Steuern usw. in unserem Land genügend sind, damit wir unsere ... Pflichtausgaben decken. Dann werden wir eben die 20%, die gestrichen sind, festsetzen können. Da könnt ihr jeden Finanzexperten in Italien und in Österreich fragen.

Und um was geht es dann? Es geht praktisch um 20% und wenn schon um einen Fußballplatz in Bozen oder in Meran ...

Sagt mir ganz offen und ehrlich, es kommt ein Kuhhandel heraus wegen dieser 20 oder 30%; aber sagt mir ganz offen, was los ist in unserem Land, BRUGGER, in allen Gemeinden Südtirols wird schon der Kuhhandel gemacht zwischen den deutschen und italienischen Assessoren ... und findet ihr das so furchtbar? Ich finde das gar nicht so katastrophal. Das ist die Wahrheit über die Bilanzgarantie, die aufgebauscht worden ist bis zur Bewußtlosigkeit ... sogar von einem Vetorecht der Italiener hat man gesprochen.

Die politische Klugheit gebietet manchmal, bestimmte Aspekte eines Problems in der Öffentlichkeit nicht zu sagen. Sie gebietet auch manchmal, vor einer bestimmten Versammlung anders zu sprechen als vor einer anderen; allerdings muß die Substanz der Aussagen gleich bleiben.

Mit Erstaunen mußten wir feststellen, daß der Abgeordnete RIZ in der Landesversammlung das Problem der „Bilanzgarantie“ als lächerlich und aufgebauscht hinstellte, knapp zwei Wochen später in der römischen Kammer genau das Gegenteil darlegte. Gut, vor der Landesversammlung galt es, alle Register zu ziehen (auch auf Kosten der Wahrheit?), in der römischen Kammer war nichts mehr zu verlieren. Allerdings betonte der Abgeordnete RIZ in seiner Rede in Meran mehrmals, daß er hier seine innerste Überzeugung und seine lautersten Gedanken darlege.

Kant sagte einmal, daß man nicht verpflichtet sei, alles zu sagen, was wahr sei, jedoch was man sage, müsse wahr sein. In welchen Ausführungen steckt nun die Wahrheit? Die Entscheidung dieser Frage überlassen wir dem Leser, indem wir die Abschnitte über die Bilanzgarantie aus beiden Reden von Abg. RIZ abdrucken.

Helmuth LADURNER

Ausschnitt aus der Rede des Abgeordneten RIZ in der Kammer am 3. Dezember 1969 anläßlich der Regierungserklärung Ministerpräsident RUMORS zur Globallösung der Südtirolfrage.

Die IV. Außerordentliche Landesversammlung der SVP hat die von der Regierung in Aussicht genommenen Maßnahmen für die Neuordnung der Provinz Bozen, den besseren Schutz der Südtiroler Volksgruppe und das demokratische Zusammenleben in unserem Lande sorgfältig geprüft ... und ihre Zustimmung zu diesen Maßnahmen gegeben.

Wie Sie wissen, war es auch für uns nicht leicht, dem Paket und dem Operationskalender zuzustimmen, die in vielen Punkten unseren Wünschen nicht gerecht werden. Es fehlen im Paket z. B. viele der für eine echte Autonomie notwendigen Befugnisse, die wir in unserer derzeit dem Parlament unterbreiteten Vorschlag gefordert hatten.

Es kann fernor nicht verschwiegen werden, daß wir darin sogar einige Maßnahmen eingefügt finden, die man als den demokratischen Grundsätzen widersprechend bezeichnen kann, so etwa die Bestimmung, wonach bei der Genehmigung des Haushaltes der Provinz oder der Region die Mehrheit jeder Sprachgruppe verlangen könne, daß über einzelne Kapitel der Bilanz nach Sprachgruppen abgestimmt werde.

Die Kapitel der Bilanz, die nicht die Mehrheit jeder Sprachgruppe erhalten haben, werden innerhalb von drei Tagen einer Kommission von vier Landtagsabgeordneten vorgelegt werden. Wenn sich in dieser Kommission keine Mehrheit für einen endgültigen Vorschlag findet, überweist der Präsident des Landtages binnen sieben Tagen die strittigen Kapitel an den Verwaltungsverwaltungsgeschichtshof, der innerhalb von 30 Tagen mit einem Schiedsspruch über die Formulierung und den Inhalt der betreffenden Kapitel zu entscheiden hat.

Es ist klar, daß alle Einnahmen sowie die Betriebs- und Pflichtausgaben nicht im Wege der für die Provinz und die Region vorgesehenen Bilanzgarantie angefochten werden können, da der Zweck dieser Garantie der Schutz aller Sprachgruppen gegen etwaige Überverteilungen sein soll, aber nicht zu einem Instrument der Obstruktion werden darf, das die Verwaltungstätigkeit zum Schaden aller erschweren oder die termingerechte Erfüllung der vom Gesetz vorgesehenen Bilanzverpflichtungen verzögern könnte.

Es bleibt aber immer die Tatsache bestehen, daß über einen Teil der Ausgaben in der Bilanz demokratisch gewählter Organe, wie es Landtag und Regionalrat sind, ein nicht demokratisch gewähltes Organ wie der Verwaltungsverwaltungsgeschichtshof entscheiden kann, der an die Stelle dieser Organe tritt.



„Ich sage zu euch nur das, was ich denke und wovon ich überzeugt bin“

[Abg. RIZ, Außerordentliche Landesversammlung in Meran am 22.11.1969]



## Geschichte des KVW

Der KVW (Katholischer Verband der Werktätigen), 1948 von der Kirche zur Abwehr des Kommunismus ins Leben gerufen, ist das Produkt des Neuanfangs, des guten Willens, der christlichen Besinnung. Diese Konzeption der Gründer lebt, im wesentlichen unverändert, bis heute fort: Man will helfen, man will Gemeinschaftsgefühl wecken, man will in christlicher Gesinnung soziales Apostolat üben; man möchte den Wunsch nach sozialer Gerechtigkeit ausdrücken im Dienst am Menschen, im Einsatz für sozial schwächere und bedürftigere Schichten des Volkes.

Mit dieser Konzeption ging man an die sozialen Probleme heran, ohne sich über den Weg zu ihrer Lösung im klaren zu sein. Daß dennoch Erstaunliches geleistet wurde, ist der Ausdauer, der Opferebereitschaft, dem sozialen Sendungsbewußtsein und der Einsatzbereitschaft aufgeschlossener Menschen im ganzen Lande zu verdanken, die unermüdet Aufklärungsarbeit leisteten: Unverständnis, Unwissenheit und Gleichgültigkeit der Arbeitnehmer wurden Schritt für Schritt abgebaut. Man informierte die Arbeiter über Vorteile und Rechte, klärte in Versicherungsfragen auf, erleichterte den Verkehr mit den Behörden, verhalf den Arbeitern zu ihrem Recht und kümmerte sich um Pensionen und Renten, damit Versicherungsgelder nicht sinnlos verloren gingen. Gleichzeitig mußten Skepsis und Mißtrauen der Arbeitgeber zerstreut und mußte ihnen klargemacht werden, daß der Arbeitnehmer nicht Empfänger von Wohltaten sei, sondern seine Leistungen bezahlt werden müßten und die Versicherungsbeiträge ein Teil des gerechten Lohnes seien. Sehr bald wandte man sich auch schon den Problemen der Ausbildung, der Unterbringung von Lehrlingen, der Arbeitsplatzbeschaffung zu.

Es gelang, dem Kommunismus den Boden zu entziehen — die kommunistische Gewerkschaft Federterra, die 1948 immerhin 8000 (!) deutsche Mitglieder gezählt hatte, war schon 1952 zur Bedeutungslosigkeit abgesunken — und es gelang, allzu starke Spannungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu verhindern und dadurch den Klassenkampf zu vermeiden. Wieweit beides auf die Tatsache zurückzuführen ist, daß die Industrialisierung über die allerersten Anfänge nicht hinauskam, bleibe dahingestellt. Immerhin war ein Anfang gemacht; man konnte zufrieden sein.

Die Zufriedenheit und die Erleichterung, die vor allem die Unternehmer empfanden, kommt in der Südtiroler Wirtschaftszeitung vom 15.11.1963 zum Ausdruck: „Der KVW hat seine Aufgabe gefunden, geleistet und damit die eigene Daseinsberechtigung nachgewiesen. Seine Aufgabe ist die einer Hebamme: Etwas kommt zur Welt: Eine Gesellschaft formt sich um und ein neues soziales Bewußtsein bildet sich auch in unseren Tälern aus. Daß es behutsam geschehe, im Rechten und Guten gelte weiter nächste Seite erste Spalte

## Die Sozialbewegung KVW

Maria ZELGER, Sterzing

### I. Landesversammlung KVW 1969

Unter dem Motto „Für eine echt demokratische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung“ hielt der KVW am 9. November 1969 im Walthaus in Bozen seinen XI. Landeskongreß ab.

Daß die Forderung nach Demokratie nicht mehr war als ein hochtrabendes Motto, zeigte die Versammlung leider allzu deutlich. Denn wer Demokratie fordert, muß sie zuerst in seinen eigenen Reihen üben, der braucht Öffentlichkeit — für seine Konflikte ebenso wie für sein Programm, dem müssen Information, Diskussion und sachliche Auseinandersetzung selbstverständlich sein. Auf dem Kongreß war das Gegenteil von all dem der Fall: Statt sachlicher Information gab es stundenlange Bertelung mit Phrasen, statt Diskussion Monologe, statt kritischer Auseinandersetzung Schweigen.

#### Rede des Bischofs

Der Kongreß begann mit einem Gottesdienst, von dem man nicht recht wußte, was er in einer Versammlung zu suchen habe. Immerhin gab er den Rahmen für die Rede bzw. Predigt des Bischofs. Bischof GARGITTER versuchte, der Arbeiterorganisation KVW Aufgaben zu unterstellen, die als Forderungen an jeden einzelnen Christen gerichtet und Aufgabe der Kirche sind, die aber niemals primäre Aufgaben einer Arbeiterorganisation sein können. Der Bischof forderte Ausrichtung der Bewegung auf Christus hin und Anstreben der Gotteskindschaft. Deshalb seien religiöse Bildung und Vertiefung im Glauben der erste Programmpunkt der Bewegung. Dieser erste Programmpunkt dürfe nicht hinter vordergründige, vielleicht unmittelbar dringlichere, letztlich aber doch zweitrangige Aufgaben zurücktreten. Begründung: Religiöse Bildung und Vertiefung im Glauben seien der Motor des Lebens, das Licht, das unser gesamtes Tun und Lassen erhellte, unter das jede Entscheidung zu stellen sei — und das anscheinend auch die 46.000 Arbeitsplätze ersetzen soll, die bis 1981 in Südtirol geschaffen werden müssen.

Im übrigen bestand die Rede des Bischofs aus Phrasen. So hieß es an einer Stelle sehr sinnvoll, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung müßten in den Dienst des Menschen gestellt werden und sein Wohl fördern; der Mensch dürfe nicht zum Mittel herabgewürdigt und Sachzwecke dürfen nicht zum Ziel erhoben werden. Zu

wem sprach der Bischof eigentlich? Was ist es wohl, wenn christliche Unternehmer ihr Arbeiterreservoir erhalten wollen und deshalb Industriean siedlung zu verhindern suchen? Jüngstes Beispiel: Brixen, Auseinandersetzung um Ansiedlung der Continental; permanentes Beispiel: Sterzing. Weiter hieß es wörtlich: „Nie mehr die Arbeit über den Arbeiter, nie mehr die Arbeit gegen den Arbeiter, sondern immer die Arbeit für den Arbeiter, die Arbeit im Dienst des Menschen, jedes Menschen und des ganzen Menschen!“ Was soll solches Gerede? Hat der Arbeiter nicht einfach seine Arbeit zu verkaufen, die ebenso selbstverständlich bezahlt werden muß?

Weiter: „Ihr Arbeiter müßt das Ohr am Tor der Zeit haben und dem Menschen helfen, seinen Ort im neuen Gesellschaftgefüge zu finden.“ Solche Phrasen könnten genauso gut von einem kommunistischen Parteifunktionär, von Hitler oder vom Vorsitzenden der kommunistischen Partei Chinas stammen. Sie passen überall, wo man nicht denkende Menschen sondern Werkzeuge seiner eigenen Macht braucht.

Abschließend sagte der Bischof: „Wenn ein Verband Jahre hinter sich hat, wenn er sich einen festen Platz erobert hat, droht immer die Gefahr, daß Personen- und Gruppeninteressen die Einheit gefährden, daß die Bedrohung, die einer solchen Bewegung am Anfang von außen zusetzte, nun von innen her kommt. Es wäre verhängnisvoll, wenn Sathheit sich euer bemächtigte, wo doch Hunger und Durst nach Gerechtigkeit euer ganzes Leben ausmacht.“ Es klang wie Hohn.

#### Rede WÖRNDLES

Das Grundsatzreferat des scheidenden Präsidenten WÖRNDLE bildete den Höhepunkt der Versammlung — einmal hinsichtlich der Länge: Das Referat füllte fast den ganzen Vormittag; dann hinsichtlich der Mißachtung der allereinfachsten Spielregeln: WÖRNDLE übergab rücksichtslos das achthundertköpfige Plenum des Kongresses — alte und sehr viele junge, aber durchwegs einfache Leute aus allen Landesteilen —, sprach über sie hinweg zum Bischof, zu den Vertretern der Partei, der Unternehmer und des Bozner Großbürgertums, die unter den Ehrengästen saßen. Einen Höhepunkt stellte das Referat auch hinsichtlich der gedanklichen Leistung dar: Die vernünftigen Forderungen waren

deine und von schlimmen Krankheiten bewahrt bleibe, dazu zu helfen, dafür zu sorgen, ist eine Arbeit, die der KVW nach Kräften geleistet hat." (2)

Auch die Kirche konnte zufrieden sein. Der Arbeiterschaft waren die ethischen und kulturellen Werte des Christentums erhalten geblieben, obwohl man sich in erster Linie um materielle Werte hatte bemühen müssen. Der Geist, in dem es geschehen war, war christlich und ungefährlich geblieben. Aber Vorsicht schien geboten: Als die KVW-Jugend, die seit 1955 auf dem Lande verboten war, trotz allem und gegen dieses Verbot zu einer ständig wachsenden und blühenden Organisation wurde, traf sie 1958, wie alle nicht-kirchlichen Jugendorganisationen, das Verbot des Bischofs.

Grund zur Zufriedenheit hatte auch die Partei. Seit 1957 wurden offizielle Vertreter des KVW in den Landtag gewählt. Es hätte zu denken geben müssen: Eine Partei der Besitzenden, die die SVP doch immer gewesen war, setzte offizielle Vertreter einer Sozialbewegung auf ihre Liste. Der KVW war anscheinend naiv genug zu glauben, seine Vertreter im Landtag könnten die Arbeiter wirksam vertreten. Was aber hätten zwei Stimmen oder einige mehr in grundsätzlichen Dingen ausrichten können — ausgerechnet in Südtirol, wo man bereit ist, so ungefähr alles parteipolitischen Interessen zu opfern. Die Möglichkeit, von außen Druck auszuüben, hatte sich der KVW nun selbst verbaut. Dafür wurde der KVW nicht nur ungefährlich, sondern auch ein ausgezeichnetes Sprungbrett in den Landtag.

Als der ungeheure Nachholbedarf an Aufklärungsarbeit in Versicherungsfragen im großen und ganzen abgeschlossen war und laufende Information und Hilfe den regulären Weg über Patronat und KVW-Kanzleien zu nehmen begannen, wandte sich der KVW — wie niemand sonst — der Schaffung außerschulischer Bildungsmöglichkeiten zu: Man nahm sich der Berufsausbildung Jugendlicher und der beruflichen Weiterbildung und Umschulung der Erwachsenen an, man organisierte Berufserweiterungskurse, Sprachkurse, Rednerkurse und viele andere und rief letztlich, zusammen mit anderen Organisationen, die Abendmittelschule ins Leben: weiter bemühte man sich um den Bau von Lehrlingsheimen, um Arbeitsplatzbeschaffung und -vermittlung, um Kontakt mit den Heimatfernern, um Müttererholung — um nur einiges zu nennen.

Damit hatte der KVW Aufgaben übernommen, deren Durchführung zu einem sehr großen Teil in den Aufgabenbereich anderer gehört hätte, in den Aufgabenbereich des Assessorats für Schule und Kultur, des Sozialassessorats, der Unternehmerverbände, der Erwachsenenbildung. Statt die Probleme an die entsprechenden Stellen heranzutragen und von diesen die Ausführung zu verlangen, tat der KVW alles selbst. Es kam so weit, daß der KVW den Unternehmern ihre Leute ausbildete. Erst mit dem Landesgesetz vom 27.8.1962 Nr. 9 übernahm das Land das ganze Lehrlingswesen.

Das unnatürliche Anschwellen der praktischen Dienste mußte die finanziellen Kräfte des KVW übersteigen. Zum Aufrechterhalten der Tätigkeit waren eine Reihe von Dienststellen nötig: Patronat, Sozialwerk KVW (Es finanzierte den Bau zweier Lehrlingsheime und alle Kurse), Arbeiterbetreuungsstelle, Arbeitsstelle für Südtiroler Heimatferne, Beratungsstelle für Umsiedlungsgeschädigte, KVW-Mensa und noch andere. Das führte wiederum zu einem viel zu hohen Personalaufwand: Alles in allem beschäftigt der KVW ca. vierzig hauptamtlich Angestellte — und finanziert sich nur zu 40% selbst. (3) Der KVW ist also zu 60% abhängig. Das Land

Lies weiter nächste Seite erste Spalte

so vollkommen in konfuse weltanschauliche und christliche Meditationen eingewickelt und durch verdeckte Entschuldigungen nach allen Richtungen hin entschärft, daß man nur mit größter Mühe das Vernünftige vom Unsinn trennen und das Programm erkennen konnte, das WÖRNDLE eigentlich vorlegen wollte. Es läßt sich etwa in folgende Punkte fassen:

1. Organisation der Arbeiter durch Zusammenschluß der bestehenden Gewerkschaften und durch Schaffen eines einzigen Gewerkschaftsverbandes in Südtirol;
2. Information und Einflußnahme auf Landesebene durch Schaffung eines Beirats für die Probleme der Wirtschaft und der Arbeit bei der Landesregierung und durch Schaffung von Arbeiterkammern;
3. Gesellschaftspolitische Bildung der Arbeiter durch Schaffung einer entsprechenden Dienststelle und Errichtung von Kursen — „Denn alle müssen zu wachsendem Verantwortungsbewußtsein gebildet werden, damit sie nicht politischen Verführern verfallen“;
4. Hebung des Bildungs- und Ausbildungsniveaus der gesamten Bevölkerung durch Erweiterung der außerschulischen Bildungsmöglichkeiten und Schaffung des zweiten Bildungsweges;
5. Beteiligung der Arbeiter am demokratischen Leben der Gemeinde — „Damit nicht ein Proletariat entstehe, das eine ernsthafte Gefahr für die geordnete Gesellschaft werden könnte“;
6. Demokratisierung in Verwaltung und Führung der sozialen Einrichtungen — Dank (sic!) an das offizielle Organ der SVP für die Erkenntnis, daß jeder Mensch ein Recht habe auf eine allen offen stehende Krankenbetreuung;
7. Gerechte Landesbauordnung, Möglichkeit des Bausparens, Hilfe für die Bergbauern, Vollbeschäftigung, Industrieansiedlung;
8. Autonomie der Bewegung.

WÖRNDLES Ziel scheint also Mitbestimmung der Arbeiter in der politischen und wirtschaftlichen Leitung des Landes zu sein. Es ist in Punkt zwei angedeutet. Als Voraussetzungen zum Erreichen dieses Ziels oder als Teilziele scheinen dagegen die unter allen anderen Punkten genannten Forderungen verstanden zu sein. WÖRNDLE erstellt also ein Grundsatzprogramm, er deutet die Richtung der zukünftigen KVW-Tätigkeit an; aber das Grundsatzprogramm ist eine Utopie. WÖRNDLE trägt nicht nach den Möglichkeiten, die der KVW zum Erreichen der Ziele hat; er stellt keinerlei Rangordnung der Forderungen auf; er übergeht großzügig die Voraussetzungen, die zur Verwirklichung selbst der kleinsten Teilziele erst geschaffen werden müssen; er verwendet eine Terminologie, die dazu geeignet ist, die utopischen Forderungen auch noch lächerlich zu machen: So wird die Mitbestimmung der Arbeiter in der politischen und wirtschaftlichen Leitung des Landes auch acht demokratische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung genannt oder Gesellschaftsordnung, in deren Mittelpunkt der Mensch steht, oder einfach soziale Gerechtigkeit. Die Tätigkeit, die zu diesem Ziel führen soll, ist „Tätigkeit zugunsten der schwächeren und bedürftigeren Schichten unseres Volkes“, sind „Einsatz und Opfer im Dienst der sozialen Gerechtigkeit“ (Man versuche, dieses Gebilde in einen Satz aufzulösen!); manchmal besteht die Tätigkeit auch im „Bauen einer neuen, freieren Welt“ oder im „planenden Entwerfen unserer Zukunft und jener unserer Kinder“. Hinter dieser Tätigkeit steht „das christliche Menschenbild, das für die Bewegung Verpflichtung und Auftrag bedeutet“, steht „innerweltliche Zukunft als eine mit dem gottgewoll-

ten Wesen des Menschen gegebene Aufgabe“, steht der Entschluß: „Wir Südtiroler Werktätigen wollen am Fortschritt teilhaben und seine Segnungen genießen. Wir können und wollen die Dinge nicht treiben lassen, sondern wir werden unsere Zukunft selbst in die Hand nehmen und planend gestalten.“

### Verlauf der Versammlung

Die Kongreßteilnehmer ließen WÖRNDLES Geschwätz genauso geduldig über sich ergehen wie die Phrasen des Bischofs. Der Vorstand konnte weder mit dem einen noch mit dem anderen etwas anfangen, aber: Man konnte einzelne Punkte für sich herausgreifen; und vor allem: Man hatte ein Programm vorgelegt bekommen, ohne etwas tun zu müssen. Man lobte daher die Rede, man war zufrieden. Daß das Programm zum größten Teil aus utopischen Forderungen bestand, bemerkte man nicht. Man kam nicht auf die Idee zu überlegen, wie man den Forderungen Nachdruck verleihen, wie man sie werde durchsetzen können.

Den ganzen Vormittag lang hatte man anstelle sachlicher Information Monologe geboten bekommen, war man zur Passivität gezwungen gewesen, Man blieb es weiterhin. Die im Programm vorgesehene Diskussion entfiel aus Zeitmangel. Es folgten die zweifellos sehr viel wichtigeren Begrüßungsreden der Ehrengäste. Die allmählich aufkommende Ungeduld legte sich wieder während der Vorstellung der Kandidaten für den neuzuwählenden Landesausschuß, die nach Namensaufruf im Gänsemarsch auf die Bühne marschierten. Als endlich auch die sehr schwierige Frage geklärt war, ob die Landesversammlung zusätzliche Kandidaten nominieren dürfe — die Kenntnis der Statuten bzw. der Geschäftsordnung scheint vage zu sein — wurde die Versammlung zwecks Mittagessen unterbrochen. Außerdem erfolgte während der Mittagspause auch die Wahl des Landesausschusses.

Die Diskussion am Nachmittag war keine; es war die Aneinanderreihung von neuen, wenn auch kürzeren Monologen. Als erster Diskussionsredner legte Pepi POSCH, Obmann des Bezirkes Bozen und Führer der Opposition im KVW, sein Programm vor. POSCH forderte Straffung des Organisatorischen, bessere Information und Ausbildung der Führungskräfte und engere Kontakte mit den Mitarbeitern einerseits, Zusammenarbeit mit den katholischen Verbänden und mit der Partei andererseits. Südtirol, so sagte POSCH, sei ein kleines Land, das um seine Glaubensgüter und um seine Existenz kämpfe; Zusammenarbeit mit der Partei bedeute daher keineswegs Verzicht auf die Autonomie der Bewegung, sie sei aber zum Erreichen der Ziele auf politischem, kulturellem und sozialem Gebiet notwendig. POSCH geht es letztlich darum, so hieß es zusammenfassend, den Verband organisatorisch auszubauen, um ihn dann auch außerhalb des sozialen Bereichs zu engagieren: in Kultur und Politik.

Niemand nahm Stellung zu den diametral entgegengesetzten Auffassungen von WÖRNDLE und POSCH; niemand fragte. Ein einziger Diskussionsbeitrag forderte immerhin Unveränderbarkeit von politischen Ämtern und Spitzenfunktionen im KVW. setzte sich gegen POSCHS Forderungen zur Wehr, ohne allerdings auf WÖRNDLE einzugehen. In einem anderen Diskussionsbeitrag wurde gefordert, der KVW möge sich mehr der Stadt und den Industriearbeitern zuwenden. Die übrigen Diskussionsbeiträge befaßten sich mit Fragen wie Mütterberatung, ärztliche Betreuung der Schüler, Sanierung von Altbauwohnungen, Bergbauernproblem, die Notwendigkeit einer gerechteren Stipendienverteilung. Ein Diskussionsbeitrag erwähnte Unstimmigkeiten bei der Erstellung der Kan-

gibt im Augenblick anscheinend nur geringe Zuschüsse. Wer finanziert dann den KVW? Denn daß eine so große finanzielle Abhängigkeit auch eine ideenmäßige Abhängigkeit einschließt, ist selbstverständlich.

Das Überhandnehmen der praktischen Dienste führte nicht nur zu finanzieller Abhängigkeit des KVW; es führte auch zur Vernachlässigung anderer Aufgabenbereiche. So kam die Arbeit in der Stadt und unter den Industriearbeitern nie recht in Gang. Unter den Industriearbeitern wurden weder Berufsgruppen noch Betriebsgruppen geschaffen, die in den Statuten immerhin vorgesehen sind. Berufsgruppen entstanden überhaupt fast ausschließlich für Frauenberufe; um Betriebsgruppen aber hatte man sich, allerdings ohne Erfolg, nur in den ersten Jahren bemüht, um so dem Kommunismus entgegenzuwirken; im Arbeitsprogramm von 1966/69 tauchte die Forderung nach Errichtung von Betriebsgruppen zwar wieder auf, aber man hörte nichts mehr über sie. Sehr stark vernachlässigt bzw. umfunktionierte wurde die soziale Bildung, eine der wichtigsten Aufgaben einer Sozialbewegung. Neben Aufklärung über Rechte und Pflichten der Arbeiter und über Versicherungsfragen gab es fast nur religiöse Betreuung. Soziale und staatsbürgerliche Bildung blieben im Hintergrund.

Inzwischen ist der KVW zu einer Massenorganisation herangewachsen: Mit seinen 25.000 Mitgliedern ist er einer der stärksten Verbände des Landes. Dennoch macht sich eine gewisse Stagnation bemerkbar, in den eigenen Reihen wird vorzeitig Kritik laut, besonders unter der KVW-Jugend, die sich seit 1962 unter dem Namen KWJ (Katholische Werktätige Jugend) neu organisiert. Die Jugend versteht den naiven Aktionismus nicht mehr, mit dem man in der Gründerzeit an die Arbeit gegangen war. Die praktische Hilfe, unabhängig vom Wie, Wo und Warum, ist aber im Vordergrund geblieben; der KVW ist über die Konzeption der Gründerjahre bis heute nicht hinausgekommen. Der KVW wird seinen Standort kritisch überprüfen und zu einem neuen Selbstverständnis gelangen müssen, wenn er seine Glaubwürdigkeit vor der Jugend bewahren will.

Maria ZELGER

- 1) JOHANNES Harold: Die Sozialarbeit KVW. Diss. Innsbruck 1969 (= Schriftenreihe des Südtiroler Wirtschafts- und Sozialinstituts Bd 37) 1969, S. 32.
- 2) Südtiroler Wirtschaftszeitung, 15. Nov. 1963, Nr. 44, S. 290; Art. 15 Jahre KVW; zitiert nach JOHANNES S. 31.
- 3) JOHANNES, S. 120.

didatenliste. Zu diesem Punkt war schon vor der Versammlung durchgesieckert, daß es eine Kontroverse gegeben habe zwischen dem Bezirk Bozen, dessen Obmann POSCH war, und der Landesleitung mit WÖRNDLE, Albin HOFER und Sepp GAMPER voran und daß diese Kontroverse mit dem Machtkampf POSCH gegen HOFER (und GAMPER?) zwecks Sprung in den Landtag zusammenhing.

Es hätte genügend Stoff zur Auseinandersetzung gegeben. Aber man schwieg zu WÖRNDLES Programm genauso wie zu POSCHS Oppositionsprogramm: man äußerte sich zur Forderung, daß sich der KVW mehr dem Industriearbeiter zuwenden müsse, genausowenig wie zum Vorwurf, daß bei der Erstellung der Kandidatenliste undemokratisch vorgegangen worden sei; man nahm die Forderung nach Unvereinbarkeit der Ämter genauso gelassen hin wie die Forderung nach mehr Zusammenarbeit mit der Partei und mit den katholischen Verbänden. Dabei wäre es wahrhaftig nicht gleichgültig, ob sich der KVW für die Mitbestimmung der Arbeiter oder für die würdige Gestaltung von Andreas Hofer-Feiern einsetzt; ob der KVW die Arbeiter gesellschaftspolitisch schult oder ob er mit dem Katholischen Lehrerbund und mit dem Katholischen Familienverband Tagungen über Autoritätsschwund in Familie und Schule abhält; vor allem wäre es nicht gleichgültig, ob der KVW eine Sozialbewegung ist oder ein kulturell-politischer Verein, straff organisiertes Werkzeug in der Hand der Partei.

Statt die internen Machtkämpfe zu verurteilen, grundsätzliche Fragen offen zu diskutieren und eine Auseinandersetzung über Aufgaben und Ziele einer Sozialbewegung herbeizuführen, zog man es vor, dem Kongreß beste Ordnung und Unerschütterlichkeit der gemeinsamen Handlungsbasis vorzuspiegeln, den Machtkampf aber verdeckt und mit unfairen Mitteln zu führen. Möglicherweise hatte man die Diskussion am Vormittag absichtlich unterdrückt oder rechtzeitig abgeblasen, um POSCH nicht vor der Wahl sprechen zu lassen. Es war wohl auch nicht Zufall, daß man erst gegen Ende der Versammlung erfuhr, daß die Wahlordnung diesmal eine andere gewesen sei, weil sie auf einer der letzten Ausschusssitzungen zugunsten der kleineren Bezirke geändert worden sei. Wahrscheinlich war es auch nicht Zufall, daß bei der Statutenänderung die Anzahl der Mitglieder des Landesausschusses nicht von 20 auf 25 erhöht wurde, was man vorher anscheinend geplant hatte, um dem Bozner Be-

zirk doch noch entgegenzukommen, der zahlenmäßig weitaus der stärkste ist. Es ist aber auch Tatsache, daß die Opposition keinerlei Anträge oder Mißtrauensanträge stellte, sondern daß sie sich auf Zwischenrufe bei der Wahl HOFERs zum Vorsitzenden der Versammlung, auf den einen Diskussionsbeitrag (falls er überhaupt von der Opposition stammte) und auf die Korrektur lächerlicher Formfehler beschränkte (Der Vorsitzende der Versammlung hatte beim Vorlesen der Grußbotschaften vergessen, den Namen des Regionalratspräsidenten zu nennen). Beide Seiten scheuten also den offenen Kampf. Die Kongreßteilnehmer aber hatten ihre Schuldigkeit getan: Sie hatten ihre Stimme gegeben, damit einige Herren an die KVW-Spitze und von dort in den Landtag steigen konnten.

Wer diese Herren sind, ist entschieden: Vorsitzender des KVW ist Sepp GAMPER. Albin HOFER hatte sich rechtzeitig etwas zurückgezogen, als seine Ambitionen bekannt geworden waren. Peppi POSCH agitierte weiter. Am Tag nach der Wahl der neuen Landesleitung durch den Landesausschuß — POSCH und die beiden anderen Vertreter des Bozner Bezirks hatten an der Wahl nicht teilgenommen; sie hatten die Sitzung vor der Wahl verlassen — erklärte POSCH seinen Rücktritt als Obmann des Bezirks Bozen und als Mitglied des Landesausschusses. Als das keinen Erfolg zeitigte, trat der Ausschuß des Bezirks Bozen aus Solidarität zu POSCH fast geschlossen zurück. Die Landesleitung nahm auch diesen Rücktritt ungerührt zur Kenntnis. Da klärte POSCH die Mitglieder des Bezirks Bozen in einem vertraulichen Rundschreiben über die Hintergründe der Entwicklung auf. Das Schreiben enthält nichts Neues. POSCH wird für diesmal resignieren müssen.

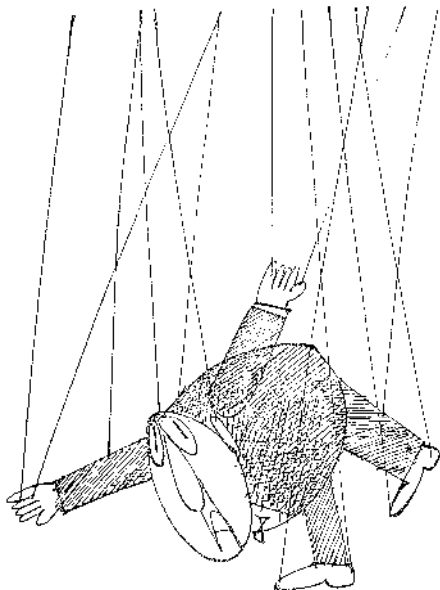
## II. Die gegenwärtige Lage im KVW - Kritik

### Aktionsprogramm

Seit der Landesversammlung sind nun Monate vergangen. Das Aktionsprogramm liegt längst vor. Es ist in ARBEIT und GEMEINSCHAFT, I, 1970 veröffentlicht, gleich dreimal, jedesmal in etwas anderer Formulierung: im Leitartikel „Die Aufgabe unserer Sozialbewegung“ S. 1f, im Artikel „Tätigkeit des neuen Landesausschusses“ S. 3 und im Artikel „Schwerpunkte unserer Arbeit“ S. 5ff. Es geht aber nirgends klar hervor, ob es sich um das Aktionsprogramm für 1970 oder für 1970/72 handelt. Dafür wird im ersten der erwähnten Artikel betont, daß das Aktionsprogramm die Forderungen des Bischofs, die Vorschläge WÖRNDLES und die Diskussionsbeiträge berücksichtige, außerdem aber auch das Ergebnis einer Arbeitstagung, die am 13./14. Dezember in Brixen abgehalten worden ist und die unter anderem die Einstellung eines Geschäftsführers, engen Kontakt zwischen Basis und Spitze und in diesem Zusammenhang die Durchführung von Arbeitstagen, weiter das Einsetzen von Studienkommissionen zur Untersuchung größerer Probleme und schließlich Unvereinbarkeit der Ämter gefordert und die Lösung des KVW von der Kirche zumindest ins Gespräch gebracht hat. Wie man die zum Teil diametral entgegengesetzten Forderungen koordiniert hat, bleibe dahingestellt.

Das Aktionsprogramm sieht nun folgendermaßen aus:

1. Der Verband wird den zuständigen Behörden die Vorschläge zur Errichtung einer Beirats für Wirtschaft und Arbeit und zur Schaffung von Arbeiterkammern unterbreiten; Politikern, Technikern und Behörden sollen Vorschläge zur Landesplanung unterbrei-



tot werden; der Verband will sich für Ausbau der öffentlichen Dienste wie Schulen, Wohnungen, Gesundheitsfürsorge einsetzen und vor allem stärkere finanzielle Förderung des Wohnbaus, die Möglichkeit des Bausparens und die Enteignung der Grundstücke für Volkswohnbauzonen fordern;

2. Der Verband will größtes Gewicht auf die soziale Bildungsarbeit legen; er plant vor allem Bürgerversammlungen und Tagungen über die Notwendigkeit der Gewerkschaftsorganisation, über die neuen Formen der Betriebsverfassung, über das Statut des Arbeiters, über Staatsbürgerkunde, über die Rolle des KVW als Sozialbewegung u. ä.;
3. Der Verband will Arbeitstagungen abhalten und eine Kommission einsetzen, die sich mit der Arbeiterversorgung befassen und der Diözesansynode Vorschläge unterbreiten soll;
4. Der Verband will einen Geschäftsführer einstellen; es soll die Unabhängigkeit der Bewegung diskutiert und durchgeführt werden — inzwischen hat WÖRNDLE der Landesleitung einen diesbezüglichen Antrag zur weiteren Behandlung und Beschlußfassung vorgelegt (der Antrag ist in ARBEIT und GEMEINSCHAFT 2, 1970, S. 1f veröffentlicht).

Wichtigster Programmpunkt scheint mir die soziale Bildungsarbeit zu sein. Hier könnte sogar der Ansatz zu einer ganz neuen Ausrichtung des KVW und zu einem klaren Konzept gewonnen werden.

### Industrie

Erstmals scheint es dem KVW jetzt klar zu werden, daß er als Sozialbewegung die Aufgabe hat, die Umgestaltung von der bäuerlichen Gesellschaft zur Industriegesellschaft und weiter zur Leistungsgesellschaft voranzutreiben. Diese Aufgabe muß an vorderster Front geleistet werden. Es genügt nicht, daß man sich endlos mit den Problemen der Witwen und der Bergbauern und mit Versicherungsfragen beschäftigt. Es genügt auch nicht, daß man sich bemüht, den Klassenkampf zu vermeiden. Das mag in einem bestimmten Stadium wichtig sein. Aber man darf dann nicht dabei stehen bleiben, wie es der KVW leider getan hat. Der Hauptarbeitsbereich muß heute die Probleme der Industrie erfassen. Und auch da sind längst nicht mehr die Fragen der materiellen Besserstellung, sondern das Wohnungsproblem und die Frage der Mitbestimmung ausschlaggebend.

Der KVW hat Diskussionen über Betriebsverfassung, über das neu verabschiedete Statut des Arbeiters, über Aufgaben der Betriebsräte auf seinem Programm. Aber das kann erst der Ansatz zu einem ganzen Aufgabenkomplex sein. Denn was nützen Diskussionen, wenn man nicht Betriebsgruppen schafft, über die alle diese Ideen in die Betriebe selbst eindringen, wenn nicht die Arbeiter aus ihrer Gleichgültigkeit herausgerissen werden und wenn nicht endlich ein Solidaritätsbewußtsein unter den Arbeitern entsteht? Was nützen Diskussionen über das, was andere erreicht haben — die Südtiroler Arbeiter haben zu den Errungenschaften des heißen Herbstes ganz gewiß nicht viel beigetragen —, wenn man nicht bereit ist, sich ebenfalls einzusetzen, wenn man die Entwicklung nicht ständig verfolgt und von dem, was in anderen Staaten bereits realisiert ist, keine Ahnung hat? Wie will man eine starke Gewerkschaft in Südtirol erzwingen, wenn man nicht Druck ausübt, indem man einstweilen geschlossen zu jener Gewerkschaft geht, die am meisten erreicht, zur kommunistischen? Wann wird man sich entschließen, durch Studienkommissionen Vorschläge über Formen der Mitbestimmung ausarbeiten zu lassen, wenn man doch weiß, daß die Lösung des Problems der Mitbestimmung

in den EWG-Ländern blockiert ist, weil Italien keine Vorschläge unterbreiten will?

### Soziale Bildung

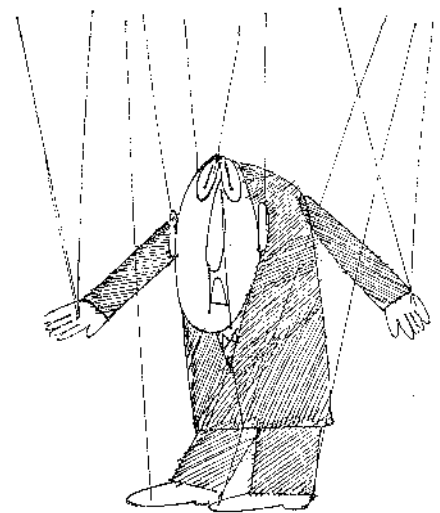
Allmählich scheint dem KVW eine weitere Aufgabe bewußt zu werden, nämlich die Aufgabe, die geistige Umstellung zu beschleunigen, die durch die wirtschaftliche und soziale Umstrukturierung notwendig wird. Die offene Industrie- und Leistungsgesellschaft stellt an den Menschen ganz andere Anforderungen als die geschlossene bäuerliche Gesellschaft. Sie verlangt selbständige Entscheidung, kritisches Denken und ein völlig neues soziales Bewußtsein. In Südtirol gibt es von all dem noch nichts. Die konservative Haltung der Südtiroler, der übergroße Einfluß der Kirche und die geringe Bedeutung, die die Industrie in Südtirol immer noch hat, mögen die Ursachen dafür sein. Dem KVW trifft der Vorwurf, daß er sich in seiner mehr als zwanzigjährigen Tätigkeit zu wenig bemüht hat, das Denken der Südtiroler Bevölkerung zu ändern, ja daß er nicht einmal den Versuch gemacht hat, seine eigenen Leute zu kritischem Denken und sozialem Bewußtsein zu erziehen. Er hat die Notwendigkeit der sozialen Bildung nicht begriffen und an ihre Stelle religiöse Bildung und Aufklärung in Einzelfragen gesetzt. Religiöse Bildung aber hat bisher stets unkritische Haltung und Autoritätsglauben verstärkt; die Aufklärung in Einzelfragen hat dagegen dazu geführt, daß die Mitglieder vom KVW fordern, er solle für sie etwas tun, daß sie aber im übrigen uninteressiert sind.

Soziale Bildung steht heute als einer der wichtigsten Punkte auf dem Programm des KVW. Was wird er daraus machen? Der Teil der sozialen Bildung, der sich mit den Problemen der Industrie befaßt, scheint in den Händen der Jugend zu liegen und daher nicht gefährdet zu sein. Aber was wird aus dem anderen Teil? Es sind Bürgerversammlungen und Tagungen über staatsbürgerliche Erziehung vorgesehen. Bisher hat aber erst eine Tagung über den Arbeiter in der Kirche stattgefunden.

Soziale Bildung heißt Bildung eines gesellschaftskritischen Bewußtseins und ein solches setzt kritisches Denken voraus. Daher wird soziale Bildung vorerst einmal Erziehung zu kritischem Denken einschließen müssen — zumindest solange die Schule ihre diesbezügliche Aufgabe nicht wahrnimmt. Man wird daher in erster Linie zum Denken herausfordern müssen und zur kritischen Überprüfung der übernommenen Einrichtungen, Gewohnheiten und Prinzipien.

### Kritische Standortbestimmung

Es werden zunächst einmal Aufgaben und Ziele der Bewegung selbst einer kritischen Analyse unterzogen werden müssen. Bisher hat sich der KVW gegen eine kritische Überprüfung seiner Tätigkeit mit Erfolg gestäubt: Anlaßlich seines zwanzigjährigen Bestehens wurde eine Dissertation über „Die Sozialarbeit KVW“ bei Professor ULMER in Innsbruck angefordert. Man wollte aber durchaus keine kritische Untersuchung, im Gegenteil: Man verlangte eine Festschrift — und hat sie erhalten: eine Materialsammlung, nicht mehr als die Grundlage, auf der eine wissenschaftliche Untersuchung erst aufbauen müßte. Aus der Arbeit geht nicht einmal hervor, was eine Sozialbewegung ist. Zwei Definitionen sind nebeneinandergestellt, von denen die eine den Begriff Sozialbewegung sehr eng, die andere sehr weit faßt. Dann heißt es, auf die vielen anderen Definitionen brauche nicht eingegangen werden, weil sie der vielgestaltigen Tätigkeit des KVW so wenig gerecht werden wie die beiden anderen. Auf diese Weise umgeht man jeden kritisch-wissenschaftlichen Denkansatz und braucht nicht zu sagen, daß der KVW keine Sozialbewegung sei, bzw. daß er noch keine sei, weil er in seiner Entwicklung zur Sozialbewegung nach den ersten Schritten abgedreht und sich anderen Dingen zugewandt hat. Man hat sich bisher geschaut, eine offene Sprache und klare Begriffe zu verwenden; man hat die Konfrontation mit der Wirklichkeit nicht gewagt und deshalb die Tatsachen verdreht. Es beginnt schon beim Namen. Warum nennt man sich Werktätige und nicht einfach Arbeiter? Warum spricht man ständig von Einsatz und Opfer im Dienst der sozialen Gerechtigkeit (nicht nur WÖRNDLE; fast in jeder Nummer von ARBEIT und GEMEINSCHAFT) und nicht einfach vom Kampf um soziale Gerechtigkeit? Wozu soll es gut sein, von den Menschenrechten wie von einem Geschenk zu reden und darüberhinaus noch zu betonen, daß den Rechten auch Pflichten entsprechen (WÖRNDLE)? Viel wichtiger wäre es zu sagen, daß die Pflichten darin bestehen, daß man die Rechte in Anspruch nimmt; daß das aber nicht immer möglich ist, weil die Voraussetzungen dazu erst geschaffen werden müssen; daß das Recht auf Arbeit nichts nützt, wenn entweder die Arbeitsplätze oder die Ausbildungsmöglichkeiten fehlen; daß das Recht auf angemessenen Lohn keinen Wert hat, wenn ein Überangebot an ungelerten Arbeitern vorhanden ist und der Unternehmer jede Forderung nach Lohnerhöhung mit Entlassung quittieren



kann; daß die Gleichberechtigung eine Lüge ist, weil nur die begünstigten Schichten in der Lage sind, ihr Recht auf Mitbestimmung auszuüben und Entscheidungen zu treffen. Geradezu lachhaft ist es aber, wenn man sich Sozialbewegung nennt und Mitbestimmung nur zu dem Zweck fordert, daß die Arbeiter nicht politischen Verführern verfallen oder daß sie nicht ein Proletariat werden und auf die Idee kommen, die Ruhe und die Vorrechte der Reichen durch eine Revolution zu stören bzw. zu zerstören.

Man darf nicht mehr länger an Emotionen appellieren statt an Vernunft und kritischen Verstand, wie es bisher im KVW üblich war und wie es in nicht mehr zu überbietender Weise auf dem Landeskongreß geschehen ist. Denn man wird sonst nicht mehr ernst genommen und, was schlimmer ist, man gewinnt ein zu harmonistisch gefärbtes Bild von der Wirklichkeit, verdeckt die Mißstände und versucht dann, Konflikte nur an der Oberfläche zu glätten. Es ist an der Zeit, die sozialen Mißstände rücksichtslos aufzudecken, ihre Ursachen und Folgen zu analysieren und grundsätzliche Reformen anzustreben.

Professor SCHASCHING S. J. hat in seiner Rede anläßlich des IX. Landeskongresses am 10. November 1963 (Abgedruckt in: Dolomiten 15. November 1963) sehr deutlich gesagt, daß eine Sozialbewegung die gesellschaftliche Umstrukturierung vorantreiben müsse, daß dabei aber geringfügige Änderungen an wenigen Stellen nicht genügen, sondern daß die ganze Gesellschaft grundlegend reformiert werden müsse. Weiter hat SCHASCHING darauf hingewiesen, daß eine Sozialbewegung die Aufgabe habe, jene Personenkreise zu erfassen, die nicht die Macht hinter sich haben oder die selbst die Kraft nicht aufbringen, den Anschluß an die allgemeine Entwicklung zu finden. Daß diese Personenkreise in Südtirol noch nicht eine Restgruppe sind, sondern daß sie die Mehrheit bilden; das heißt, daß Südtirol noch ganz am Beginn der gesellschaftlichen Umwandlung steht, ist traurig genug. Daran trägt einen Teil der Schuld auch der KVW, weil er seine Aufgaben nicht erkannt hat oder nicht erkennen wollte. Wahrscheinlich war der KVW zu sehr abhängig, vielleicht schon lange Werkzeug anderer. Wenn der KVW seine Aufgaben aber auch in Zukunft nicht begreift, dann wird er zum hemmenden Faktor in der gesellschaftlichen Umstrukturierung, weil er eine Sozialbewegung zu sein vortäuscht, aber die Aufgaben einer solchen nicht erfüllt.

#### Autonomie

Heute hat der KVW auch die Diskussion um seine Autonomie auf das Programm gesetzt. Man möchte in erster Linie die

Entscheidung durchbringen, daß der Verband bei Parlaments- und Landtagswahlen keine Partei empfiehlt, keine Kandidaten zur Nominierung und für die Abgabe der Vorzugsstimme vorschlägt, daß leitende Funktionen im KVW auf Landes- und Bezirksebene mit der Mitgliedschaft in gleichrangigen Gremien einer Partei oder einer Gewerkschaft und mit der Mitgliedschaft in Landes- und Regionalregierung, in Landtag, Regionalrat und Parlament unvereinbar sind. Auf diese Weise will man die Möglichkeit ausschließen, daß der KVW einerseits als Instrument und Stimmzuträger einer Partei, andererseits als Mittel zum Erreichen persönlicher politischer Ziele und Machtpositionen mißbraucht wird.

Was den KVW zur Vorbereitung einer solchen Entscheidung veranlaßt hat, ist also zunächst eine Abwehrhaltung. Die positiven Aspekte hat dagegen die Arbeitstagung in Brixen aufgezeigt (ARBEIT und GEMEINSCHAFT I, 1970, S. 6f): Die Arbeiterbewegung müsse mit den Parteien und Gewerkschaften ein offenes und konstruktives Gespräch führen, den genannten Institutionen gegenüber Kritik üben und ihnen Vorschläge unterbreiten. Das sei nur bei klarer Abgrenzung möglich und der Präsenz in Parteien und Gewerkschaften vorzuziehen. Der Verzicht auf Präsenz in Landtag und Landesregierung ermöglichte es dem KVW, seine Probleme und Vorschläge von außen an diese Stellen heranzutragen. Als Massenverband habe der KVW genügend Gewicht, seine Forderungen durchzusetzen, während zwei Stimmen im Landtag nicht viel erreichen könnten.

Der KVW wird allerdings nicht nur Forderungen stellen oder gar utopische Vorstellungen auf sein Programm setzen dürfen und dann hoffen, daß von selbst etwas geschehe. So war es aber bisher: Auf Anträge, die Assessor GEBERT-DEEG zu stellen gedachte und die sie vorher regelmäßig dem KVW vorlegte, dessen Vertreterin sie ja ist, reagierte der KVW nie mit einem Gutachten; gar nicht zu reden davon, daß man ihr je Vorschläge unterbreitet hätte. So ist es auch jetzt: Von den zahlreichen Körperschaften und Verbänden, die im Jänner von einer Studienkommission um Vorschläge zur Lösung des Wohnbauproblems angeschrieben worden waren, hatte laut Mitteilung dieser Studienkommission in den DOLOMITEN vom 26. Februar 1970, S. 4 bis zu diesem Zeitpunkt allein der KVW noch keine Stellungnahme eingereicht — das Wohnungsproblem steht aber auf dem Aktionsprogramm. In Zukunft wird der KVW nicht nur seine Aufgaben erkennen und die Probleme von der Basis her aufgreifen müssen — in dieser Hinsicht sind gute Ansätze vorhanden —, sondern der KVW wird die Pro-

bleme studieren müssen; er wird von Kommissionen und Arbeitsgruppen Lösungsvorschläge ausarbeiten lassen; er wird die konkreten Lösungsvorschläge den zuständigen Stellen unterbreiten und mit diesen in ständigem Kontakt bleiben. Auf keinen Fall darf der KVW in Zukunft die Durchführung von Aufgaben übernehmen, die seine Kräfte übersteigen, immer größeren Ausbau der praktischen Dienste erfordern und doch nur halbe Lösungen bleiben. Der KVW wird sich gerade umgekehrt bemühen müssen, seine praktischen Dienste abzubauen, einen Teil seiner bisherigen Aufgaben soweit wie möglich an zuständige Stellen abzugeben, um so allmählich seine finanzielle Abhängigkeit zu verringern.

Wenn der KVW seine Autonomie ernst nehmen und eine Sozialbewegung sein will, muß er vor allem auch eine klare Abgrenzung zur Kirche vornehmen. Das „Katholisch“ mag so verstanden werden, daß der KVW ausschließlich katholische Mitglieder aufnimmt. Aber es geht nicht an, daß der KVW Aufgaben der Kirche übernimmt. So kommt es nicht einer Arbeiterorganisation zu, der Synode Vorschläge über moderne Arbeiterseelsorge zu unterbreiten. Die Synode muß Arbeiter in ihren Arbeitskreisen haben und dort neben den vielen Untergruppen auch eine über Arbeiterseelsorge bilden, die dann ja Mitarbeiter beiziehen kann. Sollten in den Arbeitskreisen der Synode tatsächlich keine Arbeiter vertreten sein, dann würde das bedeuten, daß die Kirche die Arbeiter nicht aufgefördert hat oder daß sich die Arbeiter nicht mitverantwortlich oder zur Mitarbeit nicht in der Lage fühlen. Dann ist es aber Aufgabe der Kirche — nicht der Arbeiterorganisation — zu überlegen, auf welche Weise der Arbeiter angesprochen werden soll. Insofern die Mitglieder der KVW Mitglieder der Kirche sind, sind sie verpflichtet, dabei mitzuarbeiten.

Die Arbeiterorganisation als solche müßte ihren eigentlichen Aufgaben nachgehen, die sie allzu lange vernachlässigt hat. Umgekehrt müßte überlegt werden, ob es für die Kirche günstig ist, ihre Priester als Führungskräfte an eine Arbeiterorganisation abzutreten. Bisher waren die geistlichen Assistenten die einzigen Führungskräfte im KVW. Ihre Leistung und die Leistung der Kirche darf nicht geschmäleret werden, denn die Kirche war es, die den KVW ins Leben gerufen hat, genauso wie die Schule und die deutsche Presse. Aber jetzt ist es an der Zeit, daß die Bewegung eigene Führungskräfte heranbildet und die geistlichen Assistenten nur noch Seelsorger im Verband bleiben. Zu diesem Ergebnis ist die Arbeitstagung in Brixen gekommen. Wahrscheinlich wäre es besser, wenn der KVW auch auf eigene Seelsorge verzichten würde.

## Dank und Bitte an Biafra-Spender

Pepi ZELGER, Innsbruck

Die im Dezember 1968 angelaufene Hilfsaktion Biafra, die von der Werktätigen Jugend und der Südtiroler Hochschülerschaft veranstaltet wurde, brachte einen Ertrag von 585.550 Lire ein. Der Betrag wurde über eine Bank in Rom an Erzbischof Francis A. ARINZE übersandt, der für die Biafra-Flüchtlinge eine Selbsthilfeorganisation aufgebaut hatte.

Die Werktätige Jugend und die Südtiroler Hochschülerschaft danken den Spendern herzlich. Gleichzeitig danken wir noch einmal dem Südtiroler Landtag, der 1969 3.000.000 Lire als Biafra-Hilfe gespendet hat.

Nun — nach dem militärischen Zusammenbruch — meinen viele, sei unsererseits keine wirksame Hilfe mehr möglich. Dem ist nicht so. Z. B. hat unser Freund Judas Thaddäus CHUKWUKERE eine private Hilfsorganisation aufgebaut. Er sendet die dringendsten Hilfsgüter direkt mit der Post nach Biafra, in einigen Gebieten funktioniert die Post wieder. Brieflich wird ihm mitgeteilt, welche Gegenstände am notwendigsten gebraucht werden. Wir können unbedingt dafür bürgen, daß CHUKWUKERE zuverlässig ist und das Geld nicht in unkluger Weise verwendet. SKOLAST-Leser kennen ihn, da ihn ein SKOLAST-Redakteur am 2.2.1968 für die Nr. 1/1968 interviewte.

CHUKWUKERE ist im August des vergangenen Jahres selbst in einem Nachtflug von Sao Tomé nach Uli eingeflogen. Wie er berichtet, ist das Flugzeug nach der Rekordzeit von sieben Minuten schon wieder in der Luft gewesen. Er hat in den darauffolgenden Monaten das ganze damals zugängliche Land aufgesucht. Er war auch an der Südfront — nicht als Soldat — als die biafranischen Truppen bis auf acht km an Port Harcourt herankamen. (Sie wurden erst aufgehalten, als England weitere Panzer nach Nigeria gesandt hatte, die es von der Rheinarmee abgezogen hatte.) Unser Ibo-Freund berichtet, daß damals nicht nur jedes Auto, sondern auch Flüchtlingslager, Schulen, Krankenhäuser in Biafra von nigerianischen Flugzeugen bombardiert wurden. Er zeigte mir das Foto eines Krankenhauses, in dessen Operationssaal eine Luft-Bodenrakete explodiert war. 80% der Kinder in den Flüchtlingslagern hätten keine Kleider gehabt. Er wußte von zwei geistlichen Krankenschwestern, Engländerinnen, die zu einem Flüchtlingslager führen. Beim Angriff eines Flugzeuges flohen sie in den Busch. Das Flugzeug schoß kreuz und quer in die Bäume und verletzte eine Schwester schwer. Einige Minuten später, als man sie in das Krankenhaus zurückbringen wollte, war das Flugzeug wieder da. Der Pilot traf den Fahrer mit einer Maschinengewehrkugel und das Auto mit einer Rakete. Nur eine Schwester kam mit dem Leben davon. CHUKWUKERE berichtet



Judas Thaddäus CHUKWUKERE,  
1969 zum Priester geweiht

weiter, daß Soldaten und Zivilbevölkerung nun nicht mehr nur die Wurzeln einer bestimmten Pflanze, der „Cassava“ essen, sondern auch deren Blätter. Er sagt, der Hunger sei es gewesen, der Biafra besiegt hätte, da sogar die Soldaten oft nur einmal am Tag etwas zu essen bekommen hätten. Von seinen eigenen Brüdern sei der jüngste Bruder gefallen und ein Bruder vermißt.

Es ist nicht wahr, daß nun nach dem Zusammenbruch keine Hilfe mehr möglich sei. Das „Österreichische Komitee“, das sich aus Studenten und Leuten der katholischen Jugend zusammensetzt, hat über eine Österreicherin in Biafra eine Hühnerfarm errichtet! Das „Österreichische Kontingent“ arbeitet in Biafra und hält über die Österreichische Botschaft in Lagos mit dem Mutterland den Kontakt aufrecht. Österreich hat sowohl in Biafra als auch in Nigeria einen besonders guten Namen. CHUKWUKERE arbeitet über seine eigenen Beziehungen.

Wenn also auch die großen Hilfsorganisationen untätig bleiben müssen, weil ihnen Nigeria die Arbeit und vor allem die Einreise verbietet, so ist doch Hilfe im Kleinen möglich.

Da die oben erwähnte Hilfsaktion Biafra der Werktätigen Jugend und der SH schon vor längerer Zeit abgeschlossen wurde und das Konto geschlossen ist, bitten wir unsere Leser, Spenden an die Südtiroler Hochschülerschaft zu überweisen (Postsparkasse Konto Nr. 14/1177, Bozen), mit dem Vermerk „Spende Biafra“. Das Geld wird an CHUKWUKERE weitergeleitet. Vielen Dank!

### BIAFRANISCHE KANZONE

(feanji MENKITI)

Onywalim, mein Freund,  
Die Sonne sinkt  
Über den lockenden Schenkeln.

„Ike ist gut im Winter  
Im Sommer schwitzt man zuviel.“

Ike na di mma na winta

Und was hältst du davon?  
Das Englische so zu Ibotisieren?

Onywalim, mein Freund,  
Da bist du nun wieder  
Mit deinem Gerede von Frauen  
Immer sprichst du von Frauen

Eine Blonde in Los Angeles  
Eine Braune in San Francisco;

Du solltest zu Hause sein und  
Raketen bauen  
für Biafra

Ein Ingenieur der nicht Raketen  
bauen kann

für Biafra  
der lieber Schenkel hat  
als Flugbahnen . . .

Onywalim, mein Freund,  
Dein Ibusa haben sie  
Niedergebrannt  
Mein Onitscha ist auch  
Zerstört.

Und was sollen wir tun, wenn  
Ihr langer Marsch endlich am Ende ist.  
Wenn sie den Koran  
Endlich ins Meer  
Getaucht haben?

Wird man uns konservieren  
Als heimatlose Verbannte  
In amerikanischen Museen  
Von der New York Times  
befürwortet?

Onywalim, mein Freund,  
der Krieg ging vorüber  
der Tod ging über  
uns hinweg.

(Übersetzung: Ulli BEIFER, Aus: WELTWO-  
CHE, Zürich)



curriculum vitae  
christian Wallner,  
ungefragt geboren am 30. märz 48,  
jugend in oberösterreich (wels),  
ferienwohnsitz daselbst,  
studiert sonst in salzburg (konrad-laib-str. 10)  
geschichte und publizistik im 7. semester,  
hat bis jetzt einen leserbrief veröffentlicht,  
schreibt aber in seiner freien zeit „lyrik“ und „prosa“

## Am Tag der Menschenrechte

am tag der menschenrechte

fallen städte zu staub  
doch spielen die pulverisierten menschen  
einäugig  
einarmig  
taub  
auf den langsam zerfallenden wohltemperierten  
klavieren  
„die schöpfung“

anzeige

als  
der blitz  
in mein haus schlug  
& es verbrannte  
bis auf den  
grund  
erstattete ich  
anzeige  
gegen gott  
als den für die ordnung  
des universums  
verantwortlichen

fabel

„es geht darum“  
sagt mir der fischer  
der breitbeinig bordbugs steht  
„zu ergründen  
wie dieser hering den ich tagtäglich  
fange in vieler gestalt  
mit gleichem gesicht  
in der tiefe zu leben versteht  
ich bewund're geduld  
zu leben wo's kalt ist & dunkel  
bestaune den eifer mit dem die familie  
seetang durchkämmt  
ich liebe die silbrigen flossen  
das meergrüne rund seiner augen“  
„es geht darum“  
sagt mir der fischer  
der breitbeinig bordbugs steht  
— mit kurzer bewegung  
den hering  
köpft —  
„zu ergründen  
wie —“

die tröstungen des bürgers

I

sage nicht:  
es gäbe zu wenige kirchen  
dafür gibt es viele kasernen  
sage nicht:  
es gäbe zu wenig gesunde  
dafür gibt es viele kranke  
sage nicht:  
es gäbe zu wenige reiche  
dafür gibt es viele arme

II

wenn dir die antworten auf der zunge brennen  
hast du es warm  
wenn dir das wasser bis zum hals steht  
kannst du nicht verdursten  
wenn du den kopf verlierst  
brauchst du ihm nicht zu zerbrechen

III

wenn dich das licht verläßt  
kannst du um augen würfeln  
wenn dir die beine gelähmt sind  
kannst du handgreiflich werden  
wenn du arbeitslos bist  
kannst du aufhören steuern zu zahlen  
wenn dir die stimme versagt  
kannst du sie abgeben

vatikanisches archiv

zwei männer  
durch strohhüte  
vor der sonne geschützt  
pflegen knieend  
den englischen rasen  
halten so  
von 69 bis 99  
den englischen rasen  
rein



Herr OBEREGGER hat einen bisher wenig bekannten Zweig der Tiroler Volkslegende ans Licht gehoben: die Kephalphorenlegende \*). Bei einem Gespräch hat er uns freundlicherweise über sein in Vorbereitung begriffenes Werk informiert, das der Kephalphorenlegende verpflichtet ist, aber diese in den Bereich des höheren literarischen Schaffens einführt. Wir danken Herrn OBEREGGER für sein Entgegenkommen. Es sprachen mit ihm POSCH, NOTDURFTER, ZEIGER.

Gehen die häufigen, über ganz Europa verstreuten Legenden von enthaupteten Märtyrern, die ihr Haupt in Händen tragen, auf ein symbolisches Erlebnis, eine symbolische Totenanmeldung oder Erscheinung zurück? Oder haben sie ihre Wurzeln in tatsächlichen Begebenheiten? Man denke an Dionysius, Bischof von Paris, Nikarius, Bischof von Reims, oder an die Stadtheiligen von Zürich, Felix und Regula! Die Fragen sind nicht zu klären. Die geschichtlichen Tatsachen lassen sich heute nur noch schwer von der sie umrankenden Legende trennen. Daher wird man sich mit der Tatsache begnügen müssen, daß die Kephalphoren fest im Bewußtsein des Volkes verankert sind. Wie sehr das für das Tiroler Volk zutrifft, beweist die Unzahl der Kephalphorenlegenden aus Tirol.

Noch heute wird am Monte Baldo der wundertätige Kephalphore Kilian von Salurn als Helfer bei Kopfkrankheiten angerufen. Jährlich am 30. Mai pilgern zahlreiche Gläubige der Umgebung zur Kapelle, die seinem Andenken geweiht ist. Eine bemerkenswerte frühgotische Statue zeigt den Heiligen in kurzem Waffenrock, den Kopf zu Füßen und mit der rechten Hand darauf hinweisend. Zahlreiche Motivtafeln künden von seinem erfolgreichen Wirken, das sich bis in die Gegend von Mailand erstreckt hat.

Die Überlieferung berichtet, daß Kilian von Salurn im Dienste des Bischofs von Säben stand und daß ihm im Kampf gegen Berengar von Ivrea, der von Süden her ins Land einfiel, bei einem heftigen Ringen um Sigmundskron der Kopf abgeschlagen wurde. Er ergriff — der Überlieferung zufolge — seinen Kopf und focht tapfer weiter. Wie von ihm, so wird auch von zahlreichen anderen Kephalphoren berichtet, daß sie mit dem Kopf in der Hand das Tiroler Land verteidigt haben; zu ihnen gehören z. B. Felix von Aquileja, römischer Legionär, der von arianischen Goten enthauptet wurde; Heinrich von Mals, ein Alemanne, der seinen rätischen Nachbarn beim Versetzen des Grenzsteines ertappte, von ihm erschlagen wurde und heute noch beim italienischen Beinhaus auf der Malser Heide als Kephalphore erscheint.

Elisabeth von Flains, eine kühne Jungfrau, geriet im Krieg gegen die Franzosen im Jahre 1809 am Sterzinger Moos in die Hände eines französischen Offiziers, dem sie ihre Unschuld opferte, um auf diese Weise in den Besitz der Kriegskasse zu kommen. Diese kühne Tat wurde von den aufrechten Tiroler Landesverteidigern im Gefolge Pater HASPINGERS mißgedeutet und übel belohnt. Mit einer gezackten Sense wurde ihr das Haupt vom Rumpf getrennt. Den Kopf am Zopfe tragend führte sie die irreführenden Kämpfer in ihre Kammer und zeigte ihnen die Kriegskasse. Dann schritt sie ihren beschämten Landsleuten mutig in den Kampf voran und schlug zahlreiche entsetzte Feinde allein durch ihren Anblick in die Flucht. Das letzte, was von Elisabeth von Flains berichtet wird, ist eine lobende Erwähnung ihres Wirkens auf einem Handzettel Andreas HOFERS. Selbiger Zettel befindet sich heute im Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum.

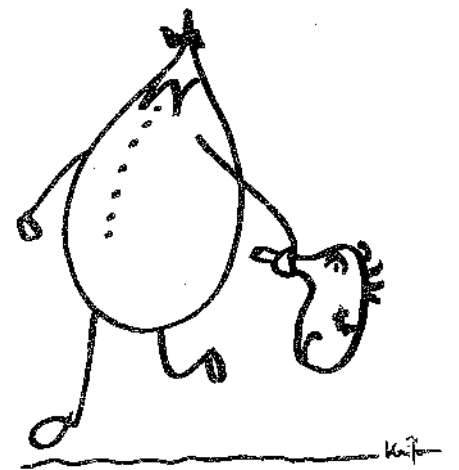
## Die Kephalphoren im literarischen Schaffen Südtirols

Dem Studium dieser Legenden hat OBEREGGER sein Werk gewidmet. Johann Georg OBEREGGER wurde am 1.4.1899 in Missian als Sohn des hochgeachteten Weinbauern Josef Felizian OBEREGGER und seiner Gattin Maria, geb. BRIGL geboren. Schon in der Volksschule fiel er durch seine besondere Sprachbegabung auf. Für den geistlichen Stand bestimmt, kam er in das Benediktinerstift Marienberg, wo er das fröhliche Treiben der Scholaren kennenlernte. Im Zuge der vaterländischen Begeisterung kam er 1915 als Freiwilliger zur Schützenkompanie Schlanders und wurde am Kopf schwer verwundet. Er erhielt die große goldene Tapferkeitsmedaille und genas, nach seinen eigenen Angaben, durch die Fürbitte des heiligen Kilian von Salurn von seiner schweren Verwundung. Seit dieser Zeit datiert seine ausführliche Beschäftigung mit jener markanten Gestalt der Frühgeschichte unseres Landes. Nach Kriegsende vertiefte



am Berg die Wolken ziehn,  
der Feinde Sterne sinken,  
dein Kopf ist stark und kühn,  
Väterblut vergossen ist,  
die Sippe auf dich baut,  
ob Feindes schnöder Hinterlist,  
ein Schelm, der dir nicht traut!  
(Johann Georg OBEREGGER)

Das Werk OBEREGGERS wird in aller nächster Zeit erscheinen und darf wohl mit Spannung erwartet werden. Schon jetzt kann man sagen, daß die Bedeutung dieses Werkes eine doppelte ist: OBEREGGER hat als erster die Bedeutung der Kephalphoren für die Volksseele erkannt. Es handelt sich um einen der ganz wenigen Überlieferungskomplexe, die lückenlos von grauer Vorzeit bis in unsere Tage reichen. Daß an allen entscheidenden Zeitpunkten markante Kephalphorengestalten auftreten, zeigt ihre Bedeutung für das Werden des Landes Tirol. Die literarische



OBEREGGER sein geschichtliches Wissen an der Landesuniversität Innsbruck. Zurückgekehrt, wurde er Bürgermeister von Missian. Wegen seines aufrechten Wandels wurde er von den Faschisten im Jahre 1926 aufs brutalste mißhandelt, wobei er einen dauernden Kopfschaden davontrug. Seither lebt er zurückgezogen auf dem väterlichen Hof, den er nach dem Heldentod seines älteren Bruders geerbt hatte, und widmet sich ganz seinem literarischen Schaffen, in dem er die Heldengestalten unter den Kephalphoren besingt:

Packst deinen edlen Kopf  
und hältst ihn mit der Rechten;  
Du bist kein schwacher Tropf,  
wirst für die Heimat fechten!  
Das Schwert in deiner Linken,

Leistung OBEREGGERS aber liegt darin, daß die Kephalphorenlegenden durch ihn Eingang in das literarische Schaffen gefunden haben. Es ist zu hoffen, daß jene verdienten und berühmten Wissenschaftler, die sich leider meist nur bis zum jungen Goethe vorwagen, allenfalls einmal die österreichische Dichtung bis 1918 mitnehmen, das Werk OBEREGGERS gebührend würdigen, beweist es doch, daß das Barock in Südtirol bruchlos in die Moderne übergegangen ist.

(\*) „Kephalphore“ ist der in der Fachwelt gebräuchliche Name für Leute, denen der Kopf abgeschlagen worden ist und die den Kopf in ihren Händen oder unter dem Arm mit sich tragen.

# Landesversammlungs- litanei

Der MAGNAGO hot gsogt, s' Parkett der italienischen Politik isch schlüpfrig. Und iatz muan i, iatz isch er woi als erschter selber ausgrutsch! (SPITALER, Eppan)

**Die Politik isch a niachterne Soch, geil! (VOLGGER, Rom)**

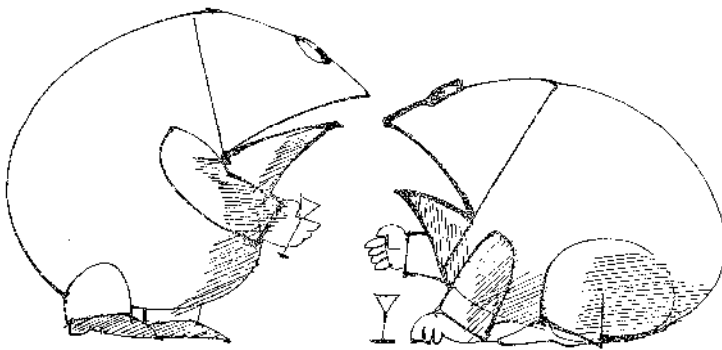
Der Tiroler wor verheiratet mit der Frau AUSTRIA und iatz isch er verheiratet mit der Frau ITALIA. Und dei hot a poor ledige Kinder mitgebracht. Und iatz sein si do! Und iatz word Testament gemocht und do solln die ledigen gleichviel kriegn wie die ehelign! (SCHWINGSHACKL, Pichl-Gstes)

Man hot ins a guate Kua versprochn und iatz krieg mer a holbe Kua, a goltete, dei net meikt, und dei müaßmer tuier zohlnt! (SCHWINGSHACKL)

**Die Politik isch a niachterne Soch, geil! (VOLGGER, Rom)**

Das heutige Paket isch a Meisterwerk des Gebens mit der einen Hand und des Nehmens mit der anderen Hand. (A. BENEDIKTER, Bozen)

Nur der, dem gleich isch, ob mir morgen noch Südtiroler sein oder net, kann zu diesem Paket ja sagen. (H. GAMPER, Bozen)



„Die Politik isch a niachterne Soch, geil!“

**Die Politik isch a niachterne Soch, geil! (VOLGGER, Rom)**

Mir hobn uns die Hond greicht und uns auch tief in die Augn geschaut. (BRUGGER, Rom)  
I nimm an, daß i der General der verlorenen Schlocht sein werde. (BRUGGER)

**Die Politik isch a niachterne Soch, geil! (VOLGGER, Rom)**

Der Parteausschuß hot für die arme Seele vom Paket den Beistand vom Heilign Geist woll nicht gebrauch! (ELLECOSTA, Bozen-Haslach. Vgl. Brief an die Ortsobmänner von ATZ, SKOLAST Nr. 4/1969)

I bodaure, daß man so eppes Blödes zur Abstimmung bringt. (WATSCHINGER, Winnebach)

**Die Politik isch a niachterne Soch, geil! (VOLGGER, Rom)**

Wenn man mir nun kommt und sagt: Ja, es ist schon viel, aber wir möchten halt ein Instrument gegen die Zuwanderung. Ja, mein lieber Peter, dann muß ich dir sagen: Ich hätte auch gern ein Instrument gegen die Zuwanderung. Wünschen würden wir es uns alle. Aber mit dem Wunsch allein, meine lieben Freunde, ist noch nichts getan. Die Meraner haben sich auch gewünscht, daß der Petersdom hier stünde; dann hätten sie noch mehr Fremde als sie sowieso schon haben. Aber mit dem Wünschen allein ist es noch nicht getan; es braucht mehr: Es braucht jemand, der wünscht, und jemand, dor gibt. (RIZ)

Das Paket enthält viele Knochen und wenig Fleisch und aus dem Fleisch kriechen Würmer heraus. (INNERBICHLER, Steinhaus)

**Die Politik isch a niachterne Soch, geil! (VOLGGER, Rom)**

II

Iatz pock i amol aus! (MAGNAGO, Bozen)

Natürlich führ's Veto zu an Kuahond! (MAGNAGO)

**Jo wenn's der MAGNAGO sogt, dann muaß es stimmen! (Viele)**

I hon do a sehr ruhiges und reines Gowissen, weil i mein Volk no nie angelogen, noch ihm etwas vorgemocht hon. (MAGNAGO)

Originalzitate, zusammengestellt von Pepi ZELGER,  
gesammelt von Helmuth LADURNER,  
Gerold MERANER, Pepi FONTANA

I hon gemolken und gemolken. Weiter ist es nicht mehr gegangen. (MAGNAGO)

**Jo wenn's der MAGNAGO sogt, dann muaß es stimmen! (Viele)**

Die Bilanzgarantie isch von der Opposition lei hochspielt worden, um die im Paket enthaltenen Maßnahmen zur Sau zu machen. (MAGNAGO)

Die Bilanzgarantie isch nur Sond in die Augn der Italiener. (MAGNAGO)

**Jo wenn's der MAGNAGO sogt, dann muaß es stimmen! (Viele)**

Im Paket steat nit drinnen, daß wir in Saturn an Schlogbam errichten dürfen; aber es gibt Maßnahmen, die eine Kontrolle über die Zuwanderung ermöglichen. (MAGNAGO)

Mir stimmen über in deitschen Text ab. Dor muaß ober dem italienischen Regierungstext entsprechen; und dort, wo inser Text net eine wörtliche Übersetzung des italienischen isch, muaß ober der gleiche inhold, das heißt, die Substanz gewahrt sein! (MAGNAGO)

**Jo wenn's der MAGNAGO sogt, dann muaß es stimmen! (Viele)**

Das Paket isch zu wenig, um leichtn Herzens jo zu sagen, es isch aber zu viel, um leichtn Herzens na zu sagen. (MAGNAGO)

Keine Rose ohne Dornen. (MAGNAGO)

**Jo wenn's der MAGNAGO sogt, dann muaß es stimmen! (Viele)**

Die Partoi kann net immer von Zukunftsmusik leben. (MAGNAGO)

Mir müaßn zugreifen, bevor der Strick reißt (MAGNAGO)

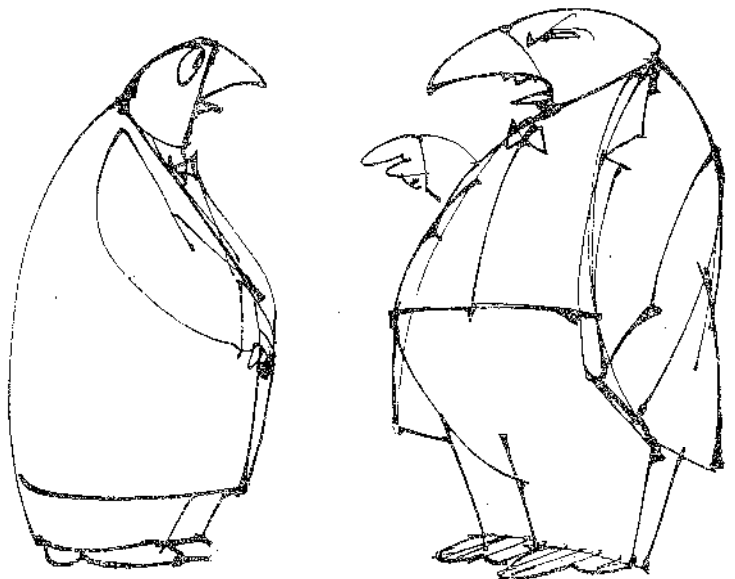
„Vogel friß oder stirb!“ sagen die Antipacktfier. I ober sog enk: Wenn der Vogel frißt, dann lebt er! (MAGNAGO)

**Jo wenn's der MAGNAGO sogt, dann muaß es stimmen! (Viele)**

Es wird behauptet, daß mit dor Annahme von Paket und Operationskalender die Türen zugeschlagen werden. Die Türen bleiben offen, sowohl wenn wir nein sagen als auch wenn wir ja sagen. Aber wenn wir ja sagen, marschirt das Paket bei der Tür herein, sonst aber marschirt gar nix herein. (MAGNAGO)

Wollt es, daß im Passeier a Stauwerk gebaut werd? Wenn ja, dann müaßt es gegen das Paket stimmen! (MAGNAGO)

**Jo wenn's der MAGNAGO sogt, dann muaß es stimmen! (Viele)**



„Das Entscheidende beim Paket isch, daß mir die deitsche Sprache sprechen!“

Frage: Warum haben Sie für das Paket gestimmt?

Antwort: Sol! hobn jo ondere al! (PLUNGER, St. Pauls)

Frage: Warum haben Sie für das Paket gestimmt?

Antwort: So guat kenn i mi in der Materio net aus. (PLUNGER)

**Mir sein weder die Dümmeren, noch die Schwächeren.**  
(RIZ, Rom)

S' Paket isch a Kas, der Operationskalender isch no der greaßere Kas, aber stimmen mir holt dafür! (Dipl. Ing. DDr. ZANON, Meran)

I bin grundsätzlich dagegen, stimme aber dafür. (RIZ)

**Mir sein weder die Dümmeren, noch die Schwächeren.** (RIZ)

Das Entscheidende ist, daß wir die deutsche Sprache sprechen.  
(ZELGER, Bozen)

Die Jugend ist gesund, aber sie ist anders als mir. (ZELGER)

**Mir sein weder die Dümmeren, noch die Schwächeren.** (RIZ)

Das Pfeifen ist Angelegenheit der Beamten und nicht Tiroler Art.  
(von FIORESCHY, Bozen)

Jedermann hat die Freiheit des Wortes. (von FIORESCHY)

**Mir sein weder die Dümmeren, noch die Schwächeren.** (RIZ)

Gelesen hob i das Paket nit, aber wenns der MAGNAGO sogt, dann muuß es stimmen! (DISSERTORI, Eppan)

Das Vetorecht ist aufgebauscht worden bis zur Bewußtlosigkeit.  
(RIZ)

**Mir sein weder die Dümmeren, noch die Schwächeren.** (RIZ)



„Mir hobn uns die Hand greicht und uns auch tief in die Augen schaut.“

## IV

Wir haben Vertrauen, daß Regierung und Parlament auf schnellstem Wege alle Gesetze erlassen werden, damit die angekündigten Maßnahmen auch Gesetzeskraft erlangen. (VOLGGER, Rom)

Auch wir können Fehler begehen und wir werden sie begehen... Also Offenheit gegen Offenheit! (VOLGGER)

**Wer gegen s' Paket isch, gehört nach Pergine!** (RIZ, Rom)

Mir holten es in der Partei nicht mehr durch. Wenn mir net schnell entscheiden, reißen mir die ganze Partei auseinander. (MAGNAGO)

Die ganze Autonomie wird ins nix nützen, wenn insere Einheit zerrissen werd. (OBERHOFER, Vinschgau)

**Wer gegen s' Paket isch, gehört nach Pergine!** (RIZ)

Wir hoffen, daß mit den Maßnahmen des Paketes nach einem halben Jahrhundert des Streites endlich Frieden einkehre für unsere Bevölkerung, gleichgültig welche Sprache sie spricht, daß der Friede einkehre in unseren Bergen, die Ihr alle so bewundert und liebt. (VOLGGER)

Wir haben unseren besten Mann nach Rom geschickt. (MITTERDORFER, Rom)

**Wer gegen s' Paket isch, gehört nach Pergine!** (RIZ)

Nach einem „Nein“ stünden wir vor einer totalen Finsternis. (RIZ)

Wir entscheiden heit net, wer ein guater oder ein schlechter Südtiroler isch, sondern wer a vernünftiger Südtiroler isch. (MAIR-JENNER, Bozen)

Es war dies ein historischer Augenblick, weil das Südtiroler Volk zum ersten mal in demokratischer Weise über sein eigenes Schicksal entscheiden konnte. (ZELGER)

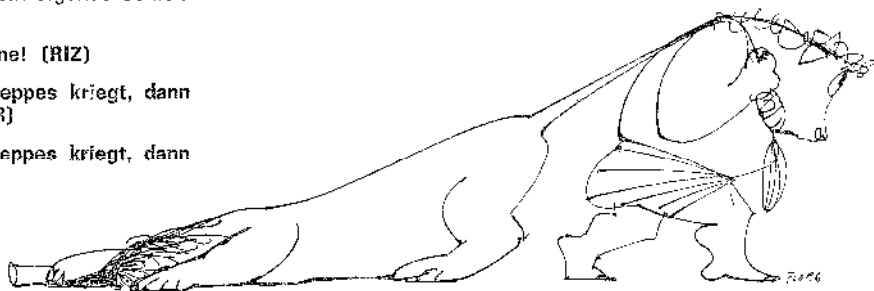
**Wer gegen s' Paket isch, gehört nach Pergine!** (RIZ)

**Mander i bin holt der Ansicht, wenn man eppes kriegt, dann soll mans nemmen!** (MAGNAGO, VOLGGER)

**Mander i bin holt der Ansicht, wenn mas eppes kriegt, dann soll mans nemmen!**

Mander...

Mander...



Mit 52,9% gesiegt!

## V

Mir bitten schian insere Landeshearn, sie möchten in ihrer rationalen Art no recht long insere Land regieren! Weil mir glaben net, daß a ondere Leit als insere anerkannten Politiker so schenial die Südtiroler Eigenart und Einheit bewahren konnten oder daß jüngere uncrfahrene Leit mit di Italiener so guat überort kamen.

## De avions, julons, flegri, aeroplans...

Heinz STUFLESSER, Wien

N cumpani en puc malizicus a en iode caracterisà dret avisa te na discussion tendenzes, che n po ancuntè encueicundi tla valedes, tla faudes dla Dolomites.

„Endevinède ma”, dijovel,  
„i Gherdènesc ti disc flegri  
i Fascans i tlama aeroplans,  
i Badioc dijrà ben julons,  
o avions, o co pa?  
De cie rejoni pa?”

I tempes s'ha mudà. L mond a te chisc ultimi cincanta ani fat pea mudazions enormes, la tecnica ti a dat en mus nuov ala tiera. Basctimènc solca tres i meres, auti trapina nosc sanc ten di tan lonc che Bastian da Costa jiva te trei enes, entleuta cun di, canche l ova teut la deziion de se lasce seura a Paris, ti tempes mo dan la revoluzion franzeusa dl carantot. Zughes boa tres tuniei sot a montes ora che fova states per cenc ani na spartizion danter stati y populi. Lauranc turches geva grund per roles nueves dal' ega tl Ruhrgebiet.

Tl America iel studiei de duc i paesc che costruès rachetes y bombes che po manacè la fin de chesc mond o che nes pudrà purté sun d'otra steiles n di o l'auter. Saudèies americans fesc viera chindesc mile kilomètri da lonc da cesa. L mond ic diventà pitl. Skiadeures de Gherdèina jola tl Sveden y tl' America cula plu modernes... iojo co ti dijun pa sèn per drete rejoni?

I Gherdènesc ti disc flegri  
i Fascans i tlama aeroplans,  
i Badioc dijrà ben julons,  
o avions, o co pa?

Noseta pitla rujnéda ladina, tan scèmpla y omla che ti a danieura basctà a nosc neinesc y bsavons ie sen te n iode diventeda vedla, stancia y puera?

Me cun gran fadia iela mo bona de se teni a la pér cun l'otra rujnéde, tan riches de jent che les rejona, tan abundantes de paroles,

tan fortunedes d'avei abu n Shakespeare, Dante, Luther, Goethe che les a unificades y tenides autes y neidies.

Ciuldi pa? Onsa durmi? O ie pa l ladin nia adata per i tempes d'encuei? Iel pa n lingaz masa primitiv?

Ie dijès de no.

Ie rate che l ladin ie adata a nosc tempes sciche duta l'otra rujnédes de chesc mond — a una na cundizion: Che l veni rujnà!! Y che l veni teu ca no me t'uscitaria, testala y sun streda, ma ncè te scola, te dlleja!!, tla sculèta (Rumantsch, uel di Kindergarten) y samben ncè dai èntolectucii! Sce l tudesc unis me rujnà dai paures unisel enghe tosc dainora na rujnéda scempla y omla y vedla y stancia y puera. La paroles abstractes che nes „mancia” per la discussion èntolectuèla fos ben tlo, les perven dal grech y dal latin y ven adurvedes te uni lingaz de cultura, ciuldi pa no tl ladin? Per exempl:

interesting	ingl.
interessant	franz.
intressant	tud.
interessant	scved.
interessante	tal.
interessnei	rus

Che la parola „entersant” ie encuei na parola ladina suenz adurveda te Gherdeina ic ben tlér. Sce de autres ne ven belau mei adurvedes sun streda o tl „Neus Ladins” ne uel chesc mo giut no di che les nen ie nia da to ca. I purisctsc pudèsa me dé contra, chei che ne lasca valei deguna parola fulscctiera, ma chei messès po ncè no lasce valei paroles che fesc pert dl vocabular ladin béle dai tempes da zacan dl età mesana sciche p. ex.: messèi, fortl, prichtè, zucher, stuel, paur, jnuzè y n.v. ajache les perven dal tudesc; i purisctsc che ulèsa fe ora dl ladin na blota pitla rujnéda da museum nêta y sareina... masa nêta, y dantaldut masa pitla... per pudei seuraviver.

## 'N DRE VAR

Theodor RIFESSER, Brixen

Scicche 'i surëdl y la pluëia ne fesc deguna defrënzia d'anter riöi y valenc, d'anter sinziëresc y manco sinziëresc, 'nsci ne de ênghe no unides menedes la defrenziës d'anter amich y nemich, d'anter chëi che la pensa 'nsci y chëi che la pensa autramenter fina a 'n cunflit cho desferenziëla i uni coche bona jënt y i autri coche scleta jënt.

La jënt ië cherdeda a fé chëi, che tanben i realistisc, sola l' druch di fac, miëna che ne pose nia vester, coche ênghe la persona 'ntese da se ora ne ië nia desposta a fé: superë chëi atejamënt de psë y lauré me a se 'ntes y per se 'ntes.

Sce toma la parola „Perdica sul crep (Bergpredigt)“ Mt 5, 1ff, po nos uclola di che la forma de vita muësa se mudë radicalmenter y la de vester per nëus scicche nascer 'n segundo iëde: 'n nascer plü por i autri che per se 'ntes.

Autra minonghes y cunflit de 'nteres ne pon nia rumë demez a chela maniëra. numinan chëi scleta jënt, che 'npedësc 'l se fé (inant) de se 'ntesc. 'L vester persona vif pu de chel amor, cho ië respunsabl sëura dut ênghe di nemich. Chesc porta a na gran mudazion tanben tla cuvivenza dla jënt che ênghe ti paragrafs dla lege.

Gojü s'á dastramp destanziá daia formes di egoismus de chëi tempes y nia permó ilo ulache 'l egoismus se mostra dret descurí, man ênghe bele ilo ulache 'l semca mo 'n juëch da ulëi bon, scicche tla propaganda.

La paroles de Mt 5 toca propi dret ben nosta formes de cumpurtament dret suënz

tan destrutives per nosc cunfredesc y che lascia suënz me pró na certa sort de personas zaran dedora da nosc certl trupsc d'autri, tëi che es povester bujën de nëus o che nëus asan de bujën.

'L reni de Die che ië uni purtá da Gojü tres si vita y tres si lëur te na maniëra tan desferenziëda da chela cho la majra pert se aspitoa, ië ruá te uni port dla vita de duta la jënt y perchel á ênghe si parola na tel forza y na tel gran funzion tla vita suziëla. Ulache si 'nputanza ne ven nia calculeda ite do duviër, sibi ênghe tla dliëja, rompla ora dant o do.

Ne dauson nia udëi dant al dut la gran maruëtes de Die tl bol zirculé dla stëilcs, dla luna y di surëdl, ma tl aut y tl meric che el ti dá o ti dajrá a la puera jënt, ai amalëi, ai meliudu, a jënt derubeda de si drec (Rechte).

A cunscidré dut chesc resta fauza la mi-

nonga di pere dia liëja Augustin che minoa che la paroles de Matthäus 5 iff valës me per nosta relazion cuí reni de Die tl ciël y per 'l reni suri nosta tiëra valës for mo ia paroles dates a Moses suf Sinai.

Chesc á purtá a 'n schema de-i dof renies che nos á purtá a 'n cer egoismus perfina mo tla reigion, ajache 'n minoa me de mesëi ulghë a Die canche la se trata de referimenc cun El, ma 'n cont di autri referimenc do viërs dla suziëtá val me de bujen de scuté sú l'autoritá di stato y dia dliëja.

Nëus ne dauson nia plü udëi chisc doi renies. 'L reni de Gojü á perfeziuná chel di Sinai y si reni s'á metú a mesa la jënt ite, a mesa ai puëros, a mesa ai richesc, a mesa a chëi che cumanda. Sce si reni ne fos bele 'n lëuta sta d'anter duta la jënt, co es-l pa pudú fé tei miraculí per la jënt, co es-l pa pudú mandé oro di tempí i marciadëures y strité cui pharisëies?

'L ne ië nia tumá tl pericul de tanc de chëi che perdicoa ênghe 'n lëuta y che perdica mo 'ncuët, che mucia cun si idëies y speranzas tl pasá o te chel che á da uni, ajache á tema dala situaziuns de chesc mument, ma á cialá de mudë la-situazion de si temp, ênghe sce la foa dastramp ria.

Perchel son sen nëus cherdëi a purté inant 'l reni de Die, al to su te nëus y a-l purté ilo ulache 'l va plü de bujën; dant al dut a chela persones che ne á mo nia arjont i drec dla jënt (Menschenrechte).

Foto Paul Julian DURST



# Zacan y neuèi

Vinzenz Maria Demetz da Féur, Rejkyawijk

## Melodia do chëla de Anda Talina

Sa mont sen jiven zacan  
Cun ciascpes bel plan y suan  
Belau mesoven se temëi  
Da Porco che fova da udëi

Sen iëla mudeda la cossa  
Y mo la mudësi sci pudëssa!

Chla montes, busiëia de jënt  
pu diauc, l'ie propi n spavënt  
A udëi cochi bëisa ncanteur  
Cun brëies de unî culeur.

Refrain ...

Da Pruca n fin te Plan  
Cun jlites furnoven zacan  
La streda foa lergia assé  
Y duc podoa passé.

Refrain ...

La via ai ben jlargià  
N leur ch'sa drët paia  
Sën tumbli y rausca adalérch  
Cun chisc auti ch'adroa gran lerch.

Refrain ...

Biei seuti cun la muta tla man  
N bos sen giatoven do uni lën  
Sal Sköguler sen pioven zacan  
Belau n la fajóven a pën.

Refrain ...

Da Urtijëi sun Montsëuc ai spanà  
Na corda decà y delà  
Te na gabia te tiri sen su  
Y giamëtes ne giapesa plu.

Refrain ...

Zacan sen jiven, do dljeja  
Ta Poz, Sa Puent y ta Tiëja  
Mutans y mutons do penic  
Ciantedes, rijedes, ce vic!

Refrain ...

Sën vai cun chi ski uni di  
Sun Cuca y sun Col da Mesdi  
Montsëuc, Sella y Stevia  
Sun Frëa y seura mont via.

Audide ma cochi l'à  
Chisc senieures dla gran zità:

Da dlonch sën vëni caprò  
Cun zughes, cui auti o cul ... bò  
Na ciëra ai duc sche na schita  
Belau tomì ju de la jlita.

Rujnëdes, paroles, dret grandes  
Ce muses chles meina tla landes.

Po vai a dalbiërch tl hotel  
Ilo conti chl ië pa tan bel  
Schen spiedl ie l fonz y la mëisa  
Duc canc che sauta y che bëisa.

Magòdes sen dai pa de grandes  
Cialëi ma ai cui de tla landes!

Doi ski, de gran fusc y n ciapel  
Na brëa, n cameseul dret mèl  
manëces, ciauzët y scapins  
Dl dut ai pa chisc patins.

Sën sgrafli ben su per chi coi  
Y sofla pa sche de tei foi.

Po straichi bën su per chi ski  
Tel solbes chi fesc drët bel ji  
Y jbrisca y slöla ncanteur  
Ch'i muda dal spavënt culeur.

I fier duc nreusc schi malans  
Tei vedli, tei crauc y tla fenans.

La SH ulëss diecurdé duc i studënc uni-  
versitères ladins che i po giaté debant  
n abonamënt de „Nos Ladins” — Nëus  
Ladins” te si luesc de studies tl furesto.  
L basta i-mandé l'adress y la duréda dl  
semester (o an) al chef-redactëur dla  
plata Dr. Silvester Erlacher — 39046  
Urtijëi.

Pra chiësta ucajon ulons mo n jëde i-senti  
grà a la U.d.L. che se seurantol l finanzia-  
mënt de chisc abonamënc debanc.



## Verzaubertes Land

Die Neuerscheinungen auf dem Südtiroler Büchermarkt, vor allem jene, die eine breitere Publikumswirkung erzielen wollen, sind fast durchwegs unproblematisch und historischer Art. Die Publikationen des vergangenen Jahres beweisen es: drei Bände Tiroler Landeskunde: „Burggrafnamt und Meran“, „Eisacktal“ und „Ladinien“; die Bildbände „Wunderwelt der Dolomiten“, „Begegnung mit Meran“, „Altbozner Bilderbuch“, „Tiroler Krippen“; die Arbeiten „Innichen“, „die Deutschen Sprachinseln in Oberitalien“, „Tiroler Weinbuch“, „Michael Pacher“; dazu die Neuauflagen der „Dolomitensagen“ und von „König Laurin und sein Rosengarten“ und einer „Geschichte Tirols“. Eine wohlthuende Ausnahme in mancherlei Hinsicht bildet lediglich das Buch „Schönes Land, böse Leut“ von Claus GATTERER. Ganz in die Vergangenheit gerichtet ist dagegen wiederum das Werk des Brixner Gastwirts.

**FINK Hans: Verzaubertes Land. Volkskult und Ahnenbrauch in Südtirol, Tyrolia-Verl., Innsbruck-Wien-München 1969; 424 Seiten, 12 Bildtafeln mit 16 Abbildungen; Leinen Lire 9.700, ö.S. 360.—.**

Der Titel sagt nichts aus; er ist vom Verlag aufgezwungen. Der Untertitel ist ebenfalls verfehlt. Nirgends wird gesagt, was der Verfasser unter Volkskult und Ahnenbrauch versteht. Die Begriffe werden weder gegeneinander noch gegenüber den Begriffen Volksbrauch und Volksmeinung abgegrenzt. Alles zusammen heißt einfach Kult. Daher sind auch die Kapitelüberschriften verfehlt, Steinkult, Feuerkult, Wasserkult, Baum-, Feld- und Pflanzenkulte, Tierkult, Heidnische Spuren in christlicher Zeit, Magie und Zauberkulte, Fruchtbarkeitskulte, Volks- und Ahnenkulte, Vom Volkskult zur Volkskultur, Die Volksheligen, Volksbrauch und Jahreszeiten.

Was das Buch enthält und was es sein will, erfährt man etwas genauer im ersten Satz der Einleitung: „Dieses Buch soll der Erforschung des Volkes von Südtirol in seinen Sitten und Bräuchen, Reden und Meinungen dienen.“ Auch das stimmt nicht ganz. Das Buch gibt kein wahres Bild vom Leben, von den Sitten, Bräuchen und Meinungen des Südtiroler Volkes; nur ein Ausschnitt daraus ist eingefangen, nämlich jener, der sich in die Vergangenheit projizieren läßt. Mit unendlicher Liebe und ebensolchem Fleiß ist zusammengetragen, was in Südtirols Tälern und Bergen an Brauchtum noch besteht, was an althergebrachten Meinungen, an Gewohnheiten, an religiösen Auffassungen und an

sprachlichen Besonderheiten faßbar ist, was sich an prähistorischen Denkmälern, an heidnischen Resten und an altem Überlieferungsgut findet. In seiner Ansprache anläßlich des Erscheinens des Buches sagte der Verfasser, daß er nahezu tausend Gewährsleute befragt habe.

So ist das Buch zu einem Nachschlagewerk, zu einem Handbuch der Volkskunde geworden — und bleibt gerade als solches letztlich ungenügend.

Man erfährt z. B. daß mancherorts im Herbst die letzte Garbe ungedroschen unter das Firstdach gehängt wird und daß dieser Brauch vielleicht als Opfergabe zu deuten sei. Oder: „In verschiedenen Hochtälern, in denen im Winter die Sonne längere Zeit nicht scheint, lassen sich Bräuche nachweisen, die noch stark an die einstige Sonnenverehrung erinnern... in Weissenbach im Ahntal gingen Talbewohner in alter Tracht, eine Schüssel voll Milch in den Händen, der wiederkehrenden Sonne entgegen (S. 32f).“

Im Abschnitt „Haaropfer“ erfährt man, daß sich Männer gewöhnlich einmal im Monat die Haare schneiden oder wenigstens „ausputzen“ lassen (S. 258). Im Kapitel „Heidnische Spuren in christlicher Zeit“ wird berichtet: „In Vals ging der Däumling ‚Beistandmandl‘ um; dieser mußte für nachlässige Hirtendienste Buße tun; in...“ (S. 172).

Wie knapp die verschiedensten Dinge aneinandergereiht sind, wichtige und unwichtige, zeigt das Kapitel „Vom Volkskult zur Volkskultur“ (S. 298—315). Einleitend werden Südtirols kulturelle Vereine aufgezählt, wird ein Bild des sing- und spielbegeisterten Landes entworfen, trachtenbunt und bildungswillig. Es folgt eine Übersicht über die Mundarten (S. 299).

Nach den Grußarten erfährt man einige besondere Charaktereigenschaften der Bewohner der Haupttäler des Landes, z. B. daß drei Bozner vier Tische brauchen, daß die Sterzinger als überlegend gelten, die Pustertaler als unternehmungslustig (Seite 302). Aus der Tatsache, daß die Vorfahren oft sehr hart über ihre Mitmenschen urteilten, wird auf heimliche Volksgerichte geschlossen, mit der Einschränkung zwar, daß nur in Spottversen und ähnlichem Symbolgut ein diesbezüglicher Hinweis gefunden werden könne; aber das hindert dann nicht daran, die heimlichen Volksgerichte mit dem Westfälischen Femegericht zu vergleichen. Nach einer Trachtenübersicht folgen Schurz-Betrachtungen; „Ledige Burschen tragen ihren blauen Schurz am Brustlatz bestickt, selbständige Bauern tragen die Stickerei ihrer Eehälfte am linken Zipfel (S. 306).“ Der Beschreibung des ländlichen Schuhzeugs folgt ein Abschnitt über Volkstanz und FahnenSchwinger. Da heißt es, es seien keine einheimischen Tänze nachweisbar; zwar seien einige wenige Tanzweisen aufgezeichnet worden, doch leider könne man die dazugehörigen Tanzbewegungen nicht. Der nächste Abschnitt strapaziert die Volksmusik und das Volkslied, der übernächste befaßt sich mit „Dichten, Versmachen und Reimen“. Da heißt es: „Südtirol ist immer noch reich an urwüchsigen Volksdichtern“. Als Beweis dafür werden die Namen von drei Mundartdichtern angeführt, von denen der letzte 1872 (sic!) gestorben ist.

Der Verfasser ist mit zuviel Liebe an die Arbeit gegangen. In den natürlichsten Dingen, die nur irgendwie auffallen, sind schon Reste alter Bräuche und Kulte gesehen. Nirgend ist eine Abgrenzung zur Gegenwart vorgenommen worden. Zuviel ist gesammelt und unbeesehen in das Buch aufgenommen worden. So ist das Werk vollgestopft mit wichtigen und wertlosen Beobachtungen, eine umfangreiche Stoffsammlung geblieben — zu breit und auch zu teuer, um als Lektüre weitere Verbreitung zu finden; zu knapp, zu oberflächlich, zu unübersichtlich und zu wenig bebildert, um als Handbuch wissenschaftliche Bedeutung zu erlangen. In der Sammelarbeit liegt der Wert des Buches, und dieser bleibt bestehen. Aber alles, was gesammelt worden ist, müßte noch einmal auseinandergenommen, kritisch gesichtet, neu verzettelt und dann nach einem streng wissenschaftlichen System geordnet und als wissenschaftliches Nachschlagewerk — mit großzügigerer Unterstützung durch den Verlag — neu herausgegeben werden.



# Schöne Welt, böse Leut

Claus GATTERER: Schöne Welt - böse Leut. Kindheit in Südtirol. 280 Seiten; Verlag Fritz Molden, Wien, 1969, Preis Lit. 4.600 (Ö. Sch. 139).

Wenn ich im folgenden kurz einige Gedanken über das Buch Claus GATTERERs (geb. 1924 in Sexten, seit 1967 das was man einen „freien Schriftsteller“ nennt, d.h. ein Mann in strengster Bindung, denn ein freier Schriftsteller, der den Ton auf „frei“ legt, ist ein Stümper oder eine Spielform davon, z. B. ein Faulpeiz), niederschreibe, beschäftige ich mich mit einem Stück literarischer Welt, der Südtirol den Stoff liefert, mit einer Welt, die in einem unmittelbaren Bezug zur praktischen Wirklichkeit, auch zu meiner Wirklichkeit steht. Ich stehe dem Werk gegenüber in der Rolle des Kritikers, Rezensenten. Und genau betrachtet — meine ich — sollte Buchkritik nichts anderes, nichts mehr und nichts weniger sein, als Vermittlung — freilich in des Wortes eigentlicher, wesentlicher Bedeutung. Kritische Vermittlung will weder beschwichtigen noch begütigen, wohl aber klären und aufhellen, hinführen und kennzeichnen. Es ist auffällig, daß es uns heutzutage nichts ausmacht, wenn sich der einzelne Kritiker unter dem Namen „Wir“ vorstellt, oder sich hinter ihm verschanzt — daß es uns dagegen stört, wenn der einzelne unter seinem natürlichen Namen „Ich“ mit seinen Ansichten herausrückt. Das „Wir“ ist von den Königen abgefallen, es deutet nicht mehr auf Majestät, sondern auf Menge. Ein Urteil — unverhohlen und ohne Nachlaß auf dem Ich-Ton gehalten — ruft heutzutage in der Umwelt das Mißbehagen und nicht das Wohlbefinden hervor. Und da kippt der Charakter leicht um: das „Ich tritt in die Reihe und wird „Wir“, in diesem Augenblick geht das Urteil, das nur dem einzelnen gehört, kaputt, und es tritt an seine Stelle die Meinung, welche viele haben.

Schon im Untertitel: „Kindheit in Südtirol“, liegt für den Leser die Vermutung bereit, daß es sich um die Kindheit des Autors handeln werde, und dem ist wirklich so. Erlebtes, Erfahrenes, Erkanntes aus seiner Kindheit (etwa von 1929 bis 1943) wertet der Autor aus, erzählt es aber natürlich nicht nur aus der Perspektive des erlebenden Kindes, sondern aus der Haltung gereifter Reflexion, die die vielen subtilen Erinnerungen ordnet, deutet, Schlüsse über die politische Problematik gewinnt, Ereignisse, Zusammenhänge, Widersprüche interpretiert. Die Erinnerung ist hier gleichsam eine wirkende Kraft, nicht bloß Mittel zur Konservierung, denn das, was von der Erinnerung durchdrungen ist, wirkt doppelt, indem es Ereignisse von Wichtigkeit auch für Späteres, tieferes Weltverständnis bereithält.

Zunächst rein äußerlich. Ist die ganze „Geschichte“ aufgeteilt in eine Reihe von „Geschichten“ (Kapitel), — oft nur weni-

ge Seiten lang — jede einzelne überschrieben mit „Über...“. Mit meinen Ausführungen stehe ich nun an der Stelle, wo ich nach gewohnter Praxis einige dieser Geschichten, oder wenigstens die „schönste“ nachzählen müßte, ich möchte aber davon vorsätzlich absehen. Hingegen möchte ich ein durchgehendes Prinzip GATTERER'scher Erzählkunst herausheben: den Humor. Gewiß, dem im vorliegenden Buch nachzugehen, könnte darauf hinauslaufen zu zeigen, wie sich der Humor als außerkünstlerisches Substrat, als weltanschauliche oder seelische Vorbedingung realisiert in der Anlage und Tektonik der gegebenen Vorgänge, in der Verknüpfung der Motive, in Entwurf, Vergewärtigung und Gruppierung der Figuren, also im Menschenbild und in der entsprechenden Menschendarstellung. Ich habe diesen Humor aber nicht so sehr als Ausdruck, Niederschlag eines spezifischen Weltverständnisses, als allgemein menschliches Phänomen, als Lebensgefühl oder Welthaltung empfunden, sondern darin ein „plastisches Gesetz“ begriffen und mich nach dem funktionalen Sinn gefragt für ein Erzählen, das zugleich poetisch-realistisch, realitätsstüchtig sein will. Erst dadurch — so scheint mir — ist der Humor in diesem Buch als Prinzip der Vermittlung der „Geschichten“ vorstanden, der in ständiger Brechung die Vergewärtigung dieser ambivalenten, in doppeltem Licht erscheinenden Welt Südtirols in der Zeit MUS-SOLINIs, die Brechung aller Persönlichkeit in der geschichtlichen Bedingtheit des einzelnen, geleistet. Diesem Spannungsverhältnis zwischen der Beschaffenheit des Erzählten und der Art des Erzählens ist eine feine Ironie eingewoben, die indem sie gezielte Seitenhiebe verteilt, als zugleich bildendes und auflösendes Moment dem humorigen Fabulierton beige-mischt ist.

Sehr wichtig — meine ich — ist es, darauf hinzuweisen, daß es hier vor allem um den Menschen geht, um Lebensbilder, die Darstellung unauswechselbarer Persönlichkeiten mit komplexem Charakter, mit eindeutigen, individuellen Zügen. Diese menschliche Komplexität ist erzählend-fabulierend entfaltet; dabei liegt der Akzent auf der Wechselwirkung von Mensch und von im weitesten Sinn kultureller-politischer Sphäre, und da kommt nun doch weniger die eigentümliche und unauswechselbare Geprägtheit des Individuums, als die Vielfältigkeit der Dimensionen zur Geltung, die im menschlichen Verhalten gegenwärtig und bestimmend sind. Auf die Menschendarstellung bezogen, scheint mir die wesentliche Funktion dieser humoristischen Reflektivität diejenige zu sein, daß durch sie den Standpunkten und Perspektiven, den Auffassungsmöglichkeiten und Sehgewohnheiten der in den „Geschichten“ vorkommenden Figuren kontrapunktisch die Er-

zählperspektive zugeordnet ist, da uns der Autor, wo seine Gestalten mit bestem Recht und Gewissen nur die Vorderseite sehen, über die Kehrseite der Medaille verständigt. Die Menschenkenntnis des Autors, der seine Figuren oft besser zu verstehen scheint, als sie sich selbst verstehen, wird immer rückbezogen auf seine individuelle Selbsterfahrung und Selbstbeobachtung, die etwas ganz anderes ist als puritanische Selbstkontrolle.

Am wichtigsten schließlich scheint mir der historische Hintergrund, besser das „Auffindem-Wollen“, das „Erzählen-Wollen“, das „Erklären-Wollen“ das „Geschichtlich-Verstehen-Lehren“, der damaligen Verhältnisse und Haltungen zu sein; Vieles meine ich, geschieht — und verstehen viele — heute noch fast in derselben Weise wie damals. Antwort auf Fragen aus der Vergangenheit wie: „Wohin gehört man“, „unrechtmäßige Ansprüche“, „der liebenswerte Geist Tirols“, „unser Feind?“, usw. zu suchen, mag helfen, das Verhalten in der Gegenwart zu bestimmen, dies könnte freilich auch anderen helfen, ihr Verhalten uns gegenüber zu bestimmen. Eine Art Aufruf: „Endgültig heraus aus der Vergangenheit, die zwar unsere Gegenwart stücht und nördlich vielfältig bedingt, die uns indessen nicht gefangen nehmen darf“ (GATTERER auf der SH-Studientagung am Grillhof, 1968). Über das Urteil über die Vergangenheit hinaus sollte man ja immer wieder zu einer zeitgemäßen Selbstdeutung kommen, man sollte sich endlich die Freiheit nehmen, über sich selbst und über die „Alten“, über Gegenwart und Vergangenheit nachzudenken, man sollte nicht in dieser geistig-sterilen Sphäre eines Kakaniens im faulen Selbstvergnügen versumpfen wollen, denn Schicksalsmystik nützt uns einfach nichts mehr.

Ich habe nun einiges von dem „Ton“ dieses Werkes zu vermitteln versucht, eigentlich nur Positives. Die sprachliche Seite möchte ich nur kurz ansprechen: einfach, klar, dem Dargestellten durchaus gemäß, viele schriftstellerische Pointen, der Autor hat seinen Personen bei Dialogführung und Mimik gut „aufs Maul geschaut“; viele Merkmale der Alltagssprache und die Bauerndialekte, die gelegentlich zur Floskel und zur sprachlichen Manier werden; dieser Jargon verzichtet darauf, sich seiner groben Bestandteile zu entäußern, aber kennzeichnet das eigentliche Sprechen und den Wortschatz der dargestellten Personen durchaus adäquat, die einzelnen Geschichten machen oft den Eindruck von künstlich geschaffenen Berichtseinheiten, die aber ihren Stellenwert innerhalb des Erzählganzen dadurch erhalten, daß sie Markierungen des chronologischen Ablaufs bilden; überdies wird durch mehrere Figuren, die in nahezu allen „Geschichten vorkommen“ ein Konnex zum Ganzen geschaffen.

Wer sollte dieses Buch lesen? Ich finde es gut als leichte Lektüre und möchte es empfehlen. Sicherlich wird ein Leser, der die Zeit des Faschismus miterlebt hat, mehr daran finden, denn eigene Erfahrungen, Erinnerungen, eigenes Wissen konstituieren den Eindruck eines Werkes mit. — Es macht nichts, wenn dem jungen Leser die eine oder andere „Geschichte“ etwas unwahrscheinlich vorkommt, ich habe mir da mit dem Bonmot geholfen: „Se non è vero, è ben trovato“.

Joseph MAIR

Weitere Werke von Claus GATTERER: Im Kampf gegen Rom. Bürger, Minderheiten und Autonomien in Italien, Wien, Frankfurt, Zürich: Europa-Verlag (1968), 1478 S.

Unter seinem Galgen stand Österreich. Cesare Battisti, Porträt eines „Hochverrätters“, Wien, Frankfurt, Zürich: Europa-Verlag (1967), 134 S.

In der Bozner Eccel-Galerie stellte kürzlich die 15-jährige „Künstlerin“ Aglaja MAURER aus. Eine anerkennende Kritik erschien darüber in den DOLOMITEN. Einige Tage später sendete Radio Bozen eine Besprechung der Kritikerin Elisabeth SCHERER, die wir im folgenden abdrucken. Wie weit krankhafter Ehrgeiz gewisse Leute treibt, zeigte die Reaktion darauf. Die Eltern Aglaja MAURERS (zugleich ihre Manager) stellten nicht nur die gesamte RAI auf den Kopf, sondern forderten sogar eine „Berichtigung“. Tatsächlich äußerte zwei Tage später der Maier Peter FELLIN im Rundfunk seine Meinung über diese Ausstellung. Dabei bezeichnete er die Schaffensperiode des KINDES Aglaja MAURER als abgeschlossen. Damit nicht genug: am Aschermittwoch entnahmen wir einem an die SH gerichteten Schreiben zwei anonyme hektografierte Blätter, auf denen folgendes zu lesen war:

„Schande der RAI - Bozen“  
„Auch eine Rezension? Oder eine von Haß tiefende, zynische Tirade?“

Es folgte die Kritik Elisabeth SCHERERS, darunter stand:

„Elisabeth SCHERER, von auswärts zugehoorte, derzeit alleinige „Kunstpapstin“ in Südtirol -- nicht erwünscht, weil boshaft und bissig“.

Abgesehen davon, daß die Kritikerin von den eifrigen Kunstmanagern noch wochenlang persönlich beschimpft und beleidigt wurde, scheint es uns überflüssig, über eine derartige Kampagne noch Worte zu verlieren.

Hingegen war es sehr aufschlußreich, die dem Brief beigelegte lobende Kritik eines gewissen h.r. näher zu betrachten. Da stand etwa zu lesen: „Dem Unterbewußtsein des kultivierten Betrachters entringen sich Vergleiche mit den hieratischen Gestalten altägyptischer Kunst, Parallelen zu Pier della Francesca...“

Auch wußte der Kritiker zu vormelden, daß „der Geschmack von Mensch zu Mensch verschieden ist“. Sodann sprach er mit Goethes Worten „Werd ich zum Augenblicke sagen: verweile doch, du bist so schön“, einige Augenblicke aber nur, „die schon Begnadung sind“, um dann wiederum mit Goethe sagen zu müssen:

„Die Zeit ist kurz, die Kunst ist lang“. Der Kritiker hört „geheime Bronnen rauschen im Un- und Unterbewußtsein“ und versteht sich sogar aufs Latein: „Ars est potentia“. Kunst definiert er als das „süße Brot edleren Daseins“ und schließlich kommt er auch auf Aglajas Bilder zu sprechen: die Tierbilder findet er „interessant“, die Ölbilder „einprägsam“, die Aquarelle „fallen durch sichere und reine Farbgebung auf“ und eine der Tierplastiken „lacht dem Betrachter mit geradezu sokratischer Ironie ins Gesicht“.

Es hat seine Gründe, wenn der „Kritiker“ nicht mit vollem Namen zeichnet: er kennt zwar Aglajas Bilder, hat aber die Ausstellung in Bozen nicht gesehen. Er stammt nämlich aus München.

Sollte er etwa auch „von auswärts zugehört“ sein?

Gerhard MUMELTLER

## DES WUNDERKINDES AUSSTELLUNG

Elisabeth SCHERER, Bozen

In der Galerie Eccel zeigt die 15-jährige Aglaja MAURER, die im Volksschulalter eine Reihe von Kinderzeichenwettbewerben gewann und bereits als 7jährige ihre erste Ausstellung bestritt, Malereien, Zeichnungen und einige plastische Arbeiten. Die frühesten Blätter datieren noch aus einer Zeit, da Aglaja als kleines Mal-

## Ausstellung

wunder gegolten hatte. Wie vielen ihrer Altersgenossen auch, hatte es ihr damals offensichtlich Freude gemacht, die mannigfaltigen Eindrücke, die sich ihrem kindlichen Gemüt einprägten, malend und zeichnend zu Papier zu bringen. Doch ist auch die bildhafte Darstellung für ein Kind die naheliegendste Möglichkeit, um all das auszudrücken, was ein kleines Herz bewegt. Seit man vor einigen Jahrzehnten den Wert der Kinderzeichnung erkannt hatte, ließ man es in seiner schöpferischen Tätigkeit frei gewähren und akzeptierte die vom Kind geschaffene Bildwelt als in sich abgeschlossene Leistung. Seinem Instinkt folgend, setzt das Kind Linien und Farben. Mit einer schier unerschöpflichen Phantasie schmückt es seine Darstellungen aus. Nur wenigen, künstlerisch begnadeten Menschen ist es vergönnt — und dies meist nach jahrelanger, mühevoller Arbeit — die elementare Ausdruckskraft zu erreichen, die das Kind von Natur aus besitzt.

Die Ausgangssituation Aglaja MAURERS entsprach also einem Entwicklungsstadium, das tausende Kinder einmal durchlaufen haben. Die Themen, die sie als kleines Mädchen mit Farbstiften, Wachskreiden und anderen, einfach zu handhabenden Materialien auf zahlreichen Blättern festhielt, griff sie aus dem Erlebnisbereich ihrer damaligen Altersstufe: die phantastische Welt der Märchen und die schlichten Ereignisse des Alltags gab sie in ihrer liebenswürdig heiteren Art mit einfachen Mitteln wieder. Die Bilder, die unter ihren geschickten, kleinen Händen entstanden, rühren durch die kindlich-naive Darstellungsweise sowie durch eine außergewöhnliche Liebe zum Detail. Die spezielle Gabe Aglajas, aus Farben und Formen reiche Ornamente zu bilden, die die Bildfläche wie feingewirkte Teppiche überziehen, mag wohl auch der Hauptgrund gewesen sein, daß die kleine Meranerin so großes Lob erntete. Die besten Blätter dieser Art zeichnet eine natürliche Grazie aus, die zweifellos Anerkennung verdient. Viele andere Arbeiten aus dieser und späterer Zeit, die sich hier ebenfalls unter Glas und Rahmen befinden, berechtigen dagegen keineswegs zur voreiligen Annahme, daß in Aglaja ein ungewöhnliches Talent schlummern müsse. Die viel zu hohen Erwartungen, die man an sie stellte, nachdem man dem Kind mit einem Übermaß an Publicity redlich den Kopf verdreht hatte, verschafften der Heranwachsenden einen denkbar ungünstigen Start. Da sie nun einmal vom Erfolg gekostet hatte, bringt sie es offenbar nicht übers Herz, dem Vergangenen adieu zu sagen und sich neuen Bedingungen anzupassen. Den Kinderschuhen ist sie längst entwachsen, und zum Erwachsenwerden scheint ihr der Mut oder vielleicht auch einfach die nötige Kraft zu fehlen. Der Sprung in die Welt der Großen, wo man sich alles hart erarbeiten muß, was einem als Kind scheinbar in den Schoß fiel, bleibt jedoch niemandem erspart, auch dem Künstler nicht. Ja gerade im Bereich der

bildenden Kunst gibt es so gut wie keine „Wunderkinder“. Die schöpferische Begabung des Kindes ist nämlich so sehr an das Kindsein an sich gebunden, daß sich auf dieser Basis keine Prognosen stellen lassen. Die kindliche Bildschöpfung entsteht unbewußt, Kunst dagegen ist etwas bewußt Erarbeitetes. Auch der Künstler beginnt erst mit der Pubertät, sich die Erfahrung und das Wissen anzueignen, das die unerlässliche Grundbindung für sein späteres Reifen ist. Und hier liegt der wunder Punkt: Aglaja bleibt eine Gefangene ihrer einstigen „Erfolgsmasche“, anstatt mit einer Phase, die heute nicht mehr zu ihr paßt, endgültig Schluß zu machen.

Freilich könnte man nun die in ihrer Art durchaus vollgültige „Kunst der Naiven“ ins Treffen führen, an die sie sich in unmißverständlicher Weise anzulehnen versucht. Ein klassischer Sonderfall wie ROUSSEAU setzt jedoch eine Naturbegabung voraus, die Aglaja absolut nicht besitzt. Auch die ornamental vereinfachende Darstellungsweise der Volkskunst, die sie krampfhaft zu imitieren versucht, kann ihr keine Hilfestellung gewähren. Das Resultat ist ein armseliges Stilkonglomerat, in dem sich die völlige Ratlosigkeit des jungen Mädchens spiegelt. Vielleicht gesteht sie sich im Stillen sogar ein, daß sich die Pole der Naiven nicht weiterspielen läßt, indem man gewisse Klischees nachahmt. Einige Naturstudien sowie einige Farb- und Formübungen lassen darauf schließen, daß sie hier und da einen Anlauf nimmt, um gegen die einstudierte Pose anzukämpfen. Leider wirft sie jedoch die Finte bald ins Korn. Die mangelhafte Beherrschung der Naturdarstellung versucht sie zu vertuschen, indem sie zu schematischen Kästchen und Linien Zuluft nimmt, die reichlich unmotiviert wirken. Sobald sie dagegen abstrakte Gestaltungsprobleme angeht, schwimmt sie nur allzubaald im selben seichten Fahrwasser, wobei sie sich an der Geometrie wie an einem Rettungsanker festklammert. Das Beste, was sie heute zu geben vermag, geht über das Niveau gefälliger Dekoration nicht hinaus.

Daß Aglaja erst 15 Jahre alt ist, mag als Milderungsgrund gelten. Es ist dies ein ausgesprochen unreifes Alter, das jeden Menschen vor Probleme stellt, die er noch nicht zu lösen vermag. Gerade deshalb fragt man sich aber, welche Interessen hier wohl mitgespielt haben, wenn die nichtssagenden Produkte der heutigen Kunstschülerin in einem so falschen Moment zur Schau gestellt worden. Verraten sie doch im Grunde nichts anderes, als daß Aglaja der einstige Erfolg sehr schlecht bekommen ist und daß sie dadurch Hemmungen davongetragen hat, die sie heute schwer schädigen. Oder sollte auch sie zu den Opfern ehrgeiziger Eltern gehören und zu einer Starrolle gezwungen werden, der sie nicht gewachsen ist und die ihr wahrscheinlich bittere Enttäuschungen bringen wird?

E. SCHERER

## LANDES-SCHULKOMMISSION UND SUPPLEMENTENFRAGE

Mit Beschluß des Landesausschusses Nr. 226 vom 3. Februar 1969 wurde eine neunzehnköpfige Kommission zum Studium von Schulfragen eingesetzt. Damit war ein lange geäußelter Wunsch der Hochschülerschaft und der Supplentenvertreter erfüllt worden. Dieser Kommission gehörten Vertreter der Volks-, Mittel- und höheren Schulen an, ebenso die Vertreter von Schulamt und Lehrgewerkschaft, die Vertreter der Supplenten-Interessengemeinschaft, von den Südtiroler Hochschülern Otto SAURER, Hellmuth LADURNER und Gerold MERANER. Die Arbeiten wurden in drei Unterkommissionen abgewickelt, in Vollsitzungen mit Parlamentariern und Parteivertretern wurden Berichte erstattet und Anweisungen entgegengenommen. Die Unterkommissionen waren: Unterkommission für Fragen der Volksschule, die zweite für Fragen der Supplenten, die dritte für die höhere Schule und für Hochschulprobleme. Wir veröffentlichen im folgenden die gekürzten Arbeitsberichte dieser Kommissionen. Sie sind ein Rechen-

schaftsbericht vor der Öffentlichkeit und zeigen die große Arbeit und die Schwierigkeit der gestellten Aufgabe. Es muß hervorgehoben werden, daß die Arbeit der Landes-Schul-Kommission unerläßlich geworden ist.

Der Bericht gliedert sich wie folgt; zuerst bringen wir die Resultate der Unterkommission für die Volksschule, dann die für die höhere Schule. Um Wiederholungen zu vermeiden, bringen wir die Ergebnisse der Unterkommission für Supplenten im Zusammenhang mit ihrem eigenen Jahresbericht anläßlich der Vollversammlung der Supplenten am 15.XI. 1969 in Bozen. Man muß mit Achtung anerkennen, daß keine Organisation in Südtirol im letzten Jahre so tüchtig gearbeitet hat wie die Vertreter der Supplenten.

Am Schluß bringen wir die Entwicklung der Schulkommission und der Supplenten-Fragen für die Monate Januar und Februar.

Die Redaktion

## BERICHTE DER UNTERKOMMISSIONEN

### ARBEITSERGEBNIS DER 1. UNTERKOMMISSION FÜR SCHULFRAGEN

#### (Volksschule)

Die Unterkommission I bestehend aus den Herren

- S. BEGHELLA, Volksschuldirektor
  - P. KOLLMANN, Obmann des KSL
  - M. HAFNER, Prov. Sekretär der Lehrgewerkschaft
  - A. Dr. LECHTHALER, Volksschuldirektor
  - K. Dr. SEEBACHER, Inspektor und Vorsitzender der Kommission
  - A. Dr. STOLL, Professor an der LBA
  - E. THEINER, Inspektor
- hat in 9 Sitzungen den ihr gestellten Problembereich geprüft. Es galt, Vorschläge für eine Reform der Lehrerbildung in Südtirol auszuarbeiten. Folgende Punkte wurden einer Prüfung unterzogen:
- Der gegenwärtige Stand der Lehrerbildung in Südtirol
  - Die Reformvorschläge auf nationaler Ebene

— Verwirklichte Lösungen einer zeitgemäßen Lehrerbildung im deutschsprachigen Ausland.

#### DIE GEGENWÄRTIGE AUSBILDUNG — LBA MERAN

Professor STOLL legt eine eingehende Analyse über die Lehrprogramme, den Studiengang und die Struktur der LBA vor. Bemerkenswert sind die statistischen Daten aus denen hervorgeht, daß die LBA im Schuljahr 1959/60 noch 11 Klassen mit 283 Besuchern aufwies, während im Schuljahr 1968/69 die Klassen auf 19 und die Schüleranzahl auf 596 angewachsen ist. Interessant ist ferner hervorzuheben, daß der prozentuelle Anteil der Mädchen, die die LBA besuchen, von 75% im Schuljahre 1959/60 auf 67% im Schuljahre 1968/69 gesunken ist. Umgekehrt ist der prozentuelle Anteil der männlichen Lehr-

amtskandidaten während dieser Zeit von 25% auf 33% gestiegen.

Die Struktur der Lehrerbildung geht auf die Reform GENTILE des Jahres 1923 zurück und trägt auch heute noch teilweise den Geist dieser Zeit. Die Kommission hält im besonderen nachstehende Aspekte fest, welche die gegenwärtige Lehrerbildung negativ kennzeichnen:

— Die Reform GENTILE vollzog sich im Geist des Neidealismus. Dies brachte nach sich, daß die Pädagogik als angewandte Philosophie betrachtet wurde und somit die empirischen Aspekte der Erziehungswissenschaft viel zu wenig berücksichtigt wurden. Der blinde Glaube, daß das Wissen allein schon zum Lehren befähige, führte zu einer vollkommenen Vernachlässigung der Didaktik, sowie der praktischen Übungen, also jenes Aspektes der Berufsausbildung, der für eine erfolgreiche Ausübung des Lehrerberufes von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist.

Wenn auch seit 1945 einige kleinere Änderungen am Lehrplan der Lehrerbildungsanstalt vorgenommen wurden, so sind die grundsätzliche Struktur und der Bildungsauftrag gleich geblieben. Aus diesen Gründen kann die Lehrerbildungsanstalt den Lehrer nicht so ausbilden, daß er die Erfordernisse einer zeitgemäßen Erziehungs- und Bildungsarbeit erfüllen kann.

- Die enge Verknüpfung der Allgemeinbildung mit der Berufsbildung ist wohl der schwerwiegendste Mangel, der unsere gegenwärtige LBA belastet. Die allgemeine höhere Bildung, die von der LBA vermittelt wird und jener der anderen höheren Schulen entspricht, (laut Lehrplan) und in einigen Fachrichtungen den Zugang zur Hochschule erschließt, kommt infolge der nur 4-jährigen Ausbildung zu kurz.
- Außerdem wird die allgemeine höhere Bildung, die für einen Lehrer unerlässlich ist, dadurch geschwächt und belastet, daß die LBA gleichzeitig eine spezifische Berufsbildung vermitteln soll. Die Schüler der LBA sind infolge dieser Doppelaufgabe einer ständigen Überbelastung ausgesetzt. Selbst Hochbegabte können in 4 Jahren nicht zugleich die für die Lehrbefähigung geforderte Allgemeinbildung und Berufsbildung erwerben.
- Die pädagogische Berufsausbildung ist unzulänglich und zu oberflächlich. Für Philosophie und Pädagogik stehen in der 2. und 3. Klasse je 3, in der 4. Klasse 4 Wochenstunden zur Verfügung. Für Psychologie sind nur eine Wochenstunde in der 2. und eine in der 3. Klasse vorgesehen, während dieses wichtige Fach in der Abschlußklasse nicht mehr gelehrt wird und bei der Lehrbefähigung nicht aufscheint. Das Fach Pädagogik wird zu sehr historisch dargeboten und zu eng mit der Geschichte der Philosophie verbunden. Der äußerst beschränkte Psychologieunterricht kann über die Vermittlung von einigen Grundbegriffen nicht hinauskommen.
- Didaktik und spezielle Methodik der Unterrichtsfächer werden als Ergänzung unorganisch an Pädagogik und Psychologie angehängt, wobei die jeweiligen Professoren dieser Fächer, die dafür meist in keiner Weise qualifiziert sind, die Aufgabe haben, die genannten praktischen Übungen zu leiten.

#### LEITGEDANKEN ZUR LBA-REFORM

Nach der grundsätzlichen Feststellung, daß die heutige Struktur der LBA und der

damit gegebene Bildungsweg nicht mehr die Gewähr bieten, den Lehrer so auszubilden, daß er den erhöhten Anforderungen der modernen Schule voll entsprechen kann, überprüft die Kommission die gegenwärtigen Reformbestrebungen. Artikel namhafter Pädagogen, Anträge der Gewerkschaft, die Erklärungen von Politikern werden eingehend überprüft und gegenübergestellt. Dabei ergeben sich nachstehende Leitgedanken zur LBA-Reform:

- Die gegenwärtige Lehrerbildungsanstalt muß in Angleichung an andere Lyzeen auf 5 Jahre erweitert und in eine allgemeinbildende Schule umgewandelt werden. Ihr Abitur möge den Zutritt zu jeder Fakultät der Universitäten ermöglichen.
- Auch in Italien treten Schulfachleute, Politiker, Gewerkschaftler für eine spezifische Ausbildung des Lehrers auf Hochschulebene ein.
- Jede Lösung wird in Italien wahrscheinlich auch den Umstand berücksichtigen müssen, daß die Anzahl der stellenlosen Lehrer beinahe ebenso hoch ist, wie jene der im Dienst stehenden Lehrer. (N.B.: Beim letzten Lehrerwettbewerb bewarben sich 195.448 Lehrer um 12.000 Stellen)

#### DIE AUSBILDUNG DES LEHRERS IM ZUGE DER GEPLANTEN REFORM DER HÖHEREN SCHULE

Die Kommission überprüft die Vorschläge für eine Reform der höheren Mittelschule, wie sie gegenwärtig in Italien diskutiert werden. Sie befürwortet eine größere Annäherung der verschiedenen Typen der höheren Schulen, lehnt aber eine völlige Vereinheitlichung entschieden ab. Von der Pflichtmittelschule ausgehend soll eine fortschreitende Differenzierung angestrebt werden.

Das Biennium soll zwar weitgehend einheitlich sein, aber neben allgemein verpflichtenden Kernfächern auch differenzierende Wahlpflichtfächer vorsehen. Dabei soll jedoch der Wechsel der Studienrichtung unter fachlicher Betreuung und Beratung jederzeit möglich sein. Diese Vereinheitlichung und selbstgewählte Differenzierung — unter Berücksichtigung der Neigungen und Eignungen der Schüler — bringen nach Ansicht der Kommission u. a. folgende Vorteile:

- a) Das „Biennium“ vermag wegen seines einheitlichen Charakters noch die Ausbildungsbedürfnisse von Schülern eines relativ kleinen Einzugsgebietes zu befriedigen, ohne die Eltern zu nö-

tigen, ihre Kinder vorzeitig in entferntere, spezifische und auch mit größeren finanziellen Belastungen verbundene Ausbildungsstätten zu schicken.

- b) Wahlfächer können bereits im „Biennium“ die Eignung und Neigung für den Lehrberuf aufdecken und fördern. Als solche Wahlfächer könnten gelten: Jugendliteratur, musische Erziehung und Werkerziehung.

Nach dem „Biennium“ müßten die Anwärter für das Lehramt an Volks- und Mittelschulen in einem Pädagogischen Lyzeum die zur vollen Hochschulreife führende Allgemeinbildung erhalten.

**Das neue Lyzeum:** Die Kommission überprüft die verschiedenen Thesen, die gegenwärtig für eine Reform des Lyzeums formuliert werden und entscheidet sich für nächstehende Lösungen:

- Die Kommission befürwortet einstimmig die Differenzierung der Lyzeen und somit die Errichtung eines Pädagogischen Lyzeums.
- Der Abschluß des Lyzeums muß den Zugang zu allen Hochschulfakultäten ermöglichen.
- Der Übertritt von einem Lyzeum in ein Lyzeum anderen Typus muß auf Grund von Ergänzungsprüfungen, die sich auf charakterisierende Fächer begrenzen, jederzeit möglich sein.

- Die Kommission hält es für günstig, in allen größeren Orten des Landes differenzierte Lyzeen mit verschiedener Ausrichtung ins Leben zu rufen, damit die Studienwahl nur von der Interessenrichtung geprägt und nicht von anderen Faktoren (Verkehrslage, finanzielle Mittel, Unterbringungsmöglichkeit) bedingt werde.

- Das Pädagogische Lyzeum hat in seinen Grundzügen allgemeinbildenden Charakter, wobei aber eine erste Einführung in die Erziehungswissenschaft erfolgen soll (Pädagogik, Psychologie, Soziologie).

Von besonderer Wichtigkeit sind die musischen Fächer, in denen Pflichtunterricht bestehen soll.

**Die Pädagogische Hochschule:** Grundsätzlich wird nach einer eingehenden Prüfung der Reformideen und der bereits im Ausland verwirklichten Lösungen die hochschulmäßige Ausbildung der Lehrer bejaht. Für Italien zeichnen sich 3 Lösungen ab:

- a) Ausbildung an den traditionellen Universitäten

TEPPICHE  
VORHÄNGE  
U. MÖBEL-  
STOFFE

LAUFER  
TEPPICH-  
BÖDEN

**fr. eccel**

ING. FR. ECCEL, BOZEN, LAUBEN 45 - SPEZIALHAUS FÜR INNENAUSSTATTUNG - M Ö B E L



b) Ausbildung am Magistero

c) Errichtung eigener Pädagogischer Hochschulen

Ad a) Die Ausbildung der Lehrer an den Universitäten wird abgelehnt, weil die gegenwärtige Struktur der Universitäten, die auf reinen Lehr- und Forschungsbetrieb ausgerichtet ist, sehr schwer mit Berufsausbildung für die Praxis verbunden werden kann. (Es fehlt die pädagogische Forschung in der Praxis und die Übungsschule.) Die in ihrem Betrieb bereits überforderten Universitäten können nicht die zusätzliche Ausbildung der Lehrer übernehmen.

Ad b) Ein besonderer Hinweis muß der Lehramtsfakultät (Magistero) gewidmet werden. Dieser Zweig der Universität war bis vor kurzem ausschließlich Lehrern reserviert, die hier 3 Studientitel erreichen konnten: Diplom für Schulaufsicht (vigilanza scolastica).

— Doktorat in Pädagogik (laurea pedagogica)

— Doktorat in literarischen Fächern (materie lettere)

Die Studienordnung berührt die verschiedensten Fächer ohne Schwerpunkt und ohne Bezug auf den künftigen pädagogischen Beruf (das Doktorat in Pädagogik baut in erster Linie auf die Geschichte der Pädagogik auf und vernachlässigt pädagogische Grundfächer wie Psychologie, Soziologie, Didaktik und Methodik). Dieses ganz dem üblichen Universitätsbetrieb angeglichene „Magistero“ kann auch durch eine Reform den Anforderungen einer modernen Lehrerausbildung kaum gerecht werden.

Ad c) Die Kommission befürwortet die Errichtung einer eigenen Pädagogischen Hochschule (Pädagogische Akademie - Lehrerhochschule) in Südtirol, wobei sie an Lösungen denkt, die im deutschsprachigen Raum vorwiegend sind:

1. Alle Lehrer für die deutschsprachigen Pflichtschulen sollen in diesen Anstalten eine hochschulmäßige Ausbildung absolvieren.
2. Die Ausbildung muß am praktischen Beruf orientiert sein und zu diesem Zweck den Seminaren, experimentellen Untersuchungen und Praktiken an der Übungsschule breiten Raum widmen.
3. Als Dozenten für die Hauptfächer kommen nur habilitierte Fachleute in Frage, wobei grundsätzlich die Berufung von Ausländern möglich sein muß.
4. Neben der Lehrerausbildung kommt dieser Hochschule eine besondere Bedeutung als Studien- und Forschungszentrum auf dem pädagogischen Gebiet zu und müßte vor allem auch die Weiterbildung der bereits im Beruf stehenden Lehrer fördern.
5. Auch von einem sozial-wissenschaftlichen Gesichtspunkte aus kann die künftige Lehrerausbildung nur im eigenen Lande erfolgen.

Die Kommission hat sich noch zu zusätzlichen Fragen, die ihr besonders aktuell erschienen, geäußert, wie zu jenen Problemen Stellung genommen, die ihr von anderen Kommissionen unterbreitet wurden.

#### ABSCHAFFUNG DER NACHPRÜFUNGEN IN DER VOLKSSCHULE

Die Kommission hat einstimmig beantragt, die Nachprüfungen der Volksschule abzuschaffen. Von diesem Begehren wurden die zuständigen Stellen unterrichtet. Zu dem Schreiben des Herrn Assessors Dr. ZELGER, der die Meinung vertrat, die Kommission habe durch die Stellungnahme zu diesem Problem ihre Kompetenzen

überschritten, bekräftigt die Kommission die Ansicht, daß es nützlich und geboten scheint, auch zu jenen Fragen Stellung zu nehmen, die im Augenblick besonders aktuell sind.

#### DAS PROBLEM DER MITTELSCHULSUPPLENIEN

Auch die Unterkommission für Volksschulfragen hat die Unterlagen geprüft, die ihr von den Kommissionen II und III, wie von der Südtiroler Hochschülerschaft zum ungelösten Problem der Mittelschulsupplien zugegangen sind.

— Die Kommission erachtet die Lösung des Supplentenproblems als vordringlich und befürwortet eine Sonderregelung im Interesse der deutschen Schule.

— Bezüglich einzelner Punkte des vorgelegten Entwurfes zur Sonderregelung

wünschen die Mitglieder der I. Unterkommission im Rahmen der Gesamtkommission gehört zu werden.

Nach Ansicht der Kommission I sollte die Voraussetzung zur Zulassung zu den geplanten Kursen (Art. 1 des Gesetzentwurfes, der mit Padua vereinbart worden ist) wie folgt lauten: Vier Jahre Dienst an der Volksschule oder Mittelschule mit Immatrikulation oder Kompensation mit Hochschulstudium.

— Die geplanten Kurse sind nur als Hilfe für die Studierenden (Universitätsstudenten) zu betrachten.

— In den Prüfungen sind dieselben Forderungen zu stellen, wie bei normalen Universitäts-Examen.

— Was die Studienordnung anbelangt, werden die Forderungen angenommen, die im Entwurf des Statutes enthalten sind (Studium mit Schwerpunkten).

### ÜBER DIE TÄTIGKEIT DER UNTERKOMMISSION III FÜR SCHULFRAGEN

Josef STROBL, Brixen

Die Unterabteilung III der vom Landesauschuß im Jänner 1969 eingesetzten Studienkommission für Schulfragen hatte sich in der Hauptsache mit den Problemen zu befassen, die das höhere Schulwesen und die Hochschulreform betreffen. Leider konnte nicht nach einem organisch aufgebauten Arbeitsplan vorgegangen werden; weil immer wieder dringende Fragen eine rasche Behandlung verlangten. Solche betrafen:

1. Die Neuregelung der Reifeprüfung. Dazu hat die Unterkommission III 2 Vorschläge ausgearbeitet, die dank den Bemühungen des Abgeordneten Dr. MITTERDORFER und des Schulamtes zum Teil in den Text des Gesetzes aufgenommen und zum Teil in eigenen Durchführungsbestimmungen berücksichtigt wurden. Der erste Vorschlag betraf die schriftliche Reifeprüfung und besagt, daß an Schulen mit nicht italienischer Unterrichtssprache die erste schriftliche Prüfungsarbeit in der jeweiligen Muttersprache und an den höheren Schulen der ladinischen Täler nach freier Wahl der Kandidaten entweder deutsch oder italienisch abgefaßt wird. Nach dem zweiten Vorschlag soll, so oft unter dem vom Unterrichtsministerium für die mündlichen Prüfungen vorgesehenen 4 Fächern italienisch aufscheint, eines der 3 übrigen Fächer an unseren Schulen durch Deutsch ersetzt werden.

2. Den Gesetzesvorschlag über die Neuregelung der Lehrbefähigung für den Unterricht an Mittel- und höheren Schulen. Dazu wurden Abänderungs- und Zusatzvorschläge ausgearbeitet, durch die einerseits die Abhaltung der „corsi abilitanti“ in der Muttersprache in Zusammenarbeit mit ausländischen Universitäten gewährleistet und andererseits in den Übergangsbestimmungen eine gesetzliche Verankerung der einmaligen Sommerkurse für Supplenten ermöglicht werden sollte.

3. Den Gesetzesvorschlag der Hochschulreform. Hier galt es, durch geeignete Abänderungen und Zusätze das Gesetz für die besonderen Bedürfnisse unserer Volksgemeinschaft zu machen und zugleich die Voraussetzungen für eine großzügigere Zusammenarbeit mit ausländischen Hochschulen zu schaffen. Im besonderen beziehen sich die Vorschläge der Unterkommission III auf folgende Punkte: Inskription auch mit ausländischen Reifezeugnissen; Vertretung der ethnischen Minderheiten im „Consiglio Nazionale Universitario“; Ausbildung der Lehrer an deutsch-

sprachigen Schulen in der Provinz Bozen (außer für Italienisch), und zwar zur Gewährleistung deutschsprachiger Vorlesungen in Lehr- und verwaltungstechnischer Zusammenarbeit mit ausländischen Universitäten; internationale Zusammenarbeit der Hochschulen, besonders mit solchen, die für die in Italien lebenden Minderheiten wichtig sind; Studentenaustausch und Anerkennung der im Ausland absolvierten Teilstudien, Prüfungen und der erworbenen Studientitel; Zuweisung von staatlichen Stipendien auch an Studenten, die an ausländischen Hochschulen studieren, besonders wenn sie ethnischen Minderheiten angehören; Einrichtung von regionalen Wirtschafts- und Bildungsräten, die die Koordinierung aller der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung der Region dienenden Tätigkeiten und Bestrebungen betreiben und Unterlagen für die Berufsplanung und -lenkung ausarbeiten sollen.

Unter den anderen Themen, die von der Unterkommission III in verschiedenen Sitzungen behandelt wurden, können folgende als besonders aktuell angesehen werden:

Die Reform des Bienniums, auch im Hinblick auf eine allfällige Umwandlung in Pflichtschule. Um den Übertritt von einem Biennium in ein anderes zu erleichtern, wurde eine möglichst große Anzahl von gemeinsamen Fächern (10 mit insgesamt 19 Wochenstunden) vorgeschrieben. Dazu kämen in den drei Hauptformen des Bienniums humanistisches, wissenschaftliches und technisches Biennium] drei bzw. vier Sonderfächer mit insgesamt 11 Wochenstunden, so daß sich für alle Klassen eine Stundenzahl von 30 ergäbe.

In einer Reihe von Sitzungen wurde das Supplentenproblem behandelt, und zwar immer im Anschluß an den Bericht des Vorsitzenden über den jeweiligen Stand der Dinge. Zweimal wurden Entscheidungen ausgearbeitet, in denen auf die Dringlichkeit einer Lösung des Supplentenproblems und auf die Notwendigkeit einer klaren Stellungnahme der politischen Führung zu den von der Unterkommission II ausgearbeiteten Vorschlägen mit Nachdruck hingewiesen wurde.

Mehrere andere wichtige Fragen, wie die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe des Raumordnungsplanes 1972, die Beschaffung und Auswertung statistischer Unterlagen zur Frage des Lehrernachwuchses, Anerkennung von Studientiteln u. a. wurden zwar angeschnitten, konnten aber nicht eingehend behandelt werden.

# BERICHT DER VOLLVERSAMMLUNG DER INTERESSENGEMEINSCHAFT SUPPLENTEN AUF ZEIT

Wolfram GEBERT

## Teil A: ARBEITSBERICHT

Die 23 Sitzungen der ISZ im vergangenen Jahr dienten:

- der Erarbeitung von Lösungsvorschlägen,
- der Erarbeitung von Unterlagen für Sitzungen der Schulkommission,
- Verfassung von Schreiben, Berichten, Resolutionen und Promemoria für die Behörden und Politiker,
- der Festsetzung von Richtlinien, die bei der Lösung des Problems zu beachten sind,
- Gewerkschaftliche Fragen,
- Besprechung über die jeweils erforderlichen Schritte bei Behörden und Politikern.

Der Ausschub oder Delegierte des Ausschusses hatten Kontakte und Verhandlungen mit:

- der Universität Padua,
- der Universität Innsbruck,
- Vertretern der Nordtiroler Landesregierung,
- Vertretern des Österreichischen Unterrichtsministeriums,
- dem Kabinettschef des italienischen Unterrichtsministeriums,
- dem italienischen Unterrichtsminister,
- dem Landeshauptmann Dr. Silvius MAGNAGO,
- der Parteileitung der SVP,
- mit Senator Dr. BRUGGER und Kammerabgeordnetem Karl MITTERDORFER
- mit Assessor Dr. ZELGER,
- mit On. BERLOFFA,
- mit Abgeordnetem Dr. Valerius DEJACO,
- mit Schulamtsleiter Dr. Alfio COZZI,
- mit Vizeschulamtsleiter Dr. David KOFER,
- mit Vorstand und Vertretern des ASM und der SH.

## Teil B: KONTAKTE MIT DEM SCHULAMT

Das Schulamt ist sich mit den Supplentenvertretern darin einig, daß nur ein gut ausgebildeter und stabiler Lehrkörper das Gedeihen der Schule garantiert. Beides ist in Südtirol nicht gegeben. Daher haben Schulamtsleiter und Vizeschulamtsleiter zugesagt:

1. Sie wollen sich beim Unterrichtsministerium in Rom dafür einsetzen, daß die vorgeschlagenen Lehrbefähigungskurse rasch verwirklicht werden können.
2. Außerdem war man sich einig, sogleich Schritte zu unternehmen, um eine soziale und juristische Besserstellung der Supplenten zu erwirken. Diese wird erreicht, wenn man Provinzialranglisten schafft und vom Schulamt eine Anstellung „auf unbestimmte Zeit“ stattfindet. Man denkt dabei an das Gesetz für die Fernlehrer ohne gültigen oder vorgeschriebenen Studientitel, das diese Regelung vorsieht und das man auf alle Supplenten ausdehnen soll. Diese Maßnahme ist nicht nur für die deutschsprachigen Supplenten von großer Bedeutung, sondern insbesondere auch für die Kollegen, die Italienisch unterrichten.

## KONTAKTE ZUR SÜDTIROLER VOLKSPARTEI

Landeshauptmann Dr. Silvius MAGNAGO hat in mehreren Unterredungen betont,

daß dieses Problem gelöst werden muß und daß er sich für eine Lösung einsetzen will. Die Leitung der SVP hat im Herbst durch einen Beschluß grünes Licht für die Verwirklichung des Planes gegeben. Für die ersten beiden Sitzungen hat die ISZ ein Promemoria und einen Bericht über die Verhandlungsergebnisse von Padua und Innsbruck und die Arbeiten der Schulkommission ausgearbeitet und an die Mitglieder der Parteileitung verteilt. Die ISZ appelliert an die Parteileitung, in Zukunft sich intensiver als bis heute für die erforderlichen Maßnahmen einzusetzen. Eine enge und ausgewogene Zusammenarbeit zwischen Schulkommission, Schulamt, kulturellen Interessensverbänden und Politikern ist die Voraussetzung zur erfolgreichen Bewältigung der Probleme, die in nächster Zukunft auf Südtirol zukommen.

## KONTAKTE ZUM ASSESSORAT FÜR SCHULE UND KULTUR

Auch Assessor Dr. ZELGER hat sich für die ISZ bemüht. Besonders erwähnt wurde sein Einsatz für:

- Errichtung der Kommission für Schulfragen über den Landesauschuß.
- Die Zusammenarbeit zwischen der Universität Innsbruck-Padua, wie es der erarbeitete Vorschlag, der die Zusammenarbeit zwischen ISZ, Universität Padua und Schulkommission fordert, vorsieht.
- Einrichtung von Sommer-Intensivkursen an der Universität Innsbruck mit einer Stipendien-Regelung, wenn der betreffende Supplent vom Schuldienst austritt und sein Studium fortsetzt.

Man ersucht den Herrn Assessor, möglichst bald eine Verhandlungskommission, bestehend aus Vertretern der Universität Innsbruck und Padua, der Südtiroler Landesregierung und den Interessierten einzusetzen, damit das Konsortium, das Träger der Kurse ist, gebildet werden kann und damit das Abkommen zwischen den beiden Universitäten geschlossen wird.

## KONTAKTE ZU DEN PARLAMENTARIERN MITTERDORFER UND BRUGGER

Mit den genannten Herrn traf sich die ISZ mehrere Male, um sie mit dem nötigen Unterlagenmaterial zu versorgen und um mit ihnen Wege zu suchen, die in Rom Erfolg versprechen. Sie sollten mit Regierungsbeamten und -politikern Kontakt aufnehmen und ergründen, ob die Möglichkeit und der Wille vorhanden ist, das Problem mit der vorgeschlagenen Sonderregelung zu lösen. Bei verschiedenen Gelegenheiten bestätigte Dr. Karl MITTERDORFER, daß seine Aussprachen, die er in Rom vor allem mit Unterstaatssekretär BUZZI führte, hoffnungsvoll und versprechend sind. Bei der letzten dieser Vorgesprächen in Rom wurde von GEBERT dem Unterrichtsminister und dem Kabinettschef des Unterrichtsministeriums ein Promemoria überreicht, das eigens für diesen Anlaß ausgearbeitet worden ist.

## KONTAKTE MIT DEN UNIVERSITÄTEN INNSBRUCK-PADUA

Die beiden Universitäten haben in Beschlüssen ihre Zustimmung für eine paritätische Zusammenarbeit zwischen den Universitäten gegeben und haben sich bereit erklärt, hier in Südtirol dreijährige Hochschulkurse abzuhalten. Die Universität Innsbruck, die Nordtiroler Landesregierung und das österreichische Unterrichtsministerium haben Sommerintensivkurse und die Stipendienregelung

für die Supplenten ermöglicht. Besonders Prodekan Prof. MUTH hat sich unermüdlich für die Sommerkurse in Innsbruck und die Zusammenarbeit Innsbruck-Padua eingesetzt. Ebenso hat sich der Rektor der Universität von Padua für das Zustandekommen des Beschlusses der Universität bemüht und ein Promemoria der Universität an den Ministerpräsidenten und Unterrichtsminister geschickt. Entscheidende Gedanken sind von Prof. SARTORI Franco aus Padua ausgegangen. Man hofft, daß Vertreter der beiden Universitäten bald in der schon genannten Verhandlungskommission die erwähnte Konvention zwischen den Hochschulen ausarbeiten werden.

## ZUSAMMENARBEIT MIT DEM ASM-SH-KSL

Die Zusammenarbeit zwischen der ISZ und ASM und deren Vorsitzendem Direktor STROBL war sehr reger. Wörtlich fährt der Bericht fort: Mit der Südtiroler Hochschülerschaft wurde ein gemeinsames Promemoria ausgearbeitet und an Behörden und Politiker verschickt. Dieses Promemoria ist Ausdruck der Solidarität und der gemeinsamen Bemühungen um Lösung dieses schwerwiegenden Problems. Wir möchten noch daran erinnern, daß die SH die einzige Organisation neben der ISZ war, die auf das Supplentenproblem öffentlich hingewiesen hat und Maßnahmen forderte. Wir erwarten, daß der KSL für die Lösung unseres Supplentenproblems Verständnis aufbringt, so wie er es bei der Regelung für die Supplenten an der Volksschule getan hat. Außerdem geben wir noch zu bedenken, daß kulturelle und schulische Interessen bei der Sonderregelung vor die Interessen der Berufskategorien zu stellen sind. Besonderen Dank sprechen wir Herrn Dr. Otto SAURER, Herrn LADURNER und Gerald MERANER aus, sie hatten großen Anteil bei der Ausarbeitung der Pläne und unterstützten die ISZ in der Kommission für Schulfragen.

## Teil C: SITUATION DER SÜDTIROLER MITTELSCHULEHRER UND LÖSUNGSVORSCHLAG

### I. Ursachen der heutigen Situation

Die heutige abnormale Situation ist auf folgende Gründe zurückzuführen:

- a) Südtirol spürt noch immer in aller Härte den nahezu völligen Ausfall an ausgebildetem Nachwuchs während der faschistischen Zeit.
- b) Durch das Mittelschulgesetz Nr. 1059 vom 31.12.1962 wurde die Einheitsmittelschule eingeführt. Das hat ein sehr steiles Ansteigen der Schülerzahl zur Folge (1945/46: 804 Mittelschüler - 1968/69: 13.000 Mittelschüler). In dieser Zeitspanne hat sich das Lehrpersonal vervielfacht, 90% aller Mittelschullehrer sind Supplenten ohne Studientitel. Bis 1972 rechnet man mit einem Realbedarf von 800 Lehrpersonen mit Doktorat.
- c) Das immer länger werdende Studium, das zur Erlangung des erforderlichen Doktorates notwendig ist.
- d) Das Fehlen einer Ausbildungsstätte im Lande.
- e) Das Fehlen von regelmäßigen normalen Wettbewerben und die schlechte finanzielle und soziale Position, in der das Lehrpersonal der Mittelschulen steht.

Diese Situation zeigt, daß die Entwicklung nicht sich selbst überlassen werden darf, sondern daß zeitgemäß und vorausschauend zielführende Maßnahmen erforderlich sind.



## II. Lösungsvorschlag

Um das Bildungs- und Sozialproblem, das aufgezeigt wurde, zu lösen, ist folgendes zu bedenken und sind folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- a) Der Südtiroler Mittelschule ist sobald als möglich ein Grundstock ausgebildeter Lehrkräfte zur Verfügung zu stellen, welche die Grundlagen ihres Faches beherrschen und pädagogisch-didaktisch zur Erteilung des Unterrichts an einer Pflichtmittelschule vorgebildet sind. Zu diesem Zwecke soll den zahlreichen Supplenten Gelegenheit gegeben werden, neben ihrer Arbeit in der Schule Voraussetzungen sich zu erarbeiten, damit sie eine feste Anstellung erhalten. Des weiteren soll ein Wiedererstehen des Supplentenproblems durch geeignete Maßnahmen, die noch zu erörtern sind, verhindert werden. Das Ziel ist am besten zu erreichen mit der Einrichtung von Hochschulkursen mit verkürzter Ausbildungszeit (drei Jahre). Diese Kurse sollen von den Universitäten Innsbruck und Padua als paritätische Partner in der unterrichtsfreien Zeit (Intensivkurse im Sommer, Wochenendtagungen während des Schuljahres) in Südtirol in der Muttersprache der Teilnehmer veranstaltet werden.

Das Programm der Kurse ist gemäß der geltenden Prüfungsordnung zur Ablegung der staatlichen Befähigungsprüfungen für Mittelschullehrer der Unterstufe festzulegen und hat auf die besonderen Bedürfnisse der Mittelschule Südtirols Rücksicht zu nehmen.

Die Kurse sollen mit einer Prüfung abschließen, deren Diplom zur Erteilung des Unterrichts in den betreffenden Fächern (literarische Fächer, Italienisch und Mathematik und naturwissenschaftliche Fächer) an der Pflichtmittelschule Südtirols befähigt.

Das genannte Befähigungsdiplom (diploma abilitante) ist in bezug auf die Teilnahme an Wettbewerben, die für die Stellenbesetzung an Pflichtmittelschulen ausgeschrieben werden, der Lehrbefähigung gleichzustellen.

Wichtig ist eine rechtliche Besserstellung der Supplenten, die durch Erstellung von Provinzialranglisten und Ernennung durch das Schulamt mit Lehrauftrag auf unbestimmte Zeit verwirklicht werden könnte, in Analogie zu dem, was dieses Jahr neuerdings für die Turnlehrer gemacht wird. Bedeutungsvoll für die deutsche Schule ist ferner, daß die Italienischlehrer eine auf die besonderen Erfordernisse des Unterrichts der zweiten Sprache zugeschnittene linguistische und methodische Ausbildung erhalten und daß sie die Sprache und die Kultur kennen, die sie zu unterrichten haben.

Jede gültige in- und ausländische Matura sowie das ausländische Lehramt berechtigt zur Beteiligung der Kurse. Voraussetzung ist der Unterricht seit Herbst 1968 oder für Hochschulstudium ein Jahr Unterricht seit 1960. Bereits an Hochschulen abgelegte Prüfungen werden anerkannt. Ein ergänzendes Studium vom „Diplom“ auf ein passendes Doktorat muß möglich sein. Die letzten zwei Punkte liegen im Rahmen der Hochschulautonomien der Universitäten und werden in der Konvention zwischen den beiden Universitäten festgehalten.

Die Kursteilnehmer haben über ihre Vertreter Mitspracherecht und Mitverantwortung bei der Gestaltung der Kurse.

Auch Mittelschuldirektoren und Vertreter des ASM sollen beteiligt sein. Die Kurse erstrecken sich auf fünf Jahre, haben eine Dauer von drei Jahren und sind einmalig.

Besonders zu erwähnen sind die Kollegen, die schon lange Zeit unterrichten und am meisten Anspruch auf eine Sonderregelung haben. Für sie sollten besondere Erleichterungen vorgesehen werden. Außerdem ist besonders für diese eine rechtlich-soziale Regelung unbedingt erforderlich.

Diese Lehrbefähigungskurse dienen einer raschen Sanierung und sind sofort zu realisieren.

- b) Um eine gesunde Entwicklung unseres Schulwesens zu garantieren, um einer Neuentwicklung des Supplentenproblems vorzubeugen und um Mittelschullehrern, die von der Regelung nicht betroffen werden, eine Hilfe zu leisten, haben sich die Schulkommission, die kulturellen Interessenverbände, unsere Politiker und Behörden mit folgenden Problemen in nächster Zukunft zu befassen:

- Fragen der Ausbildung und Fortbildung der Lehrkräfte an den Schulen mit deutscher Unterrichtssprache.
- Beschaffung einer Ausbildungsstätte, zumindest für Lehrer der Pflichtschulen in Südtirol.
- Der Durchführung von Lehrgängen für Werkstudenten.
- Intensivierung der Freizügigkeit der Studenten zwischen in- und ausländischen Universitäten durch Anerkennung von Teilstudien und Prüfungen.
- Vorarbeiten für die Anerkennung von Studientiteln der Hochschulen, Oberschulen und der Berufstitel.
- Entschiedene Stipendienförderungen für Hochschüler, die sich auf den Lehrberuf vorbereiten, besonders in den Fächern, wo großer Mangel besteht.

## III. Wie ist eine Abgrenzung des Lösungsvorschlages auf die deutsche Mittelschule Südtirols möglich

- Eine gediegene Ausbildung der Lehrkräfte in ihrer Muttersprache und in einem muttersprachlichen kulturellen Milieu ist von entscheidender Bedeutung für den Schutz der volklichen Eigenart und der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung der deutschen Sprachgruppe im Sinne des Pariser Abkommens vom 5.9.1946.
- Den unanschätzbaren großen Schaden, den die Regierung Italiens in der faschistischen Zeit, der den totalen Ausfall an Akademikern zur Folge hatte, angerichtet hat, muß die heutige Regierung wieder gutmachen.
- in Italien und in der Provinz beläuft sich der Prozentsatz an Supplenten auf ca. 13—15%, an der deutschen Mittelschule auf ca. 90%.

Diese Gründe rechtfertigen und erfordern eine Sondermaßnahme. Der Staat hat nicht nur Gesetze zur Errichtung von Schulen zu erlassen, sondern auch dafür Sorge zu

tragen, daß die Pflichtmittelschule funktionsfähig ist.

## IV. Für die Gründung gibt es wertvolle Präzedenzfälle

- Den Vorschlag der Kommission für den Stand und die Entwicklung des öffentlichen Unterrichts in Italien, die im Gesetz vom 24. Juli 1962, Nr. 1073 eingesetzt wurde.
- Den vom Unterrichtsminister GUI am 30.9.1964 vorgelegten Entwicklungsplan für das Schulwesen, der Spezialkurse für die Ausbildung der Lehrpersonen für die „Neue Mittelschule“ vorsieht.
- Sonderkurse für Turnlehrer, die nach den Gesetzen Nr. 415 vom 3.6.1950, Nr. 1727 vom 30.12.1950 und Nr. 932 vom 24.10.1966 durchgeführt wurden. Besonders entsprechend ist der Vergleich mit dem Gesetz Nr. 1727, das an Stelle der dreijährigen Ausbildung an der Sporthochschule dreijährige Lehrgänge mit Selbststudium und einen Kurs im Sommer vorsah, wobei die Teilnehmer, die gleichzeitig unterrichten mußten, in besondere Ranglisten eingetragen wurden und Lehraufträge erhielten.

## V. Terminkalender

Bisher liegen also vor:

- der von ISZ und der Schulkommission ausgearbeitete Lösungsvorschlag,
- die Bereitschaft der Universitäten Padua und Innsbruck, die Kurse abzuhalten,
- die Bereitschaftserklärung der Parteileitung, sich für die Verwirklichung der Kurse einzusetzen,
- die zuversichtlich stimmenden Ergebnisse der Gespräche in Rom,
- die positiven Entschlüsse zu unserem Lösungsvorschlag von Seiten des ASM und der SH,
- und, wie uns eben Vize-Schulamtsleiter Dr. KOFLER mitgeteilt hat, die Unterstützung unserer Direktoren.

Damit die Kurse bis zum nächsten Sommer verwirklicht werden können, wird folgender Zeitplan vorgeschlagen:

- Bis 15. Dezember Einsetzung und Einberufung der Verhandlungskommission,
- bis 30. Jänner 1970 Ausarbeitung der Vorschläge durch die Verhandlungskommission
  - zur Konvention zwischen den Universitäten,
  - zur Bildung eines Konsortiums,
  - zur Erstellung von Studienplänen,
- bis 15. März 1970 Verhandlungen mit dem Unterrichtsministerium und dem Parlament über die gesetzliche Verankerung der Kurse,
- bis 15. April 1970 Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen für die Durchführung der Kurse durch ein Abkommen der Universitäten von Padua und Innsbruck und die Errichtung eines institutionstragenden Konsortiums,
- bis 30. April 1970 Berufung der Dozenten,
- Anfang Juli 1970 Beginn der Kurse.



# Landes-Schul-Kommission 70

Hans NOTDURFTER, Brixen

Von Ende Oktober bis Januar hat Assessor ZELGER die Schulkommission nicht mehr einberufen. Aus den Abschlußberichten ergaben sich aber viele offene Fragen, ebenso sind in dieser Zeit wichtige Gesetze in Kraft getreten oder ins Parlament gebracht worden, abgesehen von der neuen Lage, die sich aus der Paketannahme ergibt. So haben mehrere Mitglieder von sich aus die Kommission am 9. Januar zu einer Sitzung geladen. Wir drucken diese Einladung ab, weil sie aktuelle Fragen unserer Schulen dokumentiert. Denn in den Herbstsitzungen waren nicht einmal die eingebrachten Vorschläge diskutiert worden. Voller Achtung muß gesagt werden, daß Assessor Dr. ZELGER zu dieser erprobten Sitzung erschienen ist. Obwohl er sehr harte Worte von den Kommissionsmitgliedern hören mußte, wurde es ein fruchtbares Gespräch. Im folgenden wurde am 27.1.1970 mit Beschluß des Landesausschusses die Landesschulkommission neu eingesetzt. Sie besteht aus 17 Mitgliedern unter dem Vorsitz von Assessor Dr. ZELGER. Als Sekretär arbeitet Doktor Otto SAURER.

Diese Landesschulkommission gliedert sich in fünf Arbeitsgruppen oder Unterkommissionen, die jeweils Experten zuziehen. Es sind folgende Kommissionen:

1. Kommission zur Erarbeitung von Richtlinien in der Universitätsfrage.  
Dr. ZELGER (Vorsitzender), Insp. Dr. SEEBACHER (Stellvertreter), Dir. Dr. FISCHER, Dir. Dr. KONDER, Dr. SAURER; Experten: Dr. Hans EGGER, Hochschüler LADURNER, Dr. PAN, Dir. Dr. VIGL, ein Naturwissenschaftler.
2. Kommission zur Vorbereitung der Durchführungsbestimmungen zum „Paket“:  
Vizeschulamtsleiter Dr. KOFLER (Vorsitzender), Dir. Dr. LECHTHALFR (Stellvertreter), Dir. Dr. AMBACH, Insp. BEGHELLA, Dr. SEEBACHER, Dr. SAURER; Expertin: O. HOFER (Kindergärten).
3. Eine Ad-hoc-Kommission zur Bearbeitung von Problemen mit besonderer Dringlichkeit:  
Dir. Dr. ACHMÖLLER (Vorsitzender), Insp. Dr. THEINER (Stellvertreter), Supplent GEBERT, Lehrer HAFNER, Lehrer KOLLMANN, Dir. Dr. STROBL, Hochschüler ZANON; Experten: Dr. A. STOLL, Dr. OBERHAMMER.
4. Kommission zur Erarbeitung einer Diskussionsbasis für die Lehrbefähigungsprogramme:  
Insp. BEGHELLA (Vorsitzender), Doktor SEBERICH (Stellvertreter), Doktor JACKL, Dr. A. STOLL.
5. Kommission zur Realisierung der Sonderkurse für Supplenten: Assessor Dr. ZELGER (Vorsitzender), Vizeschulamtsleiter Dr. KOFLER (Stellvertreter), Prof. Dr. SARTORI (Universität Padua), Prof. Dr. MUTH (Universität Innsbruck), Dr. GROSSATO (Experte der Universität Padua), Dr. KNEUCKER (Generalsekretär der österreichischen Rektorenkonferenz), Dr. COZZI (Schulamtsleiter der Provinz Bozen), Dir. Doktor STROBL, GEBERT (Supplentenvertreter), zwei Mittelschuldirektoren, SAURER (Sekretär).

Während die ersten vier Unterkommissionen verständlicherweise noch keine Ergebnisse bekanntgeben können, ist von der Arbeitsgruppe zur Realisierung der Sonderkurse für Supplenten viel gearbeitet worden. Mit großem Dank muß hier das bereitwillige Entgegenkommen der beiden Universitäten betont werden, ebenso erkennen wir die vorbehaltlose Unterstützung von Schulamtsleiter Dr. COZZI an. Für die Landesregierung ist die Wandlung sicher schwer gewesen: vor einem Jahr war das Thema noch tabu.

## Der Stand der Verhandlungen

Am 22.1.1970 fand in Bozen über Einladung der Landesregierung eine erste Besprechung statt zwischen Exponenten der Südtiroler Volkspartei, der Vertreter der Universitäten Padua und Innsbruck, des Schulamtes und der interessierten Lehrerschaft.

— Die vorgeschlagene Lösung in Form von dreijährigen Hochschulkursen für Supplenten, die mit einem „Diploma abilitante“, der Lehrbefähigung also, abschließen sollen, fand bei allen Zustimmung.

— Zur gesetzlichen Verankerung der Kurse:

Der Rektor der Universität Padua, Magn. Prof. Dr. OPOCHER, äußerte sich optimistisch hinsichtlich der Verwirklichung des Projektes nach den Gesprächen, die er mit dem Unterstaatssekretär im italienischen Ministerium, On. BUZZI, geführt hatte. Schulamtsleiter Dr. COZZI berichtete ebenfalls von der Bereitschaft Roms. Das gleiche bestätigte Senator Dr. BRUGGER. Unterrichtsminister FERRARI-AGGRADI hält die Einbringung eines Sondergesetzes über die Regierung für aussichtsreich. Dieses muß binnen 60 Tagen nach Einbringung behandelt werden. Die Volkspartei hat sich anfangs Februar verpflichtet, sofort nach Bildung einer neuen Regierung mit allem Nachdruck die Einbringung eines Sondergesetzes zu betreiben. (Die entsprechende Vorlage wurde bereits im letzten Jahr von der Schulkommission — Untergruppe Supplenten — ausgearbeitet.)

Unklar ist, ob die Regelung der Lehrbefähigung für Absolventen der Kurse durch ein eigenes Gesetz oder durch eine Übergangsbestimmung im Rahmen des projektierten Lehrbefähigungsgesetzes erfolgen wird. Ein eigenes Gesetz im Rahmen der Durchführung des „Paketes“ ist immerhin denkbar, in weiterer Berücksichtigung unserer Schullage, die heute noch unter der Folge faschistischer Schulpolitik leidet.

— Die Kurse werden bereits im Sommer 1970 abgehalten, auch dann, wenn die gesetzliche Basis noch nicht geschaffen ist. Man einigte sich darauf, die Programme und Kurse nach den Bedingungen von regulären Hochschulkursen durchzuführen, mit Inskription, damit die absolvierten Studien und die abgelegten Prüfungen für das ordentliche (Doktorats-) Studium an den Universitäten Innsbruck und Padua einrechenbar, anrechenbar und anerkennbar sind. Deshalb müssen alle Interessierten, Lehrer oder Supplenten, die die LBA-Matura besitzen und Mathematik und naturwissenschaftliche Fächer unterrichten wollen, Ergänzungskurse besuchen, die für die Inskription vorgeschrieben sind — ermöglicht durch das Liberalisierungsgesetz von 1969 — und die vom Schulamt in Meran und Brixen bereits durchgeführt werden.

In dieser Sitzung und in der folgenden am 16.2. in Bozen wurde noch folgendes festgelegt:

— Für die deutschsprachigen Supplenten ist Deutsch Unterrichtssprache für al-

le Fächer. Dafür hat die Leitung ausschließlich Padua. (Dies ist ein Kompromiß. Padua hat nach wie vor eine alternierende Leitung und teilweise italienische Unterrichtssprache angeboten, die Partei hat sich aber für obgenannte Lösung ausgesprochen.)

— Die Dozenten sind deutscher Muttersprache. Sie werden, soweit vorhanden, von Italien und dann von Innsbruck und dem deutschen Sprachraum genommen.

— In einem Protokoll, einem aide memoir, wird die Mitwirkung der Philosophischen Fakultät der Universität Innsbruck niedergelegt. Diesem können die beteiligten akademischen Behörden zustimmen, indem sie erklären, sich an die Punktation zu halten.

— Nach italienischem Hochschulrecht haben die österreichischen Professoren gleiche Rechte und Pflichten wie ihre italienischen Kollegen.

— Die Kosten der Kurse werden sich auf zirka 15 Millionen belaufen, deren Deckung durch das Centro didattico, die Südtiroler Landesregierung, durch lokale Spenden und durch Taxen der Teilnehmer erfolgen wird.

— Organisation der Kurse:

a) Rechtsträger der Kurse ist Padua. Auch die Leitung untersteht der Universität Padua.

b) Die Finanzierung kann nicht von den Universitäten Padua und Innsbruck bestritten werden. Dafür wird sich obgenannte Gruppe bemühen.

c) Die Berufung der Dozenten und die didaktische Leitung (consiglio didattico) übernimmt ein eigenes Organ, gebildet aus beiden Universitäten, der Landesregierung, dem Schulamt und den interessierten Verbänden der Mittelschule.

## Der Streit um die Zulassung

Ein Punkt heftiger Auseinandersetzungen sind die Zulassungsbestimmungen zu den Kursen. Assessor Dr. ZELGER will bereits seit einem Jahr, daß auch die Volksschullehrer, die an den Volksschulen unterrichten, zugelassen werden. Unter dem Druck von Dr. ZELGER und des „Katholischen Südtiroler Lehrerbundes“ (KSL) haben sich die Schulkommission am 24. Oktober und die Parteileitung der SVP dafür ausgesprochen, zu den Kursen zuzulassen: die Supplenten an Mittelschulen, Volksschullehrer und Hochschüler jeglicher Fachrichtung, die mindestens eine Unterrichtszeit von drei Jahren, bzw. ein Hochschulstudium von gleicher Dauer mit positivem Prüfungsergebnis aufweisen können.

Am 31. Jänner haben ASM und ISZ gekontert: Der Ausschuß fordert gemeinsam mit den Supplenten in Punkt 6 der verabschiedeten Resolution: Die Zulassung soll im Sinne der Mittelschule und der Supplenten geregelt werden. Der ASM hält es für notwendig, daß an allen Schulen des Landes ein gleicher Prozentsatz für Lehrkräfte mit abgeschlossenem Universitätsstudium freibleibt. Daher sollen ausschließlich Lehrkräfte mit lobenswerter zwei- oder dreijähriger Dienstzeit an der Mittelschule zugelassen werden und jede andere Kategorie ausgeschlossen blei-

ben. Am 14.2. protestierten die Supplenten energisch bei Assessor ZELGER, weil er erneut in einem Rundbrief an die Mittelschuldirektoren eine Zulassung ohne Begrenzung bekannt gegeben hatte.

Darauf parierte der Katholische Lehrerbund am 15.2. auf einer außerordentlichen Vollversammlung in seiner Resolution: „Was die Teilnahme betrifft, beharrt die Bundesversammlung auf den Beschlüssen der Volksschullehrer vom 24. Oktober.“ (Zulassung der Volksschullehrer ohne Beschränkung). Noch aber ist kein Ende. Am 16. Februar trafen sich die Direktoren der Mittelschulen im Rahmen einer Sondersitzung, die vom ASM einberufen wurde. Es ging um die Vorschläge zur Lösung der Supplentenfrage. Die Resolution ist ein einziger Vorwurf: In der Landesschulkommission seien sie nicht genügend berücksichtigt worden, das Supplentenproblem sei ausschließlich ein Problem der Mittelschule und deswegen falle es in ihre Zuständigkeit. Dringende Probleme der Mittelschule seien ohne ihre Heranziehung behandelt worden. Sie fordern primäres Mitspracherecht hinsichtlich Zulassungsbestimmungen, Programmgestaltung und Abhaltung der Sonderkurse.

Zum Streit um die Zulassung — ein Kommentar: ASM, ISZ und Mittelschuldirektoren haben einige schwache Gründe, die Volksschullehrer auszuschließen. Volksschullehrer sind zwar genauso gute Mittelschullehrer wie die Supplenten, und den Direktoren geht es nur um die Schule — bisher jedenfalls sind sie noch wenig tätig geworden für Supplenten und Landesschulkommission. Sie betonen aber, die Lösung des Supplentenproblems sei auch ein menschlich-soziales Problem. Man vergesse aber nicht: es ist auch eine gewerkschaftliche Frage. Werden die Volksschullehrer „di ruolo“ zugelassen, dürfte das Sondergesetz ein ferner Wunschtraum sein. Denn das gibt sicher eine Rebellion der nationalen Mittelschulgewerkschaften. Die ISZ hat recht, wenn sie zu bedenken gibt, daß eine Sonderlösung eine solche bleiben soll. Die Volksschullehrer haben kein Recht, ihre Zulassung zu fordern. Denn sie haben ja Beruf und Aufstiegsmöglichkeit, die dem Supplenten vorwehrt bleiben, obwohl er vielfach eine bessere Schulung aufweisen kann. Die Heilung unserer miserablen Lehrerausbildung fällt in den Rahmen der allgemeinen Reform auf nationaler Ebene in Italien — und nicht in den Rahmen einer Sonderlösung. Doch ist das Verlangen der Volksschullehrer verständlich, sie sind bekannt für ihre Bildungswilligkeit und viele von ihnen möchten gerne eine endlich erreichbare (örtliche) Universitätsschulung nützen. An die sem Beispiel ersieht man wieder, daß die Frage der Zulassung eine genaue Planung und Bildungspolitik erfordert. Eine genaue Umfrage existiert nämlich nicht, obwohl die Landesschulkommission sie im Frühjahr 1969 bereits energisch gefordert hatte. So kann Assessor ZELGER seine Zulassungsbedingungen wieder nicht begründen.

Denn die eindeutig Benachteiligten könnten nur die gegenwärtigen Hochschüler sein, die bisher sich zur Zulassungsfrage noch nicht geäußert haben. Das Assessorat für Schule und Kultur gerät hier in den Verdacht, auf diese Art die Volksschullehrerfrage lösen zu wollen. Viel zu viele besuchen die LBA, ohne daß früh genug darauf aufmerksam gemacht worden wäre. Durch diese mangelnde Kooperation der interessierten Verbände boten diese am 16.2. in Bozen vor den Vertretern der beiden Universitäten ein unwürdiges Bild. Oder betreibt das Assessorat Wahlpolitik und spielt die Verbände gegeneinander aus? Auf alle Fälle ist hier das letzte Wort noch nicht gesprochen, es soll von den einzusetzenden Komitees gesprochen werden.

## EINLADUNGSBRIEF ZUR SITZUNG AM 9. JÄNNER 1970

An alle  
Mitglieder der Kommission für Schulfragen  
Sitz

Bozen, 3. Jänner 1970

Bei der gemeinsamen Sitzung der Kommission für Schulfragen am 24.10.1969 wurden die Berichte der einzelnen Unterkommissionen vorgelegt. Die darin angeschnittenen Probleme hätten nach Ansicht aller Kommissionsmitglieder eine unverzügliche und ausführliche Diskussion gefordert. Anfänglich wurde sie auch vom Vorsitzenden der Kommission zugesagt. Die weitere Entwicklung auf dem Schulssektor seit dieser Sitzung unterstreicht die Dringlichkeit dieser von allen geforderten gemeinsamen Diskussion.

Kurz zusammengefaßt erlauben wir uns, unter Bezugnahme auf die Tätigkeitsberichte und im Hinblick auf die weitere Entwicklung, auf folgende Probleme hinzuweisen:

1. Die ISZ sprach sich in ihrer Vollversammlung Mitte November für die Errichtung der Sommerkurse aus.

Im Zusammenhang mit der Verwirklichung dieser Lösungsvorschläge wurde die Einsetzung einer Unterkommission für Hochschulfragen bzw. die Auflösung der Unterkommission II (Supplenten) vorgeschlagen. Bis heute wurden keine Schritte in dieser Hinsicht von den zuständigen Stellen unternommen.

2. Am 22.11.1969 wurde das Paket von der Landesversammlung angenommen, das erweiterte Kompetenzen auf dem Schulssektor mit sich bringt und daher die Gestaltung der Schule in Südtirol beeinflussen wird.

Die Kommission sieht es deshalb als ihre Aufgabe, ihre Vorstellungen im Hinblick auf die gesetzgeberischen Vorarbeiten der bereits eingesetzten Neuerkommission darzulegen.

3. Die Hochschulreform in Italien nimmt immer mehr Gestalt an. Obwohl die Kommission rechtzeitig Zusatzanträge eingebracht und diese auch in zwei Sitzungen den zuständigen Parlamentariern ausführlich erklärt hatte, steht ein Bericht über den Stand der Reform und über das Schicksal der Zusatzanträge aus.

4. In gleicher Weise sind die grundlegenden Vorarbeiten über die Reform der Lehrerausbildung bereits abgeschlossen. Auch hier fehlt der Bericht über das Schicksal der Zusatzanträge, welche für die zukünftige Ausbildung der Lehrkräfte unserer Schule von größter Bedeutung sind.

5. Die Debatte über das Paket im Parlament hat gezeigt, daß das Problem der Hochschule in Südtirol nicht gelöst wird, indem man hartnäckig darüber schweigt. Die Kommission hat in der ersten Sitzung im Oktober den klaren Auftrag erhalten, ein Konzept über eine Hochschule in Südtirol auszuarbeiten. Dieser Auftrag wurde aber nicht auf die Tagesordnung der nächsten zwei Sitzungen gesetzt, und weitere Sitzungen wurden nicht einberufen.

Die Situation hat sich gerade in diesen Tagen verschärft, da im italienischen Parlament ein Gesetzesantrag auf Erweiterung der Hochschule in Trient durch eine naturwissenschaftliche Fakultät eingebracht worden ist.

6. Am 11.12.1969 wurde ein Gesetz über die Liberalisierung der Inskriptionsbedingungen an den italienischen Universitäten erlassen. Die Auswirkungen dieses Gesetzes sind gerade für die Schule Südtirols, aber auch für das Hochschulstudium im Ausland noch nicht abzusehen. Gleichzeitig wird ein Zusatzjahr für die Absolventen der LBA und der Kunstszene eingerichtet. Über die Form dieses Zusatzjahres sind bereits die Durchführungsbestimmungen vom Ministerium erlassen worden.

7. die Hochschulreform in Österreich steht vor ihrem Abschluß. Voraussichtlich mit dem Studienjahr 1970/71 werden alle Studienrichtungen den neuen Bestimmungen des AHSTG angeglichen sein. Damit ist das bestehende Studientitulabkommen für alle Neuinskribenten in Österreich im Herbst 1970 wertlos geworden.

Gemäß einer Information des Österreichischen Unterrichtsministeriums wird voraussichtlich im Sommer 1970 die gemischte Kommission zusammenreten, um ein neues Abkommen zu erarbeiten. Die Grundlagen für dieses Abkommen muß Südtirol erstellen; optimistisch geschätzt bedarf es dazu mindestens 4 Monate, vorausgesetzt eine Person kann sich mit dieser Frage ausschließlich beschäftigen.

Die Kommission stand seit ihrem Bestehen in der Durchführung der Aufgaben unter großem Zeitdruck. Durch die zweimonatige erzwungene Untätigkeit der Kommission hat sich der Zeitdruck noch verschärft; auch wurden bereits einige Gelegenheiten zur Anpassung von neuen Gesetzen an die besondere Lage der deutschsprachigen Schulen verpaßt (z. B. Gesetz vom 11.12.1969).

Man hat deshalb den Assessor ZELGER gebeten, für den 9. Jänner 1970 eine gemeinsame Sitzung aller drei Unterkommissionen einzuberufen. Durch eine telefonische Rückfrage im Assessorat konnte man erfahren, daß eine Einberufung der Kommission nicht geplant ist.

Die unterfertigten Kommissionsmitglieder erlauben sich deshalb, in Hinblick auf die Dringlichkeit der Probleme, alle Kommissionsmitglieder zu einer Aussprache über die oben angeführten Probleme sowie über die Stellung und Bedeutung der Kommission selbst und ihrer Möglichkeiten und Grenzen einzuladen.

Zeit: 9.1.1970, 16 Uhr

Ort: Eingang des Neuen Landhauses

Wir hoffen auf das Erscheinen aller Kommissionsmitglieder.

Mit den besten Grüßen unterzeichnen:

Dr. Otto SAURER, Dr. Josef STROBL,  
Hans KIRCHLER, Dr. Rainer SEBERICH,  
Gerold MERANER, Hellmuth LADUNER.

# Überlegungen zum Supplentenproblem

Hellmuth FALKENSTEINER, Innsbruck

Voraussetzen möchte ich, daß ich selber Supplent war (ein Jahr), jetzt aber auf Grund der uns im letzten Jahr in Zusammenhang mit diesem Supplentenproblem gewährten finanziellen Begünstigung mein Studium fortsetzen kann (trotz Familie), darüber sehr glücklich bin — und gerade auf Grund meiner eigenen Erfahrungen einige Überlegungen zur Lösung dieses Problems zur Diskussion stellen möchte

Wenn man die z. T. sehr unsachlich geführten Diskussionen, Argumente, Stellungnahmen und Kontroversen zwischen den einzelnen „Parteien“, die an diesem Problem beteiligt oder „interessiert“ sind, verfolgt, so drängen sich einem folgende Fragen auf:

1. Warum strebt man jetzt plötzlich eine so schnelle Lösung an, wo man sich sehr lange Zeit überhaupt keine Gedanken über eine entsprechende Planung gemacht hat?
  2. Warum drängen sich plötzlich so viele um die in den Sommerkursen angebotene Lösung, während dies bei anderen Initiativen zur Lösung dieses Problems in keiner Weise der Fall war: siehe letztes Jahr?
- Beantwortet man diese Fragen wirklich mit einiger Objektivität und Offenheit, so kommt man ohne Zweifel zu einer dritten Frage:
3. Ist diese in den Sommerkursen angebotene Lösung wirklich eine Lösung für die Schule als solche, oder nicht wirklich nur die Lösung des „Supplentenproblems“, d. h. wie kommen die Supplenten und jene, die sich um diese Kurse bemühen, zu einer gesicherten beruflichen, sozialen und finanziellen Stellung?

Wenn dies aber der Fall ist — und daß es wirklich so ist, zeigt schon allein die Tatsache, daß in den bisherigen Diskussionen noch nie ernstlich über den Inhalt und Aufbau der Kurse gesprochen wurde, was doch letztlich allein entscheiden sollte — dann scheint mir dies eine Lösung zu sein, die für die Schule als solche keinen oder höchstens einen sehr geringen Wert bringt.

Warum?

1. Die Kurse finden zu dem ungünstigsten Zeitpunkt des Jahres statt: denn entweder werden die Lehrer durch ihre Arbeit während des Schuljahres so wenig beansprucht, daß sie die Kraft zu einem Intensivstudium während des Sommers mitbringen — oder es werden wirklich „Ferienkurse“.
2. Diese Kurse sind einfach zu kurz, um auch nur eine geringe Effektivität für die Unterrichtspraxis erreichen zu können.

Jeder, der sich mit dem Schulproblem, der Schulorganisation und der Effektivität der Schule für das spätere Leben auseinandersetzt, weiß, daß dies alles mit dem

Lehrer steht und fällt, d. h. mit einer entsprechenden Ausbildung und Motivierung der Lehrer. In allen sozial, wirtschaftlich und kulturell entwickelten Ländern arbeitet man schon seit geraumer Zeit an einer Umstrukturierung, Intensivierung und damit unweigerlich verbundenen Verlängerung der Lehrerausbildungszeit: z. B. siehe PUBLIK vom 20.2.1970: „Im Gegensatz zu den Thesen LEUSSINKS (Kultusminister), nach denen das Lehrstudium in drei Jahren zu einem berufsfähigen Abschluß führen soll, ist die EWG der Auffassung, daß alle Lehrer, gleichgültig, ob sie an Grund- oder Hauptschule, Realschule, Sonderschule, Gymnasien oder berufsbildenden Schulen tätig sind, in einem **Universitätsstudium von nicht unter acht Semestern eine wissenschaftliche Ausbildung erhalten müßten. In einem kürzeren Zeitraum könne selbständiges kritisch-wissenschaftliches Arbeiten nicht erlernt werden.**“

Also: wenn diese Lösung wirklich im Interesse der Schule angestrebt wird, dann müssen wir auch von unseren Lehrern an der Mittelschule diese zitierte „kritisch-wissenschaftliche“ Ausbildung verlangen können, die, wenn sie echt ist, Voraussetzung für eine wirklich demokratische Haltung des Lehrers den Kindern gegenüber ist; und darin besteht wohl das erste Ziel unserer und jeder Schule: nicht bei einer reinen Wissensvermittlung stehen zu bleiben, sondern kritisch-demokratisches Verhalten in den Schülern zu wecken, damit sie vorbereitet werden auf die Anforderungen, die an sie in der Gesellschaft heute gestellt werden. Damit die Lehrer aber diese Haltung in den Schülern wecken können, müssen sie sich vorher diese selber angeeignet haben: das ist der Hauptzweck des Universitätsstudiums. Denn bei aller Achtung den Kursen gegenüber, die insgesamt einen Zeitraum von acht — neun Sommermonaten umfassen, wird wohl jeder zugeben müssen, daß sie nicht mehr leisten können, als den Studierenden ein Repertoire an methodischen, pädagogischen und eventuell fachlichen Rezepten zu vermitteln, was aber gerade nicht dem entspricht, was der Lehrer mitbringen soll.

Also stehen wir wieder am Anfang einer Problemlösung für die Supplenten? Wenn man von der Voraussetzung ausgeht, daß die Supplenten nicht vom Unterricht „herausgenommen“ werden können — und dies ist wohl die Voraussetzung für die Wahl des Zeitpunkts im Sommer — dann wird sich keine andere Alternative anbieten, denn eine Ausdehnung dieser Sommerkurse über mehr als drei Sommer wird wohl die Kraft der Lehrer überschreiten und nur dem Unterricht während des Schuljahres schaden.

Warum aber muß man unbedingt auf dieser oben genannten Voraussetzung beharren? Bei wirklich gutem Willen, energischem Einsatz und entsprechender Planung — daß dies vorhanden ist oder sein kann, haben schon die Initiatoren der ISZ bewiesen — könnte doch auch folgen-

de Lösung diskutiert werden (wenn es leider nicht schon zu spät ist):

nämlich, daß durch eine klare und langfristige Planung eine stufenweise Befreiung der Supplenten für ein „Intensivstudium“ an der Universität möglich wird. Der Unterschied zu der im letzten Jahr für einen Teil der Supplenten angebotenen Lösung bestünde darin, daß dieses Intensivstudium für alle Supplenten auch ohne bisheriges Universitätsstudium möglich wird — und in einer stufenweisen Befreiung der Supplenten vom Unterricht.

1. Daß die Universitätsprofessoren zu einer Sonderregelung innerhalb des Universitätsstudiums bereit sind, wenn damit kein „Substanzverlust“ verbunden ist, hat sich bereits im letzten Jahr gezeigt (es sei denn, man hat sich durch den damaligen Mißerfolg der Initiative den Weg verbaut). Besonders in Zusammenarbeit zwischen den einzelnen „Fachinstituten“ und dem Pädagogischen und Psychologischen Institut könnte ein ohne Zweifel effektiveres Studium für die spätere Unterrichtspraxis erreicht werden als dies bisher durch das reine „Fachdoktorat“ der Fall ist.
2. Stufenweise Befreiung: jener Prozentsatz an Supplenten (ermittelt durch eine zentrale und langfristige Planung), der jährlich frei wird für das Studium, könnte ersetzt werden durch Studenten und besonders Maturanten, die später selber in den Schuldienst treten wollen; damit würde diesen die Gelegenheit zu einer Art „Praktikum“ gegeben, der sich sehr vorteilhaft auf ihr späteres Studium auswirken würde. In allen angloamerikanischen, skandinavischen Ländern, auch in Deutschland ist ein solches Praktikum für Lehrerkandidaten Vorschrift und hat sich schon sehr bewährt.
3. Selbstverständlich müßte diesen Supplenten, besonders den Verheirateten, ein Stipendium in dem Ausmaße, wie es uns im letzten Jahr angeboten wurde, gewährt werden. Ich selber kann versichern, daß ich wie ein „normaler Bürger“ leben kann, obwohl ich mir in nur einem Jahr als Supplent nichts habe ersparen können. Und ein klein wenig Wagemut und Initiative wird man doch von einem Lehrer verlangen können!

In einer Gesellschaft, die vom einzelnen immer stärkere Leistung verlangt, wenn er sich auf einer gehobenen Berufsposition behaupten will, soll doch gerade auch dies vom Lehrer verlangt werden können. Dann erst wird auch sein sozialer Status nicht nur vom Gesetz her, sondern auch von der Gesellschaft anerkannt werden und gerade auch die fähigsten Schüler zu diesem Beruf anlocken. Und auf die Dauer gesehen besteht die beste Lösung für die Lehrer nur in der bestmöglichen Lösung für die Schüler, d. h. im Interesse der Schüler.

Ist die „Synoditis“ ausgebrochen? Allenthalben werden Synoden abgehalten: in Österreich, Deutschland, Holland, Dänemark usw. (Aus romanischen Ländern hört man diesbezüglich weniger...).

An sich sind Synoden in gewissen Zeitabständen vom kirchlichen Recht vorgeschrieben. Durch das II. Vatikanum wurde die Abhaltung von Synoden besonders akzucell und notwendig, gilt es doch die Fälle dessen in die Praxis umzusetzen, was beim Konzil erarbeitet wurde.

Im Späthorbst 1970 soll auch in der Diözese Bozen-Brixen eine Synode stattfinden oder zumindest eröffnet werden. Man ist sich bereits heute klar darüber, daß eine einzige Sitzungsperiode, die voraussichtlich vom 5.-8. Dezember stattfinden soll, keineswegs genügen wird, um all das zu bewältigen, was heute an Problemen für die Ortskirche vorhanden ist. Das Hauptanliegen der Synode wird natürlich das kirchliche Leben in der eigenen Diözese sein, die allerdings (aus praktischen Gründen) aus vielen Einzelgemeinden (Pfarren) besteht.

Der gesellschaftliche Wandel, den wir erleben und mitvollziehen, wirft in verstärktem Maße die Frage nach der Zukunft der Kirche auf. Will die Kirche nur das Erbe ihrer Tradition wahren oder wird sie in ihrer zukünftigen Gestalt eine ganz andere sein? Sind nur die Strömungen der Gegenwart für ihre Neuorientierung von Bedeutung oder folgt sie jeweils dem ihr eigenen Geist?

Wer allerdings die Göttlichkeit der Kirche verkennet, kann die Kirche nicht verstehen. Wer aber die Menschlichkeit der Kirche übersieht, sieht ebenfalls an einem wesentlichen Zug der Kirche vorbei. (Das wäre ekklesiologischer Monophysitismus und Nestorianismus.)

Bei der ersten Session der Diözesansynode von Bozen-Brixen wird (lt. Protokoll des Zentralen Komitees vom 16. Jänner 1970) die „Pfarrgemeinde“ im Mittelpunkt der Beratungen stehen.

Kirche ereignet sich:

- a) wo das Wort Gottes verkündet und gehört wird,
- b) wo die Geheimnisse Christi begangen und besonders die Eucharistie gefeiert wird,
- c) wo die Liebe des Herrn gegenwärtig wird.

Daraus ergeben sich für die derzeit bestehenden fünf Arbeitskreise folgende Aufgaben:

- territoriale Neuordnung
- Liturgie in der entsprechenden Gemeinde
- Pfarrgemeinde als brüderliche Gemeinschaft
- Bereitung des Priesters für seine Rolle in der erneuerten Ortskirche
- Konsequenzen für die Verwaltung.

## SYNODE 70

Dr. Chrysostomus GINER,  
Abt des Klosters Neustift

Dies bedeutet eine eindeutig pastorale Zielsetzung im Sinne des I. Vatikanums, wie wir sie mehr oder weniger bei allen europäischen Synoden feststellen können. Das wird aber hoffentlich nicht bedeuten, daß es um die „Kommunion auf Handrücken oder Handfläche“ geht oder gar um Ministrantenkleider! Bei allen Synoden wurde bisher über die nicht zu bewältigende Fülle des Stoffes geklagt; überall war man gezwungen, die wichtigsten Anliegen herauszugreifen und weniger wichtige auszuschneiden. (Wobei die Frage nach „wichtig“ oder „weniger wichtig“ nicht immer leicht zu beantworten ist).

Ein Fragekomplex, der in der kommenden Synode eine größere Rolle spielen wird, als je zuvor, wird sich mit der Sendung und den Aufgaben des Laien in der Kirche befassen.

„Die Laien, die am priesterlichen, prophetischen und königlichen Amt Christi teilhaben, verwirklichen in der Kirche und in der Welt ihren Anteil an der Sendung des ganzen Volkes Gottes.“ Dies geschieht „durch ihre Mitwirkung an der Evangelisierung und Heiligung der Menschen und an der Durchdringung und Vervollkommnung der Ordnung der zeitlichen Dinge mit dem Geiste des Evangeliums.“ (Dekret über das Laienapostolat, Nr. 2).

Die Zugehörigkeit zum Gottesvolk begründet eine Gleichheit aller vor Gott durch das, was allen Gliedern gemeinsam ist: Christus. In ihm sind alle berechtigten Unterschiede umgriffen. (Gal. 3, 28). Das Volk Gottes ist im Geist Jesu ein Volk aus Brüdern, ein Volk, das der brüderlichen Gemeinschaft aller Menschen dient. „Der Vater will, daß wir in allen Menschen Christus als Bruder sehen und lieben in Wort und Tat und so der Wahrheit Zeugnis geben und ändern das Geheimnis der Liebe des himmlischen Vaters mitteilen“ (Kirche und Welt, Nr. 93).

In diesem Zusammenhang stellt sich u.a. die Frage nach der konkreten Mitarbeit der Laien gerade im Hinblick auf die Synode. Soll es damit getan sein, daß sich einige wenige in einem offiziellen Arbeitskreis darüber Gedanken machen? Wo bleibt das Engagement studentischer Kreise? (Von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, hat man bisher noch wenig gespürt.) Wo sind die Intellektuellen, die Akademiker? Nur ehrliche Mitarbeit und Mitverantwortung berechtigen zu Kritik! Man hat manchmal den Eindruck, als ob wir über einen sogenannten „Anweisungskatholizismus“ noch immer nicht hinausgekommen wären!

Auf der Suche nach neuen Strukturen in der Kirche, vor allem auch in der Ortskirche, in der einzelnen Pfarrgemeinde, kommt der Frage der Kollegialität besondere Bedeutung zu. Dieses Problem muß schließlich auf allen Ebenen gelöst werden: in der Gesamtkirche, in der Diözese und in der Pfarre. In Zukunft werden die kirchlichen Amtsträger mit Leitungsgre-

### TERMINE DER DIÖZESANSYNODE

Die Diözesansynode Bozen-Brixen wird am 24. Oktober 1970 zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammentreten. Die erste Sitzungsperiode findet am 28. und 29. November und vom 5. bis 8. Dezember 1970 statt.

Die Mitglieder der Synode sollen noch in diesem Frühjahr ermittelt werden. Sie werden zum größeren Teil gewählt und zu einem geringeren Teil ernannt. Die Vollversammlung der Synode wird im Spätherbst mit einer grundsätzlichen Diskussion über die christliche Gemeinde beginnen. Für die Herbstsession wurde das Thema gewählt:

„Die Gemeinde als Gottesvolk“.  
Das Generalthema der Synode, die mehrere Sitzungsperioden haben wird, lautet: „Ortskirche als Ereignis der Weltkirche“. Damit soll ein Doppeltes zum Ausdruck kommen: Kirche muß sich immer an einem bestimmten Ort — in einem Land, einer Diözese, einer Gemeinde — verwirklichen; sie ist fernor nicht einfach da, sondern es muß sich immer neu „ereignen“, was sie ist: eine Gemeinschaft von Menschen, die glauben, ihren Glauben bezeugen und aus ihrem Glauben handeln.

mien umgeben werden, die mitarbeiten, mitbestimmen, aber auch mitverantworten. Die Forderung unserer Zeit lautet: Priester und Laien sollen kollegial, also gemeinsam eine Gemeinde leiten. Bleibt allerdings zu klären, worauf sich diese kollegiale Leitung im Konkreten erstrecken soll. Geht es um eine Mitsprache und um eine Entscheidungsgewalt nur in praktischen Dingen, wie dies bisher z. T. der Fall war, oder soll der Laie auch mit pastoralen Fragen und bezüglich der Liturgie befaßt werden? (Themenauswahl für die Verkündigung, Kirchenmusik, Gestaltung der Meßfeier, usw.).

Wer mitentscheidet, muß dazu aber auch befähigt sein, bzw. befähigt worden. (Forderung nach entsprechender Erwachsenenbildung). Es stellen sich einige mehr oder minder konkrete Fragen: Wie könnte etwa ein effektiver Pfarrgemeinderat aussehen? Welche Dienste in der Pfarre sollen vor allem von Laien wahrgenommen werden? Wie soll die funktionale Pfarre der Zukunft aussehen? Welche Möglichkeiten ergeben sich in der „Einheitsparodie“, wie sie in unserem Lande nach wie vor besteht und bestehen wird? Soll hier weiterhin das Ein-Mann-System in seiner bisherigen Form allein maßgebend sein?

In der Durchführung der Synode dürften sich Schwierigkeiten aus der Doppelsprachigkeit ergeben. (Dies wird sich wahrscheinlich schon in der zahlenmäßigen Zusammensetzung zeigen.) Vielleicht könnte man in diesem Zusammenhang eine Art „Parallelsynode“ erwägen, in dem Sinn, als eine Reihe von Fragen, die sicherlich nach völkischem Empfinden Unterschiede aufweisen, getrennt diskutiert und abgestimmt werden könnten und nur gewisse Probleme, die über den völkischen Eigenheiten stehen, gemeinsam behandelt werden.

Was die Verwirklichung synodaler Beschlüsse anlangt, so darf man darauf hinweisen, daß eine Synode kein bloßes „hearing“ ist, das der Bischof veranstaltet, bevor er souverän seine Entscheidungen trifft. Diese müssen vielmehr aus der Spannung zwischen den beiden synodalen Autoritäten erwachsen: aus der Autorität des Bischofs, der allein den Beschlüssen einer Synode Gesetzeskraft verleihen kann, und aus der Autorität des Gottesvolkes, dessen Meinungs- und Willensbildung der Bischof nicht mißachten dürfte, wenn er das synodale Prinzip ernst nimmt.

All das aber erfordert mehr denn je den Einsatz aller. Und sollte aus einer Synode kein einziger allseits befriedigender Beschluß herauskommen, dann hätte sich alle Arbeit trotzdem gelohnt, weil dadurch das Gottesvolk einer ganzen Diözese mit der Problematik und den Aufgaben der heutigen Kirche und mit dem Gedankengut des Konzils befaßt wurde, was letztlich mehr ist als protokollarisch festgehaltene Beschlüsse.

## DEUTSCHE SYNODE 1972 KIRCHE AUF DEM WEGE

Michael ALBUS, Freiburg in Brsg.

Die katholische Kirche Deutschlands macht sich daran, für das Jahr 1972 eine allgemeine Synode zusammenzurufen. Dieser Plan ist von Anfang an auf lobhaftes Interesse gestoßen. Gleichzeitig haben aber auch die ersten Vorstöße und Stellungnahmen zu diesem Plan, sowohl in der Intensität als auch in der Vielzahl, ganz klar die wunden Punkte in der Kirche freigelegt. Aber gerade diese Freilegung ist es, was auf der anderen Seite wiederum deutlich die Notwendigkeit einer Synode gezeigt hat.

Auf einer Pressekonferenz zum Abschluß der Herbsttagung 1969 der Deutschen Bischofskonferenz in Fulda führte Kardinal Döpfner unter anderem aus: „Ein besonderes Prüffeld für die Brüderlichkeit und Solidarität in der Kirche wird die kommende Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland sein. Niemand wird leugnen, daß diese Synode einer Rechtsgrundlage bedarf, die nicht der hierarchischen Struktur der Kirche widerspricht. Es wird aber ebenso notwendig sein, in der praktischen Anwendung der rechtlichen Zuständigkeiten zu einem Prozeß der gemeinsamen Meinungs- und Willensbildung zu kommen...“

In dieser Stellungnahme wird die ganze Breite der Problematik angesprochen. Sie hat sich dann auch tatsächlich in der — nicht zuletzt auf Grund des Zeitmangels — sehr kurzen aber auch sehr intensiven Diskussion gezeigt, die in Gang kam. Diese Diskussion entzündete sich vor allem am Entwurf zum Statut der Synode, den eine von der Bischofskonferenz eingesetzte Studiengruppe erarbeitet hatte. Manche Gruppierungen in der Kirche äußerten in nicht überhörbarer Eindringlichkeit ihre zum Teil wirklich berechnete Kritik. Trotz der Kürze der Zeit, die für die Diskussion zur Verfügung stand, gingen aus den verschiedensten Richtungen laut „Publik“ Nr. 47 vom 21. November 1969 „etwa 500 Änderungsanträge zu diesem Entwurf beim Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz ein. Fast alle Anträge befaßten sich mit der Zusammensetzung der Synode. Zwei Drittel von ihnen beschäftigten sich mit der Rechtsverbindlichkeit der Beschlüsse, 38 von hundert äußerten sich zu den vorgeschlagenen Bestimmungen über das Sekretariat und ein Drittel der Anträge setzte sich mit der Frage auseinander, ob Nichtkatholiken als Gäste oder als delegierte Beobachter eingeladen werden sollen. Die von der Deutschen Bischofskonferenz eingesetzte Vorberei-

tungskommission hat auf ihrer Sitzung am 6. November auf Grund der Änderungsvorschläge einen neuen Entwurf ausgearbeitet und der Bischofskonferenz zur Beschlußfassung zugeleitet.“ — Soweit „Publik“. — Diese Beschlußfassung geschah dann wenige Tage später auf einer Sonderkonferenz der Bischöfe am 11. November 1969.

Damit ist zunächst einmal eine Entscheidung gefallen. Ob sie wirklich in allen Punkten optimal ist, wird allerdings erst die Synode selbst zeigen. Doch scheint es — bei allen Stärken und Schwächen des Statuts — jetzt an der Zeit für alle engagierten Katholiken, sich auf die inhaltlichen Aspekte der Synode vorzubereiten. Auch dazu liegt schon ein entsprechender Entwurf vor. Er scheint tatsächlich alle wichtigen und brennenden Themen in sich zu vereinen.

Es ist anzunehmen, daß sich bei einer konzentrierten inhaltlichen — nicht nur formalen — Diskussion viele Bedenken hinsichtlich der im Statut festgelegten Rechtsgrundlagen zerstreuen werden. Doch darf auch nicht verschwiegen werden, daß die Synode mit mancher Hypothek aus dieser Zeit der Diskussion über das Statut belastet sein wird. So plant nicht zuletzt schon eine Gruppe vor allem jüngerer Katholiken eine sogenannte Gegensynode. Die Entwicklung bleibt tätig abzuwarten. Es kommt jetzt vor allem darauf an, daß in einer breit angelegten Information die Themen in die Öffentlichkeit gebracht und dort umfassend diskutiert werden. Noch ist Zeit dazu. Sie ist zu nützen. Dazu wäre es gut, wenn sich die in ihren Meinungen unterschiedlichen Gruppen wirklich an einem Tisch setzen würden und alles gemeinsam besprechen in einer Haltung offenen gegenseitigen Vertrauens. Keine andere Haltung würde auch dem entsprechen, was der Grund der Synode, der Grund der Kirche und des in ihr sich manifestierenden Glaubens überhaupt ist: die Botschaft und der in dieser Botschaft zum Vorschein kommende Geist. Dieser Geist ist ein Geist des Vorstehens, kein Geist des Mißtrauens und des Hinterhalts. Würde sich Kirche am Exempel dieser Synode als eine zerrissene und zerfahrene Kirche zeigen, sie könnte auch nicht anders von der Welt als solche erfahren werden und dies wäre schlimmer und ein Verrat am Geist. Die Folgen wären nicht abzusehen.

Es liegt an allen Seiten, daß dies nicht geschieht.

Deshalb müssen auch alle berechtigten Einzelinteressen von einem Geist getragen und in ihm vertreten werden. Nur dann wird die Synode, wie das Wort selbst besagt, ein Zusammengehen auf dem gemeinsamen Weg sein. Und nur dann wird sie das der Welt leisten können, wozu sie aufgerufen ist und wonach die Welt verlangt: die Rechenschaft über die Hoffnung, die der Antrieb ihres Handelns ist.

# Auferstehung

Matthias ABRAM, Tübingen

Ostern und Auferstehung sind zwei Begriffe, die sich in unserem Denken verbinden wie Weihnachten und Krippenkind. Ostern erinnert uns, wie jeder Sonntag. (dies dominica = Tag des Herrn) an die Auferstehung Jesu von Nazareth von den Toten.

Die folgenden Überlegungen theologischer Art wollen versuchen, Auferstehung als Heilsereignis etwas aufzuschlüsseln und — vielleicht — unserem Verständnis etwas näher zu bringen. Es wird versucht, die Frage: „Was heißt Auferstehung von den Toten?“ zu erheilen und den Ansatz einer Antwort zu bieten. Um den Gang der Gedanken nicht zu stören, wurde auf Anmerkungen und kritischen Apparat verzichtet.

Die ursprüngliche Christologie spricht von Auferweckung von den Toten; der Handelnde in diesem Ereignis ist allein Jahwe, der Gott Israels. Er hat Jesus auferweckt und zum Christus gemacht. So lautet die Umschreibung des Ereignisses in den ältesten Stellen, die in der Schrift greifbar sind, vor allem im 15. Kapitel des ersten Korintherbriefes.

Die primitive Christologie der ersten Gemeinde hat sich im Übergang zum heiligmännlichen Christentum insofern gewandelt, als nun mehr und mehr Christus, der Gottmensch, als der Handelnde erkannt wird. Nun kann man formulieren: Jesus ist auferstanden.

Auferstehung von den Toten war dem jüdischen Denken des ersten Jahrhunderts nicht fremd, war aber eine Auffassung, die nicht nur nicht von der offiziellen Theologenschicht, den Pharisäern etwa, geteilt wurde, sondern als solche aus den Schriften des alten Bundes nicht ersichtbar war. Die Schriften verweisen eher auf die Scheol, eine Art Jenseits, das aber nach der gängigen Interpretation nur für die Gerechten bestand; der Gottlose wurde von Gott verworfen und hatte keinen Zugang zu einem Sein nach dem Tode in der Scheol. Man kann jedoch soviel feststellen, daß die eben besprochenen Auffassungen zur Zeit Jesu kontrovers und umstritten waren. Trotzdem war Auferstehung von den Toten für die meisten Zeitgenossen Jesu in der kosmologischen Vorstellung der Zeit die einzige greifbare Möglichkeit, über einen Toten und dessen Seins- und Existenzweise nach seinem Tod eine Aussage zu machen. Für die Gerechten wurde die Auferstehung am Tage Jahwes, am Tage des Gerichtes, erwartet.

Jesus war vorurteilt worden. Er scheint den Zusammenstoß in Jerusalem provoziert zu haben, um es zur Entscheidung zwischen seinem Anspruch und seiner Person und den offiziellen religiösen Vertretern seines Volkes kommen zu lassen. Er war als politischer Messias den Römern übergeben worden und diese hatten ihn gekreuzigt: er war gestorben. Es waren vor ihm und nach einige Messiasgestalten von den Römern ans Kreuz gebracht worden, die Sache um Jesus schien damit ihre Bewandnis zu haben. Jene, die ihm während seines Lebens gefolgt waren, hatten ihr Heil in der Flucht gesucht. Das Ende des Lebens und somit das Ende Jesu schien besiegelt.

## Rückkehr zum Leben?

Nun aber geschah das Außergewöhnliche: die Jünger Jesu versammelten sich wieder und verkündeten laut, Jesus sei auferstanden, er habe den Tod besiegt.

Jesus, der vor aller Augen gestorben war, hatte sich wieder gezeigt. Die Jünger hatten ihn wieder gesehen und so hatten sie endlich begriffen: sie glaubten nun an ihn und verkündigten ihn und seine Botschaft. Sie hatten einen Toten, den sie

kannnten, wieder als Lebenden erfahren: Jesus lebte wieder. Also mußte er auferstanden sein, anders konnte man sein Leben nicht erklären. Man kleidete also die Erfahrung eines wieder lebenden Toten in das einzige Bild, das man für dieses Ereignis zur Verfügung hatte; er lebt hiob also damals: er ist auferstanden. Auferstehung ist das Bild oder das Interpretament, um auszudrücken, daß Jesus lebt.

Es war nicht eine Rückkehr zu dem Leben, wie er es vorher gelebt hatte.

In allen Osterberichten wird Jesus zunächst nicht erkannt, sondern für ein Gespenst, den Gärtner oder einen Geist gehalten. Er ging, wie es noch unbeholfen heißt, durch verschlossene Türen. Jesus zeigte sich also in anderer Wirklichkeit als in der irdischen, er zeigte sich in seiner Herrlichkeit, die zunächst nicht als solche erkennbar war. Hierher gehören auch die seltsamen Berichte von der Verklärung: sie sind in das Leben des irdischen Jesus von der Gemeinde zurückprojizierte Erfahrungen des Auferstandenen.

Das Sehen des ehemals toten, nun aber wieder offensichtlich lebenden Jesus weckte in den Jüngern den Glauben: nun erst begriffen sie Jesus und zogen aus, um ihn zu verkündigen, von seinem Leben Zeugnis zu geben, ihn als Lebenden, als Auferstandenen zu verkünden.

## Auferstehung, ein eschatologisches Ereignis

Was bedeutet das für uns? Paulus versteht Jesu Auferstehung als Angeld unserer eigenen Auferstehung. Sie ist Vorwegnahme des Endes und Anfang der Neuen Schöpfung. Insofern ist sie ein eschatologisches Ereignis, das als Vorwegnahme der Erfüllung unseren kosmologischen und weltlichen Zusammenhang durchbricht. Weil sie aber war, werden wir auferstehen. Nun muß Paulus aber in seinem ersten Korintherbrief gegen die Schwärmer der dortigen Gemeinde sehr grob zu Felde ziehen, um deren falschen Enthusiasmus zu dämpfen. Die Korinther hatten aus der Wirklichkeit „Auferstehung“ alles auf die Zukunft Hinweisende und alles Eschatologische gestrichen und wähten sich schon im Besitz der Erfüllung, die ja nur im Glauben und auf Hoffnung hin erreicht werden kann: wir haben noch nicht, aber der Horizont ist eröffnet. Jesus ist uns vorausgegangen.

Weiterhin muß Paulus den Korinthern klarmachen, daß der Auferstehungsleib nicht der sein wird, den wir hier ins Grab legen. Paulus spricht von „soma“ das heißt für ihn: der gesamte Mensch, nicht nur sein Leib. Und dieser neue

Mensch wird sein ein soma pneumatikon, ein Geistleib, nicht ein irdischer Leib, wie wir ihn jetzt haben. Mit einem Wort: wir werden anders sein, als wir jetzt sind. Jede Spekulation darüber ist müßig, wir können darüber nichts ausmachen.

Paulus versteht den Menschen als einen, der von verschiedenen Mächten beherrscht wird. Jeder Mensch hat seinen Herrn, von dem her er sich verstehen muß: die Welt, den Aberglauben, das Fleisch oder eben Christus. Von ihm her erst kann sich der Mensch interpretieren, nicht also aus sich selbst. Dieser Herr ist es auch, der nach Paulus die Kontinuität wahrt zwischen dem, was wir jetzt sind und dem, was wir sein werden. Zwischen uns jetzt und uns dann besteht radikale Diskontinuität: die Kontinuität ist allein der Herr. Das heißt also, daß jede Spekulation über das Leere oder volle Grab genauso müßig ist wie das Nachdenken darüber, wer dem Herzspender sein Herz ersetzen wird, wenn die Posaune bläst.

## Glaube an die Auferstehung

Das heißt, daß Auferstehung nur im Glauben erreicht wird, unsere wie die Jesu. Das heißt, daß die Auferstehung Jesu kein historisches Ereignis ist, weil sie unsere Kosmologie sprengt und eine neue Wirklichkeit schafft. Sie ist aus unserer innerweltlichen Wirklichkeit nicht deduzierbar und steht zu ihr in keinem kausalen Zusammenhang. Sie ist kein irdisches Ereignis unter anderen, es gibt für sie keinen Bezugspunkt und keinen Vergleichspunkt. Sie ist also in unseren Kategorien — als Ereignis — nicht faßbar. Wohl ist sie historisch faßbar in ihrer Wirkung, als Ursache des Glaubens der ersten Zeugen und ihrer Verkündigung. Nicht nur über den Vorgang als solchen, in dem der tote Jesus lebendig wird, können wir nichts ausmachen, auch kaum über die Art, in der er sich den Jüngern zeigte.

Zum ersten: Nach dem bisher Gesagten verbietet sich also jede Auffassung eines Schlafenden, der wieder erwacht, jede Auffassung eines toten Leibes, der sich wieder beseelt und den Stein des Grabes umstößt, wie es unsere abendländische Malerei so anschaulich darstellen konnte. Es handelt sich also nicht um die Rückkehr eines Toten, sondern um das Auftreten eines Lebenden. Es ist total neue Schöpfung, Vorwegnahme des Endes, eschatologisches Ereignis. Jesus lebt als der Erhöhte, Verherrlichte, Vollendete. Freilich ist der Auferstandene nur Auferstandener als der Gekreuzigte. Jesus ist der Christus und nur Jesus allein.

Zum zweiten: Aus den unterschiedlichen Berichten, die zum Teil dann legendär angereichert werden und voneinander erheblich abweichen, sind zwei Gruppen her-



auszunehmen: die eigentlichen Osterberichte, in denen Jesus sich zeigt, den Jüngern zu erkennen gibt und somit ihren Glauben weckt. Die andere Gruppe sind die Geschichten vom leeren Grab, den frommen Frauen, den Kräutern und den Engeln. Diese Berichte sind späteren Datums. Dabei bleibt die Tatsache wichtig, daß der sich zeigende Jesus den Glauben der Jünger weckt. Dieses Sehen des Auf-erstandenen wird in der Urkirche zur Legitimierung des Apostels. Paulus kann sich dabei auf sein Damaskuserlebnis berufen, in dem ihm der Herr erschienen war: Habe ich nicht den Herrn gesehen?

#### Anspruch Jesu an mich

So weit, so gut. Wieder stellen wir die Frage: was soll das alles, mir, heute? Zwei Dinge scheinen aus der Auferstehung aktuell übernehmbar und aus der paulinischen Überlegung für uns gültig zu sein. Sie scheinen übersetzbar in unseren Kontext. Einmal: Jesus lobt, und dann: von ihm allein her kann ich mich verstehen.

Jesus lebt. Er lebt, der allen sichtbar gekreuzigt wurde. Gott hat sich mit diesem Toten identifiziert, er hat ihn zum Christus gemacht. Jesus ist in seinem Anspruch bestätigt, er verlangt von mir, nur mit Macht, daß ich an ihn glaube. Er lebt und hat somit die Hoffnung aufgetan auf das Reich des Vaters, auf eine bessere Welt, in der Gott alles in allem sein wird, ich kann also hoffen auf ein Erscheinen der Güte Gottes, auf eine Zeit, in der der Mensch mit sich selbst versöhnt wird und Gott abwischen wird alle Tränen. Die Wirklichkeit der Bezüge und Zusammenhänge des Menschen geht nicht in sich selbst auf, ist mit dem Tod des Menschen nicht abgegolten: in jedem Menschen ist Exterritorialität zum Vorgehen in dem, was in ihm noch nicht geworden ist (BLOCH). Wir können getrost arbeiten, Gott wird, wenn wir sein Kommen vorbereiten, alles in allem sein. Dieses Hoffen wider alles Hoffen ist aber nur im Glauben zugänglich, es ist, soweit Hoffnung, enttäuschbar, aber vom Ende her, von der Auferstehung Christi her schon erhellt und getragen. So ist Jesus der Herr des Menschen, von dem her er sich versteht. Er versteht sich nicht aus sich allein heraus, nicht in Transzendenz ohne Transzendenz (BLOCH), sondern im Wissen, daß Christus jeweils größer ist und das Menschsein des Menschen erst erfüllen kann. Er, Christus, ist der, der mich jetzt und mich einst erst mich sein lassen wird, auch ich werde, wenn ich gestorben bin, leben. Christus wird der Übergang und

der Zugang sein vom Tod zum Leben des lebendigen Gottes.

Mehr kann und will auch Paulus nicht sagen. Mehr ist nicht nötig und das, was wir wissen, wissen wir nur auf Hoffnung hin und im Glauben. So bekennen wir weiterhin Gott als den Lebendigen, wenn wir sagen: Jesus ist auferstanden. Wir bekennen damit: Jesus lebt. Seine Sache geht weiter.

II

Der gekreuzigte Jesus nur ist auferstanden. Diese Aussage ist ein nicht zu umgehendes Korrektiv für jede Aussage über Jesus und über Gott. Das Kreuz als Skandal verbietet jede triumphalistische Siegestimmung und Vereinnahmung Jesu für das Bestehende, auch an Ostern.

Die Christenheit hat es aber fertig gebracht, von einer allzu sehr in Besitz genommenen Auferstehung her den Skandal und das Paradox des Lebens und Todes dieses Jesus mit so viel erbaulichen Schleiern zu verhüllen, daß dieses Leben und dieser Tod keinen Anstoß mehr erregen. Es wird den Christen und ihrer Botschaft allerorten wenig widersprochen, ihr Glaube ist keine Herausforderung mehr. Alles Provokatorische, alles Skandalöse des christlichen Bekenntnisses und Lebens ist neutralisiert und entschärft, scheint somit schal und abgegolten.

#### Christentum und Establishment

Es wäre an der Zeit, daß wir Christen uns wieder an diesem Jesus und an seinem Leben stießen. Er, der durchwegs und überall gegen die Etablierten und Offiziellen war, gegen die Frommen und gegen die Rechtsmäßigen, auf dem durchaus der böse Blick der guten Gesellschaft ruhte, weil er mit den Huren und den Zöllnern Gemeinschaft hielt, nicht mit den Priestern, weil er sich mit den Randsiedlern seiner Umwelt solidarisierte und identifizierte, er ist nicht sanft zu nennen. Dieser Jesus starb geächtet, und keine noch so siegossichere Auferstehungspredigt kann den Skandal und die Schmach dieses Todes verwischen. Auch im Tode ist er auf der Seite der Kleinen und Unterdrückten, nicht auf der Seite der frommen Gemeinde und der guten Gesellschaft. Das Kreuz ist sein Siegeszeichen, auch auf jede Auferstehungschristologie fällt der Schatten dieses Kreuzes. Es ist nicht Durchgangstation und Durchschreiten zu größerer Herrlichkeit. Nein, mit

diesem Gehetzten hat sich Gott identifiziert, mit niemand sonst. Hier, in dieser Ohnmacht, hat Gott seine Macht offenbar werden lassen wollen. Gott und Christus gehören in dieser Ohnmacht des Kreuzes zusammen: keine Auferstehung macht von hinten her den nicht so erbaulichen und harmlosen Tod Jesu gesellschaftsfähig.

Sein Leben und sein Tod sind trotz des vielen verzaubernden Lichts unserer Kirchenfenster keine Heiligenlegende, und auch der Umstand, daß Kreuze in Massen als Schmuck und am Halse getragen werden, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß der, der an diesem Kreuze hängt, nicht an der Brust unserer Bischöfe hängt, sondern von denen, die damals Bischöfe waren, an eben dieses Kreuz gehängt wurde.

Jesus war und ist Provokateur. Auferstehung darf das alles nicht verwischen wollen und ihn zur mehr oder minder ungefährlichen, weil erhabenen Kultgottheit machen wollen.

Die Herrlichkeit, die die Auferstehung Jesus aufgetan hat, ist denn auch eine, die wir, wenn überhaupt, nur auf Hoffnung hin haben. Jesus hat es nicht ändern können, daß Krieg ist und Kinder verhungern und sogar in seinem Namen Waffen gegen seinesgleichen erhoben werden. Auferstehung mindert nicht einen Augenblick menschlichen Schmerz, sie eröffnet aber Hoffnung auf die letztlich doch mögliche Wandlung dieser Welt zum Besseren, zu Gott, der abwischen wird alle Tränen.

Das Leben, dessen Ende in Herrlichkeit als neuen Beginn, der uns noch nicht zugänglich ist, stand unter diesem Zeichen der Hoffnung, die das Zeichen des Kreuzes war. Paradox und Skandal für alle Frommen, wirft es den Menschen zurück auf seine Ohnmacht, indem es die Ohnmacht Gottes in unheimlichem Schweigen laut vorführt. Der Mensch selbst findet hier sein Ende und seine Grenze, Gott allein bleibt der Handelnde. Und das ist Gottes Herrlichkeit, daß seine Macht vor aller Welt als seine Ohnmacht offenbar wurde. Der Tod dieses Menschen als Ausgestoßener ist Gottes Herrlichkeit. Gott ist stark in der Schwäche. Wer hier hört und glaubt, ist Jesu Bruder, Schwester und Mutter.

Gott hat sich mit einem Toten identifiziert, dessen Leben und Tod nach Paulus eine Torheit, ein Skandal, ja ein Ärgernis ist. Nur so verkünden wir, wenn wir Auferstehung sagen: Jesus lebt.

## Die Hausmitteilung

Otto SAURER, Bozen

Die Opposition, die am 29. Dezember den Vorstand zu Fall brachte, enttäuschte bei der Sitzung vom 28. Februar. Die außerordentliche Vollversammlung des Jahres 1986 wiederholte sich nicht. Damals war leidenschaftlich über die pluralistische Ausrichtung der Meraner Hochschulwochen diskutiert worden. Diesmal berührte man die Konfliktsthemen kaum. Auch wurde die Basisnähe nicht gesucht. Ein Gegendokument gegen das abgelehnte Jahresprogramm wäre nämlich ein Schritt in diese Richtung gewesen. Statt dessen flüchtete man sich in die Statutendiskussion, aus der natürlich kein Kapital zu schlagen war. So mußte sich notgedrungen der Eindruck verstärken, daß man dem Vorstand nur einen Denkzettel hatte verpassen wollen. Die Gründe hierfür sind nicht schwer zu finden.

Im Laufe des Vorjahres hatten nämlich Hellmuth LADURNER und Paul ZANON eine immer kritischere Position dem Vorstand gegenüber bezogen. Ihre Interventionen auf der Ausschußsitzung im September — vom Innenreferenten im Protokoll schlicht als „Polemik“ abgetan — führten dazu, daß der damalige Vorsitzende DELL'ANONIO die Vertrauensfrage stellte. Auf der gleichen Sitzung wurde ZANON dann zum Vorsitzenden des Jahres 1970 gewählt. Schon vorher hatten sich EBNIČER und RAFFINER kritisch zur SH-Studententagung („Kunst und Kultur“) geäußert. Der scheidende Vorstand reagierte dann unmittelbar vor der letzten Ausschußsitzung mit der Vergabe von 200.000 Lire an die „Oberschülerbewegung“ und an die gemischtsprachige „Lehrergruppe für die neue Schule“ — „an Stelle eines Kulturpreises“, wie er sich in einem Flugblatt ausdrückte. Vor allem wegen der mangelnden Information über Ziele und Zusammensetzung dieser Gruppen faßte der Ausschuß diese Vorgangsweise als Provokation auf. Nach einer längeren Diskussion wurde dann auf der letzten Ausschußsitzung des Vorjahres eine Resolution LADURNERs angenommen, die die Zuweisung nur unter der Bedingung gutieß, daß das Geld für bestimmte Zwecke verwendet würde. Das Abstimmungsresultat war nur das Signal für den Rücktritt des Vorstandes unmittelbar vor seiner Entlastung. Die Annahme der Resolution LADURNER wurde nämlich als ein Affront aufgefaßt. Der Gegenschlag ließ aber nicht lange auf sich warten. Für den Nachmittag war die erste Ausschußsitzung des Geschäftsjahres 1970 anberaumt. Fast sämtliche Mitglieder des alten Vorstandes waren in den Ausschuß eingezogen. Sie verbuchten

auch gleich schon den ersten Erfolg, als der Altvorsitzende DELL'ANTONIO mit 19 gegen 14 Stimmen vor Kurt KADAWY zum Ausschußvorsitzenden gewählt wurde. Diese Wahl vermittelte ein ungenaues Bild über die Kräfteverhältnisse im neuen Ausschuß. Vom neuen SH-Vorsitzenden Paul ZANON wurde sie mit sichtlich nervöser Registrierung. Tatsächlich fand sein Jahresprogramm dann auch prompt keine Mehrheit (14 dafür, 16 dagegen, 5 Enthaltungen). Die Referenten (RAFFINER, Kultur; STOCKER, Finanzen; HALLER, Inneres; VOLGGER, Presse; LETZNER, Sport; SPARER, Soziales; SCHWIENBACHER, Studententitel) stellten deshalb ihre Ämter zur Verfügung. Der Vorsitzende hingegen erklärte, er wolle einen zweiten Versuch machen, um über die Hürden zu kommen, was ihm dann auch mit einem neuen Vorstand (RABENSTEINER, Kultur; STOCKER, Finanzen; S. MAIR, Soziales; TAPPEINER, Inneres; SOLDERER, Presse; HÖLZL, Sport; SPARER, Studententitel; MERANER, Korreferat für politische Bildung) am 28. Februar ohne Gegenstimme gelang. Es ist schwer anzunehmen, daß die eben skizzierte Entwicklung nur auf persönliche Animositäten unter den „SH-Apparatschiks“ zurückzuführen ist.

Analysiert man die einzelnen Interventionen, so hat man im großen und ganzen doch den Eindruck, daß die einzelnen Gesichtspunkte argumentatorisch und nicht agitatorisch-verleumderisch vorgetragen wurden. Schon auf der Dezembersitzung hatte ZANON gesagt, daß der neue Vorstand bestrebt sein werde, „einen Weg kritischer Rationalität und gesellschaftlicher Verantwortung zu gehen und größere geistige Toleranz und Freiheit zu gewährleisten.“

Zwei Punkte waren es vor allem, in denen die Meinungen stark auseinander gingen. Da ist einmal die Frage nach unserem Verhältnis zu den Italienern, die sich nach der politischen Lösung neu stellt. Die Verleihung des „Kulturpreises“ an die „Lehrergruppe für eine neue Schule“ wurde zum Ausgangspunkt einer Diskussion, die es wert wäre, weitergeführt zu werden. Es ist darum begrüßenswert, daß Paul ZANON in einem Artikel dieser Nummer auf dieses komplexe kulturpolitische Problem ausführlich zu sprechen kommt. (In diesem Zusammenhang wird auch das Problem der Wahl des Studienortes und der Universität Bozen berührt.) Leider boten die beiden Ausschußsitzungen hierfür wenig Ansätze. Immerhin fiel auf, daß die österreichischen Gruppen zu dieser Frage einen anderen Zugang hatten als die italienischen.

Sodann beschäftigten sich verschiedene Interventionen mit der Stellung der Hochschülerschaft in der Südtiroler Gesellschaft. Auch hier kann man nicht sagen, daß die Diskussion zu einem neuen Selbstverständnis der Hochschülerschaft führte. Es ist aber erfreulich, daß die verschiedenen Interpretationsversuche ein recht pluralistisches Meinungsspektrum ergaben.

Zur Orientierung könnte man die Formel bringen, auf die man sich in den „Gedanken zur Kulturpolitik in Südtirol“ geeinigt hatte: „Der Südtiroler Hochschülerschaft öffnet sich hier ein weites Betätigungsfeld, das sie vielleicht bis vor wenigen Jahren zu sehr vernachlässigt oder nur zögernd und mit zu großer Rücksicht betreten hat, nämlich gesellschaftskritisches Bewußtsein oder — in üblicher Terminologie ausgedrückt — außerparlamentarische Opposition im Lande zu sein“. Es müßte danach auf der einen Seite vermieden werden, daß die SH einem intuitiv-reaktiven Aktionismus verfällt, durch den sie das demokratische Potential der Studenten verspielt. Auf der anderen Seite ist auch ein bloß trade-unionistisches Sicht der Hochschülerschaft viel zu eng. Und in diesem Punkt korrigierte Paul ZANON sein Programm. Er übertrug Gerold MERANER das Korreferat für politische Bildung, der klar zum Ausdruck brachte, daß die SH nicht umhin könne, Politik zu machen, allerdings keine Partecipolitik. Damit wollte er deutlich machen, daß erstens die SH nicht die Absicht habe, sich in die SVP-Jugend eingliedern zu lassen, daß dies aber nicht heißen, daß deshalb alles auf „Neu-Links“ zu trimmen sei. Er verbürgte sich dafür, daß die SH als Organisation weiterhin ihren Beitrag zur Demokratisierung der Südtiroler Wirtschafts- und Kulturgesellschaft leisten werde, damit eine reale soziale Demokratie hergestellt werde.

Um dies zu erreichen, muß die SH aber ihre volle Handlungsfähigkeit zurückgewinnen. Der Vorstand selbst hat seine Bereitschaft kundgetan, die eigenen Handlungen Rationalitätskriterien und demokratischer Kontrolle zu unterwerfen. Es geht deshalb in erster Linie darum, ein fruchtbares Wechselspiel zwischen Vorstand und Ausschuß und zwischen den einzelnen Kräften im Ausschuß herzustellen. Die Differenzen dürfen dabei aber nicht verschleiert werden. Nur wenn in den eigenen Reihen immer die Möglichkeit einer „Krise“ offengehalten wird, hat der Vorstand die moralische Berechtigung, für die politische Emanzipation der Südtiroler Gesellschaft zu werben.

# Lehrergruppe für eine bessere Schule und Oberschülerbewegung

Das im folgenden abgedruckte Flugblatt wurde vor Oberschulen am 23.12.1969 verteilt. Es ist von Siegfried NITZ, damals Vorstandsmitglied der SH, ausgearbeitet worden und wird als Begründung für die „Kulturpreisverleihungen“ gedacht.

## Flugblatt an Südtiroler Oberschüler

### 1. Statt eines „Kulturpreises“

an brave, verdiente Bürger, an mehr oder weniger arrivierte Künstler, an vertraute Einzeltäter mit mehr oder weniger vernünftigen Ideen...

eine finanzielle Unterstützung an Leute, die es nötiger haben.

### 2. Statt eines „Kulturpreises“

alljährlich in Südtirol in verschiedensten Variationen vergeben an Leute, von denen wir keine Neuerungen oder Impulse zu erwarten haben...

eine Solidaritätsbezeugung an Leute, deren Arbeit auf Änderung des Bestehenden im wichtigsten Sektor des „kulturellen“ Lebens hoffen läßt.

### 3. Statt eines „Kulturpreises“

eine Förderung von Leuten, denen die Mißstände in der Gesellschaft mehr wert sind.

Unsere kulturelle, soziale und politische Situation benötigt neue Ideen und Impulse.

Dies gilt in ganz besonderer Weise auch für die Südtiroler Mittel- und Oberschulen.

Wir glauben, daß die beiden Gruppen, denen wir den Preis vermitteln, sich ehrlich bemühen, unserer Schule neue Ideen und Impulse zu vermitteln und diese auch in die Praxis umzusetzen.

### 4. Statt eines „Kulturpreises“

150.000 Lire an die Oberschülerbewegung Südtirols,

50.000 Lire als Fond zur Deckung von Arbeitsspesen an die „Lehrergruppe für eine neue Schule“.

zur Verfügung gestellt vom Südtiroler Industriellenverband, vergeben vom Vorstand der Südtiroler Hochschülerschaft 1969.

Wir hoffen, daß in Zukunft die Arbeit dieser Gruppen in der Öffentlichkeit ein besseres und stärkeres Echo finden wird, als es bisher der Fall war.

DFR VORSTAND DER SÜDTIROLER  
HOCHSCHÜLERSCHAFT

Vorfaßt und vervielfältigt am 22.12.1969 in Bozen, Waltherhaus.

Verantwortlich für den Inhalt: Hansjörg Dell'Antonio.

In der letzten Ausschußsitzung des Geschäftsjahres 1969 gab es Streit. Der Vorsitzende Hansjörg DELL'ANTONIO und sein Vorstand hatten der „Oberschülerbewegung“ einen „Kulturpreis“ von 150.000 L. zuerkannt und der „Lehrergruppe für eine neue Schule“ 50.000 Lire. Dies wurde vom Ausschuß als Kompetenzübertretung des Vorstandes angesehen, weil solche Kulturpreise weder in die ordentliche Geschäftsführung fielen, noch im Jahresbudget enthalten wären, noch eine Dringlichkeitsentscheidung erforderten.

Dies wäre nicht weiter schlimm gewesen, wenn der Vorstand bereitwillig über diese — den meisten Ausschußmitgliedern unbekanntem Gruppen — Auskunft gegeben hätte. Der Vorstand war aber — außer Peter LANGER — nur nach vielfach wiederholten Fragen und unter Druck bereit, fragmentarische Antwort zu geben. So wurde z. B. auch auf entsprechende Anfragen nicht gesagt, wer für die Lehrergruppe der Geldempfänger gewesen wäre, wieviele Italiener beteiligt wären usw., obwohl — wie sich später herausstellte — mehrere Vorstandsmitglieder bei der Lehrergruppe beteiligt waren. Dadurch erhielten einige Ausschußmitglieder den Eindruck, der Vorstand wolle über irgendwelche Hintergründe nicht sprechen. Darauf wurde die folgende Resolution beschlossen, die von manchen Kollegen mit dem Prädikat „Frotzelci“ bezeichnet, aber auf alle Fälle übereilt formuliert worden ist.

## Resolution des SH-Ausschusses

Der Ausschuß heißt die prinzipielle Unterstützung der Oberschüler mit 150.000 Lire und der „Lehrergruppe für eine neue Schule“ mit 50.000 Lire unter folgenden Bedingungen gut:

1. Es handelt sich nicht um eine finanzielle Unterstützung.
2. Die angegebenen Summen werden zur Finanzierung genau umrissener Tätigkeit vergeben:
  - a) an die Oberschülerbewegung wird 150.000 Lire vergeben zur Herausgabe der Übersetzung des Buches „Lettera ad una professoressa“ (130.000 Lire) und zur Erstellung einer Oberschülerstatistik (20.000 Lire).
  - b) an die „Lehrergruppe für eine neue Schule“ 50.000 Lire zur Erstellung eines schriftlichen Konzeptes über die zukünftige Entwicklung der Schule (Volks-Mittel-Oberschule) beider Volksgruppen in Südtirol. Die Vereinigung wird bis zur 2. ordentlichen Ausschußsitzung der SH einen schriftlichen Zwischenbericht, bis zur 3. ordentlichen Ausschußsitzung das geforderte Konzept schriftlich vorlegen. Die SH ist berechtigt, diesen Bericht ohne Entgelt im SKOLAST abzudrucken.

3. Beide Gruppen haben bei jeder Ausschußsitzung über die Verwendung der Beträge schriftlich Rechenschaft ab-

zulegen. Die endgültige Abrechnung muß bis spätestens 20. September 1970 erfolgen.

4. Beide Gruppen werden bis 10. Januar 1970 jene Person nennen, die für die richtige Verwendung der Zuschüsse persönlich haftet.
5. Der Ausschuß der SH spricht die Hoffnung aus, daß die Zuschüsse im Geiste jener demokratischen Gesinnung verwendet werden, auf den beide Gruppen Anspruch erheben.

Um nähere Auskunft über die zwei Gruppen zu erhalten, wandten wir uns an Peter LANGER und Martin MAIR. Mit LANGER sprach ich (Pepi ZELGER) am 6.1.1970. Martin MAIR, den Empfänger des Geldes für die „Oberschülerbewegung“ besuchte ich am 3.1.1970 in Bruneck. Er wollte sich erst mit der Gruppe beraten — meinte er — und wir sollten am 10.1.1970 nach Bozen kommen. In Bozen waren auf Seite der SH Hans NOTDURFTER, Pepi ZELGER, Maria ZELGER vertreten. Hansjörg DELL'ANTONIO wurde gebeten zu bleiben, doch war er verhindert. Martin MAIR kam mit zwei Kollegen und einer Kollegin. Sie stellten uns folgende Bedingungen:

1. Wir müßten die Fragen schriftlich geben.
2. Das Kollektiv würde später Antworten ausarbeiten.
3. Es dürfte von den Antworten nichts gekürzt werden.

Wir waren nicht bereit, die Fragen schriftlich vorzulegen, weil wir von der Gruppe nicht viel wußten, so daß wir die Fragen erst während des Gesprächs formulieren könnten. Unsere Alternativvorschläge waren:

1. Wir formulieren jede Frage einzeln schriftlich; die Oberschüler könnten sich dann beraten und eine schriftliche Antwort ausarbeiten. Darauf erst würden wir die nächste Frage stellen oder:
2. Wir fragen, und irgend ein Oberschüler antwortet im eigenen Namen, wenn schon die Anwesenden nicht für das Kollektiv sprechen könnten.
3. Das Kollektiv der Oberschülerbewegung verfaßt einen Artikel. Es würde uns besonders interessieren, was die Gruppe bisher getan hätte, was sie weiter beabsichtige, wieviel Italiener beteiligt wären, wieviel Oberschüler ihre Bewegung unterstützten und ob die Gruppe einer bestimmten Ideologie anhängt.

Der dritte Vorschlag wurde angenommen. Leider hat uns das Kollektiv der Oberschüler dann aber anstelle des Artikels nur ein früher verteiltes Flugblatt gebracht und dazu die bisher einmalig herausgebrachte „Alternative“, ein Zeitungsdoublet, das — wie aus dem Impressum hervorgeht — „von einer Gruppe demokratischer Studenten, Bozen, Goethestraße 44“ herausgegeben worden war. Wir hoffen, daß das nicht die letzten und einzigen Informationen sind, die uns von der „Oberschülerbewegung“ zukommen. Das Flugblatt drucken wir hier ab (siehe nächste Seite).

## STUDENTEN!

Geht es uns wirklich schlecht? Haben wir wirklich Grund zur Unzufriedenheit? Wo doch alle für uns sorgen...: die Direktoren und Professoren durch ihre weise Obhut über uns, durch Wachsamkeit gegen Fehlinvestitionen in unserem schulischen und privaten Leben, durch Vermittlung jahrhundertalten, bewährten Wissens. Das Land durch einige Stipendien. Der Staat durch Schulhausbau (da und dort, dann und wann — nur Geduld!). Das Kulturinstitut durch Aufsatzwettbewerbe, verbilligte Theaterkarten und Buchgeschenke an die Fleißigen. Das Elternhaus durch mehr oder weniger Erziehung und Freiheit. Das Schülerheim durch gutes Essen am Sonntag, freien Ausgang hin und wieder und Berieselung unserer Seelen. Die Kirche durch Besinnungstage und -vorträge. Der Zelger, der Seberich, der Waldthaler, der Unterrichtsminister...

Sogar das Recht, Schülerversammlungen abzuhalten, ist uns durch Gottes und Sullios Gnaden (durch unser Engagement bestimmt nicht!) zugestanden worden.

Merken wir jetzt endlich etwas? Merken wir, wie man uns zur Passivität und Unmündigkeit, zur Kritiklosigkeit und Unterwerfung, zur reibungslosen Eingliederung in ein gefestigtes System dressiert hat?

Dagegen ist nur eines möglich: wir müssen „zu uns selbst kommen“, Bewußt werden und unser Schicksal selbst in die Hand nehmen. Nicht erleiden und hinnehmen, was uns geboten wird, sondern selbst aktiv werden. Wir müssen uns treffen, überlegen, diskutieren, etwas unternehmen. Wir müssen in uns selbst und den anderen jenes Bewußtsein schaffen, das es uns überhaupt erst ermöglicht, eine andere Rolle zu spielen als bisher.

Natürlich wird jetzt mancher glauben, Lunte zu riechen. Aha, die Roten, wieder einmal. Auch die Südtiroler Schulen werden verunsichert. Man will die Oberschüler manipulieren. Als Kanonenfutter mißbrauchen für weiß Gott welche und wessen heimliche Absichten. Für die Kommunisten, Maoisten, Dutschkeisten, „brücke“-isten, und anderes dergleichen Ungetier. Dagegen hilft nur eins: Solidarität mit unseren angegriffenen und mißhandelten Professoren, Rückkehr in den Schafstall, Trotz im alten Gleichschritt und Blöken im harmonischen Heimatton. Für die ewigen Werte, die Wissenschaft, die Bildung, den Seelenadel, die stille Größe, die bewährte Ordnung, den Fortschritt in der Kontinuität, das Neue ohne Erschütterung, die Sachlichkeit, die Gründlichkeit...

Und wenn wir uns doch zum selbständigen Denken durchringen? Fällt uns vielleicht etwas auf?

— An Südtiroler Schulen regt sich noch weniger als anderswo (und weniger auch als an den italienischen Schulen Südtirols). Wohl weil dort alles in Ordnung ist und wir in Südtirol keine Radaubröder und Randalierer brauchen? Oder weil der

Tiroler erst mit 40 aufwacht — wenn er schon seinen gesicherten Posten im Landhaus, unter den Lauben oder sonstwo hat? Oder warum?

— Südtiroler Professoren sind selbstherrlicher und uneingeschränkter als anderswo. Schüler, Eltern von Schülern, Schülervertretungen, usw. sind gegen Übergriffe praktisch machtlos. Ist das Zufall?

— Wir Südtiroler Oberschüler haben dabei kaum ein Bewußtsein unseres Zustandes und unserer Forderungen. Wir wurden so erzogen, daß wir uns oft ohne große Schwierigkeiten im althergebrachten System wohl fühlen.

Warum dann Veränderung? Oder gibt es doch Gründe dazu?

— Daß z. B. an Südtiroler Schulen die Heranbildung zu einem unpolitischen Dasein besonders stark entwickelt ist. Durch die objektiv schwierigere Lage der Deutschen in Südtirol, durch das SVP-geschulte Einheitsdenken ohne politische Differenzierung, durch die Schulbildung mit dem Schwerpunkt auf bloß betrachtender und bewahrender Kultur, zum Beispiel.

— Wer sich nicht zu Strobertum verbiiden läßt (wodurch er wirksam verhindert wird, seinen Blick auf die Probleme der Gesellschaft in der Gegenwart zu lenken), der wird durch Sportveranstaltungen, Tanz, „kränzchen“, Faschingszeitungen und andere harmlose Blättchen (die ja im gefährlichen Moment verboten werden können), gelenkten Kulturgenuß usw. entschärft.

— Man drillt uns wirksam auf alle jene Werte hin (Genauigkeit, Gründlichkeit, Ordnung, Fleiß, Pünktlichkeit, v. dgl.), die nur dann Sinn haben, wenn man sich fragt, wozu sie dienen. Diese Frage aber wird geflissentlich vermieden.

— Man kommt uns häufig gerade im rechten Moment soweit entzogen, als es unbedingt notwendig ist, um unser Vertrauen in die vorgesetzte Obrigkeit zu erhalten: damit soll uns immer wieder bewiesen werden, daß letztlich unsere Anliegen eben doch bei den verschiedenen Zelger, Seberich, Cozzi, Sailer, Schmalz, Strobl, Koffler usw. am besten aufgehoben sind und kein Grund zum Aufbegehren besteht:

wir sollen überzeugt sein, daß die Reformen von oben doch jedenfalls die besten sind.

— Dann und wann hört man sogar von „Partnerschaft“ reden: in den meisten Fällen heißt das dann, daß uns ein scheinbares Mitspracherecht gegeben wird, durch das wir sogar die von oben getroffenen Entscheidungen untermauern helfen.

— Einige wirksame Sicherungen sind in das System eingebaut, damit alles bleibt, wie es ist:

Kontakte zwischen Oberschülern verschiedener Schulen und mit Hochschülern werden kontrolliert oder unterbunden.

Wer „unangenehm auffällt“, wird direkt oder indirekt gemäßigelt.

Hoher Leistungsdruck bürgt für Unmöglichkeit, auf „böse Gedanken“ zu kommen. Die nötige Information wird uns wirksam vorenthalten und behindert, wenn Versuche dazu unternommen werden (oppositionelle Presse, nicht-konformistische Schülerzeitungen, Flugblätter, Diskussionen).

Einige Tabus (Verbot des Kontaktes mit Italienern, mit verfeimten Südtirolern usw.) stützen dieses System und werden auch gefühlsmäßig unterbaut, damit ein Südtiroler Oberschüler „weiß, was sich gehört“. Schüler, die aus jenen sozialen Schichten stammen, die unsere Schulkultur nicht geprägt haben (vor allem Bauernkinder) werden durch das Milieu gezwungen, sich der bürgerlichen Welt anzupassen.

Über diese Probleme und alle unsere anderen Fragen müssen wir uns frei aussprechen können. Wir müssen aber achten, daß wir uns nicht selbst zur Ohnmacht verurteilen, indem wir bei unseren Versammlungen einfach über Schulausflüge und etwa bossere Turnhallen oder Duschen diskutieren! Nur wenn wir uns selbst helfen, kann sich etwas ändern.

Bewegung zur Vorbereitung  
einer Vereinigung  
Südtiroler Oberschüler  
Bozen Goethestraße 44 - II St.

Treffpunkt: Montag, Mittwoch, Freitag  
17—18 Uhr



# Interview mit Peter Langer

Pepi ZELGER, Innsbruck

SKOLAST: Wie heißt die Lehrergruppe, der die SH die Unterstützung von 50.000 Lire zuwies?

LANGER: Ja, also, ich möchte vorausschicken, daß ich jetzt allein für mich spreche und nicht im Namen der Gruppe. Ich persönlich habe mit der Gruppe seit ungefähr eineinhalb Monaten keinen Kontakt mehr, weil ich erst seit kurzer Zeit wieder in Bozen bin und noch keine Gelegenheit hatte, mich über den seitherigen Arbeitsverlauf zu erkundigen. Damals, vor eineinhalb Monaten, als ich mit DFL-L'ANTONIO die erste Versammlung der Gruppe besuchte, hatte die Gruppe überhaupt keinen Namen und man überlegte sich, ob man ihr überhaupt einen geben sollte, denn ohne Namen sei es leichter. Man wollte schon gar nicht einen Verein organisieren, sondern in losen, spontanen Gruppen arbeiten, die von Tag zu Tag kleiner oder größer sein mögen, in denen die Leute einen Tag mitarbeiten und den anderen Tag wieder nicht. Inzwischen hat man doch einen Namen gefunden: „Gruppe für eine neue Schule“.

SKOLAST: Ja, es geht jetzt ja auch nicht um den Namen, sondern es geht uns darum, zu wissen: wer ist bei dieser Gruppe, und was setzt sie sich zum Ziel?

LANGER: Ich kann nur wieder sagen, daß ich mich auf die 1. Versammlung berufen muß. Ein gewisser Prof. Benito BARDELOTTO hatte sie einberufen und geleitet. Er ist ein ehemaliger Lyzealprofessor di ruolo, mit laurea usw., der sich vor kurzer Zeit in die Mittelschule hat versetzen lassen, weil er der Ansicht ist, daß man gerade in der Mittelschule jetzt am meisten tun kann. Er hat — meines Wissens — entscheidend teilgenommen am Dopuscuola in Haslach. Im vorigen Jahr waren nämlich in Haslach mehr als zwei Drittel einer Klasse zur Nachprüfung geschickt worden. Sie haben dann ein Dopuscuola in den Ferien organisiert; BARDELOTTO und andere Mitglieder der Lehrergruppe haben aktiv daran teilgenommen. Der Erfolg war sehr groß; ich glaube, es sind bei der Nachprüfung bloß ein oder zwei Schüler nicht durchgekommen; alle anderen sind durchgekommen.

SKOLAST: Wer ist außerdem beteiligt an der Gruppe? Wieviel deutschsprachige, wieviel italienischsprachige Leute?

LANGER: Bei dieser ersten Versammlung waren wir — glaube ich — vier oder fünf deutschsprachige; einige waren entschuldigt, andere haben sich nicht gemeldet. Außerdem waren etwa 15 Italiener dabei und zwar drei bis vier ältere, also di ruolo und mit allen Studientiteln, das andere Studenten oder Supplenten, meistens junge natürlich.

SKOLAST: Hat die Gruppe bisher schon etwas getan?

LANGER: Ich bin darüber momentan lei-

der zu wenig informiert, weil ich aus verschiedenen Gründen wirklich nicht die Zeit hatte, mich näher zu erkundigen. Jedoch hat sie inzwischen unbedingt gearbeitet, ist aber allerdings jetzt vor Weihnachten in eine Krise getreten, weil die Leute einfach nicht mehr zu den Versammlungen gingen — ich glaube die letzte Versammlung hatte acht oder neun Leute — Aber das war mehr ein technischer Versager, ein Organisationsversager, glaube ich. Die Gruppe hat auch ein Flugblatt herausgegeben. Was die Gruppe sonst getan hat: sie hat sich meines Wissens ziemlich oft getroffen und sie hat inzwischen den Problemerkis abgesteckt und die Leute sind sich vielleicht untereinander klargeworden, was denn nun wirklich wichtig ist.

SKOLAST: Wir kommen also vielleicht schon zum Ziel, zu den Aufgaben, die sich diese Lehrergruppe stellt.

LANGER: Eine Gruppe von Italienern hat dort in der ersten Versammlung als wichtigstes Problem das der teuren Bücher angesehen. Es wurde anhand von Statistiken aufgezeigt, daß Schüler der ersten Mittelschule (die Mittelschule ist, das wollte ich vorausschicken, gesetzlich völlig kostenlos, also sowohl ohne Schultaxen als auch ohne Schulbücher. Die Schulbücher müßten von der Schule gestellt werden) 14.000 Lire zahlen müssen und in der dritten Klasse sogar 36.000 Lire für Schulbücher. Einige Italiener sahen darin das Wichtigste, daß man versucht, diesem Umstand abzuwehren, 36.000 Lire, ohne dann etwas davon vorkaufen zu können, weil im nächsten Jahr Verlag oder Ausgabe gewechselt werden. Bei den Deutschen ist es dagegen so, daß die Bücher entweder vom Arbeitskreis Deutscher Mittelschullehrer oder von Österreich oder von Deutschland bezogen werden und doch durch eine gewisse Zeitspanne hindurch — ich weiß nicht, vier oder fünf Jahre — meistens gleich bleiben. Deswegen können sie auch weiterverkauft werden. Das Problem ist deshalb dort nicht so wichtig.

Dann war noch ein Problem — und ich habe mich gewundert, daß man sich da noch nicht sehr einig war damals; nicht alle haben es als ein so wichtiges Problem empfunden, wie ich es selbst empfinde. Es war aber immer noch die Mehrheit dafür. Das war das Problem der Note. Es gibt einige Lehrer in Südtirol, die versuchen, auf die Note zu verzichten und mit der Note auf Prüfungen, Schularbeiten und Zettelarbeiten usw., die also ihre Bewertung einfach auf die Zusammenarbeit durch das ganze Jahr hindurch basieren. Das ist natürlich nur möglich, wenn sich der Lehrer ungemein anstrengt, ein anständiges Programm zu präsentieren und das Programm so zu präsentieren, daß die Leute wirklich mitarbeiten. Sollten sich dann immer noch einige Schwierigkeiten ergeben — es gibt immer Leute,

die auch bei der besten Vorbereitung nicht mitarbeiten wollen — dann kann man die immer noch prüfen.

SKOLAST: So unproblematisch scheint mir das nicht zu sein. Ich erinnere mich an meinen eigenen Chemieunterricht damals noch in der Mittelschule. Dort wurde ich überhaupt nie in Chemie geprüft; ich habe mich zwar beteiligt, habe immer sehr gute Noten bekommen und trotzdem nichts mitgekriegt.

LANGER: Ja, das ist eine Sache — selbstverständlich sind sich diese Leute des Problems bewußt — Also bei Fächern, die wirklich einen progressiven Wissen voraussetzen — Chemie, Physik, Mathematik, usw. — kann man vielleicht auf solche Sachen nicht verzichten. Ich glaube, die Gruppe hat inzwischen sicher auch über dieses Problem gesprochen. Zufälligerweise waren bei der ersten Sitzung fast nur literarische Fächer vertreten und deswegen ist es vielleicht mehr auf dieser Basis besprochen worden: in Geschichte, Deutsch oder Philosophie kann ganz leicht der eine oder andere ab und zu ein Referat halten oder einen kleinen Teil selbständig vorbereiten, so daß der Unterricht eine richtige Teamarbeit wird.

Dann war noch ein sehr wichtiger Punkt: der Mathematikunterricht, der bei uns — ich bin da völliger Laie — soweit ich es verstanden habe, völlig blödsinnig aufgebaut ist. Es gäbe da ganz wunderbare Methoden mit Gleichungssystemen und ... Mengenlehre. Ich bin überzeugt, daß diese verhältnismäßig leicht einzuführen wären und ich weiß, daß auch da einige Mitarbeiter dieser Gruppe sich bereit erklärt haben, anderen Kollegen kleine Kurse zu halten oder eventuell eine kleine Studientagung, usw.

SKOLAST: Darf ich vielleicht darauf aufmerksam machen, daß anderswo, z. B. in Ostdeutschland, der ganze Mathematikunterricht bereits darauf aufgebaut ist.

LANGER: Ja oben. Und das müßte auch bei uns eingeführt werden, weil es eben leichter ist.

SKOLAST: Nein, nicht leichter, aber es führt zu einem wesentlicheren Verständnis der Mathematik und ergibt eine ganz ausgezeichnete Vorbereitung für die Universität. Es führt auf jeden Fall zu klarem Begriff und logischem Denken.

Aber das war nebenbei.

Da hätten wir jetzt drei Punkte gehabt. Ist bei dieser ersten Versammlung noch ein weiterer Punkt zur Sprache gekommen?

LANGER: Ja natürlich. Die Sache mit der Zusammenarbeit zwischen Professor und Schüler, das ganze Verhältnis, das nicht

eine Abwehrsteilung sein dürfte, also das Verhältnis Schüler-Lehrer, von dem schon unsere Professoren immer sagten, daß das geändert werden müsse, usw. Ich meinerseits habe aber nie — ich weiß nicht, ob das dir passiert ist — ein richtiges Verhältnis, ein Freundschaftsverhältnis Professor-Schüler gehabt. Ich glaube, das war auch nicht möglich. Vielleicht ist es bedingt durch den großen Altersunterschied unserer Professoren, die wirklich zu alt waren für ein freundschaftliches Verhältnis. Das kann sein. Darin sind diese Leute natürlich kolossal begünstigt, weil sie jung sind und weil nur ganz wenig Altersunterschied ist zwischen ihnen und ihren Schülern und ich glaube, da ist ein Kontakt auch leichter.

SKOLAST: Die Leute dürften sich in der Sache ganz nett täuschen, in dem Sinn, daß sie das Lehrer-Schüler Verhältnis freundschaftlich ausbauen wollten und dafür meinen, sie könnten sich das Fachwissen ersparen.

LANGER: Ja, da braucht es natürlich ein Maximum an pädagogischer Fähigkeit und an Sachwissen, darüber sind wir uns ohne weiteres einig. Aber in den Optimalfällen ist es wirklich eine Herrlichkeit. Ich weiß z. B., es gibt unter diesen Leuten solche, die ein *Doposcuola* auch jetzt unter dem Schuljahr am Nachmittag machen. Also Aufgabenstunden in der Schule. Leute, die den Direktor ihrer Schule angegangen sind, damit er ihnen auch am Nachmittag die Aulen zur Verfügung stellt und die also gemeinsam, mit Mitarbeit eines Professors, verschiedene Schulaufgaben erledigen. Die machen also genau das was unsere Professoren uns immer verboten haben, das Zusammenarbeiten.

SKOLAST: Ich meine, solche Gemeinschaftsarbeiten könnte man ja auch auf höherem Niveau, also Universität usw. viel mehr pflegen. In Frankreich ist es ja möglich, daß die Dissertation von zwei oder eventuell gar mehreren Leuten gemeinsam gemacht wird. Und dies mit einem positiven Erfolg.

LANGER: Allein die Möglichkeit, daß die Leute das schon in den unteren Kursen der Schule lernen, ist sehr wichtig. Denn auf der Universität ist es einfach zu spät dafür. Das ist genauso, wie wir auf der Universität dann nicht reden können, weil wir nie geübt haben, in einer Diskussion zu reden oder einen kleinen Vortrag zu halten usw. Alle diese Sachen fehlen uns.

Dann ist noch ein wichtiges Problem, und vielleicht ist das der Hauptgrund, warum der Vorstand des Jahres 1989 der SH dieser Gruppe diese Solidaritätsunterstützung verliehen hat: daß diese Lehrerbewegung völlig solidarisch ist mit den

Ideen der Oberschülerbewegung und also auch völlig einverstanden ist mit den *assemblee* und Schulversammlungen, Generalschulversammlungen, Stadtversammlungen, also daß die Leute anfangen sich zu organisieren, ohne sich aber zu Vereinen zu kristallisieren. Sie haben sich damals jedenfalls bereit erklärt, den Oberschülern bei ihrer Statistik zu helfen und in ihren Klassen und Schulen die exakte Ausfüllung dieser Fragebögen zu propagieren, usw.

SKOLAST: Dann würden sich die Mitglieder dieser Lehrergruppe also auch als „links“ bezeichnen?

LANGER: Ich weiß nicht, ob sich die Oberschülerbewegung als „links stehend“ bezeichnet hat, ich selber habe das nie gehört.

SKOLAST: Meines Wissens ist da von MAIR Martin mit Kollegen eine von einer Schülerversammlung demokratisch getroffene Entscheidung torpediert worden, die Entscheidung, daß bei Schülerversammlungen auch Professoren anwesend sein sollten.

LANGER: Ja, das geht zurück auf ein nicht sehr klares Ministerialrundschreiben. In diesem ministerialen Rundschreiben steht, daß — ich weiß weder Datum noch Nummer, ich habe es nur einmal ganz kurz gelesen — es Recht und Pflicht des Direktors ist, bei den Schülerversammlungen anwesend zu sein. Und wenn er nicht kann, so kann er einen Stellvertreter schicken. Dieses Rundschreiben ist von verschiedenen Seiten angefochten worden. Ich weiß nicht, wie legal der Wert dieses Schreibens ist, ich weiß jedenfalls, daß Anfechtungsgründe existieren. Ob man jetzt andere Professoren mitnimmt oder nicht, das hängt allein von der Schülerversammlung ab. Wenn die Schülerversammlung mehrheitlich dafür ist, daß gewisse Professoren dabei sein können, dann können die ruhig dabei sein.

SKOLAST: Das war hier auch der Fall; MAIR Martin hat aber dann dagegen opponiert, in einer nicht ganz demokratischen Art. Aber darüber werde ich ihn selber befragen.

LANGER: Ich möchte ihn nicht verteidigen, denn ich weiß vom Fall zuwenig, ich war selber nicht dabei.

SKOLAST: Hat diese Lehrergruppe als solche eine ideologische Ausrichtung? eine bestimmte?

LANGER: Ja sicher. Die Ideologie ist ganz einfach die einer guten Schule. Man kann das ohne weiteres als Ideologie auslegen, denn die Leute, die mit der bisherigen Schule zufrieden sind, die hängen ganz gewissen Ideologien an, und die Leu-

te, die nicht mit der Schule zufrieden sind und die sich dagegen wehren und protestieren, die hängen auch einer gewissen Ideologie an.

SKOLAST: Welcher Ideologie?

LANGER: Der Ideologie einer sozialen Schule. Daß die Schule wirklich der Grundstein des sozialen Denkens sein kann und die beste Basis, einen Menschen sozial zu erziehen, in jeder Hinsicht.

SKOLAST: So ausgedrückt würde ich es nicht eine Ideologie nennen, aber das sind ja dann reine Wortstreitereien.

LANGER: Es gibt natürlich Leute in dieser Gruppe, die gewissen Parteien angehören, ich glaube es ist einer darunter von der Kommunistischen Partei, ich glaube einige von den *Indipendenti di Sinistra* und auch andere, aber ich glaube, das hat an sich mit der Gruppenideologie nichts zu tun. Wenn Du das wissen willst, ob gewisse Leute gewissen Parteien angehören, dann bitte ...

SKOLAST: Ist Alexander LANGER beteiligt?

LANGER: Ja, Alexander ist beteiligt daran.

SKOLAST: Wer ist sonst noch dabei?


LANGER: Ich weiß nicht, ob die jetzt noch dabei sind, ja sicher sind sie dabei: MENAPACE, dann eben BARDELOTTO, einige Junge, ich glaube Intraud MAYR, dann war DELL'ANTONIO dort, ich hoffe, auch NITZ war dort, im Augenblick fallen mir keine anderen Namen ein.

SKOLAST: Abschließend noch eine Frage: ist es sinnvoll, Schulprobleme, die sich bei den italienischen und bei den deutschen Schulen sehr verschieden stellen, in einer gemeinsamen Gruppe zu behandeln? Wäre es nicht günstiger, rein von den Sachgebieten, von der Aufgabe her, die Gruppen vollkommen unabhängig zu führen, als deutschsprachige und als italienische? Ich glaube nicht, daß in diesem Falle sich eine Zusammenarbeit auf die Arbeit günstig auswirkt.

LANGER: Auch diese Frage wurde damals gestellt, und es waren sich eigentlich alle einig, daß es vom arbeitstechnischen Standpunkt aus gewisse Vorteile gäbe, wenn man in gewissen Fächern getrennt arbeiten würde, oder auf gewissen Gebieten, daß jedoch die Zusammenarbeit Deutsche-Italiener gerade auf diesem Gebiet ungemein wichtig wäre und auf keinen Fall vernachlässigt werden dürfe.

SKOLAST: Warum ungemein wichtig?

LANGER: Weil die Erziehung doch, wenn sie sozial ausgerichtet sein soll, keine




## TANZSCHULE *Spetzger*

**DAS DIPLOMIERTE MEISTERTANZPAAR**  
BOZEN, Rathausplatz 3 - Tel. 25 0 78


Laufend Beginn neuer Kurse aller Art

Privatstunden jederzeit  
Eigene Kurse für Ehepaare  
Extrakurse für Höflichkeit heute

Tanzenlernen ganz leicht, direkt ein Vergnügen  
durch unsere Methode.



Mitglied



autor. Welttanzprogramm



Sprachunterschiede kennen darf und keine ethischen Unterschiede.

SKOLAST: Ethnischen oder ethischen?

LANGER: Beides. Und gerade in diesem Fall hat man damals beschlossen, gewisse Arbeitskreise zu bilden. Der Arbeitskreis, der sich mit dem Preis der Schulbücher befaßte, mußte unbedingt und wird auch getrennt arbeiten. Daß gewisse andere Sachen, z. B. der Arbeitskreis, der über die Note diskutieren wird, ruhig aus Italienern und Deutschen bestehen kann, ist wohl selbstverständlich.

SKOLAST: Ich würde es nicht so stark betonen, daß kein Unterschied nach ethnischen Gruppen in der Erziehung sein sollte, weil doch jede Sprachgruppe einfach auf anderen Voraussetzungen aufbaut. Rein eine Zusammenarbeit in Mathematik, in der Notengebung ist selbstverständlich problemlos.

LANGER: Wahrscheinlich auch in der Ideologie.

SKOLAST: Das verstehe ich nicht.

LANGER: Wir haben vorher von der Ideologie dieser Gruppe gesprochen. Ich glaube, daß eben die Ideologie der Gruppe für beide Teile dieselbe sein kann: die Art der Erziehung, die Art der Auffassung des Unterrichts, usw. Aber ich glaube, das sind Probleme, die diese Gruppe momentan noch nicht berühren. Du mußt bedenken, sie ist doch im Anfangsstadium, und es werden sich sicher Differenzen herauskristallisieren, wenn — und das ist zu hoffen und ich möchte es unbedingt auch noch gesagt haben — die deutsche Gruppe stärker daran teilnehmen wird.

SKOLAST: Dann stellt es sich diese Gruppe also klar zum Ziel, eine gemischt-sprachige Schule herbeizuführen?

LANGER: Das will ich nicht behauptet haben.

SKOLAST: Wenigstens gemischt-sprachige Kindergärten?

LANGER: Auch das will ich nicht behauptet haben.

Ich persönlich habe den Eindruck, daß die Supplenten deutscher Muttersprache, die ungeheuer viele sind, das Problem der schlechten Schule am wenigsten empfinden. Das kann jeder bestätigen, der entweder selber unterrichtet und bei seinen Kollegen etwas umhergehört hat oder der ganz einfach Schüler von der Mittelschule oder von der Oberschule befragt, die solche Professoren haben.

Ich bin nicht gegen eine gewerkschaftliche Organisation der Supplenten, aber in erster Linie sollen sie ihre Pflicht tun.

## Promotionen

ANDERGASSEN Gotthard	Promoviert zum Doktor der Rechtswissenschaften an der Universität Florenz
DE VARDA Ernst	Promoviert zum Doktor der Handelswissenschaften an der Universität Bologna
EGGER Kurt	Promoviert zum Doktor der Neuphilologie an der Università Cattolica von Mailand
FELDER Maria	Promoviert zum Doktor der Philosophie, Fachrichtung Klassische Archäologie an der Universität Innsbruck
GRABMAIER Walter	Promoviert zum Doktor der Handelswissenschaften an der Universität Bologna
GROSSRUBATSCHER Franz	Promoviert zum Doktor der Handels- und Wirtschaftswissenschaften an der Università Ca' Foscari in Venedig
LEITNER Leonhard	Graduiert zum Diplomingenieur für das gesamte Bauwesen an der Technischen Hochschule in Wien
LUNZ Arno	Graduiert zum Diplomingenieur in Architektur an der Technischen Hochschule in Wien
MAIER geb. VIGL Elsa	Promoviert zum Doktor der Pädagogik an der Universität Padua
MIRIBUNG Ida	Promoviert zum Doktor der Philosophie an der Universität Innsbruck
MUTSCHLECHNER Elisabeth	Promoviert zum Doktor der Staatswissenschaften an der Universität Padua
OBERLECHNER Wolfgang	Promoviert zum Doktor der gesamten Heilkunde an der Universität Bologna
PABST Otto	Graduiert zum Diplomingenieur für den allgemeinen Maschinenbau an der Technischen Hochschule in Graz
PALLUA Haymo	Promoviert zum Doktor der Philosophie, Fachrichtung Vor- und Frühgeschichte an der Universität Innsbruck
PLATTNER Erwin	Graduiert zum Diplomingenieur in Architektur an der Technischen Hochschule in Graz
ROTTENSTEINER Ferdinand	Promoviert zum Doktor der Philosophie an der Universität Innsbruck
SCHAHALL Rosemarie	Promoviert zum Doktor der Naturwissenschaften an der Universität Padua
SCHWARZ Johann	Promoviert zum Doktor der Philosophie, Fachrichtung Geschichte, an der Universität Innsbruck
SITZMANN Anton, Dr	Graduiert zum Bibliothekaren an der Österreichischen Nationalbibliothek Wien
SULZENBACHER Walter	Graduiert zum Diplomingenieur, Fachrichtung Bauwesen, an der Universität Padua
TORGGLER Albert	Graduiert zum Diplomingenieur in Architektur an der Technischen Hochschule Graz
TREBO Hermann	Graduiert zum Diplomingenieur in Architektur an der Technischen Hochschule in Graz
TREVISANI Hans	Promoviert zum Doktor der Chemie an der Universität Bologna
ÜBERBACHER Walter	Promoviert zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck
WIELAND Othmar	Promoviert zum Doktor der Theologie an der Universität Innsbruck
ZWICK Hubert	Promoviert zum Doktor der Handelswissenschaften an der Università Ca' Foscari in Venedig

### HELFT DEM SÜDTIROLER KINDERDORF

Zentralkanzlei: 39012 Meran, Rennweg 52  
Telefon 30 2 87, Sparkasse Meran, Konto 660900

DAMIT AUCH DAS ARME, VERLASSENE KIND EIN NÜTZLICHES MITGLIED DER MENSCHLICHEN GESELLSCHAFT WERDEN KANN, DIE ZUKUNFT UNSERES LANDES LIEGT IN DEN HÄNDEN UNSERER KINDER. DIE ZUKUNFT UNSERER KINDER LIEGT IN UNSERER HAND.

# Das Gesetz zur Liberalisierung des Hochschulstudiums in Italien

2-ter LANGER, Rom

## Dank

Die Südtiroler Hochschülerschaft möchte noch auf diesem Wege den Abgeordneten Hans DIETL und Dr. Karl MITTERDORFER, sowie dem Generalkonsul von Innsbruck Dr. RESTIVO für ihren Einsatz zwecks Abschaffung der Einreisebeschränkungen danken.

Erst dadurch wird auch den im Ausland studierenden, militärpflichtigen Kollegen eine Heimfahrt jederzeit ermöglicht. Von der persönlichen Freiheit abgesehen, ist dies eine unbedingte Grundvoraussetzung für das Verfassen wissenschaftlicher Arbeiten über Südtirol.

Anfang Dezember erschien ein neues Gesetz, das wenige Tage darauf schon in Kraft trat: nach diesem Gesetz können nun alle Fakultäten mit jeder Matura besucht werden. Es bestehen also nun nicht mehr wie früher gewisse Klauseln; „lettere e filosofia“ z. B. kann nun auch mit der Handelsober- oder Geometerschulmatura besucht werden und nicht nur — wie bisher — von Studenten mit klassischer Reifeprüfung. Da ich der Ansicht bin, daß dieses Gesetz viele unserer Studentitelerkennungsprobleme lösen könnte, möchte ich meinem Nachfolger und besonders den zuständigen Behörden und Institutionen diesbezügliche Studien und Verhandlungen ans Herz legen.

Ich ging gleich nach Erscheinen dieses Gesetzes ins Unterrichtsministerium in Rom: Dott. ROTUNDI, Direzione Generale per l'istruzione universitaria, war derselben Ansicht wie ich: wurde bisher, bei z. B. wissenschaftlicher Matura und österr. Phil. Doktorat in etwa Geschichte, „laurea in magistero“ als „äquivalenter“ Titel anerkannt, müßte es nun möglich sein, auch bei fehlender klassischer Matura, „lettere e filosofia“ anerkannt zu bekommen.

Ich suchte eine Bestätigung im Außenministerium: Prof. LEONARDI, Relazioni culturali con l'Austria, ist anderer Ansicht: das Gesetz ist auf keinen Fall rückwirkend und kommt also nur für die Leute in Frage, die ab Herbst 1969 inskribiert haben. Die Leute mit „alten“ Titeln würden wie bisher behandelt werden.

Da die beiden Ministerien verschiedener Ansicht sind, würde in einem Streitfall das „consiglio di stato“ befragt und dieses wäre meiner Ansicht vielleicht im Stände, einen brauchbaren Präzedenzfall zu schaffen; es gibt nämlich Leute, die nicht nur statt des wirklich äquivalenten Titels einen anderen anerkannt bekommen, sondern auch solche, die auf Grund ihrer „falschen“ Matura ihren Titel in Italien überhaupt nicht anerkannt bekommen. Vor allem diesen wäre also mit einem Präzedenzfall geholfen. (1)

Ich möchte noch kurz darauf hinweisen, daß es im Fall einer „falschen“ Matura auch nichts hilft, nachträglich die „richtige“ zu machen. Auch in diesem Fall erhebt das Außenministerium Einspruch: der Studienablauf sei nicht regelmäßig und deshalb ungültig.

Eine viel radikalere und bessere Lösung des Problems wäre natürlich eine eindeutige Klärung: das Gesetz muß auch rückwirkend Geltung haben; in diesem Fall wäre ein diesbezügliches Gesuch an das Unterrichtsministerium Rom zu richten, die Sachlage genau zu erklären und die Rückwirkung, wenigstens für die Anerkennungsfragen zu fordern. Aber warum muß gerade die unbedeutende Hochschülerschaft solche Sachen machen, mit der

Aussicht auf gar keinen Erfolg, während Assessorat, Schulamt und — ganz zu schweigen — der neue Verein SH-SKI, das „Forum“, offenbar mit verschränkten Armen dasitzen?

Ich muß noch auf eine weitere wichtige Sache hinweisen: für die Absolventen der Lehrerbildungsanstalten, die ja nur vier Jahre lang eine „höhere Schule“ besuchen, ist — damit sie an allen Fakultäten inskribieren können — ein sechs Monate langer Zusatzkurs vorgesehen; es ist nun meiner Ansicht nach sehr wichtig, die Maturanten auf diese Tatsache aufmerksam zu machen und ihnen zu empfehlen, diesen Kurs sofort und zwar in Italien zu machen. Sollten sie nämlich, wie dies an manchen Fakultäten üblich ist, im Ausland einige Zusatzprüfungen machen, würden ihnen diese wahrscheinlich nachher in Italien nicht als „Vollwertige Matura“ anerkannt und somit auch nicht ihr Doktor-Titel. Und es hülfte auch nichts, den 6-Monate-Kurs nachträglich zu machen, weil ja dann wieder der zeitliche Ablauf der Studien nicht regelmäßig gewesen wäre.

Auch für diese Schwierigkeit wäre eine radikale Lösung vorzuziehen: Italien und Österreich sollen eventuelle Zusatzprüfungen gegenseitig anerkennen. Dafür wäre es allerdings notwendig, eine derartige Forderung an das Unterrichtsministerium zu richten. Da eine Anerkennung der Zusatzprüfungen eine Begegnung der Kulturattachés von Italien und Österreich voraussetzt und diese Begegnungen offenbar sehr schwer zu Stande kommen (die letzte, die Studentitelfragen behandelte, fand 1964 statt. Dann verstarb ein Mitglied der Kommission, offenbar das wichtigste, denn seit dort trafen sich die Ministerialbeamten nicht mehr), ist auch hier wiederum kaum gerade die SH die richtige Institution, die eine derartige Begegnung möglich machen könnte...

(1) Auf der pharmazeutischen Fakultät in Rom ergab sich allerdings jetzt eine Tatsache, die vielleicht als Präzedenzfall dienen könnte, um eine Rückwirkung des Gesetzes zu erreichen; die Sachlage mußte natürlich erst überprüft und von Weisen und Juristen studiert werden: nach Erscheinen des neuen Gesetzes wechselten ca. 100 Chemiker mit dem Diplom des „perito chimico“ von Chemie auf Pharmazie über; für Pharmazie war bisher das Diplom der klassischen oder wissenschaftlichen Matura notwendig, ebenso bei Chemie; die „periti“ durften aber, auf Grund eines Abkommens der letzten Jahre, Chemie besuchen. Nun würden manche dieser Studenten sich in das zweite oder dritte Jahr von Pharmazie eingeschrieben. Wäre das Gesetz streng nicht rückwirkend, müßte ein Fakultätswechsel auf Grund dieses Gesetzes doch nur für Neumatrikulierte möglich sein. Allerdings, sollte diese Überlegung richtig sein, beruht die Möglichkeit des Fakultätswechsels auf einer Verfüggung des Unterrichtsministeriums, das ja bei unseren Problemen keine Schwierigkeiten machen würde. Jedoch wäre ein Präzedenzfall mit Hunderten von Beteiligten leichter groß aufzumachen als die Sache weniger Südtiroler, die im Ausland studiert haben. Ich überlasse aber, wie gesagt, das Urteil über Wert oder Nicht-Wert dem Studium der Weisen.

# Zur nächsten Studententagung

Kuno SCHRAFFL, Padua

Ausschußmitglied Kuno SCHRAFFL hat sich in der Ausschußsitzung vom 29. Dezember 1969 gegen den Vorschlag des Kulturreferenten Hermann RAFFEINER ausgesprochen, der für die Studententagung im Hinblick auf die Synode das Thema „Das Christliche im gesellschaftlichen Leben Südtirols“ vorgeschlagen hatte. Hier begründet SCHRAFFL seine Stellungnahme. Nach unserer Interpretation befürchtet SCHRAFFL, daß eine solche Studententagung nur den Mißbrauch der Kirche durch weltliche Interessengruppen in Frage stelle, nicht aber die Kirche selbst und ihren allein-selig machenden Anspruch.

Wenn ich richtig verstanden habe, so soll die nächste Studententagung der SH über das Generalthema: „Das Christliche in der Gesellschaft“ folgendes Phänomen untersuchen: Christliche Formen und Motive werden allenthalben als Vorwand für weltliche Interessen mißbraucht. Ganz abgesehen davon, daß es sich dabei nicht um eine außergewöhnliche Erscheinung handelt (die Inhaber weltlicher Macht haben es jederzeit verstanden, ihre Interessen mit religiösen und nationalen Motiven zu tarnen, wovon dann meistens auch die kirchliche Macht profitiert hat), setzt eine solche Betrachtungsweise voraus, daß das Christliche als das alleingültige und alleinseligmachende Ideal allgemein anerkannt wird, wobei es zum größten Teil der Amtskirche überlassen bleibt, das „Christliche“ zu definieren, und daß alle anderen Geisteshaltungen nicht wert sind, untersucht, diskutiert und mit eben diesem christlichen Ideal verglichen zu werden.

Das Thema wird daher schon von Anfang an so eingeeengt, daß nur mehr wenig Spielraum für Diskussion und Kritik übrigbleibt, die ja wesentliche Beiträge für ein Selbstverständnis liefern können. Und all das, während es andororts den Dialog mit dem Marxismus, Gott ist tot — Theologie, Vorschläge für eine Theologie des Zweifels usw. gibt. Wagt man es vielleicht nicht, ein solches Thema auf eine Art anzugehen, die mehr verspricht, als Unterstützung für moralisierende oder momentane Reformtendenzen?

Eine Studententagung über das „Christliche in der Gesellschaft“, wie sie der Vorsitzende versteht, kommt dem Ansturm Don Quichottes gegen die Windmühlen gleich (die Windmühlen sind in diesem Falle menschliche Schwächen und das Streben nach Macht). Religiöse Motive sind immer schon als Vorwand für weltliche Interessen benützt worden und werden auch weiterhin dazu erhalten müssen, weil sie sich ganz einfach anbieten. Es könnte aber auch ohne weiteres sein, daß die derzeitige Misere in der Natur dieser religiösen Motive ihren Grund hat.

Eine Studententagung über ein solches Thema, welche den Anspruch erheben will, Niveau zu haben, muß demnach nicht so sehr untersuchen, ob das Christliche in der Gesellschaft verwirklicht wird oder nur ein Scheindasein führt, sondern inwieweit es, sei es im Guten wie im Schlechten, auf die Gesellschaft einwirkt. Es sollte also der soziale Nutzen bzw. Schaden des Christentums untersucht werden. Dabei sollte man von zwei Aspekten ausgehen: Einerseits wird die Gesellschaft durch den Glaubensinhalt beeinflusst, andererseits durch die Art von Gläubigkeit, die gefordert wird. Um eine solche Studententagung in objektiver Form abhalten zu können, ist es selbstverständlich, daß auch nicht-

christliche Vortragende eingeladen werden müssen.

Es bleibt zu hoffen, daß die Hochschülerschaft, zu deren wichtigsten Eigenschaften die Unabhängigkeit und die Bereitschaft, Kritik zu üben gehören, sich nicht im Falle der Studententagung zu Propagandazwecken für ganz spezifische Reforminteressen mißbrauchen läßt. Eine einseitige Haltung in einer so wichtigen Angelegenheit dürfte auch kaum mit dem sonst so vielgerühmten Pluralismus im Einklang zu bringen sein.

## HOCHSCHÜLER UND ALPINSCHULE SÜDTIROL

Die neugegründete Alpenschule Südtirol braucht sprachkundige Kletterlehrer für die Sommermonate (Fremdsprachen: Englisch, Französisch, Niederländisch). Präsident dieser Alpenschule ist Luis TRENKER. Die technische Leitung liegt in den Händen von Reinhold MESSNER, die kaufmännische Leitung führt Hendrik VAN DEN DRIESCH.

Bergbegeisterte Hochschüler, Lehrer und Professoren haben die Möglichkeit, in den Sommermonaten (eventuell auch im Winter) bei der Alpenschule Südtirol als Ausbilder tätig zu sein. Sie haben so die Chance, sich im Gebirge zu erholen und ihr Studium damit zu finanzieren oder einen schönen Nebenverdienst zu haben. Die Kurse dauern jeweils eine Woche und damit hat der einzelne die Möglichkeit, seine Tätigkeit bei der Alpenschule zu unterbrechen.

Für die Tätigkeit bei der Alpenschule ist es allerdings Voraussetzung, daß die Ausbilder wenigstens im Besitz der Trägerlizenz sind. Da wir wissen, daß wenige Südtiroler Hochschüler oder Lehrer bzw. Professoren die Trägerprüfung oder die Bergführerprüfung abgelegt haben und daß von ihrer Seite Interesse an einer derartigen Verdienstmöglichkeit besteht, wollen wir darauf hinweisen, daß im Herbst 1970 ein Trägerkurs mit anschließender Prüfung stattfindet wird.

Alle Hochschüler, Lehrer und Professoren, die Interesse an diesem Kurs oder an einer zukünftigen Tätigkeit bei der Alpenschule Südtirol haben, wenden sich an: Alpenschule Südtirol - Pfarrplatz 4/II - 39100 Bozen - Tel. 21 6 37.

Auskünfte und auch praktische Hinweise (Kletterlehrgänge) gibt die Alpenschule gerne.

### MITTEILUNG DER DR. F. TESSMANN - BÜCHEREI

Die Bibliothek bleibt bis zum 3. Juni an vier Wochentagen auch über die Mittagszeit geöffnet.

Besuchszeiten:

Dienstag bis Freitag: 8,30 bis 19 Uhr

Samstag: 8,30 bis 12,30 u. 15 bis 19 Uhr

Montag: geschlossen.

Über die Mittagszeit (von 12,30 bis 15 Uhr) erfolgt keine Beratung und keine Buchausgabe. Die Besucher können sich der Zeitungen und Zeitschriften sowie der Lesesaalbestände bedienen.

# Briefwechsel: Auckenthaler - Zanon

Wir sind nicht der Ansicht, daß es sinnvoll sei, mit Streitereien auch die SKOLAST-Leser zu belästigen. Ein solcher Streit — wie er in den folgenden Briefen zum Ausdruck kommt — soll im Ausschuß ausgetragen werden! Wir veröffentlichen die Briefe nur, weil es Adolf AUCKENTHALER verlangt.

Die Red.

Pifersch, am 30.12.69

Lieber Kollege!

Im Laufe der gestrigen Ausschußsitzung hast Du bekanntgegeben, bis zum 31. Jänner 1970 auf die Einbringung sogenannter Dreierorschläge warten zu wollen, um auf Grund dieser den neuen Vorstand zu bilden. Dies vorausgeschickt, möchte ich Deine Aufmerksamkeit auf Art. 9 § 44 des Statutes lenken, welcher besagt, daß der gewählte Vorsitzende die einzelnen Referenten bis zur 1. Ausschußversammlung ernannt, **in außerordentlichen Fällen innerhalb zwei Wochen nach seiner Wahl**. Zwar ist die Situation, die sich aus der Ablehnung des Jahresprogrammes und dem Rücktritt der Referenten ergibt, mit dem in § 44 vorgesehenen Fall nicht identisch und somit auch nicht geregelt, denn der zweite Absatz von § 44 bezieht sich offenbar auf die Neuwahl im Laufe eines Geschäftsjahres. Wenn aber sogar ein neugewählter Vorsitzender verpflichtet ist, innerhalb von 14 Tagen den neuen Vorstand zu bilden, so müßte man zumindest(!) dasselbe auch von Dir verlangen können, zumal die jetzige Lage „nicht so außerordentlich“ ist und Du bereits die Gelegenheit hattest, Dich einzuarbeiten, was für einen „neugewählten“ Vorsitzenden nicht der Fall sein muß.

Im übrigen warne ich davor, mit dieser Angelegenheit einen Präzedenzfall zu schaffen. Dadurch würde man es praktisch in Zukunft dem Vorsitzenden möglich machen, bis zur 2. Ausschußsitzung (Ostern!) allein und auf Grund eines Programmes zu regieren, das der Ausschuß nicht billigt.

Ich bin der Ansicht, daß man **aus rein sachlichen Gründen** die Bildung des Vorstandes nicht aufschieben und verzögern darf: ich verweise dabei auf die Unaufschickbarkeit der Arbeit des Studientitelreferenten, auf die Dringlichkeit der Auszahlung der Kulturbeiträge an die Hochschulgruppen (wegen der Gas- und Stromrechnungen für die Buden), auf die mangelde Genehmigung des Haushaltsvoranschlages.

Aus all diesen Gründen erscheint mir ein sofortiges Handeln Deinerseits als besonders notwendig und dringlich. Eine baldige Lösung herbeizuführen ist Deine Verpflichtung, die Du durch Dein Verhalten auf der gestrigen Sitzung auf Dich genommen hast. Zum Schluß ersuche ich Dich noch, die Wahl des 2. Stellvertretenden Vorsitzenden auf die Tagesordnung der nächsten Ausschußsitzung zu setzen.

Es grüßt

Adolf AUCKENTHALER

Meran, den 7. Jänner 1970

Lieber Kollege Adolf!

Ich danke Dir für Deinen Brief vom 30. Dezember v.J.

Wie Dir bekannt sein dürfte, bin ich dem Ausschuß gegenüber die Verpflichtung eingegangen auf Dreierorschläge bis zum 31. Jänner zu warten. Ich möchte nun keinesfalls den Ausschuß als willensbildendes Organ übergehen, kann Dir aber versichern, daß Gespräche mit Christian MEYR, Hansjörg DELL'ANTONIO, Sepp SPITALER, Friedrich MAIR u. a. bereits stattgefunden haben und dies auch noch erfolgen wird.

Nun noch zu einigen Punkten Deines Briefes.

Der von Dir genannte Art. 9 § 44 ist für jenen Fall vorgesehen, wo während des Jahres ein neuer Vorsitzender gewählt wird.

Zudem sprichst Du Deine Befürchtung aus, daß ich nun allein und auf Grund eines Programmes regieren würde, das vom Ausschuß nicht seine Genehmigung erhielt. Ich darf Dich daran erinnern, daß im Ausschuß diesbezüglich nur von der ordentlichen Geschäftsführung gesprochen wurde; andere Geschäfte, die in meinem bzw. unserem Programm vorgesehen waren, jedoch nicht gebilligt wurden, kann ich somit nicht vornehmen. Deinem Wunsch entsprechend, werde ich die Wahl des zweiten Stellvertretenden Vorsitzenden auf die Tagesordnung der nächsten Ausschußsitzung setzen.

Mit kollegialen Grüßen

Paul ZANON

Bozen, am 12.1.70

Lieber Kollege Paul!

Dein Brief vom 7. Jänner d. J. hat mich eher enttäuscht. Was Du, auf § 44. Bezug nehmend, sagst, habe ich nie bestritten. Allerdings ist es für einen Juristen ein allgemein gültiger Grundsatz, daß auf einen nicht ausdrücklich vorgesehenen Tatbestand jene Norm angewandt wird, welche diesem am nächsten kommt. Die Folgerung ist Dir bekannt. Von einem Übergehen des Ausschusses kann nicht die Rede sein, wo dieser sich über Deinen Vorschlag gar nicht ausgesprochen hat, Du hingegen Dich an das Statut halten mußt.

Weiters sprichst Du von „ordentlicher Geschäftsführung“. In den „Dolomiten“ vom 31. Dez. v.J. war bereits zu lesen, das „Forum für Bildung und Wissenschaft“ werde „nach Ansicht maßgeblicher Kreise“ von der Krise in der SH nicht betroffen, denn der Vorsitzende der Hochschülerschaft könne von sich aus die vier Vertreter ernennen. Auf Grund ordentlicher Geschäftsführung etwa?

Außerdem glaube ich, bist Du Dir darüber im Klaren, was die **nicht erfolgte Genehmigung des Haushaltsvoranschlages** bedeutet. Daß eine Anwendung von § 43 des Statutes nicht in Frage kommt, kann nach meiner Meinung nicht bestritten werden, ganz abgesehen von §§ 2 und 3 der Finanzordnung. In Anbetracht dieser Tatsachen wäre ich Dir für die Klärung des Begriffes „ordentliche Geschäftsführung“ sehr dankbar. — Es wäre interessant zu erfahren, wann Du die nächste Ausschußsitzung einzuberufen gedonkst. Bis auf

Ostern zu warten, erscheint nun als untragbar. Ja unmöglich. —

Mit kollegialen Grüßen  
Adolf AUCKENTHALER

Bozen, den 14. Januar 1970

Lieber Kollege Adolf!

Du berufst Dich in Deinem letzten Brief vom 12. dieses Monats mehrmals auf juristisch allgemein gültige Grundsätze, **übergehst aber andererseits im Statut festgesetzte Normen**.

Warum sollte ich nicht die Vertreter für das „Forum für Bildung und Wissenschaft“ ernennen, da eine solche Ernennung offensichtlich Aufgabe des Vorsitzenden der SH ist?

Was den Begriff „ordentliche Geschäftsführung“ betrifft, ist dieser bereits in der Ausschußsitzung vom 29. Dezember 1969 besprochen worden. Er umfaßt die normale, nicht aufschiebbare Verwaltungssarbeit des Sekretariates und meinerseits, die Herausgabe des SH-Aktuell zwecks Information der Mitglieder, die Herausgabe des „SKOLAST“, was ich als Verpflichtung den Mitgliedern und Abonnenten gegenüber erachte, sowie die Weiterführung bereits vom Vorstand 1969 begonnener Aktionen.

Die Einberufung einer Ausschußsitzung vor Ostern erscheint auch mir dringlich, doch wird dies natürlich erst nach dem 31. Jänner 1970, den ich mit Zustimmung des Ausschusses als Termin zur Einbringung von Dreierorschlägen festgelegt hatte, möglich sein. Außerdem wird ein allen Ausschußmitgliedern günstiger und möglicher Termin festgesetzt werden müssen.

Mit kollegialen Grüßen  
Paul

Florenz, am 23.1.1970

An den Vorsitzenden der Südtiroler Hochschülerschaft Paul ZANON  
39100 BOZEN - Haus der Kultur

Betrifft: Herausgabe der angekündeten SKOLAST-Nummer.

Die Hochschulgruppe Florenz hat zur Kenntnis genommen, daß Du beabsichtigst, in nächster Zeit eine Nummer des SKOLAST herauszugeben. Sie weist darauf hin, daß dies laut Art. 9, Paragraph 50 des Statuts **alleinige Aufgabe des Pressereferenten** ist, und Du dafür in keiner Weise kompetent bist, ganz abgesehen davon, daß Du damit der Druckerei gegenüber (usw.) eine **persönliche(!) Verpflichtung** eingegest, weil der Ausschuß bis zur Stunde ja keinen Haushaltsvoranschlag genehmigt hat. — Welches Mandat Pepi ZELGER und Hans NOTDURF-TEK zur „Ausarbeitung“ haben, würde uns noch wundern! Die Hochschulgruppe Florenz protestiert energisch gegen diese Deine Statuten — widrige Vorgangsweise und verlangt mit Nachdruck, die Herausgabe der angekündeten Nummer dem zukünftigen Presseferenten zu überlassen.

Für die Hochschulgruppe Florenz  
A. AUCKENTHALER  
Chr. MEYR

Bozen, am 4. Februar 1970

Herrn  
Adolf AUCKENTHALER

Piazza S. Lorenzo 7  
50123 FLORENZ

Lieber Kollege AUCKENTHALER!

Ich habe Deinen Brief vom 20.1.1970 erhalten. Die darin geäußerten „praktischen Erwägungen“ eine außerordentliche Ausschusssitzung in der Zeit vom 5.—15. Februar einzuberufen, scheinen mir nicht gegeben.

Wie Anfragen bei Verbindungsmännern von in- und ausländischen Gruppen ergeben haben, kommt nur ein Termin gegen Ende Februar in Frage.

Den Tagesordnungspunkt „Genehmigung des Jahresprogrammes bzw. Neuwahl des Vorsitzenden“ in die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung aufzunehmen, ist rein juristisch nicht möglich.

In bezug auf die Herausgabe des „SKOLAST“ habe ich meine Ansicht bereits schriftlich im SH-Aktuell bekanntgegeben. Ich kann nur noch einmal betonen, daß ich diese SH-Aufgabe auf alle Fälle als zur ordentlichen Geschäftsführung gehörend betrachte. Was die Beauftragung von ZELGER und NOTDURFTER betrifft, dürfte damit Gewähr genug gegeben sein, daß der „SKOLAST“ in guten und sicherlich objektiven Händen liegt.

Mit kollegialen Grüßen  
Der Vorsitzende der SH

Paul ZANON

Florenz, am 7.2.70

An die Südtiroler Hochschülerschaft  
Bozen - z. H. Paul ZANON

Habe heute durch das Sekretariat in Bozen erfahren, daß der Einsendetermin für die nächste SKOLAST-Nummer immer noch offen ist.

Obwohl ich die Herausgabe dieser Nummer als Statuten widrig betrachte möchte ich dennoch die Gelegenheit wahrnehmen und in ihr den Briefwechsel, der zwischen dem Vorsitzenden der SH und mir stattgefunden hat, veröffentlichen.

Diese Veröffentlichung hat den Zweck, alle Mitglieder des Vereins über die bestehende und geschickt „geheimgehaltene“ Krisensituation zeitgerecht zu informieren und stellt meinerseits die einzig mögliche Antwort auf die von ZANON eingenommene Haltung dar. Ich veröffentliche den Briefverkehr kommentarlos, weil ich glaube, dadurch am besten dagegen zu protestieren, wie man auf Argumente nicht eingegangen ist.

Es grüßt

A. AUCKENTHALER

## CONCEPTUS

Zeitschrift für Philosophie

Herausgegeben von Studenten in Innsbruck,  
München, Salzburg, Graz

Lieber SKOLAST-Leser  
wir möchten Sie mit CONCEPTUS bekanntmachen.

CONCEPTUS ist die einzige philosophische Fachzeitschrift, die von Studenten herausgegeben wird. Wir sind bemüht, aus dem breiten Spektrum von Studenten, Assistenten, Dozenten, Professoren Beiträge zu veröffentlichen. Wir gehören keiner besonderen philosophischen Schule an, vom Ziel sauberer Rationalität abgesehen.

Wir wären froh, wenn Sie mit uns zusammenarbeiten würden.

Die Herausgeber:

Pepi Zelger  
Höttingergasse 26  
A-6020 Innsbruck

Günter Posch  
Lauffenerstraße 48  
D-68 Mannheim 51

Meinrad Perrez  
Jung-Husenheim-Straße 9  
A-5061 Salzburg

Reinhard Kleinknecht  
Mathanstraße 23  
D-8 München 21

Reinhard Auer, Johann Chr. Marek  
Schubertstraße 2-4  
A-8010 Graz

SIEMENS

## Steigen Sie in die Prozeß-Datenverarbeitung ein

Die Richtung muß stimmen, wenn Ihr Berufsweg erfolgreich sein soll.

Jungen Ingenieuren, die ihr Studium erfolgreich abgeschlossen oder schon praktische Erfahrungen haben, bieten wir neue, zukunftssichere Aufgaben auf folgendem Gebiet

## Projektierung von Prozeßrechner-Anlagen

Diplom-Ingenieure  
Ingenieure (grad.)

der Fachrichtungen Elektrotechnik, Nachrichtentechnik, Regelungstechnik für die gerätetechnische Projektierung und Vertriebsunterstützung bei Anlagen der Prozeß-Datenverarbeitung.

Das ist ein interessantes Arbeitsgebiet mit einer stürmischen Entwicklung. Bis 1972 wird sich die Zahl der Prozeßrechner vervielfachen. Nahezu jeder 2. Prozeßrechner in der Bundesrepublik wird von Siemens geliefert.

Wir bieten Ihnen

systematische Schulung in der Technik des SIEMENS-SYSTEM 300

gründliche Einarbeitung unter Anleitung erfahrener Mitarbeiter

Weiterbildungsmöglichkeiten im Rahmen unserer umfangreichen betrieblichen Ausbildungsmöglichkeiten

Unterstützung bei der Wohnungsbeschaffung.

Ihr Standort wird Karlsruhe oder Erlangen sein

Die EXPANSION der Aufgaben bietet Ihnen gute Aufstiegschancen.

Ihre Bewerbungsunterlagen senden Sie bitte unter P 1330 an unsere Personalabteilung — Bewerbungsreferat —, 8520 Erlangen, Werner-von-Siemens-Straße 50.

Sie erhalten dann umgehend Nachricht.

SIEMENS AKTIENGESellschaft

# Ein Bericht über das pädagogische Experiment Summerhill

Max HALLER, Wien

## ERZIEHUNG OHNE AUTORITÄT

„SUMMERHILL HAT ANGEFANGEN ALS EIN EXPERIMENT. INZWISCHEN IST ES MEHR ALS DAS. ES IST JETZT EINE SCHULE, DIE ANDEREN ALS BEISPIEL DIENT, DENN SUMMERHILL HAT BEWIESEN, DASS FREIHEIT MÖGLICH IST. ALS MEINE FRAU UND ICH DIE SCHULE GRÜNDETEN; HATTEN WIR EINEN GEDANKEN: DIE SCHULE KINDERGEEIGNET MACHEN — NICHT DIE KINDER SCHULGEEIGNET. WIR MACHTEN UNS ALSO DARAN, EINE SCHULE ZU SCHAFFEN, IN DER DIE KINDER DIE FREIHEIT HABEN SOLLTEN, SIE SELBST ZU SEIN, UM DAS ZU ERMÖGLICHEN, MUSSTEN WIR AUF ALLE DISZIPLINARMASSNAHMEN, AUF LENKUNG, SUGGESTIVE BEEINFLUSSUNG, AUF JEDE ETHISCHE UND RELIGIÖSE UNTERWEISUNG VERZICHTEN, WAS DAZU WIRKLICH NÖTIG WAR, BESASSEN WIR: DEN FESTEN GLAUBEN, DASS DAS KIND KEIN SCHLECHTES, SONDERN EIN GUTES WESEN IST.“

Diese Sätze stammen von Alexander S. NEILL, der im Jahre 1921 im englischen Provinzort Leiston, 150 km von London, die Internatsschule Summerhill gründete — eines der revolutionärsten pädagogischen Experimente der letzten 50 Jahre. Das konsequent verfolgte Prinzip dieser Schule lautet: dem Kind bei seiner Entwicklung jede nur mögliche Freiheit lassen, die Autorität der Erwachsenen zum Verschwinden bringen und Vertrauen zur Grundlage der zwischenmenschlichen Beziehungen zu machen.

„Autorität wird durch Freiheit ersetzt: das Kind lernt, ohne daß Zwang ausgeübt wird, indem an seine Neugier und seine spontanen Bedürfnisse appelliert und auf diese

Weise sein Interesse an der Umwelt geweckt wird“ (E. FROMM).

## Erziehung und Unterricht

Summerhill beherbergt etwa 50 Mädchen und Burschen im Alter von etwa 5 bis 16 Jahren; neben Engländern auch solche aus Skandinavien, Holland, Deutschland, USA. Die Kinder werden vollkommen sich selbst überlassen, niemand räumt für sie auf, niemand sagt ihnen, was sie anziehen sollen. Die Teilnahme am Unterricht ist freiwillig. Die Kinder können vom Unterricht wegbleiben — sogar jahrelang, wenn sie wollen. NEILL: „Kinder sind von Natur aus neugierig und lernen alles, was sie wissen wollen.“ Tatsächlich nehmen Kinder, die im Alter von 5 oder 6 Jahren nach Summerhill kommen, von Anfang an gern am Unterricht teil und sind traurig, wenn sie ihn nicht besuchen können. Lediglich Kinder, die aus anderen Schulen kommen, durchlaufen regelmäßig eine Periode, in der sie sich vor der Schulbank hüten. Prüfungen sind in Summerhill unbekannt. Eine staatliche Kommission, die Summerhill zwei Tage lang inspizierte, stellte fest, daß die Summerhill-Kinder in der Unterstufe (bis 12 Jahre) einen niedrigeren Leistungsstand in Fächern wie Rechtschreiben oder Rechnen besitzen als Kinder in normalen Schulen. Ihre künstlerischen oder handwerklichen Fähigkeiten sind jedoch ausgezeichnet. Dazu schreibt NEILL: „Es scheint uns wichtiger, daß die Kinder während dieses Zeitraums spielen, als daß sie lernen“. Es zeigte sich nämlich, daß diese gleichen Kinder kurze Zeit später die für die Aufnahme in die Universität Oxford vorgeschriebenen Prüfungen in kürzerer Zeit, als gewöhnlich dafür aufgewendet wird, und mit sehr gutem Erfolg bestehen.

Ziel der Schule ist es, jedes Kind nach seinen Möglichkeiten sich entwickeln zu lassen: besser ein glücklicher Straßenfeger als ein neurotischer Gelehrter (Summerhill hat noch keine Straßenfeger hervorgebracht).

Die Kinder haben auch keine Angst vor den Lehrern — die bedeuten keine Obrigkeit, vor der man Angst haben muß, denn sie sind den Kindern in jeder Weise gleichgestellt. Man wird hier sofort den Einwand erheben: diese Kinder werden im Nachteil sein, wenn sie mit anderen konkurrieren müssen, die man streng zum Lernen angehalten hat.

Es zeigt sich jedoch bei allen Absolventen Summerhills immer wieder, daß Wissen an sich nicht so wichtig ist wie Charakter und Persönlichkeit. Auf die Frage, was denn in Summerhill besser sei als in anderen Schulen, erwiderte Jack, ein ehemaliger Schüler Summerhills: „Ich glaube, man kriegt da das Gefühl eines völligen Selbstvertrauens.“ NEILL: „Mißt man den Erfolg eines Menschen nach seiner Fähigkeit, mit Freude zu arbeiten und ein erfülltes Leben zu führen, so sind die meisten Schüler von Summerhill im späteren Leben erfolgreich.“ Tatsächlich sind relativ viele Absolventen Summerhills in schöpferische Berufe gegangen (Techniker, Wissenschaftler, Künstler).

## Selbstregierung

Die Tatsache, daß die Kinder in keiner Weise bevormundet werden, bedeutet nicht, daß sie völlig regellos leben. Für die körperliche Sicherheit der Kinder werden genaue Vorschriften erlassen; so dürfen sie nur in Begleitung zweier Rettungsschwimmer schwimmen gehen usw. Alles, was mit dem Leben der Gemeinschaft zusam-





menhängt, wird jedoch auf der Schulversammlung geregelt. Diese tritt jeden Samstag zusammen. Jeder Lehrer und jedes Kind hat eine Stimme, den Vorsitz führt jedesmal ein anderer Schüler. Durch Abstimmung wird hier die Hausordnung festgelegt, werden Lehrer berufen oder entlassen, werden Strafen über Vergehen erlassen. Diese Strafen sind jedoch meist nur Geldstrafen und sollen nur den angerichteten Schaden ersetzen. Andere als durch diese Versammlung verhängte Strafen gibt es nicht. Dabei zeigen die Kinder einen erstaunlichen Gerechtigkeitsinn. Das Prinzip, nach dem sich in Summerhill jeder Bewohner zu richten hat, lautet: Jeder muß Achtung vor dem anderen haben und seine Sphäre respektieren. Gerade für die aktuelle Diskussion über Demokratisierung der Schulen ist die praktische Erfahrung von Summerhill von großer Bedeutung: „Wir haben in Summerhill bewiesen, daß Selbstverwaltung in der Schule tatsächlich funktioniert“ (NEILL). Es ist evident, daß diese Selbstverwaltung für die Entwicklung eines demokratischen politischen Bewußtseins einen unschätzbaren erzieherischen Wert besitzt.

#### Arbeit und Spiel

Kinder in Summerhill (und vermutlich auch anderswo) zwischen neun und neunzehn Jahren haben nicht das geringste Interesse an körperlicher Arbeit und sie brauchen auch keinerlei Arbeit zu verrichten. Sie sind jedoch nie müßig. Sie sind imstande, stundenlang an einem Motor herumzubasteln — weil es ihnen Freude macht. In Summerhill treffen jedoch immer wieder Berichte über gute Leistungen ehemaliger Schüler ein. Dies liegt daran, daß sie in ihrer Jugend ihre ichbezogene Phantasie austoben konnten, Am

wichtigsten ist in Summerhill das Spiel. Es wird in jeder Weise gefördert nach dem Grundsatz, daß Kindheit Spiel ist und nach der Erkenntnis, daß ein Kind, das spielen kann, soviel es will, sich später umso intensiver mit Arbeit oder Studium beschäftigen wird. Es werden auch regelmäßig Theaterstücke aufgeführt und zwar solche, die die Schüler selbst schreiben. Dadurch gewinnen die Kinder Selbstvertrauen. In Summerhill wird auch bei jeder Gelegenheit getanzt. Teilnahme am Sport ist wie alles freiwillig; die meisten treiben jedoch gern und viel Sport.

#### Sexualität

In Summerhill werden Jungen und Mädchen nicht nur gemeinsam unterrichtet. Sie wohnen und schlafen auch in denselben Gebäuden. Es wird nichts unternommen, Liebesbeziehungen zu verhindern. So wachsen alle ohne falsche Vorstellungen über das andere Geschlecht auf, unwürdige sexuelle Neugier gibt es nicht. Diese Erfahrung bestätigt die Richtigkeit der Thesen NEILLS, daß Sexualspiele unter kleinen Kindern natürlich und gesund sind, daß heterosexuelles Spiel in der Kindheit der beste Weg zu einem gesunden ausgeglichenen Geschlechtsleben im späteren Leben ist. Völlige Freiheit herrscht auf dem Gebiet der Onanie; dies ist von größter Bedeutung, denn diese Freiheit erzeugt „frohe, glückliche und lebhaftere Kinder, die an der Onanie wirklich nicht sehr interessiert sind“ (NEILL). Das Spiel mit den Genitalien wird als etwas Gutes und Normales akzeptiert. Auch Nacktheit wird nie bekämpft. Kein Kind in Summerhill hat jedoch ein Verlangen danach, sich nackt zur Schau zu stellen und keinem Jungen fällt es ein, die Mädchen zu beobachten, wenn sie nackt Sonnenbäder nehmen. Die

Kinder aus Summerhill, für die es keine sexuellen Tabus gab, neigen später auch viel weniger zur Pornographie. Wirkliche Freiheit in der Liebe führt auch nicht zur Promiskuität. In Summerhill werden also nachträglich die Ideen Wilhelm REICHS („Die sexuelle Revolution“: Sexualität und Kultur stehen nicht in Widerspruch, vielmehr zerstört eine befreite Sexualität die unterdrückenden Elemente der Kultur) bestätigt, die diesen in Gegensatz zu S. FREUD gebracht hatten, für den kultureller Fortschritt nur auf Kosten unterdrückter Sexualität möglich war.

Es ist bezeichnend, daß eine vor Jahren in Summerhill erbaute Krankenstation noch nie benutzt zu werden brauchte. Viele unserer Krankheiten haben psychische Ursachen, sie entstehen aus Angst und Schuldgefühlen. Aber: „die Schuldgefühle der meisten Menschen in unserer Gesellschaft resultieren weniger aus dem Gewissen als aus dem Gefühl des Ungehorsams gegen die Autorität und Angst vor Strafe.“ (E. FROMM)

Die Erziehung in Summerhill erzeugt keine derartigen Schuldgefühle. Einen Einwand gegen NEILL wird man jedoch erheben müssen, der einmal schreibt: „Ich schreibe zwar, was ich von der Gesellschaft halte, wollte ich aber versuchen, die Gesellschaft aktiv zu reformieren, sie würde mich als öffentliche Gefahr umbringen“. Summerhill mußte tatsächlich ein einmaliges Experiment bleiben, wenn man nicht versuchen würde, gleichzeitig mit der Änderung der Erziehungsmethoden eine Änderung aller unterdrückenden Elemente der Gesellschaft herbeizuführen, von der NEILL selbst schreibt: „Unsere Gesellschaft ist krank und unglücklich und ich behaupte, daß die Wurzel dieses Übels die unfreie Familie ist“.



**Mitglieder des Vorstandes der Südtiroler  
Hochschülerschaft**

**Geschäftsjahr 1970**

Vorsitzender	Paul ZANON - stud. Welthandel geb. 29.1.1946	39012 Meran, Sibyllastraße 11 - Tel. 31467 1080 Wien, Auerspergstraße 9
Sozialreferat und 1. stellvertr. Vorsitzender	Siegfried MAYR - stud. Handelswiss. geb. 15.5.1944	39100 Bozen, Roenstraße 29/17
Korreferat für Politische Bildung und Information und 2. stellv. Vorsitzender	Gerold MERANER - stud. Rechtswiss. geb. 9.3.1940	39057 St. Michael-Eppan, Boznerstr. 8 - Tel. 52179
Innenreferat	Walter TAPPEINER - stud. Geschichte geb. 8.9.1942	39028 Vezzan Nr. 9 (Schlanders) 6020 Innsbruck, Innrain 64
Kulturreferat	Konrad RABENSTEINER - stud. Sprach- und Literaturwissensch. - geb. 22.11.1940	39040 Villanders, „Adlerwirt“ - Tel. 47 4 22
Finanzreferat	Hans STOCKER - stud. Technik geb. 24.1.1947	39012 Meran, Lauben 108 - Tel. 31 2 47 35100 Padua, via Marzolo 6
Pressereferat	Gottfried SOLDERER - stud. Publizistik geb. 1.3.1949	39040 St. Peter-Layen - Maratsch 48 5020 Salzburg, Buckreuthstraße 5
Studentenreferat	Hubert SPARER - stud. Welthandel geb. 19.12.1947	39057 Montiggel-Eppan - Nr. 68 1190 Wien, Döblinger - Hauptstraße 55
Referat für Sport und Gesellschaft	Franz HÖLZL - stud. Technik geb. 1.10.1948	39022 Marling, Auhof - Nörder 238 8010 Graz, Hafnerriegel 53

**ANSCHRIFTEN DER SH-BUDEN**

Südtiroler Hochschülerschaft, Hochschulgruppe Florenz	50123 Florenz, Piazza S. Lorenzo 7
Südtiroler Hochschülerschaft, Hochschulgruppe Padua	35100 Padua, via Carlo Dottori 4
Südtiroler Hochschülerschaft, Hochschulgruppe Verona	37100 Verona, Vicolo Dietro San Francesco 6
Südtiroler Hochschülerschaft, Hochschulgruppe Graz	A-8010 Graz, Prokopigasse 1
Südtiroler Hochschülerschaft, Hochschulgruppe Innsbruck	A-6020 Innsbruck, Burggraben 31/II
Südtiroler Hochschülerschaft, Hochschulgruppe Wien	A-1010 Wien, Führichgasse 10/III

**MITGLIEDER DES SCHIEDSGERICHTES DER SÜDTIROLER  
HOCHSCHÜLERSCHAFT**

**Geschäftsjahr 1970**

Dr. Alois DURNWALDER	39100 Bozen, Südtiroler Bauernbund Raiffeisenhaus
Dr. Heinz ZANON	39012 Meran, Sibyllastraße 11
Dr. Otto SAURER	39100 Bozen, Dr.-Streiter-Gasse 4
Hellmuth LADURNER	39012 Meran, Romstraße 160
Dr. Hanns EGGER	39100 Bozen, Oswaldweg 37
Dr. Hugo GAMPER	39100 Bozen, Dr.-Streiter-Gasse 4
Dr. Armin PINGGERA	39100 Bozen, Roenstraße 21/12

**MITGLIEDER DES AUFSICHTSRATES DER SÜDTIROLER  
HOCHSCHÜLERSCHAFT**

**Geschäftsjahr 1970**

Emil STOCKER	39012 Meran, Schwimmschulstraße 16 20125 Mailand, via Comandini 4
Karl ZELGER	39050 Deutschnofen, Wolfsgrubhof 197 5020 Salzburg, Kajetanerplatz 3 c/o Petran
Pepi ZELGER	39049 Sterzing, Neustadt 10 6020 Innsbruck, Höttingergasse 26/3

## JUGENDRING IN SÜDTIROL

Hans LUNGER, Bozen

Der Begriff „Jugendring“ wurde in letzter Zeit auch in Südtirol aktuell, da eine derartige Einrichtung nun auch bei uns im Entstehen begriffen ist.

Unter Jugendring versteht man in der Regel eine organisierte Zusammenarbeit von Jugendverbänden. Diese reicht von der gelegentlichen Zusammenarbeit bis zum formellen Zusammenschluß in einer Dachorganisation. In der Steiermark z. B. wird dieser Jugendring sogar vom Landesjugendreferat getragen. Es beteiligen sich daran sämtliche Jugendverbände Steiermarks ohne Rücksicht auf ihre weltanschauliche oder politische Ausrichtung, und ohne daß die Unabhängigkeit eines Verbandes irgendwie eingeschränkt würde.

Als im vergangenen Sommer die Jugendreferenten der Steiermark Südtirol besuchten und sich mit hiesigen Jugendführern zu einer Aussprache trafen, wurde die Einrichtung des Jugendringes besprochen und für Südtirol empfohlen. Es zeigte sich nun, daß diese Einrichtung in Südtirol nicht in gleicher Form wie in der Steiermark möglich ist, da es im Rahmen der Südtiroler Landesregierung kein Jugendreferat gibt. Somit dachte man an einen losen Zusammenschluß in Form einer Arbeitsgemeinschaft.

Sinn und Zweck dieser Arbeitsgemeinschaft soll sein:

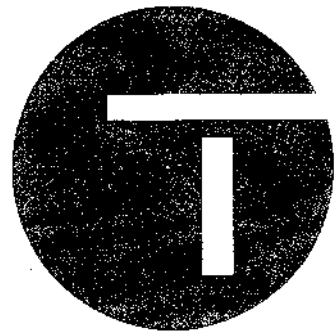
- a) Regelmäßigen gegenseitigen Kontakt zwischen den Jugendverbänden herzustellen;
- b) sich gegenseitig über die Probleme, Aufgaben und Tätigkeiten zu informieren;
- c) darauf hinzuarbeiten, daß auf möglichst breiter Ebene eine Zusammenarbeit der gesamten Verbände zustande kommt;
- d) gemeinsam die Situation und die Erfordernisse der Jugend zu überprüfen und geschlossen für die Erreichung der gemeinsam gestellten Ziele einzutreten.

Bisher haben sich die Vertreter aller Jugendverbände Südtirols d.h. der AVS Jugend, der Bauernjugend, der Kath. Jugend, der Kath. Werkläufigen Jugend, der SH und der SVP Jugend einigemale in den Räumen des Südtiroler Kulturinstitutes getroffen. Aus diesen Treffen ist noch keine formelle Arbeitsgemeinschaft erwachsen, sondern es handelte sich um ein formfreies Treffen und sich Aussprechen. Das Ziel bleibt jedoch der Aufbau einer Arbeitsgemeinschaft und eine Zusammenarbeit auf möglichst breiter Basis.

Als gemeinsame Aktionen, die in nächster Zeit durchgeführt werden bzw. wurden, sind zu erwähnen:

- a) Die Studienfahrt der Südtiroler Jugendvertreter in die Steiermark auf Grund einer Einladung des dortigen Landesjugendreferates vom 20. bis 22. Februar 1970. Es ging dabei vor allem darum, die Einrichtungen für die Jugend in der Steiermark kennenzulernen und mit den dortigen Jugendführern engeren Kontakt aufzunehmen.
- b) Die Abhaltung eines Jugendführerlehrganges durch steirische Fachkräfte vom 18. bis 21. März 70 in der Cusanus-Akademie in Brixen, der von allen Jugendverbänden Südtirols gemeinsam getragen wurde.

Auf Grund dieser Ergebnisse kann man mit Recht hoffen, daß sich aus den bescheidenen Anfängen eine immer engere Zusammenarbeit aller Jugendverbände auf breiter Basis zum Nutzen der Jugend entwickelt.



Buchdruckerei  
**TYPOGRAF**

Wenn Sie Druck-  
oder  
Buchbindereiarbeiten

modern  
qualitätsmäßig  
und  
preisgünstig

benötigen,

wenden Sie sich bitte  
an unseren  
neuen und modern-  
eingerichteten Betrieb

Buchdruckerei  
**TYPOGRAF**

39100 Bozen, Museumstr. 41  
Tel. 21927

## WETTBEWERB FÜR JUGENDLICHE 1970

ausgeschrieben vom  
Südtiroler Kulturinstitut

Das Südtiroler Kulturinstitut schreibt für Jugendliche folgende 5 Wettbewerbe aus:

### 1. Literatur

- I: Bühnenstück, Drehbuch oder Hörspiel
- II. Roman, Erzählung oder Kurzgeschichte
- III. Lyrik (bis zu fünf Gedichten)

### 2. Fotowettbewerb

Es können Schwarzweiß- und Farbbilder bzw. Dias eingereicht werden.  
Höchstens 5 Bilder  
Mindestformat für Schwarzweiß- und Farbbilder 9 x 12 cm

### 3. Malerei

Höchstens 3 Werke  
Thema frei  
Mindestformat 6 Quadratdezimeter (z. B. 20 x 30 cm)  
Maximalformat 12 Quadratdezimeter (z. B. 40 x 30 cm)

### 4. Graphik- und Zeichenwettbewerb

Höchstens 3 Werke  
Thema frei  
Mindestformat 20 x 30 cm  
Maximalformat 40 x 60 cm

### 5. Naturwissenschaftlicher Wettbewerb

- I. Mineraliensammlung  
Höchstens 10 ausgewählte Stücke  
Bewertet wird auch das System der Aufstellung, die Beschriftung der Stücke und die Angabe von deren Fundstellen.
- II. Wissenschaftliche Abhandlung (wenigstens 10 Seiten)  
Folgende Themen stehen zur Wahl:
  - a) Persönlichkeit und Werk des Bozners Max Valter im Lichte der Mondlandung.
  - b) Der Naturschutz — ein bronnendes Gebot für unser Land und eine Verantwortung für jeden.
  - c) Die Naturgüter unseres Landes und deren Nutzung einst und heute.

## PREISE

Für jeden Wettbewerb stehen 3 Preise zur Verfügung, bei den Wettbewerben 1 und 5 für jede Kategorie:

1. Preis: Lire 30 000
2. Preis: Lire 20 000
3. Preis: Lire 10 000

Für weitere gute Leistungen werden Buchpreise vergeben.

### Teilnahmebedingungen

Teilnahmeberechtigt sind alle Südtiroler Jugendlichen der Jahrgänge 1950 bis einschließlich 1954, ausgenommen davon sind Hochschulüler.

Die Arbeiten müssen anonym bis spätestens 31. März 1970 an das Südtiroler Kulturinstitut, Bozen, Haus der Kultur Walther von der Vogelweide eingesandt werden. Auf dem Umschlag ist der Vermerk „Wettbewerb '70“ und die gewählte Sparte des Wettbewerbes anzubringen.

Zur Identifizierung muß der Autor die eingesandte Arbeit mit einem Kennwort versehen. Ein beigefügter geschlossener Umschlag, versehen mit dem Kennwort und der Bezeichnung des Wettbewerbes, muß enthalten:

Name und Geburtsdatum;

Heimatanschrift;

Anschrift am Studien- bzw. Arbeitsort; das Kennwort und die gewählte Sparte des Wettbewerbes. Nicht anonyme Einsendungen scheidern vom Wettbewerb aus. Die Arbeiten zum Literaturwettbewerb müssen maschinengeschrieben und in vierfacher Ausfertigung eingesandt werden. In diesem Wettbewerb kann sich derselbe Teilnehmer nur höchstens an 2 Sparten beteiligen.

Jugendliche, die sich am Wettbewerb „Mineraliensammlung“ beteiligen, können ihre Sammlung am 20. oder 21. April 1970, jeweils am Nachmittag, in das Sekretariat des Südtiroler Kulturinstitutes bringen und für deren Aufstellung Sorge tragen. Die Sammlung ist mit einem Kennwort zu versehen. Der oben angeführte Briefumschlag ist mit den erwähnten Angaben gleichzeitig bei Überbringung der Sammlung abzugeben.

Gewinner eines 1. Preises im Wettbewerb für Höhere Schulen 1969 können in der gleichen Kategorie des Wettbewerbes 70 keinen Preis erhalten.

Benachrichtigt werden nur jene Teilnehmer, denen ein Preis zugesprochen wird. Die Jury jedes Wettbewerbes besteht aus jeweils 3 Fachleuten — ihre Entscheidungen sind unanfechtbar.

## ELEKTRIZITÄTSWERK TOBLACH G. m. b. H.

sucht für sofort oder nach Vereinbarung

# Betriebsleiter

Verlangt wird:

- technische Ausbildung
- administrative Kenntnisse
- vorzugsweise Zweisprachigkeit

Handschriftlicher Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Lichtbild zu richten an:  
Verwaltungsrat Elektrizitätswerk Toblach - 39034 Toblach (Provinz Bozen)

---

## **skolast**

wer ihn liest,  
erfährt die offene Auseinandersetzung  
junger Menschen aus einem Grenzland  
mit den Problemen  
unserer Zeit

## **skolast**

wer ihn abonniert,  
hat begriffen, daß der geistige Aufbruch  
einer lange in ihrer natürlichen  
Entwicklung gehemmten Volksgruppe  
der Unterstützung würdig ist

## **skolast**

wer mitarbeitet und wirbt,  
fördert die Bemühungen  
der Südtiroler Hochschülerschaft  
und gewinnt unserem Lande  
neue Freunde

---

Jahresabonnement:

Italien Lit. 1500

Österreich S 70

Deutschland DM 12

zahlbar im Inland: Post-Kto. r. 14/1177  
oder direkt im Sekretariat

im Ausland: durch internat. Erlagschein

**SPISS** ROLLKRAGENPULLOVERS  
BOZEN LAUBEN

Hannes — der Pulli von MÄSER —  
der täglich neue Freunde gewinnt.

**Stoffe**  
immer in  
reicher Auswahl  
BOZEN LAUBEN 32

**M. ECCEL**

OPTIK FOTO  
**WASSERMANN**  
BOZEN  
Waltherplatz  
MERAN - Freiheitsstr.

**Ihr Brillen-  
Fachgeschäft**

Sanitätshaus

**Ladurner**  
HOSPITALIA

MERAN

Freiheitsstraße 146/a  
Telefon (0473) 24 4 22

**Ärztlemöbel**

Medizinische Apparate  
und Instrumente,  
Sanitätsartikel,  
Laboratoriumsgeräte,  
Übernahme bzw. Vermittlung von  
Einrichtungen aus zweiter Hand  
Okkasionen  
Zahlungserleichterungen

**skolast**  
Südtiroler Hochschülerzeitschrift

Herausgeber und Verwaltung:  
Südtiroler Hochschülerschaft,  
39100 Bozen, Waltherhaus, Tel. 24 6 14

Redaktion: Hans NOTDURFTER, Pepi ZELGER  
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Dr. Hans BENEDIKTER

Druck: TYPOGRAF, 39100 Bozen, Museumstr. 41 - Tel. 21 9 27  
Klischees: L. STAMPFER, 39100 Bozen, Wangergasse 22, Tel. 23 0 39  
Anzeigen: Kurt LIBARDI, 39012 Meran, Romstraße 114, Tel. 30 7 88  
Anzeigenpreis: die 60mmbreite Zeile L. 60

Skolast, 4—6 Hefte im Jahr Einzelpreis Lire 500  
Abonnement: Italien Lire 1500  
Österreich öS 70  
Deutschland DM 12

Italien: Postsparkasse Konto Nr. 14/1177, Bozen  
Österreich: Creditanstalt - Bankverein Innsbruck  
Konto Nr. 89-64371  
Deutschland: Bayerische Staatsbank, München, Konto Nr. 94-098

Die Artikel geben die Meinung der Autoren wieder.  
Eintragung: Landesgericht Bozen R. St. I/56, Erlaß vom 18. Juni  
1956 - Sped. in abb. post. - Gruppo IV

Herrn Dr. Roberto Kofler  
39100 BOZEN  
Güntherschloßstr. 15